



Nur zur dienstlichen Verwendung

**Stenografisches Protokoll**  
der 34. Sitzung – Teil 1  
- endgültige Fassung\* -

**3. Untersuchungsausschuss**

Berlin, den 26. März 2021, 9.00 Uhr  
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1  
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)

Vorsitz: Kay Gottschalk, MdB

Tagesordnung - Beweisaufnahme

<b>Einzigster Punkt der Tagesordnung</b>	<b>Seite</b>
<u>Öffentliche Zeugenvernehmung</u>	
<b>Elisabeth Roegele</b> (Beweisbeschluss Z-25)	<b>9</b>
<b>Felix Hufeld</b> (Beweisbeschluss Z-7)	<b>siehe Stenografisches Protokoll 19/34 Teil 2</b>
<b>Sandra Schuster</b> (Beweisbeschluss Z-113)	<b>---</b>

\* Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der Zeugin zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigefügt.  
Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem \* gekennzeichnet.



3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Mitglieder des Ausschusses\*

	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
CDU/CSU	Güntzler, Fritz Hauer, Matthias Michelbach Dr. h. c. (Univ Kyiv), Hans	
SPD	Kiziltepe, Cansel Zimmermann Dr., Jens	
AfD	Gottschalk, Kay	König, Jörn
FDP	Toncar Dr., Florian	Schäffler, Frank
DIE LINKE.	De Masi, Fabio	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Bayaz Dr., Danyal	Paus, Lisa



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Fraktionsmitarbeiter\*

CDU/CSU	Gerster, Cornelius Brandt, Wolfgang Günther, Kevin Genske, Marlene
SPD	Hawxwell, Anne Weber, Saskia Schneider, Yannik Sacharow, Alexander Heinrichs, Jana Schinzel, Boris Sondhauß, Nora Schauhoff, Lenard
AfD	Dabelstein, Lorenz Buchholtz, Immanuel
FDP	Raabe, Lars Iza Schilling, Philipp
DIE LINKE.	Olschewski, Niklas
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kern, Florian



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Teilnehmer Bundesregierung\*

BMF	RDn Barczyk RD Fritz ARn Koch
BMWi	MR Schiemann
BMI	ORRn Allabaei
BKAmt	RD Mai MRn Bosch
BMJV	ORR Scholz Zorn

### Teilnehmer Bundesrat\*

#### Land

Bayern	RRn Sikler
Hessen	RD Simon

\* anwesend laut Unterschriftenliste



3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung



3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung



3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 10.53 Uhr)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne unsere 34. Sitzung, die zugleich unsere 20. Beweisaufnahmesitzung ist.

Ich stelle fest, dass die Öffentlichkeit hergestellt ist, und begrüße ganz herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse. Außerdem heiße ich die anwesenden Vertreter der Bundesregierung sowie des Bundesrates natürlich wieder herzlich willkommen. Ebenso begrüße ich herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer in den Streamingsälen. Bitte beachten Sie, dass die nachfolgenden Hinweise auch für Sie gelten.

So sind eigene Ton- und Bildaufnahmen von der Sitzung nicht gestattet. Zuwiderhandlungen können nicht nur zu einem Sitzungsausschluss, sondern auch zu einem Hausverbot oder zu strafrechtlichen Konsequenzen führen.

Nach diesen einleitenden Hinweisen rufe ich nunmehr unseren **einzigen Tagesordnungspunkt** auf:

### Öffentliche Zeugenvernehmung

**Elisabeth Roegele**  
(Beweisbeschluss Z-25)

**Felix Hufeld**  
(Beweisbeschluss Z-7)

**Sandra Schuster**  
(Beweisbeschluss Z-113)

Wir werden die Zeugen in dieser Reihenfolge vernehmen.

### **Vernehmung der Zeugin Elisabeth Roegele**

Dann beginnen wir mit der Zeugenvernehmung von Elisabeth Roegele. Frau Roegele, ich heiße Sie jetzt auch ganz offiziell noch mal recht herzlich im Namen des gesamten Ausschusses willkommen.

Neben Ihnen hat Ihr Rechtsbeistand Herr Professor Heiko Ahlbrecht Platz genommen. Auch Sie, Professor Ahlbrecht, darf ich ganz recht herzlich im Namen des Ausschusses begrüßen. Wie Sie sicherlich wissen, Professor Ahlbrecht, dürfen Sie die Zeugin beraten. Ihnen steht jedoch selbst kein Rede- und Fragerecht zu. Insbesondere dürfen Sie Ihrer Mandantin während ihrer Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls - und das ist selbstverständlich - können Sie und Ihre Mandantin eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung beantragen.

Vorsorglich schon der Hinweis: Wenn andere Dinge einfach im Laufe eines Tages und einer langen Sitzung notwendig sind, geben Sie uns kurz Bescheid, damit Sie sich frisch machen können. Für Getränke werden wir sorgen, und wenn der Hunger kommt, melden Sie auch das. Sie sollen sich dann auch hier wohlfühlen, trotz der vielleicht unangenehmen Fragen. - Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

(RA Prof. Dr. Heiko Ahlbrecht schüttelt den Kopf)

- Nein, gut.

Frau Roegele, Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeugin und zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflicht wurden Ihnen vorab schriftlich übermittelt.

(Die Zeugin nickt)

Sie haben sich vor diesem Hintergrund mit einem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbelehrung in dieser Sitzung einverstanden erklärt. Wie bei allen Zeugen: vielen, vielen Dank, dass Sie es tun, weil in der Reihe der vielen Zeugen, die wir hier vernehmen, spart das eine ganze Menge Zeit. Also da ein Dankeschön. Und daher kann ich mich an dieser Stelle auf einige technische Hinweise beschränken.

Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller



## Nur zur dienstlichen Verwendung

auf Ihren Wunsch hin die entsprechende Unterlage vorlegen.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich an dieser Stelle um einen kurzen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann die Gelegenheit, über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad dieser Sitzung zu beschließen. - Bestehen zu diesen Hinweisen noch Fragen?

(Die Zeugin schüttelt den Kopf)

- Nein.

Dann möchte ich Sie bitten, darauf zu achten, dass immer das Mikrofon eingeschaltet ist, bevor Sie das Wort ergreifen; hat den Hintergrund, dass wir auch eine Tonaufnahme fertigen. Das geht relativ einfach, indem Sie den Knopf mit dem roten LED-Licht und dem Zeigefinger drücken. Dann leuchtet hier dieser rote LED-Ring, und Ihr Mikrofon ist scharfgestellt. Und ziehen Sie das Mikro gerne ein bisschen zu sich heran - das hält das aus -, damit wir Sie dann auch entsprechend in den Streamingsälen verstehen können.

Frau Roegele, ich würde Sie nun zunächst zur Person vernehmen. Ich würde Sie daher an dieser Stelle bitten, dass Sie uns kurz Ihren Vornamen, Ihren Nachnamen, Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Wohn- oder Dienstort mitteilen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Jawohl, vielen Dank und auch von meiner Seite guten Morgen! Mein Name ist Elisabeth Roegele. Ich nehme mal an, der Vorname reicht. Ich habe noch zwei andere. Brauchen Sie die auch? Dann können Sie die gerne haben: Antonia Ursula Roegele. Ich wohne in [REDACTED] Und ich bin 53 Jahre alt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wunderbar, danke, Frau Roegele. - Frau Roegele, Sie können, wenn Sie das nunmehr wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. - Frau Roegele, Sie haben das Wort.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ja, und tatsächlich vielen Dank auch, dass Sie mir die Möglichkeit einräumen, Ihnen eine kurze Darstellung des Falls Wirecard aus der Sicht der Wertpapieraufsicht der BaFin geben zu dürfen.

Vielleicht wissen Sie, dass ich seit Mai 2015 den Bereich „Wertpapieraufsicht“ der BaFin leite und aber zum Ende April diesen Jahres ausscheiden werde. Die Wertpapieraufsicht ist, ehrlich gesagt, ein sehr vielgestaltiger Aufsichtsbereich, und Gegenstand dieser Aufsicht ist unter anderem auch die Überwachung der Einhaltung verschiedener kapitalmarktrechtlicher Pflichten, insbesondere hier Transparenzpflichten durch die börsenzugelassenen Unternehmen. Dabei haben wir jedoch keine laufende Aufsicht - und das ist mir wichtig zu betonen - über diese Unternehmen, wie es sie die zum Beispiel im Bereich der potenziellen Aufsicht über Banken und Versicherungen gibt. Wir beaufsichtigen bei den börsenzugelassenen Unternehmen lediglich punktuell die Einhaltung der verschiedenen Pflichten. Wie gesagt, sind das insbesondere Transparenzpflichten seitens dieser Unternehmen.

Ein weiterer Bereich neben vielen anderen Aufsichtsbereichen in der Wertpapieraufsicht ist die Marktaufsicht. Zentrale Aufgaben im Bereich der Marktaufsicht sind die Aufdeckung von Insiderhandel und Marktmanipulation. Dabei sind wir verpflichtet, unverzüglich die Informationen, die den Verdacht einer Straftat begründen können, an die Staatsanwaltschaften weiterzugeben. Im Bereich der Marktaufsicht haben wir daher eine sehr, sehr enge Kooperation mit den Staatsanwaltschaften.

Seit einigen Jahren gehört zum Bereich der Marktaufsicht auch die Überwachung der Einhal-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

tung der Pflichten aus zunächst nationalen Leerverkaufsregeln und seit einigen Jahren nunmehr der europäischen Leerverkaufsverordnung. Die europäische Leerverkaufsverordnung ist dabei unmittelbar geltendes Recht. Viel Raum in der Diskussion des Wirecard-Falles nimmt das Leerverkaufsverbot der BaFin aus dem Februar 2019 ein. Dabei wurde und wird darauf hingewiesen, dass das Leerverkaufsverbot als Parteinahme oder Inschutznahme oder Gütesiegel der Wirecard AG verstanden worden sei. Das war und ist nicht die Zielsetzung der BaFin, die sie mit dem Leerverkaufsverbot verbunden hat.

Wir haben bereits bei Erlass des Leerverkaufsverbots in unserer öffentlichen Kommunikation keine Zweifel daran gelassen, dass die BaFin mit der Maßnahme keine Aussage zu dem Emittenten Wirecard trifft und dass dieses Verbot keine Inschutznahme des Emittenten darstellt. Auslöser für das damalige Leerverkaufsverbot war die Information der Staatsanwaltschaft München, dass sie Anhaltspunkte habe, dass eine weitere Short-Attacke gegen die Wirecard AG geplant sei und dass es zudem Anhaltspunkte für Straftaten im weiteren Kontext wie zum Beispiel Erpressung geben würde.

Eine Short-Attacke definieren wir dabei als eine Form der Marktmanipulation, die aus einer Kombination von einer veröffentlichten Stellungnahme - so heißt das juristisch - und der profitablen Schließung von Positionen in Finanzinstrumenten besteht, wenn dabei nicht gleichzeitig auf bestehende Interessenkonflikte hingewiesen wird. Besonders wichtig ist hier, dass es bei dieser Form der Marktmanipulation völlig irrelevant ist, ob die Inhalte der Stellungnahme wahr oder unwahr, begründet oder unbegründet, vertretbar oder unvertretbar sind. Eine Short-Attacke kann also auch dann eine Marktmanipulation sein, wenn die Veröffentlichung wahr ist. Oder anders formuliert: Die Ermittlungen wegen Marktmanipulation im Falle einer Short-Attacke sind keine Aussage dazu, ob wir den Informationsgehalt der Veröffentlichung als wahr oder unwahr bewerten.

Die Staatsanwaltschaft München hatte Informationen, die sie uns im Februar 2019 weitergeleitet hat, als glaubwürdig eingestuft. Sie hat sogar ein paar Tage später gegenüber der Presse nochmals betont, dass sie die erhaltenen und an uns weitergeleiteten Hinweise als ernst zu nehmen bewertet. Die Information der Staatsanwaltschaft hat sich mit unseren Daten, insbesondere der Entwicklung der Leerverkaufsposition und weiteren Informationen, die wir damals erhalten haben, gedeckt. Ich muss noch mal betonen: Nicht das Eingehen einer Short-Position ist dabei aus unserer Sicht kritisch, sondern Short-Attacken im Sinne der eben dargestellten Definition. Sie sind insbesondere für Kleinanleger meist mit erheblichen Verlusten verbunden. Diese Verluste beruhen dabei darauf, dass finanzstarke Spieler in illegaler Weise Insiderwissen ausnutzen können.

Im Februar 2019 haben wir nach meiner Kenntnis erstmals in der Geschichte der Aufsicht von einer bevorstehenden Short-Attacke, das heißt im Vorfeld dieser Short-Attacke und im Vorfeld einer potenziellen Straftat, erfahren. Regelmäßig erfahren Aufseher von Short-Attacken erst, wenn sie vorbei sind. Hier war es anders. Mit Blick auf das Vertrauen der Anleger, die Marktmechanismen und insbesondere die Preisbildung waren wir auf der Basis der damaligen Informationslage - und nur auf der Basis der damaligen Informationslage konnten wir entscheiden - der Überzeugung, dass das Leerverkaufsverbot die richtige und gezielte Maßnahme ist, um Shortsellern, die sich durch die Nutzung von Insiderwissen rechtswidrig Vorteile sichern wollen, einen Strich durch die Rechnung zu machen. Ich habe damals nach intensiver Diskussion mit den Kollegen und auf Basis der damaligen Erkenntnisse diese Entscheidung getroffen.

Für uns war damals auch wichtig, dass die ESMA dieser auf europäischem Recht beruhenden Maßnahme zustimmt. Dies ist, wie Sie alle wissen, auch erfolgt. Die Aussage, dass die BaFin im Alleingang gehandelt hat, ist damit nicht zutreffend. Auch zum gegenwärtigen Stand hat die Staatsanwaltschaft zwar das Verfahren wegen Marktmanipulation gegen die beiden „FT“-Journalisten eingestellt, ermittelt aber in diesem



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Sachverhalt nach meiner Kenntnis unter dem Aspekt des Insiderhandels weiter.

Sicher liegt der Schwerpunkt im Fall Wirecard auf dem gigantischen Bilanzbetrug durch das Unternehmen oder einzelner mit hoher krimineller Energie handelnder Personen. Dies schließt jedoch meines Erachtens nicht aus, dass es andererseits nicht auch aufseiten der Marktteilnehmer zu Insiderhandel gekommen sein kann. Die beiden Sachverhalte Bilanzbetrug einerseits und Insiderhandel andererseits schließen sich meines Erachtens nicht gegenseitig aus. Ich möchte nochmals betonen: Unsere damalige Intention war der Schutz des Marktvertrauens und insbesondere der Anleger und nicht der Schutz des Unternehmens Wirecard.

Ein Lessons Learned aus dem Fall Wirecard ist daher, dass wir künftig besser kommunizieren müssen, dass ein Leerverkaufsverbot kein Gütesiegel und keine Inschutznahme des Unternehmens darstellt. Eine Maßnahme, um einem solchen Missverständnis künftig besser begegnen zu können, ist, dass diese Aussage prominent im Text der Allgemeinverfügung dargestellt werden sollte, sodass sie auch Gegenstand der originären Verfügung wird.

Ein zweiter Punkt ist der folgende: Wie Sie wissen, haben wir bereits vor Erlass des Leerverkaufsverbots die DPR, auch Bilanzpolizei genannt, auf der Basis der „FT“-Berichterstattung beauftragt, den Halbjahresabschluss 2018 der Wirecard zu durchleuchten. Dies zeigt, wie ernst wir die „FT“-Berichterstattung genommen haben. Leider hinderte uns die Verschwiegenheitsregelung im § 21 WpHG daran, diesen Prüfungsauftrag gleichzeitig bzw. sogar vor der Leerverkaufsmaßnahme zu veröffentlichen. Es wäre ein deutlich ausgewogeneres Bild der BaFin-Maßnahmen entstanden, wenn wir die vor der Leerverkaufsmaßnahme erfolgte Beauftragung der Bilanzprüfung durch die Bilanzpolizei DPR veröffentlichen hätten können. Das hätte jedem Missverständnis, dass die BaFin mit dem Leerverkaufsverbot die Wirecard schützen will, vorgebeugt. Ich begrüße daher, dass die BaFin mit der Änderung des § 107 WpHG durch das FISG

künftig die Möglichkeit erhält, früher über Maßnahmen der Bilanzkontrolle zu berichten. Ich halte dies für unabdingbar, um eine anlegergerechte Kommunikation zu ermöglichen. Der Fall Wirecard zeigt sehr gut, dass eine umfassende Transparenz von Maßnahmen der BaFin, die auf den Anlegerschutz zielen, dringend notwendig ist.

Ein paar abschließende Worte zum Thema Bilanzkontrolle bzw. Enforcement. Ich denke, die Defizite des bisherigen zweistufigen Enforcement-Verfahrens sind mittlerweile bekannt. Daher ist es zu begrüßen, dass dieses Verfahren nun einer Veränderung unterzogen wird und möglicherweise - was ich persönlich für richtig hielte - das zweistufige Verfahren ganz aufgegeben wird. Ein effizientes Enforcement-Verfahren kann nur gelingen, wenn es möglichst wenig Schnittstellen gibt, an denen Informations- und Zeitverluste auftreten können.

Die BaFin hat im Fall Wirecard bereits frühzeitig die DPR über die im Markt vorhandenen Informationen, zum Beispiel bereits damals im Hinblick auf die Prüfung des Abschlusses 2014, hingewiesen. Auch als wir im Februar 2019 die DPR mit der Prüfung des Halbjahresabschlusses 2018 beauftragt haben, haben wir unmittelbar auf die Berichterstattung der „FT“ reagiert. Im Oktober 2019 wurden auch die neuen Berichte der „FT“ über die Wirecard berücksichtigt und die DPR gebeten, diese auch bei der Prüfung zu beachten. Damit hat die BaFin meines Erachtens den bislang bestehenden Rechtsrahmen umfassend genutzt, um im Wege der Bilanzkontrolle die Vorwürfe gegen Wirecard zu adressieren. Es ist jedoch absolut richtig, dass durch die geplanten Gesetzesänderungen die BaFin künftig das Heft des Handelns im Rahmen der Bilanzkontrolle vollständig in der Hand hält. Nur so kann künftig eine effektive Bilanzkontrolle ermöglicht werden.

Ganz herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, und nun stehe ich selbstverständlich gerne für Ihre Fragen zur Verfügung.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Frau Roegele. - Und einer Tradition folgend fange ich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

erst mal an mit allgemeinen Fragen, die ich hier allen Zeugen unabhängig ihrer Position stelle. Und die Kollegen können dann eben entsprechend schon gleich tief in den Sachverhalt einsteigen. Ich werde das aber auch schon ansatzweise tun.

Die Frage, die ich allen Zeugen stelle, zunächst mal als Warm-up: Wie haben Sie sich auf die heutige Sitzung vorbereitet? Hatten Sie noch mal Gelegenheit, die Akten einzusehen, und haben Sie das auch getan? Haben andere Kollegen vielleicht mit Ihnen Kontakt aufgenommen? Ich habe jetzt gelernt, professionelles Regierungshandeln oder Synchronisation der Aussagen gehören dazu. - Wie war das?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, von meiner Seite: Ich bin derzeit oder ich war die letzten Wochen im Urlaub, bin aber teilweise oder tageweise auch in der BaFin gewesen, hatte Zugang zu den Akten. Und ich habe natürlich auch Gespräche mit Mitarbeitern geführt, wobei ich vermieden habe, mit Zeugen zu sprechen, und wenn, dann nur über das Nötigste, zum Beispiel wie man sich die Akten aufteilt, auf die man Zugriff nimmt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Eine Frage, die ich allen Zeugen hier stelle mittlerweile, ist: Besaßen Sie im fraglichen Untersuchungszeitraum - das ist der 01.01.2014 bis zum 8. Oktober 2020 - Wirecard-Aktien oder Derivate in Form von Long- oder Short-Positionen, Calls oder Short-Scheine oder Waves - haben wir auch gelernt - , Baskets und Zertifikate? Also, da gibt es ja eine ganze Menge.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Als Chefin der Wertpapieraufsicht habe ich schon sehr frühzeitig aufgehört, in Einzeltiteln zu handeln. Ich habe ein Vermögensverwaltungsmandat und habe Fonds, und an beiden Produkten habe ich wieder einen breiten Produkt- - an Kategorien. Also, in der Vermögensverwaltung und auch bei den Fonds habe ich natürlich keinen Einfluss auf das, was der Manager in diesen Produkten macht. Das habe ich ausbedungen, dass da keinerlei Einflussnahme von meiner Seite erfolgen kann.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Die sind völlig frei in ihren Entscheidungen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Können Sie uns vielleicht noch mal erläutern - Sie haben ja hier jetzt ein bisschen geschildert; ich glaube, das hilft auch uns oder der Öffentlichkeit -, welche untersuchungsrelevanten Tätigkeiten Sie als Exekutivdirektorin der Wertpapieraufsicht und Vizepräsidentin der BaFin ausgeübt haben?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** In Summe oder bezogen auf den Fall Wirecard?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Durchaus in der Organisation. Wir haben gestern gelernt, es gibt beispielsweise durchaus Ressortleiter, die mit den entsprechenden Maßnahmen eines Leerverkaufsverbotes zu tun haben könnten, aber nie Berührung hatten und deshalb einen Leitfaden oder andere Dinge nicht kannten oder gesagt haben: Gott sei Dank, ich bin damit nicht konfrontiert worden, insoweit kann ich dazu nichts sagen. - Das ist zu akzeptieren. Aber Sie sind natürlich in einer herausragenden Stellung, also dass man sich die Struktur ein wenig vorstellen kann, weil das ist ja auch Sinn und Zweck des Ausschusses, zu erkennen: Wo kann es durch strukturelle Defizite - ich sage bewusst „kann“ - innerhalb der BaFin zu etwaigen suboptimalen Entscheidungen kommen? Also ein bisschen Struktur, aber insbesondere natürlich - und das interessiert uns; das ist ja auch Untersuchungsgegenstand hier im Fall Wirecard - und hier exponiert: das Leerverkaufsverbot im Februar 2019.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Gut. - Also, die Wertpapieraufsicht ist sehr heterogen und unterscheidet sich damit auch von den anderen Aufsichtsbereichen Bankenaufsicht und Versicherungsaufsicht aus meiner Sicht sehr stark. Wir haben sechs Abteilungen. Und ich fange mal mit den einfachen Abteilungen an, dass man die am besten ausklammert.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Eine Abteilung beschäftigt sich mit Asset-Management. Das ist das Thema Fonds, Fondsauflegung, Asset-Manager, sowohl geschlossene als auch offene Fonds. Eine zweite Abteilung, das ist die Abteilung „Prospekte“, die prüft die Prospekte, die uns eingereicht werden: börsenzugelassene Prospekte, Vermögensanlageprospekte. Also, hier haben wir komplett dieses Thema Prospektprüfung. Dann haben wir eine Abteilung, die beschäftigt sich mit den Finanzdienstleistern, also kleineren Finanzdienstleistungsinstituten. Da machen wir Solvenzaufsicht und die Aufsicht über die Wohlverhaltensregeln. Das ist die dritte Abteilung, die - wie soll ich sagen? - noch sehr einheitliche Strukturen hat.

Jetzt kommen wir zu den Abteilungen, die weniger einheitliche Strukturen haben. Das ist einmal die wichtige Abteilung „Marktaufsicht“, die Frau Linden leitet derzeit. Sie ist noch in der Erprobung, aber sie leitet die. Da sind die Referate mit dem Schwerpunkt Marktmanipulationsaufklärung. Da ist Insiderhandel in der Abteilung „Insiderhandelsüberwachung“. Da ist Ad-hoc-Publizität ein wichtiges Thema, und da ist Directors' Dealings und Leerverkaufsverbote ein wichtiges Thema. Insgesamt sieben Referate.

In der Mitte, würde ich jetzt mal sagen, all dieser Aufklärungsarbeiten gibt es auch noch ein Marktanalysereferat, wo wir Analysekompetenzen haben, gebündelt haben, die eben die wichtigen Analysen erstellen, die dann für die Kollegen, die einen Fall im Insiderbereich oder eine Marktmanipulation übernehmen, erforderlich sind, damit die auch wissen: Habe ich hier eine Insiderinformation gehabt, habe ich Ausschläge in der Kursreaktion gehabt? Et cetera. - In dieser Abteilung sind aber noch zwei weitere Referate, die auch ebenfalls wichtig sind.

Das ist einmal - - Ich würde es mal Börsenkompetenzzentrum nennen. Sie wissen, dass wir nicht die Börsenaufsichtsbehörden sind. Das ist eine Länderhoheit. Aber gerade von europäischer Ebene müssen wir das ganze Thema Börse koordinieren. Wir haben da verschiedene Arbeitskreise, die hier koordiniert werden müssen. Und

wir sind in dem Sinn - - Wir vertreten Deutschland dort auf europäischer Ebene, bekommen Zulieferungen von den Börsenaufsichtsbehörden der Länder. In dieser Einheit ist auch angesiedelt zum Beispiel auch die Aufsicht über Benchmarks. Also, die Indizes etc. ist ebenfalls in diesem Referat angesiedelt.

Das zweite Referat, was so ein bisschen außerhalb der klassischen Marktaufsicht läuft, ist das Referat über die Clearing-Häuser und den zentralen Abwickler in Deutschland, Eurex Clearing, die ECC AG und Clearstream Banking. Das sind drei wichtige Institute neben anderen, die eben für die gesamte Börseninfrastruktur, Abwicklungsinfrastruktur relevant sind. In den letzten Jahren gab es in diesen Referaten mit der MiFID, mit der EMIR - das sind Ihnen ja alles Begriffe - ein sehr starkes Anwachsen von Aufgaben, die dort zu betreuen sind - - und haben auch einen sehr starken Link zur europäischen Aufsichtsbehörde.

Dann gibt es noch die Abteilung 1. Hat teilweise ein grundsätzliches Element, betreut dort politische Anfragen als eines der wesentlichen Themen. Ein Referat ist in Anfragen von Bürgern etc. eingebunden, also alles, was von außen kommt. Zudem ist da in dieser Abteilung noch die Stimmrechtsüberwachung. Wir überwachen ja auch die Einhaltung der Stimmrechtsveröffentlichungen durch die Emittenten. Und es sind noch mal auch Transparenzpflichten einzuhalten im Derivatemarkt. Alles, was nicht „gecleared“ ist - - gibt es ja auch Derivatemarkt. Dort ist auch das Übernahmerefereat, also wenn wir eingebunden werden bei Übernahmen von börsennotierten Unternehmen - - ist dort eingebunden. Und last, but not least, dort ist auch das Ordnungswidrigkeitenreferat zu finden.

Und jetzt ganz wichtig: In dieser Abteilung ist auch die Einhaltung des Enforcements, die Bilanzkontrolle verortet. Dazu: Wie Sie wissen, wir haben ja in Deutschland ein zweistufiges Verfahren. Die BaFin wird immer nur auf zweiter Stufe tätig. Dort ist die Schnittstelle angesiedelt zu der DPR, die auf erster Stufe tätig wird und von uns



## Nur zur dienstlichen Verwendung

in dem Sinn unabhängig ist. Aber natürlich gibt es eine Arbeitsebene mit der DPR.

Die letzte Abteilung, damit ich die nicht vergesse, und die ist auch, würde ich sagen, die jüngste Abteilung, die wir haben, das ist die Abteilung „Verbraucherschutz“ mit insgesamt acht Referaten. Dort sind zwei Referate, große Referate, die sich mit den eingehenden Beschwerden befassen aller Bürger, die sich bei uns beschweren. Das sind große Anzahlen, das sind vier- bis fünfstelligen Zahlen von Beschwerden, die wir da im Jahr bekommen. In einem Referat wird auch das Verbrauchertelefon der BaFin betreut. Also, es ist ja nicht nur so, dass Sie sich bei uns schriftlich beschweren können. Sie können auch mündliche Beschwerden vortragen oder Fragen stellen, es sind nicht immer alles Beschwerden.

Dann sind zwei Referate dort den Wohlverhaltensregeln verpflichtet der Banken, die eben auch Wertpapiere vertreiben und beraten. Ein Referat beschäftigt sich mit den Privatbanken und Auslandsbanken. Ein Referat hat die Volksbanken und Sparkassen. Und eben auch „last, but not least“, also neben einem Grundsatzreferat, das auch die Schnittstelle zu unserer - - bei uns zu unserem Verbraucherbeirat ist, haben wir auch noch ein Referat dort angesiedelt, das ganz wichtig ist, das sich mit den Produktinterventionen beschäftigt. Also, von dort werden die Produktinterventionen gestartet, wenn wir den Eindruck haben, dass ein Produkt anlegerschädigend ist.

Ich hoffe jetzt, das zeigt ein wenig, wie heterogen es - - Wir haben nicht nur ein Aufsichtssubjekt, wie zum Beispiel die Kollegen im Bankenbereich die Banken, sondern wir machen Aufsicht in sehr vielgestaltiger, sehr unterschiedlicher und teilweise auch sehr komplexer - - Vorschriften, weil viele natürlich heute auch zumindest auf europäischen Vorgaben fußen, wenn sie nicht fast ausschließlich europäische Vorgaben sind, die wir da berücksichtigen müssen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, dass Sie das noch mal geschildert haben. Ich habe auch geschaut, so Banken, Sparkassen ist dann in Bonn angesiedelt, drei dieser Abteilungen. VBS

heißt, glaube ich, dieses neue Kind, was Sie da eben beschrieben haben. Aber ich frage das auch deshalb: Es ist natürlich ein großer komplexer Bereich, den Sie leiten. Und jetzt ist uns gestern so ein bisschen klar geworden, aber auch schon im Vorfeld - - Wir hatten ja gestern Frau Felicitas Linden, Frau Schierhorn, Frau Bergsträsser und Herrn Bußalb hier. Und meine Frage, die sich da so stellt, ist: Wenn Sie so einen großen Bereich leiten, was sehr wirkmächtig und natürlich auch sehr aufwendig ist, dann hat das aber auch andererseits den Vorteil, dass man auf viele Informationen innerhalb Ihres Exekutivbereichs zugreifen kann.

Und unser Eindruck, der hat sich gestern, glaube ich, wenn ich da mal subsumiere, verdichtet, dass zum Teil ein Austausch wenig stattfand. Also, Frau Linden wie auch Herr Bußalb als auch Frau Bergsträsser haben gesagt: Also, über diese DPR-Maßnahme, da waren wir gar nicht im Bilde. - Da waren wir alle hier einigermaßen erstaunt. Wenn Sie die Öffentlichkeit natürlich nicht nach Wertpapierhandelsgesetz informieren können, ist das die eine Seite, aber die andere - da waren wir gestern sehr erstaunt -, dass die Kolleginnen und Kollegen über solche Maßnahmen nicht im Bilde sind.

Warum sage ich das? Wenn Sie so einen großen Stab haben, dann sollte man ja bei einer so wirkmächtigen Entscheidung - Sie haben das eben angesprochen: Leerverkaufsverbot - - Wenn es denn bekannt gewesen wäre, bin ich immer der Meinung, je mehr Informationen man hat - - Das ist, glaube ich, auch ein Grundsatz aus der Volkswirtschaftslehre, zu sagen: Es gibt Entscheidungen unter Unsicherheit oder eben: Je mehr Informationen ich habe, desto besser. Mit einem guten Koordinatensystem lassen sich vielleicht auch die Folgen dieser Entscheidung prognostizieren.

Deshalb meine Frage: Gab es einen koordinierten Austausch vor dieser - wir nennen das hier - epochalen Entscheidung des Leerverkaufsverbotes? Und gleich verknüpft - das haben wir gestern auch gelernt -: Warum sind, wenn es denn einen Austausch gab, die Kollegen - Bußalb, auch wenn er kurz wegen Krankheit an dem Freitag, so



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wurde uns dargestellt, nicht im Hause war - nicht mit eingebunden worden? Es ist irgendwie auch klar geworden, dass andere Fachfrauen und Fachleute, Fachmänner da nicht eingebunden worden sind in diesen Entscheidungsprozess und es auf uns den Eindruck gemacht hat, man hat gar nicht auf die vorhandene Fachkompetenz in den einzelnen Referaten zugegriffen.

Also, können Sie das noch mal schildern? Wie war das? Haben Sie alle zusammengetrommelt, oder haben Sie am Ende des Tages die Entscheidung, nachdem Sie die erst mal - ich nenne es mal eher - informiert haben, getroffen? Weil so recht haben alle gesagt: „Wir haben die eigentlich nicht getroffen“, und: „Wir haben aber doch auch auf die ESMA gewartet“, und: „Die Bundesbank hat sich weggeduckt“. So war der Eindruck, wie er geschildert wurde. Wie war das aus Ihrer Wahrnehmung, diese drei markanten Tage von Freitag bis einschließlich Sonntag? Dann kam ja irgendwann, glaube ich, die Nachricht der ESMA: Ja, Sie können dieses Leerverkaufsverbot erlassen, diese Allgemeinverfügung. - Können Sie das mal darstellen, wie diese drei schicksalhaften Tage aus Ihrer Sicht waren und warum vor allem Herr Bußalb, Frau Linden und Frau Schierhorn irgendwie nicht eingebunden worden sind in den Prozess?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja. - Also, nach meiner Erinnerung - und da muss ich jetzt sagen, das ist natürlich auch zwei Jahre her; ich versuche es\* - und auch nach meinem Terminkalender gab es bereits am Dienstag, dem 12., um 8.30 Uhr ein erstes Gespräch zu Wirecard, an dem die beiden Einheiten, also Frau Schierhorn und Herr Kimmer, nach Terminkalender - das kann ich nicht mehr erinnern, aber nach Terminkalender - und ein Vertreter der WA 15 - das ist das Enforcement-Referat - teilgenommen haben. Nach meiner Erinnerung ist in dieser Besprechung diese Maßnahme „Wir machen eine Enforcement-Prüfung auf der Basis des Halbjahresabschlusses 2018“ geboren worden.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, das war das Geburtsdatum, der 12.02.2019. Das ist eine neue Erkenntnis.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das ist meine Erinnerung.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das ist meine Erinnerung. Und wenn Sie meinen Terminkalender anschauen, auch von der Zusammensetzung: Da muss darüber gesprochen worden sein. Ob das schon eine finale Entscheidung war - - Aber wir wissen ja auch, dass wir schon am 14.02. dem BMF darüber berichten, und mit Postlauf ist am 15.02. die Maßnahme ja gegenüber der DPR - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Stimmen Sie mir zu, dass dann ein Märchen - ich sage das mal so -, dass ich bis eben noch geglaubt habe, dass da so eine Entscheidung - und dann billige ich ja zu: unter Zeitdruck; auch das Volkswirtschaftslehre oder einfachste Methodik - - natürlich eine Entscheidung unter Ungewissheit und unter Zeitdruck immer eine andere ist, als wenn ich sechs Monate, fünf Monate Zeit hätte, wie auch immer, weil unsere Darstellung von allen, auch von Herrn Kimmer, von allen Zeugen der BaFin, die wir hier hatten, war: Wir standen unter enormem Zeitdruck. Wir mussten von Freitag bis Sonntag im Prinzip alles vorbereitet haben, dann mussten wir noch die ESMA haben. - Die Bundesbank ist dann an dem Freitag - - Die Bundesbank hat das sehr anschaulich geschildert. Die waren unter Zeitdruck. Und jetzt - das muss ich jetzt mal sacken lassen - sagen Sie: Am 12. war das Kind in der Welt. Warum haben Sie dann am 12. nicht schon die Bundesbank mal mit ins Benehmen genommen, weil die hätte doch dann eine ganz andere Reaktionszeit gehabt?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Da muss ich noch mal was klarstellen. Wir haben zwei Maßnahmen: die Beauftragung der DPR mit der Enforcement-Prüfung. Ich rede noch nicht vom Leerverkaufsverbot. Der Zeitdruck ist im Leerverkaufsverbot.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, richtig.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Und am 12. reden wir erst mal von der Enforcement-Prüfung, die wir durchführen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich habe es jetzt aber so verstanden, dass Sie am 12. im Prinzip schon dieses - - weil ich ja gesagt habe: Warum haben beim Leerverkaufsverbot denn Herr Bußalb, Frau Linden irgendwo keine Rolle gespielt? Also, das kriege ich jetzt nicht zusammen. Für mich war jetzt Ihre Aussage so zu verstehen, dass am 12., spätestens dann aber am 14., das Kind in der Welt war. Und das ist ja noch - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aber nicht das Leerverkaufsverbot. Das Wort „Leerverkaufsverbot“ - - Sage ich noch mal: Am 14. - - Am 12. sprechen wir über Bilanzkontrolle aufgrund der Vorwürfe in der „FT“. Da denken wir überhaupt noch nicht über Leerverkaufs- - nach. Wir sagen: Wir müssen prüfen, ob wir die DPR auf der Basis der „FT“-Berichterstattung beauftragen können. Da ist gar nichts mit Leerverkauf. Und da ist auch Herr Bußalb nicht zu beteiligen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Das ist klar. Aber das ist - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aber von dieser Maßnahme muss Frau Schierhorn meines Erachtens Kenntnis haben, zumindest von der Diskussion, weil sie bei der Besprechung dabei war.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Rein informativ; sie hat ja mit der Maßnahme selber nichts zu tun. Sie ist nicht die Schnittstelle zur DPR. So.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber es hat ja einen Grund, wenn sie dabei ist. Also, man nimmt ja nicht jemanden hinzu, würden Sie sagen - - Sie haben, glaube ich, alle in der BaFin genug zu tun und sagen dann: Ach Mensch, Frau Schierhorn, kommen Sie mal, Sie haben damit zwar nichts zu tun, Sie sind auch keine Schnittstelle, eigentlich müssen Sie es nicht wissen, aber wir ziehen Sie zu einer doch so wichtigen Sitzung dazu. - Ich gehe davon aus, man trägt dann implizit mit sich herum: Na ja, sie wird dann schon entsprechend mit den anderen Kolleginnen und Kollegen darüber wenigstens sprechen, weil, gut, dann sagen

wir: Frau Schierhorn war informiert. Aber die anderen Kollegen - Frau Bergsträsser war erkrankt; die nehmen wir da raus - - Geht also Frau Felicitas Linden dann wiederum an und Herrn Dr. Bußalb, die klar und sehr glaubwürdig für mich geschildert haben: Davon wussten wir nichts.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aber ich kann nur noch mal sagen aus meiner Wahrnehmung: Am 12. - - Und zu dem Zeitpunkt hat nach meiner Kenntnis die Frau Schierhorn ja auch auf der Basis der Berichterstattung - da gab es ja schon Berichterstattung in der „FT“; die drei Artikel waren bekannt - einen Vorgang eröffnet und in alle Richtungen ermittelt, sowohl gegen Wirecard als auch hinsichtlich einer Short-Attacke, also auch die Frage: Ist da etwas an den in der „FT“ veröffentlichten Berichten dran, was man Wirecard vorwerfen muss, fehlende Ad-hoc-Mitteilungen etc.? - Das hat sie schon eröffnet. Und deswegen war sie auch zutreffend aus meiner Sicht bei dieser Besprechung dabei. So. Und jetzt -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Aber jetzt noch mal zurück zu meiner - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** - diskutieren wir Bilanzprüfung. Ich kann mich noch dunkel erinnern, dass der Kollege gesagt hat: Na ja, wir haben jetzt gerade aktuell den Halbjahresabschluss 2018, wir haben den Jahresabschluss 2018 in ein paar Monaten - normalerweise kommt der im April; wir sind im Februar -, wir möchten den Halbjahresabschluss 2018 eigentlich gar nicht so gerne prüfen, weil der ja keiner prüferischen Durchsicht unterliegt, aber da wir derzeit nichts anderes haben - - Das kann ich mich noch erinnern, dass wir die Diskussion haben. Aus meiner Erinnerung haben wir gesagt: Wir nehmen hier tatsächlich den Halbjahresbericht und bitten die DPR, eine Prüfung zu machen. - Das war meines Erachtens der Stand, die Diskussionslage, am 12.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Am 14.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Am 12.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Am 12.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Am 14. wird es dem BMF auch mitgeteilt, dass wir das machen. So. Und dann kommt der 15. Und den 15., den versuche ich Ihnen jetzt aus meiner Erinnerung zu schildern. Und da kriege ich das natürlich - - Sehen Sie es mir nach, das war für mich ein sehr stressiger Tag. Ob ich das alles noch auf die Reihe kriege und ob das sich mit den Mitarbeitern deckt, kann ich nicht sagen.

Ich war am 14. in Madrid bei der IOSCO-Sitzung - das ist unser internationaler Verband für alle Wertpapieraufseher weltweit - und bin am 15. morgens mit der ersten Maschine aus Madrid zurückgeflogen - die Sitzung dauerte länger; ich habe abends keinen Flug mehr bekommen. Bin am 15. mit der ersten Maschine zurückgeflogen, das heißt, gegen 9 Uhr irgendwas in Frankfurt gelandet, bin dann ins Büro gefahren und habe dort die Information bekommen - und heute weiß ich nicht mehr, auf welchem Weg -, dass Frau Schierhorn eine wichtige Information der Staatsanwaltschaft München hat, dass die Wireca - dass eine weitere Short-Attacke auf Wirecard geplant ist. Das ist so aus meiner Kenntnis das, was mir da morgens mitgeteilt wurde.

Um 10.30 Uhr hatte ich den Arbeitskreis „Börsen“ mit den Börsenaufsichtsbehörden. Wir haben dann morgens - wann auch immer - mit Frau Schierhorn - wie gesagt, ich musste ja um 10.30 Uhr schon in die nächste Sitzung, die ich auch leiten musste; also da kann man jetzt schlecht fehlen - - Habe ich mit Frau Schierhorn - und, ich glaube, Herr Kimmer war dabei; kann ich aber nicht mehr sicher sagen - kurz darüber gesprochen: Was machen wir mit der Information? - Zu dem Zeitpunkt lag ja den Kollegen schon das Fax der Staatsanwaltschaft vor. Was machen wir jetzt mit der Information? Das berühmte Fax - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Und ich nehme an, das ist nicht Vertraulich. Oder ist das Vertraulich?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Können Sie ganz normal draus zitieren, drüber sprechen. Bitte.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Gut. - Also, dieses Fax der Staatsanwaltschaft lag den Kollegen vor, und die haben mir daraus berichtet oder mir das sogar vorgelegt. Und wir haben das sehr ernst genommen. Und der Kollege Kimmer und Frau Schierhorn haben mir auch versichert, die Staatsanwaltschaft würde das auch sehr ernst nehmen. Dann haben wir kurz diskutiert. Das war zum ersten Mal - und ich habe das vorhin versucht, in dem Statement zu sagen -, dass wir eine Short-Attacke im Vorfeld wussten. Normalerweise kriegen wir Short-Attacken im Nachhinein erzählt. Dann sehen wir das am Kurs, und irgendjemand sagt: Die wussten das alle, die hatten Insiderwissen. Hier sagt uns jemand: Die nächste Short-Attacke steht bevor. - Wir gucken uns die Leerverkaufspositionen an und sagen: Oh ja, sieht man, die Leerverkaufspositionen wachsen.

Es gibt da noch eine Zeugenaussage, dass diese Information über die „FT“-Artikel im Vorfeld bekannt war, was bedeutet: Irgendjemand hat Insiderwissen. So. Und wir überlegen dann: Was machen wir jetzt? Ich gebe zu, dass unsere Instrumente in der Wertpapieraufsicht nur begrenzt auf Gefahrenabwehr ausgerichtet sind. Und das ist ja hier irgendwas, was man eher mit Gefahrenabwehr - - Das ist ja nicht nur Sanktionen, wenn es passiert ist, sondern das ist ja jetzt ein Stück weit Gefahrenabwehr. Also, wir haben überlegt: Welches Instrument können wir nehmen, um hier diese Situation - - Es gibt Menschen offensichtlich im Markt, die haben ein Vorauswissen, dass eine negative Berichterstattung der „FT“ erscheinen wird und dadurch der Kurs einbrechen wird, und die können diese Information nutzen.

Jetzt sind wir also hingegangen, haben das überlegt. Und es gab da eigentlich nur zwei Mittel, die da kurz diskutiert wurden. Das ist das Thema Handelsaussetzung, und das ist das Thema Leerverkauf. So. Jetzt hatte ich ja das große Glück, dass an dem Tag der Arbeitskreis „Börsen und Börsenaufsichtsbehörde“ im Haus war zu der Tagung. Und die Idee war dann: Wir besprechen das mal mit der hessischen Börsenaufsichtsbehörde, was sie da sagt. Sie ist die größte, sie ist so ein bisschen auch immer der Führer für die



## Nur zur dienstlichen Verwendung

anderen. Wir besprechen mal, was sie auf der Basis dieser Informationslage tun würde. Und in der Mittagspause hat dann ein solches Gespräch stattgefunden. In diesem Zusammenhang hat mir Frau Schierhorn aber schon wieder berichtet, dass sie erneut Kontakt mit der Staatsanwaltschaft hatten und eben genau diese zwei Optionen „Handelsaussetzung“ und „Leerverkauf“ mit denen diskutiert haben und dass die Staatsanwaltschaft den Leerverkauf - ich will jetzt mal sagen - favorisiert. Das ist sicherlich nicht die Formulierung, die - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** War unser Eindruck auch, also dass die Staatsanwaltschaft - - War unser Eindruck, glaube ich, aller hier: Die Staatsanwaltschaft sagt: Das wünschen wir uns. - Und das wird dann getan. Das war so der Eindruck gestern.

**Zeugin Elisabeth Roegle:** Also, ich würde nicht sagen, dass allein der Wunsch das ist, aber es hat sich sehr schnell rauskristallisiert und auch in dem Gespräch mit der Börsenaufsichtsbehörde, dass ja die Handelsaussetzung ein viel dramatischerer Eingriff in den Markt wäre, weil dann kann keiner mehr handeln, während dieses Leerverkaufsverbot trifft ja nur Leerverkäufer und auch „nur“ - in Anführungsstrichen -, dass die keine Positionen mehr ausbauen können. Sagen wir mal so, wenn ich davon ausgehe, dass Leerverkäufer mit Insiderwissen unterwegs sind, dann ist ein Leerverkaufsverbot, das beschränkt, dass Leerverkäufe noch weiter ausgebaut werden können - wir nehmen ja nicht die vorhandenen Leerverkaufspositionen weg - - aber dann ist es - wie soll ich sagen? - ein deutlich spezifischer - - auf das Problem gerichtetes - - Maßnahme, als den gesamten Handel auszusetzen, wo dann auch diejenigen, die kaufen wollen, natürlich nichts mehr machen können. Das war damals die Überlegung, und das hat sich rauskristallisiert.

Dann haben die Kollegen angefangen zu prüfen, wie sie denn - - Wie sehen die Voraussetzungen aus? Können wir auf der Basis der Leerverkaufsverordnung diese Voraussetzungen erfüllen? Da gab es einen Prüfauftrag. Ich meine, dass die Kollegen - - dass wir das auch noch mal diskutiert

haben. Die Kollegen kamen zurück und meinten: Ja, wir können das auf Marktvertrauen stützen. - Und dann gab es noch, wenn wir uns auf den Weg des Leerverkaufsverbots machen, die wichtige Fragestellung: Würde ESMA dieses Leerverkaufsverbot auch mittragen? - Da ist ja nun die Verpflichtung, dass ESMA dazu eine Aussage trifft. Und da war mein Punkt, soweit ich mich erinnern kann - ich kann Ihnen aber nicht mehr sagen, zu welcher Uhrzeit das war -, dass wir ein erstes Telefonat auch mit der ESMA hatten. Und wir hatten zu dem Zeitpunkt die Erlaubnis, der ESMA auch von diesem Fax zu berichten. Die Staatsanwaltschaft hatte uns insgesamt gebeten, mit diesem Fax - - das Fax nicht weiterzugeben und die Inhalte auch nicht weiterzugeben. Aber mit ESMA, das wurde uns zugestanden, dass wir das weitergeben konnten. Da gab es dann ein erstes Telefonat.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Darf ich ganz kurz nur einhaken? Wer hat das zugestanden, Frau Bäumler-Hösl oder Herr Bühring? Das ist für mich jetzt gerade sehr relevant.

**Zeugin Elisabeth Roegle:** Also aus - - Sorry, das habe ich nicht - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Weil da muss ja - - Ich unterstelle, Frau Bäumler-Hösl ist eine exzellente Staatsanwältin. Dann muss sie ja wissen, wenn sie für die ESMA entbinden, was da passiert, weil dann muss ihr klar gewesen sein, was Sie planen.

**Zeugin Elisabeth Roegle:** Ich kann Ihnen das nicht sagen. Ich würde eher - aber das ist mehr Gefühl als Wissen - - dass es Herr Bühring war, -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.

**Zeugin Elisabeth Roegle:** - weil Herr Kimmer hat an dem Tag, glaube ich, die Linie mit Herrn Bühring gehalten. Aber das müsste Herr Kimmer Ihnen gesagt haben, ob er da mit Herrn Bühring telefoniert hatte.

So. Jetzt kam - - Ich hatte dann die nächste Sitzung um 15.30 Uhr, mindestens eine Stunde,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

auch eine ESMA-Sitzung, mit der ich die Börsen - - Der Arbeitskreis „Börse“ geht nach Kalender bis 15 Uhr. 15.30 Uhr habe ich die nächste Sitzung mit der ESMA, da musste ich vortragen, weil es mein Komitee betraf, bei dem ich die Vorsitzende bin, eine sehr schwierige Fragestellung im Kontext Brexit. Das hat wahrscheinlich eine Stunde gedauert, also so steht das im Terminkalender, 15.30 Uhr bis 16.30 Uhr. Dann gab es wahrscheinlich noch mal ein Gespräch mit den Mitarbeitern, kann ich aber heute nicht mehr sagen. Es gab dann die Information der Kollegen, dass sie da jetzt auch mit BMF und Bundesbank im Gespräch sind. Das wusste ich auch.

Zu irgendeinem Zeitpunkt am Abend gab es dann einen Anruf, der mir durchgestellt wurde von den Kollegen, dass die Bun- - dass an der anderen Seite die Bundesbank - - Die Kollegen haben mir nur noch zugerufen: Sie haben - - Sie sind - - „Die Bundesbank ist etwas unglücklich“, um das mal so zu formulieren, „dass wir erst jetzt gesagt haben, dass wir das auf Marktvertrauen und nicht Finanzstabilität stützen wollen, diese Leerverkaufsmaßnahme, und dass wir dieses Fax der Bundesbank nicht geben können - - dürfen, dass wir weitere Informationen haben, die wir der Bundesbank nicht geben dürfen.“ Dazu hatten wir in dem Sinn keine Aussage der Staatsanwaltschaft.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wäre mal nett auch für die Kollegen der Name des oder der Anruferin.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Wie, der Name des - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wer war denn am anderen Ende der Leitung, als Sie mit der Bundesbank telefoniert haben?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, wenn Sie mich - - Ich glaube, es war Herr Seiler. Es war zunächst nicht Frau Buch. Aber das kann ich wirklich - - Sehen Sie es mir nach, das war sehr hektisch. Das wurde durchgestellt. Aber es könnte Herr Seiler gewesen sein. Aber ich will das nicht - - Also bitte mit tausend Fragezeichen. Und dann gab es einen Anruf von Frau Buch, die

jetzt inzwischen informiert wurde von ihren Kollegen. Dann habe ich ihr noch mal gesagt, wir stützen diese Maßnahme auf Marktvertrauen und nicht Finanzstabilität. Auf das hatte wohl die Bundesbank geprüft. Und wir stützen das aber auf Marktvertrauen, weil Finanzstabilität sehen wir selber, werden wir nicht - - das trägt das nicht. Aber Marktvertrauen, gerade dieses Thema „Insider sind unterwegs und beeinflussen Kurse“, das war für uns durchaus - wie soll ich sagen? - der richtige Ansatzpunkt.

So, und dann habe ich mit Frau Buch gesprochen und gesagt: Ja, es ist nicht das, was die Bundesbank, die wir sehr schätzen - - und gerade bei dem Thema Finanzstabilität ist sie ganz wichtig, hat sie große Analysekompetenzen und kann uns da sehr weit helfen - - Aber es war eben nicht die Finanzstabilität, sondern das Marktvertrauen, auf das wir das gestützt haben. Und da habe ich dann mit Frau Buch drüber gesprochen, dass es eben die andere Begründung ist, die uns die Short-selling-Verordnung zur Verfügung stellt: Marktvertrauen, dass wir diesen Weg gehen wollen - das ist ja ein klares Alternativitätsverhältnis - und dass zudem bei uns Informationen vorliegen, die ich leider nicht weitergeben darf. Und daraufhin hat Frau Buch ihrerseits gesagt: Ja, wenn das so ist. - Und jetzt kann ich Ihnen nicht mehr sagen, wie der genaue Wortlaut war, aber ich würde meinen, dass sie gesagt hat: Ja, dann ist unsere Stellungnahme doch gar nicht erforderlich, und wir kommen überein, wir sehen davon ab.

Das ist jetzt aber nicht natürlich das, was da wörtlich gesprochen wurde. So. Das war der 15. Die Kollegen haben weiter an diesem - - Sie müssen ja für ESMA dann auch noch ein Template ausfüllen, wo Sie verschiedene Angaben machen, haben die Kollegen dann eben ausgefüllt. Wir haben die Rechtsabteilung eingebunden für dieses Thema. Die hat den ersten Draft gesehen. Es gab, glaube ich, Gespräche und Informationen auch des BMFs. Ich glaube, ich habe auch noch mal mit dem BMF an diesem Abend gesprochen. Also, das ist so ein bisschen der Tagesablauf des 15. gewesen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann übergebe ich an die Kollegen der CDU/CSU. Matthias Hauer.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Herr Vorsitzender! Frau Roegele, herzlich willkommen! Vielen Dank, dass Sie uns Auskunft geben. - Es sind ja zwei Komplexe, die uns in Bezug auf Sie vor allem interessieren. Das ist das Enforcement-Verfahren und das Leerverkaufsverbot. Da hatten Sie ja einleitend schon einiges gesagt. Ich würde, bevor ich jetzt zu den Details komme, noch einmal kurz zu Ihrem Statement und zu der Frage hinsichtlich der Fonds, die Sie persönlich halten, noch einmal fragen: Ich habe das verstanden, dass Sie jetzt keinen Einfluss nehmen können auf die Zusammensetzung, aber können Sie uns denn sagen, welcher Wirecard-Anteil in diesen Fonds enthalten ist?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Kann ich Ihnen nicht sagen. Zum einen ist es ein Immobilienfonds. Da wird sicher nichts drin sein. Und dann ist es das Deko-Vermögenskonzept, können Sie auch nachgucken. Deko-Vermögenskonzept ist ein Mischfondsanteil, der aus verschiedenen weiteren Unterfonds besteht.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja. Und Sie sind in den Dachfonds investiert.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Im Zweifel: Ja. Also, das Vermögenskonzept, das ist ja ein Konzept, nennt sich das, das in verschiedene Fonds investiert dann ist.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, aber das ist für uns schon - ich habe verstanden, dass Sie persönlich da keinen Einfluss nehmen können - interessant, zu wissen, ob da jetzt - ich sage mal - eine besonders starke Position, zum Beispiel Wirecard, existiert. Aber das kann man dann ja noch mal nachprüfen.

Dann würde ich jetzt mal starten mit dem Thema Leerverkaufsverbot. Und Sie haben jetzt immer von „die Kollegen“ gesprochen, mit denen Sie sich da ausgetauscht haben. Da würde mich noch mal interessieren, welche Kollegen das waren.

Sie hatten die Frau Schierhorn jetzt ab und zu genannt. Sie hatten den Herrn Kimmer ab und zu genannt. Welche Personen im Hause der BaFin waren denn ansonsten in diese Beratungen zum Leerverkaufsverbot einbezogen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das war im Weiteren noch Frau Geilfus, die Sie schon kennengelernt haben, die Kollegin Frau Weick-Ludewig, die früher dieses Thema betreut hat, und es war die Rechtsabteilung, aus meiner Erinnerung insbesondere Herr Begner dort.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Den letzten Namen habe ich nicht verstanden.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Begner.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Begner. - Und das sind alles Juristen, die Sie jetzt genannt haben, oder? Nichts gegen Juristen. Interessiert mich trotzdem.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das sind alles Juristen, ja. Halt, Herr Kimmer ist kein Jurist. Kimmer ist kein Jurist.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Was macht Herr Kimmer?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Herr Kimmer ist, wenn ich das richtig weiß, ein Absolvent der Hachenburg-Ausbildung bei der Bundesbank.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Gut.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also Betriebswirt, würde ich es nennen. Aber bitte legen Sie mich nicht fest. Aber Herr Kimmer ist kein Jurist. Ich glaube, er ist Hachenburger.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Zu welchem Zeitpunkt ist die Entscheidung gefallen, es gibt ein Leerverkaufsverbot? Wo es vielleicht dann nur noch darum ging: Wie wird es jetzt begründet, oder wie setzen wir das jetzt schriftlich um, wie machen wir die Verfügung? - Aber irgendwann ist ja ein Moment da: „So, wir machen das jetzt“, die Entscheidung.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich würde sagen, nach dem Gespräch mit dem Herrn Hiestermann, zu dem Zeitpunkt war es noch offen. Und nach der ersten Prüfungsrunde der Kollegen, die signalisiert haben: Den Weg kann man gehen. Also, irgendwann nach dem Mittagessen und vor den - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Vor der ESMA-Besprechung oder - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja, wahrscheinlich. Wobei ESMA war für mich ja immer ausschlaggebend. Wenn Herr Maijoor zu dem Zeitpunkt gesagt hätte: „Kommt gar nicht in Frage“, wäre das auch nicht umgesetzt worden.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also am Freitagmittag.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nachmittag.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Freitag, früher Nachmittag muss es ja dann gewesen sein, ich sage mal, unter dem Vorbehalt der Zustimmung der ESMA. So könnte man es vielleicht formulieren.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aber bitte, bitte, sehen Sie es mir nach, das war ein sehr anstrengender Tag für mich. Und ob das 14 Uhr oder 16 Uhr - - das kann ich nicht - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Es geht mir jetzt um eine Stunde. Mir geht es nur darum: War das freitagmorgens, -mittags, -abends, Samstag vielleicht auch erst? Weil es gab ja dann auch viel Gespräche, es gab viel Schriftverkehr. Dann kann man das ja auch zuordnen: Wann sind welche Entscheidungen gefallen? Da sind ja auch Entwurfs-papiere rumgeschickt worden, Bundesbankbeteiligung usw. Wann ist denn das Finanzministerium einbezogen gewesen und wie?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, da kann ich jetzt nicht aus eigener Kenntnis sprechen, weil ich glaube, die Kollegen haben um die Mittagszeit das Finanzministerium informiert.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Freitagmittag?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Vor Ihrer Entscheidung oder nach Ihrer Entscheidung?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich glaube, da war das noch nicht wirklich 100 Prozent, da war das noch: Wir planen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also vor der Entscheidung durch Sie haben die Kollegen das Finanzministerium informiert, sagen Sie. - Mich hat das vorhin schon gewundert. Ich habe das vorhin schon mitbekommen natürlich. Da hatten Sie gesagt, die Kollegen waren dann im Gespräch mit dem BMF und der Bundesbank. So hatten Sie das in etwa vorhin gesagt. Dass Sie jetzt das nicht selbst kommuniziert haben mit dem Finanzministerium, weil Sie sind ja die Chefin, und dann hätte ich jetzt gedacht, dass das eher dann auch Chefsache ist oder Chefinsache - - Wer hat denn mit dem Finanzministerium kommuniziert?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich glaube, das waren die Referenten.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Können Sie den Namen dazu immer sagen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das müssten Frau Geilfus und Herr Kimmer gewesen sein und Frau Weick-Ludewig vielleicht.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also alle drei oder einer von denen? Oder wissen Sie nicht genau, wer?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das kann ich Ihnen nicht sagen, wer da mit wem gesprochen hat. War nicht dabei. Ich saß in Sitzungen; das dürfen Sie nicht vergessen. Ich saß eigentlich praktisch immer in Sitzungen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und was wurde dem Finanzministerium mitgeteilt?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich nehme mal an, dass die dem Finanzministerium mitgeteilt haben - aber das ist eine Spekulation; ich war nicht



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dabei -, dass wir ein Leerverkaufsverbot planen, in der Planung haben.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das heißt, es ist ein Jahrhundertereignis: Leerverkaufsverbot, Sie entscheiden etwas dazu, weil Sie zuständig sind, das steht unmittelbar bevor, und dann geht es um die Beteiligung des zuständigen Finanzministeriums, und da wissen Sie nicht so richtig, wer da mit denen gesprochen hat und was man denen mitgeteilt hat? Kann ich das richtig feststellen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aber das finden Sie ja alles in den Akten.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das überrascht mich, dass das genau so von Ihnen mitgeteilt wird und dass das so vom Vorgehen erfolgt sein soll. Ich kann mir das nämlich gar nicht vorstellen, dass das so gewesen ist. Denn ich könnte mir vorstellen, wenn so ein Jahrhundertereignis stattfindet mit so einer breiten Relevanz, dass man dann vielleicht auch mal selbst zum Hörer greift. Also, ich hätte da erst mal die Kompetenz im Haus zusammengezogen, hätte mich mit allen, die davon Ahnung haben, ausgetauscht und dann das auch irgendwie rückgekoppelt mit dem Finanzministerium.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich habe ja abends auch mit dem Finanzministerium nach meinem Wissen noch mal gesprochen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Mit wem haben Sie gesprochen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Soviel ich weiß, mit Referenten aus dem Finanzministerium.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Bitte immer den Namen dazusagen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Kann ich nicht mehr.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Mit welchem Referat?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** VII B 5.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Okay. Dann kann man das ja vielleicht noch mal ergründen. Was haben Sie dann mitgeteilt dem BMF? - Oder nein, ich frage es erst mal anders: Was war denn zu dem Zeitpunkt dem BMF bekannt? Es gab ja wahrscheinlich einen Austausch. Haben Sie angerufen, oder hat das BMF angerufen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das weiß ich nicht mehr. Kann ich Ihnen nicht sagen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und was wurde besprochen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, auch da: Es tut mir leid, ich habe viele Gespräche geführt, und ich war immer zwischen Sitzungen. Nach meiner Erinnerung haben wir natürlich darüber gesprochen, dass wir - - Ich glaube, ich habe zu dem Zeitpunkt offenbart, dass wir ein Fax haben, dass wir das Fax haben und dass wir eine Leerverkaufsmaßnahme in Betracht ziehen, dass wir das mit ESMA abstimmen müssen, wie der Verlauf mit ESMA ist. Ich denke, diese Punkte wurden da angesprochen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und was war Ergebnis des Gesprächs? Dass alle das zur Kenntnis nehmen und Sie weitermachen und das BMF raus ist? Oder wurde noch irgendwie vereinbart, es wird rückgekoppelt oder jemand wird noch informiert? Was ist da besprochen worden?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich glaube, die Kollegen vom BMF wollten einen Draft haben; aber zu welchem Zeitpunkt sie den Draft haben wollten, kann ich Ihnen auch nicht mehr sagen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja. - Zu welcher Fragestellung? Oder was ist dann Ziel? Können Sie das noch mal darstellen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Einen Draft?

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Sie wollten die Verfügung im Entwurf sehen. Das meine ich mich zu erinnern.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und das ist dann auch übersandt worden?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Davon gehe ich aus, ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, das liegt auch uns in den Akten vor, dass das übersandt wurde. Und wie ist es dann da weitergegangen, in der Beziehung BaFin-BMF? Sie haben den Entwurf der Leerverkaufsverfügung übersandt, der Allgemeinverfügung. Gab es dann noch irgendeinen Austausch mit dem BMF dazu?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, der nächste Austausch, der mir rememberlich ist, ist dann in der Folge - - Also, wir haben ja dann den Samstag dran gearbeitet, diese Verfügung weiterzuentwickeln, sie mit ESMA abzustimmen. Und ich meine, die nächste offizielle Information von unserer Seite war dann, dass am Sonntagmorgen ich Frau Wimmer, damals noch Unterabteilungsleiterin, informiert habe, dass jetzt das ESMA-Abstimmungsprozedere gestartet ist.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Okay. - Wie hat denn das BMF auf Ihre Ansprache reagiert? Wie war denn die Position des BMF zu dieser Thematik? Hatten die eine Position?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Mir ist keine Position bekannt. Es war auf keinen Fall, dass das BMF irgendwie gesagt hat: „Das finden wir super“ oder: „Das lasst ihr mal lieber bleiben.“ Also, ich würde nicht sagen, dass da eine Position - - also, mir nicht rememberlich, dass da eine Position eingenommen wurde.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): War Ihnen denn die Position des BMF egal?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Na ja, natürlich nicht, -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, aber dann fragt man doch, oder?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** - aber dazu hätte ich ja mal eine hören müssen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, wenn man kommuniziert, gibt es ja auch immer die Möglichkeit der Frage. Deshalb hätte mich interessiert: Wenn ich schon feststellen muss, dass Sie quasi die Kollegen da anrufen lassen beim BMF - das war ja der Erstkontakt, so wie ich das festgestellt habe -, dann wäre doch meine erste Frage von Ihnen dann an die Kollegen gewesen: Was hat das BMF denn gesagt? Was halten die denn davon? - Haben Sie nicht gefragt. Und als Sie dann persönlich mit dem BMF telefoniert haben, haben Sie das BMF, obwohl es Sie ja interessiert hat, wie Sie gerade gesagt haben, auch nicht gefragt, was sie davon halten.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Es ist jetzt nicht so, dass das BMF in Einzelmaßnahmen - wie soll ich sagen? - Spontanpositionierungen am Telefon macht. Das hätte ich weder erwartet noch - - Ich zeige dem BMF auf, was wir beabsichtigen, und das BMF ist eigentlich - wie soll ich sagen? -, glaube ich, stark genug, dann von sich aus zu sagen, wenn irgendwas völlig gar nicht geht oder in eine falsche Richtung geht. Aber das ist mir noch nicht passiert.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, und dann lag ja dem BMF auch die entsprechende Entwurfsfassung der Allgemeinverfügung vor. Und da gab es auch keinerlei Resonanz seitens des BMF?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nicht dass ich wüsste. Vielleicht auf Arbeitsebene, aber nicht mir gegenüber.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ich will noch mal zu dieser Beteiligung der einzelnen Personen kommen. Wir haben gestern festgestellt, dass die zuständige Abteilungsleitung - das war ja WA 2 - ne? das ist richtig? - für das Leerverkaufsverbot, -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Genau.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): - dass die ja krankheitsbedingt langfristig ausgefallen ist.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Zu dem Zeitpunkt kann ich nicht von „langfristig“ sprechen. Die ist



## Nur zur dienstlichen Verwendung

seit Dezember immer wieder einwöchig, zweiwöchig krankgeschrieben worden, und eigentlich war immer die Hoffnung, sie kommt.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Gut. - Sie war zu dem Zeitpunkt aber nicht da. Und es gab eine Vertretung.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und die Stellvertretung war ja gestern auch bei uns hier im Ausschuss. Und dass Sie die Person, die jetzt längerfristig krank ist, nicht gefragt haben, das kann ich ja nachvollziehen. Aber wieso ist denn die Stellvertretung nicht einbezogen worden? Oder ist sie einbezogen worden in das Leerverkaufsverbot?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, zum einen: Wie gesagt, das war - - Wir lebten in der Zeit immer wieder in der Hoffnung, dass wir Frau Bergstraesser am nächsten Montag sehen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, aber dann hätten Sie ja fragen können. Wenn die so, ich sage mal, auf dem Sprung zur Gesundheit - - wenn dann so ein Jahrhundertereignis kommt, fragt man die ja vielleicht, oder nicht?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, das ist nicht Usance. Wer krank ist, ist krank. Und er ist auch krank bis zu dem Tag, wo er krankgeschrieben ist.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, das war ja meine Position. Da haben Sie ja gesagt: Sie haben ja gehofft, die kommt wieder, und deshalb fragen wir nicht die Stellvertretung.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** So, und dann ist ja die Frage: Involviere ich dann noch mal jemand, der Stellvertreter ist, wenn am anderen Tag die Chefin kommt? Das war ja die Hoffnung. Das Erste. - Das Zweite, muss ich sagen - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Aber die Person war ja über ein Jahr krank, hat sie uns gestern berichtet, weit über ein Jahr.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja, aber zu dem Zeitpunkt noch nicht. Zu dem Zeitpunkt war sie mal zwei Monate - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Da war sie drei Monate - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja. Sie ist seit Dezember krank gewesen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Wenn jemand drei Monate - - Ist jetzt auch nicht so, dass man denkt, kommt morgen wieder.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Dreieinhalb.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, halten wir fest: Sie haben nicht die zuständige Abteilungsleitung einbezogen, weil sie krank war.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und Sie haben ja gerade festgestellt: Wer krank ist, ist krank, den fragen wir nicht. Kann ich verstehen. So. Es gibt aber eine stellvertretende Abteilungsleitung. Die haben Sie nicht einbezogen. Ist das richtig?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja, weil ich nicht wusste, dass die im Haus ist. Und ich kann Ihnen das auch begründen. Schon bei dem Gespräch am 12., wo Frau Schierhorn dabei war, hat Frau Schierhorn nicht ihre Abteilungsleitung mitgenommen. Und auch bei dem Gespräch am Freitag, wo mich Frau Schierhorn kontaktierte - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, aber ist das denn üblich, dass die Referate entscheiden, welcher Vorgesetzte mitkommen darf? Also, ich verstehe das eher andersrum.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Eben nicht. Normalerweise binden die Referatsleiter ihre Vorgesetzten ein, wenn sie da sind. Und da das nicht erfolgt ist, bin ich davon ausgegangen, Frau Linden ist nicht im Haus.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, aber Frau Roegele, da ist doch der Hammer gekreist an dem



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Wochenende. Sie haben da nachts gearbeitet. Also, Sie persönlich, weiß ich jetzt nicht; aber auf jeden Fall Mitarbeiter der BaFin haben bis nachts irgendwelche Allgemeinverfügungen geschrieben, haben das rechtlich irgendwie geprüft, haben am Samstag - - am Sonntag gab es Gespräche, Sie haben abends telefoniert. Und da vergessen Sie, dass irgend so eine Abteilungsleitung, die für das Thema zuständig ist, vielleicht - - Da haben Sie gesagt: Ja, die ist nicht im Haus vielleicht. - Die war übrigens im Haus, haben wir gestern erfahren. Hat vielleicht keiner gemerkt. Aber man kann die ja auch vielleicht anrufen. Sie haben ja auch andere dann am Wochenende scheinbar angerufen, nur nicht die zuständige Abteilungsleitung. Richtig?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich muss noch mal fragen. Ich weiß nicht, wen Sie mit „andere angerufen haben“ - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, aber dass es da richtig rundging an dem Wochenende, da sind wir uns doch einig, oder? Da wurde doch mehr geackert als sonst an Wochenenden, oder? Oder ist das üblich?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Da haben die Spezialisten, die sich mit Leerverkaufsverbot auskennen, die zwei Damen und Herr Kimmer - - haben dort daran gearbeitet.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und zu diesen Spezialisten gehört nicht die zuständige Abteilungsleiterin, -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also nicht für Detailformulierungen beim Leerverkaufsverbot.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - sondern es ist üblich, dass die dann, obwohl sie dafür zuständig ist, komplett aus dem Vorgang rausgehalten ist und am Montag erfährt, da ist so was passiert?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Herr Hauer, ich muss das noch mal sagen: Frau Schierhorn ist auf mich zugekommen. Frau Schierhorn - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Frau Schierhorn entscheidet jetzt darüber, ob ihre Vorgesetzte das erfahren darf, und Sie haben das beide zusammen dann, Frau Schierhorn und Sie, an der Abteilungsleitung vorbei entschieden.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Es ist Usance bei uns: Wenn der Abteilungsleiter im Haus ist - was ja auch nicht immer der Fall ist -, dann nimmt der zuständige Referatsleiter den mit in die Besprechung. Wenn er nicht im Haus ist, nimmt er ihn natürlich nicht mit in die Besprechung. Aber dann gehe ich davon aus und hinterfrage das nicht: „Sagen Sie mal, ist Ihr Vorgesetzter nicht da?“, sondern dann nehme ich das als gesetzt, dass eben der Abteilungsleiter deswegen nicht an der Besprechung teilnimmt, weil er nicht da ist.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also, ich habe da keinerlei Verständnis dafür. Sie sind natürlich die Chefin, Sie können das alles an sich ziehen, mit dem Kopf durch die Wand - so nehme ich das wahr. So, und Sie haben nicht die Abteilungsleitung einbezogen, nicht die Stellvertreterin einbezogen, obwohl die da war, obwohl die auch telefonisch erreichbar war. Der zuständige Referatsleiter im Übrigen war ja auch nicht da. Der wurde auch nicht - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Der war auch krank.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Der war krank, war beim Zahnarzt; das haben wir auch erörtert. Auch das ist natürlich in Ordnung, dass der dann beim Zahnarzt natürlich sein muss. So. Aber der ist vielleicht auch erreichbar. Nur, ich stelle fest, dass Sie weitgehende Kompetenz in Ihrem Hause, die mit Leerverkaufsverboten sich auskennt, außen vor gelassen haben, obwohl das ja nicht so oft vorkommt, wie wir jetzt hier gelernt haben, und das quasi alleine durchgezogen, sondern sich auf die wesentliche Kompetenz - - auf die haben Sie schlicht verzichtet.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Na ja, also die Kompetenz im Fachlichen lag ganz sicher bei Frau Geilfus und Frau Weick-Ludewig und Herrn Kimmer.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und die anderen hielten Sie da für entbehrlich?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Hätte ich gewusst, dass Frau Linden im Haus ist - ich schätze Frau Linden sehr; deswegen habe ich sie zur Abteilungsleiterin gemacht -, hätte ich sie selbstverständlich mit einbezogen. Aber ich wusste es nicht.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Gut. - Aber dass sie telefonisch erreichbar ist vielleicht - - Ich meine, dass sie im Einsatz ist - - Vielleicht ist sie nicht im Haus, dachten Sie; aber dass man sie vielleicht erreichen kann, anrufen kann, ist Ihnen ja auch bewusst, weil am Wochenende wurde ja intensiv gearbeitet. Da wurde ja auch - - Aber ich lasse das erst mal sacken. Ich komme da sicherlich später noch mal drauf zurück.

Ich wechsle jetzt mal. Ich habe jetzt leider nur noch zwei Minuten in dieser Runde und würde deshalb noch mal zur DPR etwas fragen. Ich würde Sie gerne fragen, ob Sie der Auffassung waren zum damaligen Zeitpunkt, dass die DPR etwas in Erfahrung bringen kann bei der Bilanzkontrolle, wenn gefälschte Unterlagen vorliegen. Ist das Möglichkeit der DPR? Wenn es um Umsatzerlöse mit gefälschten Unterlagen geht, kann die DPR da Aufklärung bringen? Weil wir sind uns ja einig: Die DPR hat keine forensischen Möglichkeiten, ne? Oder?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das kommt jetzt drauf an. Ich meine, gefälschte Unterlagen kann ich aus verschiedenen Gründen als gefälscht erkennen. Da muss ich ja jetzt nicht unbedingt Durchsuchungen, Beschlagnahmen machen. Also, wenn die DPR Unterlagen vorgelegt bekommt aus dem Haus und stellt fest, dass die nicht plausibel sind, dann wird sie ja wohl erkennen, dass eine der Unterlagen möglicherweise fehlerhafte Informationen enthält. Warum soll sie das nicht erkennen?

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, der Herr Ernst, der Chef der DPR, war ja hier auch bei uns. Und

der hat uns gesagt: Wenn es um gefälschte Unterlagen geht, dann können wir das als DPR nicht feststellen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Und was versteht er unter „gefälschte Unterlagen“?

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das müssen Sie ihn selbst fragen. Ich habe wiedergegeben, was er hier gesagt hat. Es ist ja legitim, wenn Sie dazu eine andere Auffassung vertreten. Deshalb war meine Frage ja an Sie jetzt gerichtet, ob Sie da sozusagen dasselbe Verständnis haben oder ob Sie sagen würden: Wenn es um Umsatzerlöse geht, die mit gefälschten Unterlagen belegt wurden, dann ist das auch eine Möglichkeit - - Das kann auch die DPR rausfinden.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich meine, je nachdem, wie die Fälschung aussieht, kann das die DPR auch auswählen. Wenn ich Unterlagen habe von einer Tochter, jetzt mal als Beispiel, einer Tochtergesellschaft, die legt irgendwelche buchhalterischen Unterlagen vor, die nichts mit dem zu tun haben, wie das auf der anderen Seite widergespiegelt wird, ja warum soll ich denn das nicht erkennen können, dass da Diskrepanzen sind, dass die Zahlen nicht stimmen können, dass die Einnahmenflüsse nicht nachvollziehbar sind?

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, die DPR hat keine forensischen Möglichkeiten. Das unterscheidet sie ja beispielsweise auch von anderen, zum Beispiel von der BaFin. Insofern - - Aber das werden wir sicherlich, weil es hochspannend ist, in der zweiten Runde dann fortsetzen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Matthias Hauer. - Dann hat als Nächstes das Wort Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Roegele, Sie haben erwähnt, dass das Telefonat mit dem Referat VII B 5 im BMF am Freitag - - konnten aber noch nicht genau sagen, wer da am Apparat war. Wenn ich Ihnen die Namen Franke - das ist der Referatsleiter - Brinkmann und Krüger - das sind zwei



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitarbeiter, die in den Akten auftauchen - nenne, fällt es Ihnen dann vielleicht leichter, zu sagen, mit wem Sie gesprochen haben?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Tut mir leid.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Gar nicht. - Ist das üblich, dass eine Exekutivdirektorin sich - ohne dass das jetzt falsch klingen soll - - aber dass sich die Exekutivdirektorin der BaFin mit Referenten im BMF-Referat VII B 5 unterhält? Oder würde man nicht erwarten, dass Sie auch mit einer Führungskraft aus dem Ministerium kommunizieren, auch sozusagen protokollarisch auf Augenhöhe oder so?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Da bin ich leider anders gestrickt. Ich spreche auch mit Referenten, wenn sie dann diejenigen sind, die das Wissen haben.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Natürlich, das sind meine Hauptansprechpartner, wobei ich bei Brinkmann gar nicht weiß, ob der zu dem Zeitpunkt noch in dem Referat war. Aber natürlich, Herr Franke ist sicherlich ein potenzieller Kandidat. Nur, sehen Sie es mir nach: Ob das an diesem Abend war, weiß ich nicht.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nee, Hintergrund meiner Frage war ja, dass Sie bei der Bundesbank auch direkt mit Frau Buch gesprochen haben, also protokollarisch genau auf Ihrer Ebene. Aber vielleicht geht es ja auch anders. Okay.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aber sehen Sie meinen Führungsstil nach.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Absolut. Der soll gar nicht untersucht werden.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Da kenne ich keine Berührungspunkte.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ich will ja nur sozusagen wissen: Hat denn Ihr Gesprächspartner im BMF Rückfragen gestellt oder sich sonst noch

mal gemeldet im Laufe des Wochenendes mit Fragen, die an die BaFin gerichtet waren seitens der Rechts- und Fachaufsicht?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nicht nach meiner Kenntnis. Und wenn, dann eher auf Arbeitsebene.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Das dann doch. Okay. - Dann haben Sie gesagt, Sonntagmorgen die Information an Frau Wimmer, die nach unseren Akten per E-Mail erfolgte. Waren diese zwei Kontakte zum BMF Ihre beiden einzigen persönlichen Kontakte? Oder gab es noch mehr an dem Wochenende, jetzt bis die Maßnahme draußen war?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Es gab ein Telefonat mit Frau Wimmer.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Auch ein Telefonat.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich biete das ja auch an in der Mail, in der ich Frau Wimmer informiere, und hatte ein Telefonat mit Frau Wimmer, das gegen 15 Uhr stattgefunden hat und in dem ich ihr im Wesentlichen jetzt die Prozessschritte, die da aufkommen, vorgestellt habe.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Hat das BMF Fragen zur Rechtmäßigkeit des Leerverkaufsverbots gestellt zu irgendeinem Zeitpunkt?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Keine Fragen. Okay.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nicht dass ich wüsste, nicht dass ich mich erinnere.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Gut. - Welchen Kenntnisstand hatte Herr Hufeld am Wochenende 15. bis 17. Februar?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, um die Telefonsätze noch zu vervollständigen: Ich habe auch am Freitag um 18 Uhr mit Herrn Hufeld telefoniert - er saß irgendwo und konnte jetzt nicht



## Nur zur dienstlichen Verwendung

allzu lange sprechen - und habe ihn davon informiert, dass wir eben dieses Fax der Staatsanwaltschaft bekommen haben, was die Staatsanwaltschaft für glaubwürdig hält, und habe ihm gesagt, was wir planen und was das bedeutet. Das ist ja jetzt auch nicht jedermann sofort klar, was eine Leerverkaufsmaßnahme dann bedeutet. Ich habe ihm das kurz geschildert nach meiner Erinnerung. Ich meine sogar, ich habe ihm das Fax vorgelesen. Da bin ich mir aber nicht mehr sicher. Und er hat der Maßnahme zugestimmt.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): War das der einzige Kontakt an dem Wochenende, den Sie direkt mit Herrn Hufeld hatten?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein, wir hatten dann einen E-Mail-Kontakt verschiedentlich. Also, Herr Hufeld hat sich auch laufend unterrichten lassen, auch wann das BoS-Verfahren durch ist. Wir haben ja auch die Kommunikation noch abgestimmt. Da gab es durchaus noch Kontakte zu Herrn Hufeld.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Wissen Sie, ob Herr Hufeld seinerseits Kontakt zu Stellen im Bundesfinanzministerium aufgenommen hat?

(Die Zeugin schüttelt den Kopf)

- Keine. Okay.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, wenn, dann wüsste ich es aus einer Kleinen Anfrage. Aber ist das nicht mein originäres Wissen.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Das ist ja dann auch deutlich später. Okay. Ich verstehe, wie Sie es meinen. - Sie haben noch mal einleitend ja großen Wert gelegt auf den Verdacht einer manipulativen Short-Attacke, also eines Eingehens und Schließens von Short-Positionen im Wissen um eine kurzfristig bevorstehende kritische Berichterstattung der „Financial Times“. Das hat ja einerseits zu Strafanzeigen geführt, andererseits auch zum Leerverkaufsverbot beigetragen. So möchte ich es mal formulieren. Nun kann man

lange darüber rasonieren, ob vielleicht Insiderhandel vorgelegen hat; aber die manipulative Short-Attacke setzt ja gerade voraus, dass der Händler mit dem Journalisten oder Informanten, der in die Öffentlichkeit geht, etwas zusammen macht. Was war denn da die Faktenbasis, dass die „Financial Times“ im Boot ist? Das unterscheidet ja die manipulative Short-Attacke, von der Sie ausgegangen sind, von einem reinen Insidertatbestand, wie er leider öfter mal vorkommt. Was waren Ihre Fakten, die Sie damals kannten hinsichtlich einer Beteiligung der „Financial Times“ und konkret von Herrn McCrum und Frau Palmer? Gab es da Fakten oder nur Vermutungen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, vielleicht können wir uns auf Verdachtsmomente - - denn, wie soll ich das mal sagen? Ich glaube, die Kollegen können das besser erklären als ich. Wir haben eine Insiderinformation, Artikel, negativ, werden erscheinen, und dann haben wir Menschen, die wissen davon und sind Shortseller und können mit diesem Wissen Geld verdienen, weil sie es vor allen anderen wissen.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Oder sie wissen nur von dem Bericht aus Singapur, der Rajah & Tann-Untersuchung, nicht allein - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja, aber der ist ja noch nicht allein kursbewegend.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Okay. Aber gehen wir noch mal zurück. Was war gegen die „Financial Times“ vorliegend?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das kursbewegende Element kommt doch daraus, dass eine anerkannte Zeitung wie die „FT“ darüber berichtet. Das wirkt auf den Kurs.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Aber sie darf das, solange sie nicht mit den Leerverkäufern in einem Boot steckt.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Genau.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Und insofern ist ja der Schluss nicht zwingend, dass wir hier eine manipulative Short-Attacke haben, nur weil die „Financial Times“ hier diesen Bericht geschrieben hat.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das ist nicht zwingend. Deswegen haben wir auch immer Insiderhandel mit angezeigt, wie Sie wissen. Aber wir können auch nicht ausschließen, dass es da ein Zusammenwirken gibt, denn auch diese Berichte fallen ja in London nicht aus der Luft. Irgendjemand muss ja die Information über den Bericht demjenigen, der nachher dieses Wissen nutzt, zur Verfügung stellen.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Mag sein. - Ich lese gerne mal vor, wie Ihre Rechts- und Fachaufsicht das einschätzt, das Thema. MAT A BMF-25.23, Blatt 272, Korrespondenz von Staatssekretär Kukies mit Herrn Franke und Frau Wimmer aus dem Juli 2020. Dr. Kukies fragt - ich kann es Ihnen gerne zeigen übrigens; ich lese das nur mal vor, dass auch alle Zuhörer im Boot sind -:

Wissen wir, was konkret die entsprechenden Verdachtsmomente sind, die der BaFin vorliegen?

Das bezog sich auf die Journalisten. - Dann antwortet Herr Franke:

Die Gründe gehen aus dem beigefügten BaFin-Bericht vom 15.4.2019 hervor.

Herr Kukies notiert dann handschriftlich:

Der ist extrem vage und unkonkret. Wir brauchen da bessere Informationen! BG JK 18/7.

Wenn Sie es lesen wollen, ist das Ihr gutes Recht. Dann müssten Sie es mir nur sagen, dann halten wir die Uhr an. Aber sonst würde ich die Frage anschließen. - Wollen Sie es noch mal sehen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich lese es gerne.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Na klar, wir geben es Ihnen kurz. Ich habe die Passagen, die ich gerade vorgelesen habe, grün markiert; aber Sie können natürlich so lange draufschauen. Das ist auch VS-NfD; also wir können hier darüber sprechen.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Die Zeugin und ihr Rechtsbeistand lesen in diesen Unterlagen)

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Was war jetzt noch mal die Frage?

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Die Frage ist: Wie bewerten Sie die Tatsache, dass Herr Dr. Kukies offensichtlich der Auffassung ist, dass das, was die BaFin zu den Verdachtsmomenten gegen Journalisten angegeben hat, dünn und nicht aussagekräftig genug ist, dass da bessere Informationen erforderlich sind, was ich als klare Distanzierung werte von dem, was Sie da bisher aufgeschrieben hatten? Wie bewerten Sie das? Oder wie stehen Sie dazu? Gab es mal Rückfragen auch des BMF, dass Sie da mehr liefern, frühzeitiger?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, das ist ja jetzt eine Bewertungsfrage. Sie fragen mich ja als Zeugin, was ich damals - -

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Dann frage ich Sie erst mal, ob es Rückfragen gab seitens Herrn Kukies oder ob der nur intern seine Bedenken gegen die Substanz Ihrer Ausführungen da zu Protokoll gegeben hat oder ob es jemals auch mal eine Rückfrage gegeben hat an die BaFin: Haben wir da nicht mehr? Müssten wir da nicht mehr Infos haben, um so vorzugehen? - Dann ist das die Frage, also die Wahrnehmung, ob Sie mal eine Rückfrage bekommen in der Richtung.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Rückfragen im Zeitraum vor Erlass des Leerverkaufsverbots oder danach?

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Es geht ja auch um die Anzeigen; also insofern würde ich sagen, Rückfragen vor der Insolvenz der Wirecard AG. 2019 oder 2020, hat das BMF jemals die hier ja zutage



## Nur zur dienstlichen Verwendung

tretende Skepsis Ihnen gegenüber mal zum Ausdruck gebracht, dass es vielleicht nicht fundiert genug sein könnte?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, vor der Insolvenz der Wirecard: Ich kann es Ihnen schlicht nicht beantworten, ohne dass ich - - Das kann ich Ihnen gerne nachliefern. Meines Erachtens sind die Rückfragen eher schwerpunktmäßig - und hier ist ja auch - - wir reden hier vom 15. Juli 2020 - nach der Insolvenz erfolgt.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Alles klar, vielen Dank.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aber das ist bitte - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Sie haben gesagt, dass das Ihre Erinnerung ist. Da will ich jetzt gar nicht - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das kann man sicher in den Akten nachgucken. Aber ich meine, die Fragen kamen eher, nachdem Wirecard insolvent gegangen ist.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Danke schön.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Toncar. - Und als Nächstes für die SPD-Fraktion Dr. Jens Zimmermann.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Roegele, ich habe mich gefragt: Hatten Sie eigentlich mal in Erwägung gezogen, selbst bei der Staatsanwaltschaft München einfach anzurufen, also mit Frau Bäuml-Hösl zu telefonieren?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, zu dem Zeitpunkt nicht. Ich glaube, ich habe eben schon mal ein bisschen erzählt, dass ich in Dauersitzungen war an diesem Freitag.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, ja, das ist die Erklärung. Haben Sie nicht überlegt - - Also, wir haben eben schon gelernt, Ihr Stil ist es, keine Angst vor der Arbeitsebene zu haben. Aber wäre es in so einer Situation nicht, weil nicht jeder

den gleichen Stil hat, notwendig gewesen, dass Sie Ihre Seniorität mal mit ins Spiel bringen und von Oberstaatsanwältin zu Exekutivdirektorin sprechen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, vielleicht eines: Ich mache das grundsätzlich nicht. Ich will Ihnen jetzt keinen - - Meinen Führungsstil, den kann man sicher auch kritisieren. Aber wenn Mitarbeiter - und Frau Schierhorn ist ja eine sehr, sehr erfahrene Kollegin, die einen intensiven Austausch zu vielen Staatsanwaltschaften hat und auch einmal im Jahr unser Forum dazu leitet, wo sie mehr oder weniger die Leitung hat und wo wir mit Staatsanwälten und Polizeibeamten zusammenkommen - - dann overrule ich eine solche erfahrene Mitarbeiterin nicht und telefoniere mal selber. Das geht ja - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das ging jetzt auch - - Das wäre ja kein Overrulen gewesen. Aber sehe ich das richtig: Nachdem Herr Kimmer von dem Anruf von Frau Bäuml-Hösl Ihnen berichtet hatte, haben Sie noch mal Frau Schierhorn und ihn beauftragt, da noch mal zurückzufragen? Da wäre es aber ja jetzt kein Overruling gewesen, wenn Sie gesagt hätten: „Wir rufen da mal gemeinsam an“, zum Beispiel.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja, aber erstens musste ich die Sitzung, sage ich mal - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja gut, okay. Die Frage ist von den Kollegen schon angeklungen. Wir reden hier über einen - gestern wurde gesagt - - Gefahr in Verzug; so hat es die Staatsanwaltschaft ja quasi suggeriert, so habe ich es so ein bisschen von Ihnen ja auch - - Es war ein eilbedürftiges Thema. Und die Frage ist halt dann - - Also, ich frage mich so ein bisschen - - Wie ich diese ganzen Abläufe hier die letzten Wochen erlebt habe, sage ich es ganz ehrlich: Ich hoffe, dass wir in keine wirkliche Situation kommen, wo die Finanzstabilität in Deutschland und Europa ernsthaft gefährdet ist, weil ich habe nicht den Eindruck, dass die Strukturen so aufgestellt sind, dass man schnell Entscheidungen treffen könnte. Weil die Bundesbank, die hockt in Eltville rum; man weiß intern bei Ihnen gar nicht,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wer überhaupt im Haus ist; und am Ende sind irgendwelche Gremientermine offenbar - Sie haben das gesagt, das sind wichtige Gremien, überhaupt keine Frage - - Aber am Ende ist für mich doch die Frage - - Also, Sie haben gesagt: Ich muss in diese ganzen Gremientermine, und deswegen lasse ich im Zweifelsfall einen kleinen Referenten mit der Oberstaatsanwältin telefonieren und mache das nicht selbst.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Na ja, also, Frau Schierhorn ist Referatsleiterin und macht diesen Job seit mehreren Jahren, seit zehn Jahren.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Genau, sie ist Referatsleiterin. Aber Abteilungsleitung war es auch nicht. - Okay, meine Frage war ja einfach nur - und die stelle ich jetzt noch mal -: Sie haben es also selbst gar nicht in Erwägung gezogen, selbst dort anzurufen? Oder Sie sind zu einem Ergebnis gekommen, dass es nicht notwendig ist.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Wir haben dann ja - - Es gab danach mal ein Telefonat.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Wann war das?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also nach Erlass der Shortselling-Maßnahme.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. Und was haben Sie da besprochen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Da ging es darum, dass eben dieser - wie soll ich sagen? - wesentliche Trigger, die Information, die die Staatsanwaltschaft erhalten hat, dass der nicht publik ist und dass das immer für uns eine Schwierigkeit ist in der Begründung. Da haben wir mit Frau Bäumler-Hösl gesprochen, und die hat dann diese Information, soviel ich weiß, auch an die Presse gegeben.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Haben Sie denn mal direkt mit Wirecard bzw. mit der Kanzlei

Bub Gauweiler bzw. mit Herrn Rechtsanwalt Enderle Kontakt gehabt?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein. Das war auch eine bewusste Entscheidung. Das ist ein Verfahren. Zu dem Zeitpunkt hat die Staatsanwaltschaft ja schon ein Verfahren geführt. Soviel ich weiß, hatte sie seit 01.02. auch ermittelt. Und dann gehen wir nicht in die staatsanwaltschaftlichen Kontakte rein und an der Staatsanwaltschaft vorbei und befragen dann dort deren Ansprechpartner.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das heißt, Sie haben auch keine Abstimmung, was Pressearbeit angeht, vielleicht auch indirekt mit Wirecard betrieben?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nicht dass ich wüsste.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Gut, dann würde ich gerne - - Ich glaube, wir müssen einen stillen Vorhalt machen. Das ist VS-NfD. - Was, das ist öffentlich? - Ach so, ist NfD. Alles gut, dann brauchen wir gar keinen stillen Vorhalt machen, dann kann ich sogar vorlesen. Aber ich sage trotzdem: Das ist MAT A BMF-15, Blatt 82. Es ist eine E-Mail von Ihnen vom Donnerstag, den 21. Februar, an Felix Hufeld. Sie schreiben da:

Lieber Herr Hufeld,  
nachstehende Information zu Ihrer Kenntnis. Ich spreche gleich mit Frau Schuchhardt dazu.

Es schließt sich eine E-Mail-Korrespondenz an von Herrn Kimmer mit Herrn Bühring. Also, es ist nicht auch weiter offenbar - - ist die Kommunikation mit der Staatsanwaltschaft München ist auf der untersten Ebene weitergelaufen. Und angehängt ist eben eine Kommunikation mit Staatsanwalt Bühring. Und Bühring schreibt:

Sehr geehrter Herr Kimmer,  
anbei die morgen herauskommende Presseinformation von Wirecard.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Und dann ist hier eben eine Presseinformation von Wirecard, wo die so ein bisschen kryptisch erzählen: laufende Ermittlungen der Staatsanwaltschaften usw. Da hatten Sie offenbar vorher schon mit Herrn Hufeld dazu gesprochen.

Koennten wir dazu kurz sprechen - waere wichtig!

Und dann hat Herr Hufeld geschrieben nach wie vor nur sehr andeutungsweise: Können wir Staatsanwaltschaft München zu einer weitgehenden Information bewegen? - Und dann geht es unten weiter. Da hat Herr Kimmer nämlich wieder das weitergeleitet. Da steht:

Herr Bühring von der StA München hat mir soeben die Presseinformation übermittelt, die morgen von der Wirecard an das Handelsblatt gegeben werden soll. Das Dokument wurde von dem Rechtsanwalt der Kanzlei (RA Enderle) an die StA übermittelt ....

usw. usw. - Also sprich, die Kanzlei Enderle hat eng mit der Staatsanwaltschaft München Pressearbeit abgestimmt. Herr Kimmer war darüber informiert und eingebunden in irgendeiner Form, und Sie wollten dringend mit Herrn Hufeld dazu reden. Können Sie sich an diese Vorgänge erinnern?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich kann mich dran erinnern. Aber was steht - - Ich weiß noch nicht, was der Widerspruch ist. Das heißt ja nicht, dass ich mit Wirecard gesprochen habe oder - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Na ja, gut, aber Sie haben eine Presseinformation, die sozusagen auf die gleiche Quelle, nämlich Rechtsanwalt Enderle zurückgeht, die von Wirecard irgendwie mit der Staatsanwaltschaft ausgekaspert wurde. Darüber haben Sie sich mit Herrn Hufeld unterhalten. Ich frage jetzt einfach mal: Was haben Sie denn mit Herrn Hufeld dazu besprochen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, ehrlich gesagt, das weiß ich nicht mehr.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das ist schade.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Es könnte sein, ob uns das weit genug geht oder ob es das jetzt ist, ob uns das hilft in der Kommunikation. Etwas in der Art.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay, Sie können sich also nicht mehr dran erinnern, was Sie da - - Hatten Sie sonst noch mal irgendwie - - War das sonst noch mal Thema, wie die Pressearbeit von Wirecard aussieht? Na ja, diese Pressemitteilung - - - - Also, Verzeihung, es sind mehrere E-Mails von Ihnen. Sie schreiben Herrn Hufeld, dass es wichtig wäre. Und es handelt sich dabei um eine Pressemitteilung, die von Wirecard an den Markt gegeben werden soll. Aus der Kommunikation wird deutlich, dass Herr Bühring, der Staatsanwalt, das offenbar irgendwie mit Rechtsanwalt Enderle besprochen hat. Herr Kimmer war darüber informiert. Deswegen frage ich jetzt einfach. Also, das ist Kommunikation von Wirecard an die Märkte. Und ich frage einfach nur: Sind Sie noch mal im Vorfeld von Kommunikation von Wirecard an die Märkte in Kenntnis gesetzt worden, und haben Sie das noch mal mit Herrn Hufeld besprochen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Kann ich Ihnen nicht sagen. Weiß ich nicht. Das kann ja auch, wenn ich das mal so sehe - ganz klar, Herr Hufeld ist für die Kommunikation zuständig -, zum Anlass gehabt haben: Wie stellen wir uns kommunikativ darauf ein?

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Na ja, aber Herr Hufeld bewertet das ja sogar. Und noch mal: Sie schreiben in Ihrer E-Mail, Donnerstag, 21. Februar, 18.50 Uhr, ohne Anrede, ohne alles:

Koennten wir dazu kurz sprechen - waere wichtig!

So, und davor hatte Herr Hufeld Ihnen geschrieben. Da haben Sie gesagt: Na ja, also, das ist jetzt leider nach wie vor nur andeutungsweise: Und ich frage mich, ob wir die Staatsanwaltschaft München zu einer etwas weitgehenden Infor-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

mation bewegen können. - Das schreibt Herr Hufeld an Sie. Konnten Sie denn die Staatsanwaltschaft München dann bewegen? Sie haben ja dann wieder selber nicht da angerufen wahrscheinlich, um sie dazu - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Doch. Wie gesagt, es gab nach Erlass der Maßnahme ein Telefonat mit Frau Bäumler-Hösl.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Und da ging es um die Außenkommunikation.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Genau.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Und was hat Ihnen Frau Bäumler-Hösl dazu gesagt?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich glaube, dass sie dann selber eine Kommunikation gesetzt hat -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** - und nicht nur das Unternehmen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. Aber Sie sagen, Sie haben keine Kenntnis über weitere Kommunikation von Wirecard, von der die BaFin Kenntnis erlangt hat.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also nicht dass ich es wüsste.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. - Ich muss auch noch mal fragen: Gibt es bei Ihnen eigentlich - - Wie sieht der Dienstweg aus? Also, Sie haben ja als Exekutivdirektorin, glaube ich, mal mindestens permanent drei Ebenen übersprungen, also Herr Kimmer und Sie zum Beispiel. Ist das normal?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja, gut, aber da war Frau Schierhorn noch drin. Frau Schierhorn ist seine Vorgesetzte.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Frau Schierhorn ist seine Vorgesetzte. Über die Abteilungsleitung ha-

ben wir schon gesprochen. Über den Referatsleiter im anderen Referat haben wir schon gesprochen. Deswegen: Ich frage einfach trotzdem noch mal: Wie ist das bei Ihnen mit dem Dienstweg in der BaFin?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Solange die Kollegen da sind und nicht krank sind - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, okay. Ich ergänze: Wie ist das mit einer Vertretungsregelung? Ist ein stellvertretender Abteilungsleiter oder eine stellvertretende Abteilungsleiterin - das kennen wir aus Wirecard schon -, ist das dann nur jemand, der das auf dem Papier hat, oder hat das auch irgendwelche Konsequenzen, wenn jemand stellvertretende Abteilungsleiterin ist?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das hat grundsätzlich Konsequenzen. Aber Sie müssen immer sehen: Ist das eine Abteilungsververtretung, die man für ein paar wenige Tage macht, von der man annimmt, dass der Amtsinhaber sofort wiederkommt - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay, gut. Aber das war auch wieder nicht meine Frage, sondern ich halte mal fest: Also, wir haben eine Abteilungsleiterin - lassen Sie uns nicht drüber streiten -, die zwei bis drei Monate schon nicht da war. Das heißt, das ist kein Fall, der irgendwie letzte Woche eingetreten ist, sondern das ist ein Fall, der mal Minimum seit acht bis zehn Wochen schon vorherrschte, dass Frau Bergstraesser nicht da war. So, das heißt, in dieser Zeit hat Ihre Frau Linden die Geschäfte quasi als stellvertretende Abteilungsleiterin doch für sie wahrgenommen. Die muss doch auch irgendwelche - - eine Vorgesetztenfunktion ausüben. Ist das so?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Gut, das ist so. Und jetzt frage ich noch mal: Gibt es bei Ihnen in der Behörde auch einen Dienstweg?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja, natürlich.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** So. - Und wäre bei so einem Dienstweg nicht die stellvertretende



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Abteilungsleiterin, die seit zehn Wochen die Amtsgeschäfte quasi ausübt, einzubinden gewesen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Wenn ich das gewusst hätte, hätte ich sie eingebunden.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Wann haben Sie am Wochenende - - Oder haben Sie irgendwann - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Am Montag danach.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Am Montag danach. Aber da war der Käs ja geschmatzt.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja. Aber es hat auch niemand anderes sozusagen von den Kolleginnen und Kollegen, die eingebunden waren, mal gesagt: Müssten wir nicht Frau Linden damit beschäftigen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Und ganz ehrlich: Wenn Frau Schierhorn direkt am Freitagmorgen zu mir kommt: Das ist nicht üblich; das ist nur dann üblich, wenn Frau Linden nicht da ist. Ergo habe ich in dieser Situation den Schluss gezogen, sie ist nicht da.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Aber das heißt im Klartext - letzter Satz -: Frau Schierhorn hat den Dienstweg innerhalb der BaFin einfach mal ignoriert. Sie hätte doch eigentlich dann, so wie Sie es sagen - - Sie hätte zu Frau Linden gehen müssen, und dann hätten Sie - - Eigentlich hätten Herr Kimmer, Frau Schierhorn und Frau Linden, die hätten eigentlich zu dritt bei Ihnen aufschlagen müssen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Genau.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay, danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Zimmermann. - Und als Nächstes Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Vielen Dank, Frau Roegele. - Einfach damit wir die Abläufe noch mal klarbekommen; das treibt uns ja alle um: Also, Herr Kimmer hat uns geschildert, er hat einen Anruf bekommen, er ist zu Frau Schierhorn und saß dann in einem überschaubaren Zeitraum - sagen wir mal, 15 bis 30 Minuten hat er, glaube ich, ausgeführt - danach bei Ihnen mit Frau Schierhorn. Das ist korrekt, ja?

(Die Zeugin nickt)

- Okay. - Und Herr Kimmer hat ausgeführt, dass Sie dort zwei Optionen vorgestellt haben: das Leerverkaufsverbot und die Aussetzung des Handels mit der Wirecard-Aktie. Das waren Sie, die diese beiden Optionen dort vorgestellt hat.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Kann ich nicht mehr bestätigen. Weiß ich nicht. Offen gestanden, wir haben gemeinsam meines Erachtens überlegt: Was kann man in einer Gefahrenabwehrsituation machen?

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Aber Sie wären in der Lage, in einer solchen Situation sehr schnell diese verschiedenen Instrumente, die Ihnen dort zur Verfügung stehen, zu benennen, und haben diese beiden auf jeden Fall in Erwägung gezogen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** So viel Auswahl haben wir ja leider nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und bevor Herr Kimmer oder Frau Schierhorn zu Ihnen kamen, hatten Sie keinerlei Kenntnis oder Austausch mit der Staatsanwaltschaft oder mit dem Unternehmen oder mit irgendjemandem über diese Vorgänge. Und können Sie sich denn noch an den - - Also, bevor die zu Ihnen ins Büro gekommen sind, hat Sie doch jemand kontaktiert und gesagt: „Wir müssen Sie dringend sprechen“, oder? Wer war das noch mal? Nur für die - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das könnte über mein Sekretariat gekommen sein.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Das heißt, Sie haben nicht selber mit der betreffenden Person gesprochen, sondern Ihr Sekretariat hat gesagt, die beiden müssen jetzt mal bei Ihnen dringend vorbeikommen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, ob das in dem Fall so ist - - Aber das ist üblich. Normalerweise kommt keiner direkt bei mir durch, sondern die landen erst mal im Vorzimmer.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Es gab ja Kommunikation auch von Frau Schierhorn an Sie und Herrn Kimmer, wo es um die Medienstrategie geht. An die können Sie sich erinnern, an diese Kommunikation?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja, sicher.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und dort - - Ich kann das mal zitieren, und die Dokumentennummer trägt mein Mitarbeiter dann nach:

Zur Pressestrategie erklärte die STA,

- so schreibt Frau Regina Schierhorn -

dass man allenfalls vertrauenswürdige Journalisten darauf hinweisen könnte, sich an Wirecard direkt zu wenden und von dort eine Stellungnahme einzuholen. Hierzu wolle man nach der heutigen Vernehmung dem Vorstand mitteilen, dass von Seiten der STA nichts dagegen spreche, wenn die Wirecard, die Bedrohung/Erpressung der Presse gegenüber offenlegen würde.

Inwieweit hat denn der Vorwurf der Erpressung dann im weiteren Verlauf eine Rolle gespielt beim Erlass des Leerverkaufsverbots?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, das war sicherlich nicht unser wesentliches Element. Das war ja nur ein Element, das bedeutet hat, dass tatsächlich offensichtlich Publikationen im Raum stehen oder abgekauft werden sollen in dem Fall. Was

tatsächlich die ausschlaggebende Komponente war: Es sollte eine weitere Berichterstattung geben - und, wie gesagt, die kann auch wahr sein -, die dazu führt, dass Shortseller, die von der Information vorab Bescheid wissen, sie nutzen können.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Genau. Das haben wir ja hier auch schon sehr ausführlich beleuchtet. Da geht es ja auch um Deadlines, eine 13-Uhr-Deadline zum Beispiel, die aber offenbar - - Das ist aber gar nichts erschienen von der „Financial Times“, sondern das war eine interne Deadline, die an Wirecard kommuniziert wurde. Das haben wir ja hier breit gewälzt. Worum mir es jetzt geht, ist erstens: Waren Sie irgendwie mit einbezogen in die Frage, wer denn die in dieser E-Mail genannten vertrauenswürdigen Journalisten seien?

(Die Zeugin schüttelt den Kopf)

- Nein. - Und haben Sie denn - - Ich sage mal, dieses kollusive Verhalten da, was da unterstellt wurde, wie haben Sie das denn untersucht? Ist es zum Beispiel zutreffend, dass allein die Tatsache, dass einige Händler ähnliche Adressen hatten, weil sie sich in einem bekannten Viertel der City of London, wo eben einige dieser Investoren sitzen, befanden - - dass das zum Beispiel ein Kriterium war für kollusive Zusammenarbeit?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Wenn Sie jetzt bei der Anzeige sind: Da hatten wir dann doch einige Hinweise. Wir sind ja diesem Hinweis auf die Bank Oman, Öhman (?) oder wie auch immer sie heißt, nachgegangen und haben ja tatsächlich auch entsprechende Transaktionen gesehen. Wir haben weitere Hinweise aus dem Ausland bekommen, dass die Berichterstattung vorab im Markt bekannt gewesen sein soll. Da gibt es auch noch mal einen Gesprächsmitschnitt, oder - Halt! - nicht Gesprächsmitschnitt, aber eine Aufzeichnung, dass eben dort auch die Information in einem Hedgefondsbereich, glaube ich, vorab bekannt gewesen ist. Also, wir hatten nun doch einige Informationen im Zusammenspiel und



## Nur zur dienstlichen Verwendung

auch die sogenannten STORs, also die Suspicious Transactions and Order Reportings, die darauf hinweisen, dass die Berichterstattung im Vorfeld bekannt war.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay, auf den Gesprächsmitschnitt komme ich gerne später noch mal zurück. Ich hätte noch eine Frage, -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Der ist aber nach der Anzeigerstattung - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** - ob Sie am 16. Juni - - hat ja die BaFin erfahren, dass die philippinischen Banken der Auffassung sind, dass diese Kontenbelege „spurious“ seien. Wie haben Sie denn davon erfahren?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das ist ja jetzt das Jahr 2020. Wir sind jetzt ein Jahr später.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, ja, genau. Ich springe manchmal ein bisschen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich habe davon erfahren - - Also, Herr Hufeld hat mich am 16. angerufen, dass er informiert worden sei, dass wir ein Schreiben im Hause haben sollten von Ernst & Young, das irgendetwas Wesentliches beinhaltet. Was genau, konnte er mir nicht sagen. Aber wesentlich für die Wirecard.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und Sie haben dazu auch nicht mit der Staatsanwältin dann kommuniziert, mit der Staatsanwaltschaft?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Die Staatsanwaltschaft ist an der Stelle ja gar nicht drin. - Also, wenn Sie jetzt den 16.06.2020 angucken: Herr Hufeld ruft mich an und sagt, entweder der Aufsichtsrat hat ihn angerufen - ich glaube, der Aufsichtsrat -, dass irgendeine Information von EY bei uns im Hause sei, die erheblich ist, und wir stehen ja zwei Tage vor der eigentlichen Veröffentlichung - - der geplanten Veröffentlichung des Jahresabschlusses 2019 - - ob mir ein solches Schreiben bekannt sei. Dann habe ich gesagt: Mir ist ein solches Schreiben nicht bekannt; aber ich werde morgen gleich nachforsten - es war schon

abends -, ich werde morgen früh gleich nachforsten. - Ich bin dann morgens in die BaFin gekommen, da kam mir der Kollege aus dem Enforcement-Referat entgegen und sagte mir: Ich weiß, welches Schreiben Sie meinen. Das ging gestern Abend bei uns ein. Das ist ein Schreiben - - Das war dann der 17.06., morgens der 17.06. - Das ist ein Schreiben, dass eben die Bank dieses „spurious“ da adressiert. Und im Laufe des 17.06. ging dann auch über Ernst & Young - das wurde zuerst nach Bonn zu den Kollegen geschickt, dann von Bonn zu uns - das zweite Schreiben ein. So. Von diesen zwei Schreiben habe ich über die Schiene „Ernst & Young schickt es an die Kollegen in Bonn, und die Kollegen in Bonn schicken das direkt an uns weiter“ - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay, meine Zeit ist um.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ganz kurz noch: Können Sie uns die MAT-Nummer noch für den Stenografischen Dienst kurz nennen oder auch nachreichen oder sonst an den Kollegen - - Das macht dann nachher die - - Nennen wäre noch besser. - Okay. Das Ausgeteilte? - Okay, dann reichen wir das - für den Stenografischen Dienst als Hinweis - nach. - Und dann ist Dr. Bayaz von Bündnis 90/Die Grünen an der Reihe.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, guten Tag, Frau Roegele! Vielen Dank, dass Sie uns heute zur Verfügung stehen, um unsere Fragen zu beantworten. - Ich würde mit was sehr Grundsätzlichem beginnen. Ich wollte Sie mal fragen, ob Sie uns sagen können, was denn eigentlich der ausschlaggebende Grund jetzt dafür ist, dass Sie Ende April aus dem Amt scheiden.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich glaube nicht, dass das jetzt vom Untersuchungsgegenstand erfasst ist.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Na ja, ich glaube schon, dass das dazugehört, denn offenbar wurden ja auch Fehler gemacht bei diesem Prozess. Diese Fehler wollen wir aufarbeiten. Und da geht es ja auch um Fragen von Verantwortung. Deswegen wollte ich jetzt mal



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nachfragen, was denn der Grund gewesen ist. Ich glaube, ja schon - -

(RD Robert Fritz (BMF):  
Herr Vorsitzender, ich darf  
kurz um das Wort bitten?  
Entschuldigung!)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Jetzt war ich desorientiert.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann würde ich Herrn Raue aber bitten, die Zeit zu stoppen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, machen wir doch alles. Das kennen Sie doch, Dr. Bayaz. Sie kriegen noch eine Gutschrift von 15 Sekunden, ohne dass ich Sie gestoppt habe. - So, bitte schön, Herr Fritz.

**RD Robert Fritz (BMF):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Was die Zeugin sagt, ist korrekt. Diese Umstände, warum sie die BaFin verlässt, sind nicht untersuchungsgegenständlich und sind deswegen auch nicht von der Aussagegenehmigung gedeckt. Es betrifft auch ihren persönlichen Bereich - was auch noch hinzukäme, wenn es untersuchungsgegenständlich wäre. Deswegen bitte ich Sie nach § 25 PUAG - - Vielleicht verzichtet aber auch Herr De Masi [sic!] dann auf die Frage.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das akzeptiere ich. Okay.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr De Masi ist Herr Bayaz, und der verzichtet nicht auf die Frage, Herr Fritz; weil das kann ich beim besten Willen nicht verstehen. Wir haben ja immer mal wieder Fragen gerichtet an das Finanzministerium, auch an die BaFin. Ich glaube, dass diese Fragen am Ende des Tages zu einer Entscheidung, zu einer politischen Entscheidung geführt wurden, die auch zu einer personellen Konsequenz geführt haben. Und für uns wäre es schon wichtig, zu wissen, was am Ende eigentlich ausschlaggebend ist, weil wir machen die politische Aufarbeitung. Dazu muss man nur einen Blick in den Auftrag werfen. Und deswegen

stelle ich die Frage noch mal an die Zeugin, vielleicht mit dem, wo Sie das Gefühl haben, dass Sie das sagen können, ohne da Dinge anzusprechen, die Herr Fritz möglicherweise meint. Es stehen ja verschiedene Dinge im Raum. Es geht um das Leerverkaufsverbot, oder es geht um möglichen Insiderhandel. Das ist ein Grund, warum ja auch die Staatsanwaltschaft sich erkundigt hat bei der BaFin. Können Sie da auf die Gründe eingehen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Auf welche Gründe? Mein Ausscheiden oder den Insiderhandel?

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das frage ich Sie, genau. - Ja, ich glaube, dass es da einen Zusammenhang gibt, einen inneren, und vielleicht können Sie uns da Licht ins Dunkel bringen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass ich nach meinem Verständnis meiner Aussagegenehmigung zu diesem Themenkomplex keine Aussagegenehmigung habe.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Haben Sie denn die Entscheidung gefasst, die BaFin zu verlassen? Oder hat das jemand anders getroffen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich möchte noch mal darauf hinweisen: Ich glaube, dazu ist alles auch öffentlich gesagt worden, was man dazu sagen kann und - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann frage ich anders: Ohne diesen Untersuchungsausschuss und ohne viele Fragen aus der Opposition, wären Sie da jetzt noch weiterhin im Amt, über den April hinaus?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das ist eine hypothetische Frage. Ganz ehrlich, auch diese ist nicht von meinem Untersuchungsgegenstand umfasst.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Hat denn Ihr Ausscheiden aus der BaFin irgendwie einen Zusammenhang zu Wirecard? Das



## Nur zur dienstlichen Verwendung

traue ich Ihnen zu, Frau Roegele, dass Sie die Frage uns ohne das Verraten von irgendwelchen Geheimnissen beantworten können.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Dann gucke ich jetzt Herrn Fritz an, inwieweit - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. Gut. Sie wollten also mal was anderes machen, nehme ich jetzt mal mit. Ich kann das nicht verstehen, aber gut. Wir machen die politische Aufarbeitung, und ich finde, das gehört zentral dazu. Aber das werden wir in der Obleuterunde, glaube ich, noch mal besprechen, wie wir damit umgehen. Wir sehen uns ja am 13. April sowieso. Und ich glaube, dass wir es spätestens dann klären könnten.

Ich möchte Sie dann was anderes fragen, Frau Roegele, in der Hoffnung, dass Sie uns darauf eine Antwort geben können: Kennen Sie das Ablaufschema für mögliche Leerverkaufsverbote der BaFin?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also nicht im Detail. Ich weiß, dass es das gibt.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie wissen, dass es das gibt. Das befindet sich auf MAT A Bundesbank-3.02, Blatt 61. Und steht noch von der Anfrage einer Stellungnahme der Bundesbank:

BMF wird einbezogen ...

Können Sie uns sagen, warum das BMF bei einer solchen Maßnahme so früh einbezogen wird?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich nehme mal an, um Informationen sicherzustellen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Warum wird das BMF überhaupt einbezogen, bevor die Maßnahme beschlossen wurde?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das kann ich Ihnen ganz ehrlich nicht sagen. Ich kenne die historischen Hintergründe dieser - - Die gab es ja schon früher, und die war, glaube ich, auch schon zu

Zeiten, als das noch nationale Leerverkaufsverbote waren, in Kraft. Da müsste ich jetzt nachgucken. Ich würde mal meinen, dass das schlicht und ergreifend Information des BMF ist.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dass das Information - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Zu Informationszwecken des BMFs dient.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Würden Sie davon ausgehen, dass es auch was mit der Rechts- und der Fachaufsicht des BMF zu tun hat möglicherweise?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Na, ich denke, alles hat mit Rechts- und Fachaufsicht des BMF zu tun, wenn ich richtig informiert bin.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das finde ich bemerkenswert, dass Sie das so klar und deutlich sagen, weil wir ja manchmal den Eindruck haben - nicht von Ihrer Seite aus, eher aus einer anderen Richtung -, die BaFin ist völlig unabhängig und hat mit dem BMF eigentlich mehr oder weniger nichts zu tun.

Sie sagten ja vorhin auch selbst - ich habe mir das hier aufgeschrieben - in dem anderen Kontext, als der Kollege, ich glaube, Toncar gefragt hatte: Das BMF könnte auch was sagen, könnte auch was beitragen. - Also, ich nehme das so wahr, dass man das BMF auch einbindet, um zumindest die darüber in Kenntnis zu setzen, in welche Richtung man tendiert, und das BMF auch die Gelegenheit hat, zumindest zu intervenieren oder Zweifel anzumerken, wenn man glaubt, dass die BaFin möglicherweise bei einer Entscheidung in eine völlig falsche Richtung aus Sicht des BMF möglicherweise arbeitet. Würden Sie dem zustimmen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Lassen Sie es mich mal so sagen: Ich finde es gut und anständig - und Rechts- und Fachaufsicht ist da, glaube ich, nicht das, was wir im Auge haben -, aber dass wir dem BMF eine Informationslage verschaffen und das BMF unsere Maßnahmen nicht aus der Presse



## Nur zur dienstlichen Verwendung

erfahren muss. Das finde ich schon ausreichend genug, um das BMF diesbezüglich auf dem Laufenden zu halten.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Absolut, finde ich auch. Und ist das eine One-Way-Kommunikation: „Hier haben Sie die Information, aber wir machen weiterhin unseren Job“, oder ist das eine Information, wo Sie auch eine Reaktion erwarten, und wenn keine Reaktion kommt, dass das auch Sie sozusagen in dem Gefühl bestärkt: „Wir sind da auf dem richtigen Dampfer“? Ich sage es mal ein bisschen flapsig?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, meine Erfahrung in sechs Jahren zeigt mir, dass da nie viel Reaktion kommt, und damit erwarte ich auch keine.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und eine Reaktion kommt dann, wenn man etwas anders sieht? Wann käme eine Reaktion? Sie sagten: nicht viel Reaktion. Das heißt, das ist der Standardfall. Ich höre aber auch raus, es gibt Fälle, wo es anders laufen könnte. Wann gibt es denn eine Reaktion? Bei sechs Jahren Erfahrung gab es ja wohl sicherlich so Momente.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, ich tue mich schwer, jetzt einen Fall zu finden, wo wir aufsichtliche Maßnahmen - und um das geht es jetzt ja hier - - wo ich vom BMF eine Reaktion bekommen hätte: Tut das mal lieber nicht. - Ich kann mich akut nicht an irgendeinen Fall erinnern.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe einen Fall heute in der Presse bei „Capital“ entnommen, wo sich der Staatssekretär Kukies an Herrn Hufeld wendet in einer E-Mail, wo er sagt, wie - - Also, sozusagen dramatischer Bericht: KPMG-Sondergutachten, und im Mai gibt es diese E-Mail des Staatssekretärs. Und er schreibt:

Wie genau ist Bafin diesen Punkten nachgegangen. Das muss aufgeklärt werden. Bitte bei BaFin sicherstellen, dass das passiert.

Das ist doch ein Arbeitsauftrag des BMFs an Sie. Würden Sie das auch so lesen? Die E-Mail ist ja auch von Herrn Hufeld an Sie später weitergegangen. Kennen Sie diese E-Mail?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich denke, ja.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie lesen Sie das? Ist das ein Arbeitsauftrag?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das ist ein Arbeitsauftrag, ja.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Und das ist aber was anderes, wie zu sagen: Macht dies oder macht jenes. - Das ist ja jetzt aufklären.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber hier steht doch genau drin: „Mach dieses oder mach jenes“, nämlich: „Bitte bei Bafin sicherstellen, dass das passiert“.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja, aber Aufklärung im Innenverhältnis ist ja jetzt immer - - Das ist ja jetzt noch keine aufsichtliche Maßnahme.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wenn das BMF die Rechtsaufsicht hat, und bei einer sehr einmaligen und einer Entscheidung mit großer Tragweite wie dem Leerverkaufsverbot als zuständige Rechtsaufsicht informiert zu werden - - Da würde ich Ihnen total recht geben. Das war auch total anständig - das war ja Ihre Wortwahl -, den Dienstherrn, das Finanzministerium, darüber zu informieren. Das haben Sie gemacht, und daraufhin gab es keine Reaktion. Würden Sie dann sozusagen, auch wenn ich mir so eine Kommunikation in einem anderen Kontext anschau, nicht davon ausgehen, wenn dann keine Reaktion kommt, dass man erst mal auch damit einverstanden ist, wie die Finanzaufsicht, wie Sie hier vorgehen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich kann Ihnen die Frage - - Also, selbstverständlich ist, wenn das



## Nur zur dienstlichen Verwendung

BMF dann das zur Kenntnis nimmt und wir hören nichts mehr davon, sagen wir mal so, dann können wir natürlich davon auch ausgehen, dass da keine Intervention kommt. Das ist auch klar.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch eine Aussage. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Bayaz. - Ja, dann mache ich mal weiter. Da würde ich noch mal aufsetzen. Haben Sie denn überhaupt, Frau Roegele, -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - die Telefonnummer, beispielsweise von Wolfgang Schmidt oder Dr. Kukies?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Von Wolfgang Schmidt bestimmt nicht, Herrn Kukies wahrscheinlich auch nicht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, das heißt, selbst wenn Sie es gewollt hätten, hätten Sie ihn ja gar nicht in den schicksalhaften Tagen anrufen können.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Herrn Kukies hätte ich wahrscheinlich irgendwie rausgekriegt. Notfalls hätte ich Herrn Hufeld gefragt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Jetzt verstehe ich Sie nicht. Etwas deutlicher und lauter ins Mikro.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Herrn Kukies hätte ich sicher rausgekriegt. Da hätte ich mich ja im BMF mal durchtelefonieren können.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Aber haben Sie nicht für nötig gehalten, haben Sie ja gesagt noch mal.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, wir haben mit unseren Kollegen in VII B 5 kommuniziert. Das ist das Übliche.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das waren die, die wie vorhin Herr Toncar umrissen hat, wo Sie sich nicht erinnern - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Herr Franke und wer auch immer - ob Herr Franke im Amt war, weiß ich auch nicht -, dann seine Referentenkollegen. Und normalerweise, wenn die das für erheblich einschätzen - gehe ich davon aus, kann ich aber nicht beurteilen -, werden die ihre Eskalation innerhalb des Hauses machen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Mhm. - Wird das denn in der Zukunft geändert? Also persönlich - das ist ja nur meine persönliche Wertung -: Ich halte das wirklich für unglaublich, dass Sie bei einem - alle sind sich einig - epochalen Akt, den es bisher so für einen Einzelwert sowieso nicht gab, das Finanzministerium als Ihre Aufsichtsbehörde, als Ihr Aufsichtsorgan sozusagen nicht einschalten. Aber gut, Sie sagen das.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich habe sie eingeschaltet. Die waren vollumfassend informiert. Ich habe mit der Unterabteilungsleiterin telefoniert. Und, ehrlich gesagt, von den Beziehungsebenen ist der nächste Schritt dann nicht mehr, dass ich da - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann würde ich mich noch mal gern - - Im Vorfeld: Was hätte denn dagegengesprochen oder würde in der Zukunft dagegensprechen - Sie haben es ja auch hier zum Ausdruck gebracht - - Und wir stellen immer wieder fest, das Thema Kommunikation auch - - Das hat ein anderer Zeuge aus Ihrem Hause im Laufe unserer Beweisermittlungen gesagt, dass, gerade wenn wir dann in den vertikalen Bereich gehen, anscheinend so eine Kommunikation zwischen den Einzelnen -

(Der Vorsitzende hält  
Unterlagen hoch)

und das ist ja schon ein Riesenorganigramm hier entsprechend der BaFin; über allem thronte oder thront noch Herr Hufeld - - dass dieser Austausch und Kommunikation wohl ein Problem zu sein scheint.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Das ist ja auch mit den anderen Dingen eben deutlich geworden. Also, für mich ist auch das wenig glaubhaft. Dann mag das die Behördenkultur sein. Dann sollte man die ändern, weil eine Frau Schierhorn - - Da will ich auch nicht, dass das auf der abgeladen wird am Ende. Vielleicht gab es ja auch einen Auftrag von Frau Linden, zu sagen: „Pass mal auf, ich habe das, das, das“ oder „Ich arbeite gerade an einer Studie, da will ich nicht weg von. Gehen Sie da mal hin“.

Ich hätte aber auch im Nachgang schon mal erwartet, dass das innerhalb Ihrer Behörde aufgeklärt wird, weil letztlich: Wir klären jetzt gerade auf, wo es gehapert hat intern. Und da bitte ich - - weil das geht überhaupt nicht. Das hat auch nichts mit Unternehmenskultur mehr zu tun, wenn dann ein Untergebener oder eine etwas im Rang der Hierarchie unter der entsprechenden Ebene stehende Person kommt, dass man unterstellt: Die andere Kollegin ist nicht da. - Es kann auch sein, es ist dringend. Und Sie punchen wahrscheinlich auch aus und haben ein modernes Zeiterfassungssystem. Also, auch das muss ich mal sacken lassen. Sie sind die BaFin und nicht - - Nee, gut.

(Die Zeugin berät sich mit  
ihrem Rechtsbeistand)

Zurück zu der Frage, die ich stellen will. Was hätte denn dagegengesprochen, mit Verhängung des Leerverkaufsverbots einfach nur zu sagen: „Dieses Leerverkaufsverbot ist weder ein positives noch negatives Zeichen, ein Gütesiegel oder eine Aussage zur etwaigen Güte des Unternehmens, sondern es ist eine rein marktorientierte Maßnahme“, wie Sie die eben ausgedrückt haben, nämlich was das Marktvertrauen angeht? Wäre das so unmöglich gewesen, einfach das mal vorneweg zu schicken, damit die Märkte und die Anleger eben sehen, Sie machen damit nicht - -

Das muss Ihnen ja klar gewesen sein. Das haben auch alle gesagt, also auch Fachleute, dass so eine Maßnahme mit der Berichterstattung drum herum, die Sie - auch das fand ich gut - ja zur Kenntnis genommen haben, entsprechend dort

getan haben - - Was hat denn dagegengesprochen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, das ist ja eine unserer Lessons Learned. Wir haben das auch immer kommuniziert, als wir die Maßnahme - - und die ersten Presseanfragen kamen, und haben das sehr klargemacht. Aber wir müssen das künftig klarer machen - das haben wir auch gelernt -, am besten in die Allgemeinverfügung reinschreiben. Und das Zweitbeste ist: Wir sollten dann auch die anderen Maßnahmen, die die BaFin angestoßen hat, wie zum Beispiel die Bilanzprüfung, gleichzeitig mitkommunizieren. Dann sieht das nämlich ganz anders aus.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, natürlich. Das ist aber „hätte, hätte“. Das haben Sie schon gesagt.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aber darf ich mal noch einen Satz dazu sagen? Wissen Sie, Sie sagen immer, es war die einzige Maßnahme, wo mal gegen eine Einzelaktie ein Leerverkaufsverbot verhängt wurde. - Das ist ja so nicht der Fall. Die Spanier, die Italiener und die Griechen waren das - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nee, wir sprachen jetzt für den deutschen Markt. Für Deutschland war das ja - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja. Und, ehrlich gesagt, wenn wir - - Jetzt sind wir natürlich europäisch unterwegs, und für uns war das auch nicht das erste Mal, dass es so was gab. Und ich weiß es jetzt nicht - ich habe die Zahlen nicht vor mir -: Aber ob die Italiener die Maßnahme, das Leerverkaufsverbot, dass die Consob bei der Monte dei Paschi verhängt hat, als Gütesiegel für die Monte dei Paschi bewertet haben, da hätte ich jetzt doch meine Zweifel.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Na ja, nun war bei der Bank - - Ich weiß. Lassen Sie mir den wissenschaft - - Das ist Äpfel mit Birnen - - weil über diese Bank war so einiges bekannt. Ich will gar nicht über die Gelder, die dorthin geflossen sind, sprechen, ob das rechtswidrig oder nicht - - Ich will auch nicht über diese Bank spekulieren.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber die Wirecard-Story ist ja eine ganz andere, mit dem Umfeld, mit dem Zatarra-Bericht, „Financial Times“-Bericht und der ganzen Geräuschkulisse dazu. Also, ich kann das verstehen, aber das ist Äpfel mit Birnen vergleichen.

Ich möchte aber zu harten Fakten kommen, weil ich - - Nochmals: Das glaube ich aber nicht. Nach § 2 des Gesetzes über die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht untersteht die BaFin der Rechts- und Fachaufsicht - ich habe es angedeutet - durch das BMF. Können Sie uns bitte näher erläutern, wie das BMF diese Rechts- und Fachaufsicht denn im Untersuchungszeitraum ausgeübt hat? Schaute das BMF der BaFin da über die Schulter, oder wann intervenierte - - Intervenierte bei fachlichen oder rechtlichen Bedenken eben Ihre Fachaufsicht? Oder wie können wir uns das vorstellen?

Und können Sie vielleicht auch dann gleich ein konkretes Beispiel im Untersuchungszeitraum, also 1. Januar 14 bis 8. Oktober 2020, nennen, ob denn auch mal das BMF innerhalb dieses Zeitraums diese Rechts- und Fachaufsicht ausgeübt hat?

Denn nochmals: Ich will und kann mir nicht vorstellen - das wäre dann vielleicht auch noch mal zu klären -, dass bei so einem gravierenden Schritt, insbesondere weil uns aus dem BMF im Nachhinein eben - - Dr. Toncar hat es ja auch zitiert, aber es gibt auch noch viele andere Informationsquellen; ich will es mal diplomatisch ausdrücken -, das BMF schon ein bisschen die Stirn runzelte. Also, wie kann ich mir das vorstellen, diese nach § 2 ausgeübte Rechts- und Fachaufsicht? Und können Sie uns bitte Beispiele nennen?

**Zeugin Elisabeth Roegle:** Ich denke, das wesentliche Element der Rechts- und Fachaufsicht ist unsererseits ein - wie soll ich sagen? - an den Wesentlichkeiten und wichtigen Fällen orientierte Kommunikation, damit das BMF auch weiß, welche Fälle jetzt bei uns gerade irgendwo einen gewissen kritischen Status erreichen. Das tun wir. Sie kennen die BMF-Berichte. Sie finden die in

den Unterlagen. Das ist aus meiner Sicht das, was - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, da sehen Sie sich ja fast so ein bisschen wie die APAS, so nach dem Motto: Wir sind da irgendwo bei der BAFA angesiedelt, aber eigentlich machen wir so ein Eigenleben. Also, das kann ich so am Paragraph - - Noch mal: Rechts- und Fachaufsicht, das wäre ja geradezu, wenn der Prüfungsausschuss oder Aufsichtsrat sagt: Na ja, da gehen wir irgendwie Kaffee trinken, und dann sagt uns Herr Marsalek so, was wir alles Schönes vorhaben. Dann sind wir zufrieden. - Und dann war es das mit der Aufsichtsratssitzung. - Das ist jetzt - -

**Zeugin Elisabeth Roegle:** Also, ich kann nicht sagen für das, was hier vom Untersuchungsgegenstand gedeckt ist, dass ich in der Zeit vonseiten des BMFs eine fachaufsichtliche Weisung erhalten hätte für eine aufsichtliche Frage.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Mhm. Und ist auch gar nichts sonst im Untersuchungszeitraum bekannt, dass - - Auch das müssen wir ja aufklären, weil das ist schon untersuchungsrelevant, nämlich sozusagen: Ist diese Fachaufsicht nach den Regeln der Kunst und üblich ausgeübt worden? Oder hat man gesagt: „Ach, BaFin, komm, wir klopfen dir mal auf die Schulter, bist eine tolle Organisation. P&R haben wir vergessen, Prokon haben wir vergessen, viele andere Diskussionen, die wir hier hatten, haben wir vergessen“? Und das BMF sagt mal so: „Ach, da gucken wir gar nicht drauf. Die machen das schon“? Das wollen Sie mir aber doch jetzt nicht erzählen.

**Zeugin Elisabeth Roegle:** Das habe ich auch nicht gesagt. Also, sehr umfassende Informationen, teilweise auch Nachfragen, die vonseiten des BMF kommen. Es gibt ja auch Abfordern von Berichten seitens des BMF. Ich würde sagen: Das BMF erhält sehr viel Informationen proaktiv und fragt auch Informationen ab, aber der nächste Schritt, dass sie jetzt eine Maßnahme dann untersagt hätten oder verlangt hätten, habe ich in den sechs Jahren nicht erlebt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, das ist ja auch mal eine Aussage. Gut. - Dann Kollege Dr. Michelbach.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, Frau Roegele, mal die grundsätzliche Frage: Übernehmen Sie selbst die volle Verantwortung für die Entscheidung des schweren Fehlers zum Leerverkaufsverbot mit all seinen späteren Folgen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich übernehme die Verantwortung für das Leerverkaufsverbot, aber ich kann nicht nachvollziehen, warum Sie das als schweren Fehler bezeichnen. Das teile ich nicht. Also, diesen Halbsatz unterschreibe ich nicht.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja. Können Sie sich vorstellen, dass aufgrund dieses Gütesiegels sehr viele Anleger sehr viel Geld verloren haben?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich kann nicht nachvollziehen, dass man das als Gütesiegel verstanden hat.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Aber als was denn sonst?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Es war kein Gütesiegel.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Es war eine Adaption des infrage stehenden Kurses und der Aktien von Wirecard. Und es zeigt sich doch, dass diese Dinge eben dadurch in die falschen Hände kamen, in Form von Anlegern, die Milliardenverluste habe. Also, das muss doch bei Ihnen eine Sensibilität auslösen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das ist Ihre Bewertung. Ob Sie das als schweren Fehler sehen, das ist Ihnen überlassen. Aus BaFin-Sicht kann ich das nicht nachvollziehen, und zumal - - Jetzt mal: Das Leerverkaufsverbot war im Jahr 2019 im Februar. Da ist, wie man bei uns sagt, noch viel Wasser den Rhein runtergeflossen, und die BaFin hat in Folge trotz mehrfacher Nachfrage auch von

Anlegern kein weiteres Leerverkaufsverbot erlassen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, gut. Wie viele Leerverkaufsverbote haben Sie denn insgesamt in Ihrer ganzen Laufbahn erlassen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, mitgewirkt habe ich an einigen auf europäischer Ebene, aber für Deutschland haben wir uns - und das zeigt ja auch, denke ich, ganz wichtig aus meiner Sicht, dass wir nicht gegen Leerverkaufsmaßnahmen sind - im Frühjahr 2020 entschieden, bei Corona kein Leerverkaufsverbot zu machen, wo viele andere Jurisdiktionen Leerverkaufsverbote gemacht haben, an denen wir mitgewirkt haben.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Sie fühlen sich, ja, nicht für Fehlentscheidungen verantwortlich; so entnehme ich das Ihren Worten. - Fühlen Sie sich dann zumindest als politisches Bauernopfer, dass Sie Ihre Position aufgeben mussten?

(Die Zeugin berät sich mit  
ihrem Rechtsbeistand)

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich möchte nur noch mal fragen: Meine Rolle ist hier eine der Zeugin. Und meine Gefühle sind, glaube ich jetzt, und schon gar die Gefühle, die mit meinem Ausscheiden verbunden sind, irrelevant.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Nein. Ich zitiere wörtlich eine Pressemitteilung:

Mit Blick auf die anstehende Neuaufstellung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht habe ich mich im Einvernehmen mit dem BMF dazu entschieden, mein Amt zur Verfügung zu stellen, um einen personellen Neuanfang zu ermöglichen.

Also, das kommt doch nicht aus heiterem Himmel und hat in Verbindung mit der BaFin und



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dem BMF - - Und das ist unser Aufklärungsauftrag. Und ich bitte doch mal, ganz konkret hier dann Rede und Antwort diesem Ausschuss zu stehen und sich nicht hinter irgendetwas zu verbergen. Das ist Aufklärungstatbestand.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich möchte noch mal sagen: Von meiner Aussagegenehmigung - und ich gucke immer Herrn Fritz an - ist dieser Sachverhalt nicht ab- -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Kann der Herr Fritz überhaupt nicht entscheiden. Der sagt auch, wir hätten alle relevanten Informationen gehabt. Dann bringt er 176 Ordner noch bei. - Das ist doch alles Larifari. Wir haben hier eine Pressemitteilung, wo Sie ganz klar sagen müssen, warum diese Pressemitteilung so entstanden ist. Und das bitte ich jetzt auch dementsprechend mal zu verdeutlichen.

(Die Zeugin berät sich mit  
ihrem Rechtsbeistand)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dr. Michelbach, von wann ist denn die Pressemitteilung?

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Die Pressemitteilung ist vom 29. Januar 2021.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das ist nicht innerhalb des Untersuchungszeitraums.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. Sehe ich jetzt anders, weil es im Zusammenhang, in dem Rückblick mit der BMF-Bewertung von Wirecard und des Leerverkaufsverbots ist. - Gut, wenn Sie einfach den Ausschuss vorführen wollen, dann ist das so.

Ich werde jetzt mal dann in die Sachbeurteilung einsteigen. Wir haben ja erlebt, dass es bei der BaFin eine einheitliche Aussage aller BaFin-Mitarbeiter gibt, die wir bisher einschließlich Ihnen gehört haben: Also, wir haben nur die Information der Staatsanwaltschaft umgesetzt. - Das ist jetzt so, sagen wir mal, quasi querbeet gesprochen, die Auffassung, die wir erleben. Gibt es in

der BaFin unter den Mitarbeitern eine Absprache zu dieser Aussage, die wir feststellen mussten bei allen, die wir bisher gehört haben?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, zum einen würde ich dann gerne vielleicht - wie soll ich sagen? - ein bisschen noch mal von meiner Seite die Aussage konkretisieren. Wir sind nicht die Handlanger der Staatsanwaltschaft gewesen. Wir haben eine ernstzunehmende Gefahrenbeschreibung der Staatsanwaltschaft bekommen, und wir haben uns gemeinsam überlegt: Was können wir zur Gefahrenabwehr tun, zur Stabilisierung des Marktvertrauens, zur Vermeidung von Anlegererschädigungen? Wir haben die Information, dass ein Insiderhandel von finanzträchtigen Marktakteuren passiert. Und Shortselling ist immer zu Lasten der Privatanleger. Die sind in der Regel immer auf der „Long“-Seite investiert. Und wir sind deswegen tätig geworden.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. Sie beziehen sich aber auf die Aussagen der Staatsanwaltschaft. - Und ich bitte jetzt mal zum Vorhalt eines Vermerks, die Zeit anzuhalten. Die Frau Genske legt Ihnen diesen Vermerk vor.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das ist kein stiller Vorhalt, ne?

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Nein, kein stiller Vorhalt, sondern ein Vermerk. Das ist dieser ominöse Faxvermerk der Oberstaatsanwältin Bäuml-Hösl. Sie sagen, Sie sind nicht Handlanger der Staatsanwaltschaft, beziehen sich aber alle, wie die bisher von der BaFin hier abgesprochen haben, auf diesen Vermerk.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Die Zeugin und ihr Rechtsbeistand nehmen Einblick und beraten sich)

Jetzt sagen Sie mir mal, wo da etwas von Ermittlungen der Staatsanwaltschaft steht, von Bewertungen der Staatsanwaltschaft. Wenn Sie das richtig lesen, heißt das: „Es meldete sich ... der



## Nur zur dienstlichen Verwendung

anwaltliche Vertreter der Wirecard. Er teilte mir folgendes mit“. Das heißt, Sie beziehen sich, Frau Roegele, auf eine Meldung von der Frau Oberstaatsanwältin, die nur eine anwaltschaftliche Vertretung von Wirecard wiedergegeben hat.

Der Anwalt hatte eine Räuberpistole im Interesse seines Mandanten Wirecard dargestellt, und darauf sind Sie reingefallen. Können Sie mir mal sagen, wo hier ihre Bewertung - - Wenn Sie das mal lesen, da ist doch von der Staatsanwaltschaft überhaupt nichts mitgeteilt worden. Da ist ein Telefongespräch wiedergegeben worden. Ich bitte Sie, da mal drauf zu antworten, weil, verstehen Sie, mich ärgert das, dass alle in der BaFin jetzt versuchen, ein Alibi da bei der Staatsanwaltschaft zu suchen, und dann aufgrund dieses Vermerkes. Und da müssen Sie mir jetzt mal Antwort geben.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, zunächst schätzen wir die Staatsanwaltschaft München I sehr. Wir schätzen sehr Frau Bäumler-Hösl als Oberstaatsanwältin, wenn sie nicht gar Leitende Oberstaatsanwältin ist. Auf jeden Fall haben wir das als ernstzunehmenden Hinweis - - Und es gab mehrere Gespräche in Folge mit der Staatsanwaltschaft. Es war ganz klar: Die Staatsanwaltschaft hat uns dieses Fax ja nicht einfach geschickt, weil sie mal so Faxe durch die Republik schicken wollte. Und sie hat ja mit Sicherheit mit diesem Fax auch irgendetwas verbunden.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Eine Wiedergabe des Anwalts von Wirecard.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aber mit welchem Zweck schickt sie das der BaFin, wenn sie nicht den Zweck verfolgt, dass sie die BaFin diesbezüglich auch mit ins Boot holt, um zu überlegen: „Welche Maßnahmen kann man präventiv zur Gefahrenabwehr ergreifen?“?

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Aber wenn Sie diesen Vermerk lesen, hätten Sie doch sagen müssen: „Wirecard-Anwalt behauptet“, gehe ich mal persönlich hinterher, dann rufe ich dort persönlich an und frage: Wie

soll ich den Vermerk, den Sie da rumschicken, denn überhaupt verstehen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das ist, Herr Michelbach, bei aller Wertschätzung nicht unsere Vorgehensweise. Wenn die Staatsanwaltschaft uns Beweismittel und Materialien zur Verfügung stellt und sie auf Nachfrage als glaubwürdig einstuft, dann machen wir nicht den Ermittler hinter dem Ermittler der Staatsanwaltschaft. Also, wir ermitteln dann nicht parallel an der Staatsanwaltschaft vorbei, ob die Staatsanwaltschaft in den Aussagen, die sie uns überreicht hat, auch wirklich glaubwürdig ist.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Frau Roegele, hier sind weder Beweismittel noch sonstige Einschätzungen der Staatsanwaltschaft in diesem Vermerk beinhaltet.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Darf ich Sie mal umgekehrt fragen? Stellen Sie sich mal vor, wir hätten dieses Papier gehabt - -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ich bitte anzuhalten, wenn ich hier eine Frage beantworten muss.

(Heiterkeit - Dr. Florian Toncar (FDP): Haben Sie eigentlich eine Aussagegenehmigung? Müssen Sie mal Herrn Fritz fragen!)

- Ja, gut.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Die Zeit immerhin gestoppt.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Jetzt gucke ich mal, ob das eine Frage in Form einer Antwort ist, aber ich stoppe zunächst mal die Zeit. - Führen Sie aus, Frau Roegele. Und der geschätzte Kollege Dr. Michelbach kriegt da natürlich kurz die Uhr angehalten. Bitte schön.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich mache jetzt einen hypothetischen Fall. Ich weiß, ich weigere mich auch, hypothetische Fälle zu beantworten, aber ich versuche es mal mit einem hypothetischen Fall.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Etwas lauter, Frau Kollegin, sonst - - Ich weiß nicht, wie ich Ihnen helfen kann.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich habe das Mikro schon gezogen ohne Ende.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wir wollen Sie ja verstehen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Okay. - Hypothetischer Fall: Wir bekommen dieses Fax. Wir tun nichts. Es kommt eine Short-Attacke. Anleger verlieren ihr Geld. Und es stellt sich raus: Wirecard ist das schönste aller schönsten Unternehmen. - Und später wird transparent: Wir hatten dieses Fax. Zwischendurch haben viele Anleger ihr Geld verloren. - Was hätten Sie damit gemacht?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das habe ich theoretisch hier aber schon mal dargestellt. Das könnte eine Lose-lose-Situation sein, die man mit Frau Bäuml-Hösl tatsächlich bespricht. Aber ich würde sagen: Dann machen wir weiter. - Dr. Michelbach.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Wissen Sie, ich muss ja noch antworten, Herr Vorsitzender. Also, ich bin zwar kein Zeuge, aber wenn ich eine solche Vorhaltung bekommen hätte, dann hätte ich mich gefragt: Ist die Staatsanwaltschaft fachlich in der Lage, eine Marktgefahr einzuschätzen? Und ist das nicht meine ursprüngliche Aufgabe, diese Marktgefahr zu analysieren und zu entscheiden? Ich hätte diesen Vermerk nicht in den Papierkorb - - aber ich hätte den Vermerk nicht sehr ernst genommen. Vielleicht hätte ich auch dort angerufen, hätte gesagt: Was soll das?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Der Respekt, den wir den Staatsanwaltschaften in Deutschland entgegenbringen und nicht nur, aber auch natürlich

und insbesondere der Staatsanwaltschaft München und Frau Bäuml-Hösl, gebietet es, dass wir solche Dinge nicht in den Papierkorb werfen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. Also, wir wissen, dass Wirecard nicht das schönste aller Unternehmen war. Das können Sie ja heute sicher teilen, diese Auffassung. Da brauchen Sie mir auch keine Frage dazu zu stellen, Frau Roegele.

Aber jetzt natürlich mal zu Ihren Rückversicherungen. Sie haben ja gesagt: Ich war sehr beschäftigt. Gut, einmaliger Fall eigentlich, haben Sie auch bestätigt. Nur, wenn so etwas entsteht, muss man natürlich sagen: Da muss alles andere warten. Ich konzentriere mich jetzt auf diese Entscheidung. - Und deswegen haben Sie ja auch Rückversicherungen verlangt.

Welche Rückversicherungen kamen vom BMF, von der ESMA, von der Bundesbank und von der Staatsanwaltschaft noch mal zum Leerverkaufsverbot? Bitte konkret aus dem BMF Rückversicherung, ESMA Rückversicherung, Bundesbank Rückversicherung, staatsanwaltschaftliche Rückversicherung zu Ihrer Entscheidung Leerverkaufsverbot.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Gut. Ich fange an mit der wichtigsten, für uns wichtigsten. Das ist die ESMA-Opinion. Und die ESMA-Opinion kennen Sie, die ist veröffentlicht. Die kommt zum Ergebnis, dass die Leerverkaufsmaßnahme - legen Sie mich jetzt nicht fest - angemessen, erforderlich und „appropriate“ - -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Da war der Vertreter der ESMA hier, Frau Roegele. Der hat uns erklärt, dass er das nicht prüfen kann, sondern dass dies nur von Ihnen anzuzeigen ist.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Na ja, also, die ESMA-Opinion sagt - und das ist nicht nur von uns angezeigt -, die setzen eine eigene Wertung drauf. Und die fällt positiv aus.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Nein, er hat uns erklärt, dass keine Wertung möglich ist bei der ESMA.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, tut mir leid. Das habe ich anders erlebt bei der ESMA. Und das ist eine Wertung, die die in der Opinion abgeben. Und sie geben sie nicht ab, weil das das jeweilige Land vorgeschrieben hat, sonst könnte es nie negative Opinions geben, und es gibt negative Opinions der ESMA, nicht zu den Leerverkaufsmaßnahmen, aber wir haben ja zahlreiche Opinions. Das kann ich nicht nachvollziehen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut, aber können Sie sich vorstellen, dass sie das ungeprüft gesagt haben: „Es wurde uns angezeigt“?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Natürlich müssen wir das anzeigen; aber dann prüft die ESMA.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Nein, -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Und sie hat einen Tag lang intensiv geprüft.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): - er hat uns erklärt, sie haben gar keine Prüfungsinstanz und gar keine Prüfungshintergründe, auch von der personellen Ausstattung.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, da kann ich jetzt nichts dazu sagen, was er dazu gesagt hat. Meine Wahrnehmung ist eine ganz andere. ESMA prüft das sehr intensiv.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut. Dann steht da Aussage gegen Aussage. - Jetzt Aussage gegen Aussage beim BMF. Was war mit der Rückversicherung für Ihre Entscheidung Leerverkaufsverbot?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Wir haben dem BMF recht frühzeitig die Information zur Verfügung gestellt, laufend berichtet und keine negative Reaktion seitens des BMFs gesehen. Insofern: Das

war der Vorgang mit dem BMF. Da gibt es ja auch keinen formalen Zustimmungsakt.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Also eine Art Zustimmung.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Würde ich so nicht sagen. Die Kollegen haben das gemacht. Sie haben offensichtlich sich informiert über diesen Sachverhalt und haben keinen Grund gesehen, in irgendeiner Form hier einzuschreiten.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Also kein Widerspruch gegen Ihren Antrag Leerverkaufsverbot.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja, wobei das ja kein Antrag beim BMF war.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut. - Was heißt „frühzeitig“? Und wann haben die diese Äußerungen Ihnen gegenüber aus dem BMF gemacht?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja, also, es war ja eine Nicht-Äußerung. Insofern - - Das BMF wurde seit Mittag 15.02. laufend informiert und hat zu keinem Zeitpunkt gesagt: „Das dürft ihr aber nicht machen“, was auch unüblich gewesen wäre oder ich noch nie erlebt habe.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut, aber Sie wollten ja Rückversicherungen; sonst hätten Sie ja dort keinen Kontakt aufgenommen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich glaube nicht, dass das Rückversicherung ist. Ich habe vorhin schon gesagt: Es ist aus meiner Sicht ein gutes und ordentliches Zusammenspiel und Zusammenarbeiten, dass man das Ministerium, dem man nachgeordnet ist, so informiert hält, dass es solche Dinge nicht aus der Presse erfährt.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut. - Dann kommen wir zur Bundesbank. Da hatten Sie ja dieses berühmte Gespräch mit der Frau Professor Buch, wo Sie natürlich auch



## Nur zur dienstlichen Verwendung

bemerkt haben, dass die Bundesbank nicht glücklich mit Ihrer Anfrage und Rückversicherung war. Vielleicht können Sie das noch mal - - Ihre Eindrücke noch mal schildern.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Zum einen möchte ich noch mal sagen, dass die Bundesbank keinen formalen Akt in diesem Verfahren hat. Das ist ein - wie soll ich sagen? - rein nationales Zusammenarbeiten, das wir vorgesehen haben. Zweitens möchte ich sagen, dass das, warum die Bundesbank hier eingebunden werden sollte, sich auf Finanzmarktstabilität bezieht und wir hier aber das Thema Marktvertrauen im Vordergrund hatten. Das Dritte oder Vierte ist, dass die Bundesbank noch nicht mal alle Informationen hatte, weil ich ihr nicht alle Informationen zur Verfügung stellen konnte.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. - Aber bei der Bundesbank liegt uns in den Akten vor, dass am 13. Juli 2013 eine Anweisung aus dem BMF zur Kenntnis zu nehmen ist, dass die Bundesbank bei solchen Fällen zu beteiligen ist.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** In welcher Akte liegt das vor?

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Am 13. Juli 2013 wurde der BaFin mitgeteilt, dass - also schon viel früher, ist klar - hier grundsätzlich bei solchen Fällen die Bundesbank zu kontaktieren und Einvernehmen herzustellen ist.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aber Sie wissen auch, dass es an dem Abend Kommunikationen gab, dass es keines offiziellen Benommens seitens der Bundesbank bedarf und dass es meines Wissens auch von allen Beteiligten so gesehen wurde.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. - Ich unterstelle Ihnen mal, Frau Roegele, Sie wollten dieses Leerverkaufsverbot mal exekutieren, und das hat Ihnen nicht gepasst, dass bei Marktstabilität die Bundesbank in keinem Fall mitgemacht hat. Und dann sind Sie auf dieses Thema Marktvertrauen gekommen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Wir sind von Anfang an auf dem Thema Marktvertrauen gewesen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, aber das Marktvertrauen bezieht sich doch auf den Gesamtmarkt, und der Gesamtmarkt war überhaupt nicht gestört. Also, das kann doch fachlich - - Sie sind doch fachlich qualifiziert. Das kann doch gar nicht sein. Das kann doch nur sein, dass Sie sagen: „Bei der Marktstabilität hat man nicht mitgemacht bei der Bundesbank, mach ich auf Marktvertrauen“, weil der Tatbestand, -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Sorry. Nein.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** - die sachliche, fachliche Grundlage fehlt doch.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Von Anfang an war uns bewusst, dass - Markt- statt Finanzstabilität, um es, glaube ich, richtig zu sagen - Finanzmarktstabilität nicht die Begründung sein kann. Es kann nur Marktvertrauen sein.

Dann möchte ich sagen: Wir reden hier über einen DAX-30-Titel, der 40 Prozent, glaube ich, seiner Kapitalisierung verloren hat und bei dem wir vermuten mussten, Anhaltspunkte haben von einer angesehenen Staatsanwaltschaft, dass eine weitere Short-Attacke - und Short-Attacke heißt nicht der Aufbau von Short-Positionen ohne weiteres Dahinterliegendes, sondern eine Short-Attacke in Form von einem Ausnutzen von Insiderwissen - geplant ist.

Also, ich finde schon, auch nach wie vor: Das ist ein Thema, wo ganz klar das Marktvertrauen im Vordergrund steht. Wenn Anleger befürchten müssen, dass permanent Kommunikation in den Raum gesetzt wird, wo andere vorauswissen, dass die negative Kommunikation kommt und deswegen - wie soll ich sagen? - die Kurse abstürzen, dann finde ich das durchaus etwas, was unter Marktvertrauen fällt.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, aber Short-Attacken gab es ja schon vorher.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Genau. Und da sind wir immer zu spät gekommen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut. Ja, und da ist ja nichts passiert. Also, eine Aktie, deren Verlauf vorher wenig Einfluss auf andere Aktien genommen hat, hat diese ja nicht nur wegen einer Short-Attacke - - Schon vorher hätten Sie ja dann handeln müssen, nicht in Verbindung dieses Tags, ominösen Tags 15.02.2019.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aber, Herr Dr. Michelbach, ich kann nur handeln zuvor, wenn ich es zuvor weiß. Die anderen Short-Attacken haben wir immer erst hinterher erfahren.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Klar, aber - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Dann kann ich nicht mehr handeln, dann ist sie vorbei.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut. Klar, aber das hat ja keine Wirkung gehabt. Und jetzt auf einmal sagen Sie: Es hat eine Wirkung. Das war ja ein Absturz der Aktie von 13 Prozent Anfang Februar. Das hat überhaupt nicht mit Marktvertrauen in Zusammenhang stehen können. Die Aktie selber ist doch um 13 Prozent gesunken.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Wenn der Absturz darauf zurückzuführen ist, dass diese Informationen der „FT“, ohne dass die „FT“-Journalisten das vielleicht wussten, wollten, wie auch immer, vorab bekannt war, einzelnen Teilnehmern, und sie daraus Insidergewinne machen konnten, problemlos, dann ist das doch eine Beeinträchtigung des Marktvertrauens. Wenn wir sagen: In Deutschland können Shortseller ungestraft, ungebremst Insiderinformationen ausnutzen, dann ist das aus meiner Sicht eine Beeinträchtigung des Marktvertrauens. Also, das muss doch kommen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ja, aber das Marktvertrauen bezieht sich doch auf den Gesamtmarkt, um das noch mal zu

sagen. Und kann es sein, dass Sie ein gestörtes Verhältnis zu diesen Marktverhältnissen mit Shortsellern haben?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein. Da will ich noch mal eine Aussage treffen. Deutschland hat 2020 im Frühjahr - und das hat Herrn Hufeld und mich doch einige Begründungen gekostet - sich dagegen ausgesprochen, ein Shortselling-Verbot für die gesamten Märkte zu machen, wie es die Franzosen, Italiener, Spanier, Griechen, Belgier, Österreicher gemacht haben.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Was ist denn der Unterschied zwischen Shortsellern und sinkenden Kursen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, das hat überhaupt nichts miteinander zu tun.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ja.

(Matthias Hauer  
(CDU/CSU): Dann erzählen  
Sie doch mal: Eine Short-  
Attacke und sinkende  
Kurse: Was ist der Unter-  
schied?)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Herr Hauer - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Short-Attacke und Shortseller ist ein Unterschied.

(Matthias Hauer  
(CDU/CSU): Das war nicht  
meine Frage!)

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Okay, meine Zeit ist um.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut. - Dann mache ich da mal weiter, weil ich bin noch nicht ganz fertig mit dieser Rechts- und Aufsichtsfunktion. Und das ist ja auch eine Grundsatzfrage, die wir vielleicht für die Zukunft mal bearbeiten müssen, denn neben dem, dass es diese Rechts- und Aufsichtsfunktion gibt, ist dieses Leerverkaufsverbot - ich habe es vorhin ja auch mal gesagt -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

eine Allgemeinverfügung. Und in den „Grundsätzen für die Ausübung der Rechts- und Fachaufsicht“ - also, ich möchte es wirklich nur mal einfach am Gesetz auch festmachen - „des BMF über die BaFin“ ist festgeschrieben, dass es bei „bedeutenden Allgemeinverfügungen“ - stimmen Sie mir da zu, dass das eine bedeutende Allgemeinverfügung war? oder war das so alltäglich? war bedeutend, oder? -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Würde ich sagen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - gut -, also, dass es bei „bedeutenden Allgemeinverfügungen“ der BaFin sogenannte „Erlaubnisvorbehalte“ des BMF gibt. Bedeutende Allgemeinverfügungen müssen - „müssen“, nicht können oder sollten, „müssen“ - dem Finanzministerium deshalb vorab zur Kenntnis gebracht werden. Es wird sogar dann noch entsprechend im FinDAG ausgeführt - ich zitiere - und als Grundlage hier entsprechend davor innerhalb der BaFin auch auf Ihrer Homepage zu finden:

Die BaFin ist eine rechtlich selbständige Anstalt des öffentlichen Rechts. Als Bestandteil der Bundesverwaltung untersteht sie gemäß § 2 FinDAG der Rechts- und Fachaufsicht des BMF, das für die Tätigkeit der BaFin

- und jetzt ist es interessant -

die politische Verantwortung trägt.

Steht hier sogar. Ja, „die politische Verantwortung“: Über die sprechen wir hier auch gerade. Und das ist mir noch nicht ausgeleuchtet. Insofern kommt mir das ein bisschen - verzeihen Sie mir - spanisch vor, wenn Sie sagen: Na ja, dann unterhalte ich mich da mal auf unterer Ebene. - Ich könnte nämlich jetzt auch sagen: Vielleicht wollte man die obere Ebene dort schonen. Aber das ist einfach nur eine Spekulation von mir.

Gegenstand der Rechts- und Fachaufsicht

- so weiter -

sind Recht- und Zweckmäßigkeit des Verwaltungshandelns der BaFin.

Und jetzt erklären Sie mir doch noch mal auf dieser Rechtsgrundlage, mit wem Sie und wann Sie gesprochen haben.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Wenn das die konkrete Frage ist: Meines Wissens habe ich mit den BMF-Kollegen - - Wir blenden die Arbeitskontakte aus, die existierten. Ich meine, dass ich abends mit den BMF-Kollegen gesprochen habe.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wer?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Mit dem Referat VII B 5. Und ich habe - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Frau Roegele, das ist jetzt meine Wertung. Sie sind eine intelligente Frau. Ich hatte hier Frau Bäumler-Hösl sitzen. Ich habe das gegengecheckt. Die berichtet aus dem Gedächtnis aus dem Zatarra-Bericht, sagt dann - und das habe ich nachgeschlagen; ich habe den immer so mit, weil das, finde ich, ist ein dolles Beweisstück irgendwie für mich -: Ich glaube, auf Seite 97 oder 98 steht das und das und das. - Und das zitiert sie. - Ich schlage den Zatarra-Bericht auf und staune: Das sagt die aus dem Gedächtnis.

Dann hat sie aber auf der anderen Seite - - Und das tun Sie hier, finde ich, auch gerade, dass Sie an entscheidenden Stellen - - Nochmals, wir reden hier nicht über eine Routineaufgabe. Ich kann mich heute noch erinnern, welche Telefonate ich führte, als die Griechenland- und die Lehman-Pleite kamen, und was wir bei uns in der Versicherungswirtschaft und -gesellschaft dort zu tun hatten und welche Fragen zu beantworten waren und wer alles anrief und welche Anrufe ich getätigt habe, weil das war für mich beispielsweise ein sehr einschneidendes Erlebnis.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Und jetzt sagen Sie mir noch mal: VII B 5; das wissen Sie. Und Sie wissen nicht den Namen, obwohl Dr. Toncar Ihnen die aufgezählt hat. Das glaube ich Ihnen einfach nicht, tut mir leid. Wen wollen Sie denn schützen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, ich will da gar niemanden schützen, aber meine Erinnerung gibt es nicht her. Ich kann Ihnen dann aber sagen, dass ich am Sonntag mit Frau Wimmer telefoniert habe.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Mit wem?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Frau Wimmer.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Frau Wimmer, am Sonntag. Und was war da so Gesprächsgegenstand mit Frau Wimmer?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nee, Sonntag, -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Sonntag, genau.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** - nach Loslaufen des Board of Supervisors.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Der 17., Sonntag, der 17., Geburtstag meiner Mutter. Wow. Okay, also, was gab es da?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Dort habe ich - - Ich hatte ihr ja ein Telefonat angeboten. Auf das hat Frau - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Können Sie lauter sprechen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich hatte ja Frau Wimmer ein Telefonat angeboten. Frau Wimmer hat dieses Telefonatsangebot angenommen. Wir haben um 15 Uhr telefoniert. Nach meiner Erinnerung telefonieren wir da zu den nächsten Schritten, was jetzt - - ESMA-BoS ist angelaufen. Wie sehen die Zustimmungen aus? Und was ist, wenn das ESMA-BoS zugestimmt hat? Was sind dann die nächsten Schritte?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Mhm. Also, das ist am Sonntag auf jeden Fall gelaufen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Können Sie sich denn vielleicht noch an diese ominöse SMS dann auch noch mal erinnern? Die soll ja auch an diesem Sonntag irgendwo zwischen Ihnen und Frau Buch gelaufen sein. Und jetzt sagt die eine Dame - ich glaube, Frau Buch -: „Ich habe ein neues Handy“, und Sie sagen, Sie haben Ihr Handy abgegeben. Und das ist dann eben entsprechend schon, elektromagnetisch wahrscheinlich, gelöscht worden. Können Sie sich an die SMS noch erinnern?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, um vielleicht noch das andere klarzustellen: Ich habe mein Handy noch. Ich habe mein Handy der IT zur Verfügung gestellt, und die haben alle vorhandenen SMS rückgesichert. So, dass das mal ganz klar ist, dass hier nichts verloren geht. - Nummer eins.

Nummer zwei: Ich habe keine SMS von Frau Buch.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, das halte ich auch mal dann - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das heißt, ich kann weder bestätigen noch abstreiten, ob es eine solche SMS gab. Ich weiß es schlicht nicht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann mache ich hier mal weiter mit meinen Fragen. Staatssekretär Dr. Kukies hat in einem Interview mit dem „Handelsblatt“ am 5. Februar 21 zur Rechts- und Fachaufsicht beim Leerverkaufsverbot noch mal ausgeführt - ich zitiere -:

Es gibt zwar die Rechts- und Fachaufsicht durch das Bundesfinanzministerium. Bei ihren einzelnen Entscheidungen ist die Bafin aber unabhängig, das Ministerium macht ihr hier keine Vorgaben. Das hat sich übrigens auch bei Wirecard gezeigt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Der Satz ist natürlich jetzt ein bisschen schwierig zu verdauen.

Die Bafin hat das Ministerium über das Leerverkaufsverbot in Kenntnis gesetzt, die BaFin hat darüber aber unabhängig vom Finanzministerium entschieden ...

Wenn ich das jetzt mit dem FinDAG und dem, was ich hier rückkopple, sage, dann heißt das ja auf der anderen Seite - und das ist natürlich eine unbequeme Frage -, dass § 2 des FinDAGs festhält, dass zumindest aber das Finanzministerium dann die politische Verantwortung für das Treiben und Handeln der BaFin übernehmen muss.

Jetzt kann ich natürlich fragen: Was denn nun? Haben Sie entsprechend nochmals in diesen Tagen eine klare Rückmeldung vom BMF bekommen? Auf diesem Dienstweg zum Beispiel mit Frau Wimmer oder mit dem Referat, wo Sie nur eben entsprechend wissen: Es ist VII B 5. Oder muss ich dann irgendwann für mich sagen: „Okay, ich interpretiere und nehme den § 2 FinDAG und sage, okay, das für die Tätigkeit der BaFin politische Verantwortung trägt, nämlich das BMF“, auf Ihren Seiten, also nichts, was ich hier irgendwie als geheimes Fachwissen hätte? Was ist denn nun für mich maßgeblich, Frau Roegele?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ist das jetzt eine Rechtsfrage oder eine Frage an mein Zeugenwissen?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das ist eine Rechtsfrage, aber auch eine Zeugenfrage; denn Sie haben in diesem fraglichen Zeitraum gehandelt. Sie haben hier bestätigt: Es war eine gewichtige Allgemeinverfügung. - Demnach unterliegt sie hier auch § 2 FinDAG. Und ich frage jetzt noch mal: Haben Sie das Finanzministerium so in Kenntnis gesetzt, dass es bei dieser so bedeutenden Allgemeinverfügung tatsächlich rechtliche Fachaufsicht ausüben konnte? Wenn das nicht der Fall ist - nochmals, ich zitiere das, ich zitiere nur ein Recht, ein Gesetz -, da steht in § 2:

... der Rechts- und Fachaufsicht des BMF, das für die Tätigkeit der BaFin die politische Verantwortung trägt.

Was denn jetzt?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, ich kann nur sagen: Das BMF hatte volle Transparenz über das, was wir machen. So.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das BMF - das ist die Aussage - hatte volle Transparenz über das, was Sie in jenen Tagen zwischen dem 14. Februar und 18. Februar 2019 getan haben. Das ist die Aussage.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, wir haben die Allgemeinverfügung im Entwurf, meines Erachtens, zur Verfügung gestellt. Wir haben über den Ablauf des ESMA-BoS-Verfahrens informiert. Wir haben über den Entscheid des ESMA-BoS-Verfahrens informiert. Wir haben auf den beabsichtigten Veröffentlichungszeitpunkt informiert. - Ich weiß jetzt nicht, was noch gefehlt hätte.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das wollte ich ja nur herausarbeiten, weil dann greift ja § 2 FinDAG. Das habe ich Ihnen ja gesagt. Okay. - Ich bin mit meiner Zeit am Ende. Dann schaue ich: Wer möchte von der SPD-Fraktion? - Frau Kiziltepe. Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Roegele, Sie haben in Ihrem Eingangsstatement gesagt: Die BaFin arbeitet auch sehr eng mit der Staatsanwaltschaft zusammen. - Frau Schierhorn hat gestern gesagt - - Sie hat auch eine Zahl genannt, wie oft die Staatsanwaltschaft mit solchen Sachen an die BaFin herantritt. Sie meinte aber, dass am 15.02. das Vorgehen sehr ungewöhnlich und unüblich war. Sehen Sie das auch so im Vergleich? Frau Schierhorn meinte auch, die Staatsanwaltschaft sei an die BaFin herantreten mit einer gewissen Erwartungshaltung.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, es war sicherlich ungewöhnlich. Das liegt aber auch darin schlicht und ergreifend begründet: Das Schicksal, das wir mit den Staatsanwaltschaften teilen, ist: Wir kommen immer hinterher. Wir sind eigentlich dran, wenn der Insiderhandel passiert ist, wenn die Marktmanipulation passiert ist. Wir haben zum ersten Mal in diesem Fall, zumindest in meiner Kenntnis, vorab von einem möglichen Insiderhandel Kenntnis bekommen oder einer potenziellen Marktmanipulation.

Jetzt ist die BaFin vielleicht mit ihren Mitteln nicht diejenige, die so unbedingt auf Gefahrenabwehr eingestellt ist. Wir sind ja keine Polizeibehörde, die jetzt den Verkehr regelt, damit kein Unfall passiert. Das ist sicherlich für uns eine Situation gewesen, die ungewöhnlich ist, weil, wie gesagt: Wir kommen immer hinterher. Wenn das Kind im Brunnen liegt, klären wir auf: Wer waren die Täter? Wer hat das Kind in den Brunnen geschubst? So.

Das ist sicherlich hier eine andere Situation gewesen. Wir haben versucht, den Instrumentenkasten, den wir haben, dazu zu nutzen, eine Straftat, die sich abzeichnet, zu verhindern. Das ist tatsächlich nicht unsere übliche Aufgabe. Das will ich gesagt haben. Insofern ist das eine tatsächlich sehr unübliche Situation gewesen, dass wir aufgerufen waren oder ich uns aufgerufen gefühlt habe, eine sich abzeichnende Straftat, wie auch immer sie ex post bewertet wird, aber auf der Basis der damaligen Informationslage eine sich abzeichnende Straftat zu verhindern.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Okay. - Sie hatten ja auch berichtet, dass an Sie die Information der Staatsanwaltschaft - - Das ist bedauerlich natürlich, dass Sie nicht direkt mit Frau Bäumler-Hösl gesprochen haben. Aber war Ihnen eigentlich bewusst, dass an diesem Tag, am 15. Februar, um 7 Uhr die Rechtsanwaltskanzlei Bub Gauweiler mit dem Anwalt Enderle an die Oberstaatsanwältin herantreten ist und diese Gefahr vorgebracht hat? Eine halbe Stunde später wurde direkt die BaFin kontaktiert. War Ihnen das bewusst, also dieses zeitliche Vorgehen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich glaube, das ergibt sich aus dem Fax, dass Frau - - dass sie doch ins Büro kommt und dann diese Information hat und sofort zurückruft. Und ich meine, wir haben das Fax schon gegen 9 Uhr. Es muss ja alles ziemlich zügig gegangen sein.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja, aber wenn man sich mal versucht, so ein Bild zu machen: Da kommt ein Rechtsanwalt 7 Uhr morgens zur Staatsanwaltschaft, berichtet über diese Erpressung und will sich aber öffentlich dann im Nachgang auch in keinster Weise zu diesen Erpressungsvorwürfen äußern, sondern lieber eine sehr allgemeine Presseerklärung abgeben etc.

Dann kriegt die BaFin diesen Aktenvermerk und zusätzlich, genau, bekommt die Staatsanwaltschaft auch diese eidesstattliche Erklärung, diese Zeugenaussage, und da ist keine Unterschrift drauf und geht zur BaFin und sagt: Wir müssen jetzt was machen. Gefahr ist im Verzug. - Und das hat ja auch - - Also, wenn ich mir vorstelle: Das ist die Staatsanwaltschaft. So. Die ist jetzt hier, und wir müssen eine Straftat verhindern. Können Sie noch mal darstellen, ob das alles für Sie so glaubwürdig - das hatte ja Frau Schierhorn auch gestern gesagt - betrachtet wurde von der BaFin?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aus meiner Sicht haben wir das. Wir haben mehrfach Frau Bäumler-Hösl, soviel ich weiß, gefragt, ob sie - - zumindest einmal, ich will nicht übertreiben. Aber wir haben nach der Glaubwürdigkeit gefragt. Und soviel ich weiß, die Kollegen sind ja auch unter dem Eindruck gestanden, dass Frau Bäumler-Hösl das als sehr glaubwürdig, bemerkenswert, wie auch immer, bewertet hat. Insofern, diesen Eindruck haben die Kollegen mir weitervermittelt.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Und ich glaube jetzt nicht, dass Frau Bäumler-Hösl, die ja sicherlich eine sehr beschäftigte Frau ist, wenn sie morgens um 7.30 Uhr ins Büro kommt und dann bereits unmittelbar danach offensichtlich das Telefonat führt - Sie sagen: „vielleicht sogar persönlich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Kontakt hatte“, weiß ich nicht -, und dann diktiert sie sofort einen Vermerk ab und veranlasst, dass der uns weitergeleitet wird, dann misst sie der ganzen Angelegenheit, glaube ich, doch nicht nur eine Kleinigkeit mit, sondern misst dem Ganzen eine große Bedeutung bei. Und ich nehme mal an, dass Frau Bäumler-Hösl die gleiche Thematik hatte wie wir auch. Sie sieht zum ersten Mal etwas, das noch passieren wird, und nicht etwas, was bereits passiert ist.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Na ja, wir hatten ja auch die Oberstaatsanwältin hier. Wir haben ja auch gefragt, wie sie das so eingeordnet hat. Und sie hat gesagt: Das war halt Herr Enderle, das ist ein vertrauenswürdiger Rechtsanwalt. - Und dann glaubt man ihm halt, ne? So. Und es gibt bis heute keine unterschriebene eidesstattliche Erklärung dieses D. J. Harris. Das wissen Sie vielleicht auch mittlerweile. Aber es ist schon sehr, sehr verwunderlich.

Und ich hatte Frau Bäumler-Hösl auch gefragt, ob sie das denn überprüft hätte auf Plausibilität hin. Und sie hatte gesagt: „Nee“, das mache die Staatsanwaltschaft gar nicht, das müsse dann die BaFin machen oder so ähnlich. Ich kann das jetzt im Wortlaut nicht wiedergeben. Aber sie meinte: „Wir haben das bei der BaFin angezeigt“, sage ich mal, „und die BaFin muss das dann überprüfen“.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, unser Eindruck war ein anderer, was die Staatsanwaltschaft mit dem Fax bezwecken wollte. Aber da steht jetzt Eindruck gegen Eindruck.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Welcher war der?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Dass sie erwartet hat - und natürlich sind wir da im Glied -, dass wir eine präventive Maßnahme ergreifen. Darum gibt es ja dann auch noch mal das Telefonat mit Herrn Bühring, wo Herr Bühring diskutiert, ob jetzt Leerverkauf oder Handlungsaussetzung das richtige Maß der Mittel ist.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Mhm. - Also, wir sehen ja auch heute, dass Anwaltskanzleien auch manchmal halt gekapert werden, um bestimmte Ziele

durchzusetzen. Es scheint auch hier im Fall Wirecard so zu sein, dass Herr Jan Marsalek diese Kanzlei Bub Gauweiler gekapert hat für eigene Zwecke und diese Geschichte einfach mal durchweg - durch die Staatsanwaltschaft ja ohne Plausibilitätsprüfung, weil es eben ein vertrauenswürdiger Anwalt war - auch geglaubt wurde.

Okay, ich möchte jetzt noch mal zu diesen Vorgängen, die ich auch noch nicht ganz durchschaut habe, kommen. Also, die BaFin ist nicht alleiniger Entscheider, wenn es um Leerverkaufsverbote geht. Richtig?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** So würde ich das nicht sagen. In dem europäischen Prozess ist die BaFin schon alleiniger Entscheider, aber es gibt - - Die ESMA hat eine unabhängige Opinion dazu zu geben. Und ich dürfte mich sogar über die Opinion hinwegsetzen, wenn ich das richtig weiß, muss ich aber noch mal, falls Sie diese Rechtsfrage interessiert - - Aber meines Wissens kann ich mich über die Opinion von ESMA hinwegsetzen. Aber ich habe immer gesagt: Nein, nur wenn wir eine positive Opinion von ESMA bekommen, machen wir das.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Okay. - Aber für ein Leerverkaufsverbot in Deutschland ist eine positive Opinion der ESMA notwendig.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Aber Sie haben das gesagt. Sie könnten sich darüber hinwegsetzen, -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Genau.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** - aber Sie haben für diesen Fall gesagt: Wir machen das nur mit dieser - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Bei diesem Fall habe ich es zur Bedingung gemacht.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Okay. - Und wie kommt es zu der Entscheidung bei der ESMA? Wer entscheidet? Wer sitzt da alles drin?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, zunächst tragen wir das vor anhand von Templates und zahlreichen Unterlagen, die der ESMA vorzulegen sind. Da gibt es auch vorgefertigte Templates, welche Informationen da abgefragt werden. Wir legen die Allgemeinverfügung, natürlich übersetzt, unseren Draft, vor, wo wir die Begründung drin enthalten haben. Dann prüft ESMA-Staff das anhand auch ihrer eigenen Daten, machen Datenauswertungen, ob sich das plausibilisiert mit den Daten, die wir haben. Dann werden Nachforderungen gestellt in der Regel, noch mal weitere Daten zu liefern, noch mal weitere Gründe zu liefern.

Und zu irgendeinem Zeitpunkt sagt dann die ESMA: Ja, jetzt ist das alles rund für uns, und wir schließen jetzt unsere Bewertung ab. - Und dann ist der nächste Satz entscheidend, ob die ESMA dann sagt: Auf der Basis der Bewertungen, die wir jetzt jetzt vorgenommen haben, machen wir eine pos- -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ist das eine rechtliche oder inhaltliche Bewertung?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das ist sowohl rechtlich als auch inhaltlich.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Okay. Und dann?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Und dann sagt sie einem, ob sie eine positive oder negative Opinion macht. Meistens ist es so, wenn sie sagt: „Das ist eine negative Opinion“, würde man jetzt noch mal versuchen, zu argumentieren, war hier aber nicht der Fall. Und dann reicht man formal den Prozess ein. Jetzt hängt das noch ab von der Zustimmung des Board of Supervisors. Das war dann die Antragstellung, die ich am Sonntagmorgen gemacht habe, habe ich ja dann formal den Antrag bei ESMA eingestellt auf der Basis der Unterlagen, die wir von ESMA haben. ESMA hat dann diesen Prozess eingeleitet mit der positiven Opinion, und das Board of Supervisors - zu dem Zeitpunkt noch aus 28 Mitgliedern der Wertpapieraufsichtsbehörden - - musste jetzt ein Votum abgeben, ob es der Opinion der ESMA zu unserem Maßnahmenvorschlag zustimmt: ja oder nein.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Und welche Länder haben zugestimmt? Und wie waren die Mehrheitsverhältnisse?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, es hat keiner abgelehnt. Sich nicht melden, ist Zustimmung. Und es haben 14 explizit zugestimmt. Tatsächlich haben alle zugestimmt, aber 14 - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Auch UK?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Auch UK.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** In diesen Gesprächen dort, wo Sie das alles vorgetragen haben: Waren auch Verdachtsanzeigen der FCA Thema?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Zu dem Zeitpunkt nicht, also in diesem Sonntagsabstimmungsverfahren sicherlich nicht.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Okay. - Im „Spiegel“ war heute zu lesen, dass Sie ja auch verunsichert darüber waren, ob es vielleicht möglich ist, ob hier eine positive Opinion der ESMA einzuholen wäre. Da wird eine E-Mail zitiert, die Sie an Herrn Hufeld und an Herrn Röseler richten. War das Thema, also Inhalt, dieser E-Mail, wo Sie sagen, das mit den Finanzunternehmen oder nicht?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Es gibt eine gewisse Unklarheit bei dieser ESMA-Regulierung. Wir haben die ESMA-Verordnung: Artikel 20 der ESMA-Verordnung sagt, wann ein Mitgliedstaat eine solche Maßnahme machen kann und wie das dann abläuft, was ich gerade geschildert habe. - Es gibt da noch eine delegierte Verordnung in Artikel 24, die die Voraussetzung konkretisiert, unter der man eine solche Maßnahme machen kann: Artikel 24, delegierte Verordnung. So.

Wir sind der Auffassung - und auch ESMA ist eigentlich der Auffassung -: Dieser Artikel 24 ist nicht abschließend. Also, die Kriterien, die dort genannt sind, sind nicht abschließend. Es gibt aber ein Kriterium, da heißt es, es muss - ich sage das jetzt mal untechnisch, nicht ordnungs-like - ein Finanzmarktunternehmen sein, um das



## Nur zur dienstlichen Verwendung

es geht. Ich glaube, Bank oder Finanzinstitut, irgendwas steht dadrin. Und über diese Hürde: Da hat ESMA halt gefragt: Ist das tatsächlich ein Finanzinstitut, -unternehmen? - Und da gab es Diskussionen, weil die Wirecard Bank\* selber hat ja keine Lizenz, aber diverse lizenzierte Unternehmen.

Zum Schluss - dann auch ohne, dass wir noch was weiter geliefert haben - hat sich die ESMA durchgerungen, die Voraussetzung als erfüllt anzusehen. Wie gesagt, wohlgermerkt, die Frage ist: Müssen diese Voraussetzungen überhaupt jetzt - Sind die abschließend? Kann ich es nur machen, wenn es eins wäre, oder ist das gar nicht abschließend? Und damit haben wir eine positive Opinion von der ESMA bekommen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Mhm. Das heißt, am Ende konnte dieses Leerverkaufsverbot erlassen werden, die Allgemeinverfügung, mit dieser positiven Opinion der ESMA.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Okay.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, meine Bedingung ist eingetreten. Ich wollte eine positive Opinion der ESMA. Ich habe eine positive Opinion der ESMA mit einer breiten Zustimmung bekommen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Frau Kiziltepe. - Und als Nächstes hat das Wort der Kollege Dr. Florian Toncar von der FDP-Fraktion.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nein, Kollege Schäffler, bitte.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Kollege Schäffler, wunderbar. Kollege Schäffler für die FDP-Fraktion.

**Frank Schäffler (FDP):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Roegele, seit wann wissen Sie von

Mitarbeitergeschäften mit Bezug Wirecard bei der BaFin?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Meinen Sie jetzt das eine Geschäft, was wir zur Anzeige gebracht haben?

**Frank Schäffler (FDP):** Nee, generell. Gab ja 510 bislang bekannte Wertpapiergeschäfte mit Bezug Wirecard bei der BaFin.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das war irgendwann im Sommer, als Kleine Anfragen von Ihrer Seite, glaube ich, dazu aufkamen und man noch mal untersucht hat, dann auch bei mir nachgefragt hat, wie weit Mitarbeiter - -

**Frank Schäffler (FDP):** War das die schriftliche Frage vom Kollegen Bayaz am 01.09.?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Kann ich beim besten Willen nicht mehr sagen, aber irgendwann im Sommer.

**Frank Schäffler (FDP):** Und was haben Sie dann unternommen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Es ist nicht meine Zuständigkeit, da irgendwas zu unternehmen. Es tut mir leid, das ist Frau Freiwalds Zuständigkeit.

**Frank Schäffler (FDP):** Aber Sie sind ja auch Exekutivdirektorin für Ihren Bereich, und das sind ja Ihre Mitarbeiter. Das ist ja durchaus ein sensibler Bereich, sage ich mal.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja, und ich habe durchaus in mehreren Abteilungsleiterrunden meinen Unmut geäußert, wenn Leute in Einzeltiteln handeln. Aber es war ja gestattet.

**Frank Schäffler (FDP):** Jetzt haben ja sicherlich Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Ihnen auch Diensthandys und -rechner, mit denen sie auch Zugang zum Internet haben. Dürfen sie diese auch privat nutzen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, ich glaube, es ist eine eingeschränkte private Nutzung gestattet,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

aber soviel ich weiß, nicht, um Mitarbeitergeschäfte zu machen. Aber wirklich, das sind Themen, die nicht in meine Zuständigkeit fallen.

**Frank Schäffler (FDP):** Ja, das werde ich Frau Freiwald auch noch mal fragen. Aber jetzt will ich mal die Gelegenheit nutzen, Sie das zu fragen, und vielleicht hilft mir das ja dann bei den Fragen für Frau Freiwald. Deshalb: Können Sie denn ausschließen, dass Mitarbeiter während ihrer Arbeitszeit Wertpapiergeschäfte machen oder gemacht haben?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das kann ich mit Sicherheit nicht ausschließen.

**Frank Schäffler (FDP):** Mhm. - Ist das denn nahelegend? Ich sage mal, die werden das ja wahrscheinlich nicht nachts gemacht haben, oder? Sondern sie werden das eher tagsüber gemacht haben.

(Die Zeugin berät sich mit  
ihrem Rechtsbeistand)

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja, jetzt noch einmal die Frage - - Ich habe als Zeugin, was meine Rolle ist, dazu keine Wahrnehmung.

**Frank Schäffler (FDP):** Wie gesagt, Sie sind Exekutivdirektorin der BaFin.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich kann nicht ausschließen, dass Mitarbeiter irgendetwas machen, was sie nicht machen sollten.

**Frank Schäffler (FDP):** Aber Sie können bestätigen, dass die Mitarbeiter ihre Handys, also wenn das Diensthandys sind, oder ihre Bloomberg-Rechner auch privat nutzen können?

(Die Zeugin berät sich mit  
ihrem Rechtsbeistand)

Ja oder nein? Das ist doch eine klare, einfache Frage.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich kann das nicht ausschließen. Ich meine, die private Nutzung ist

unter sehr engen Grenzen gestattet. Wenn ich zum Beispiel - -

**Frank Schäffler (FDP):** Gibt es eine Dienstvereinbarung mit dem Personalrat, die das zulässt?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, da weiß ich jetzt nicht, ob das noch vom Untersuchungsgegenstand gedeckt ist.

**Frank Schäffler (FDP):** Was denn sonst? Also, wenn das nicht vom Untersuchungsgegenstand - - Also, das ist ja - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich kann das wirklich nicht beantworten. Ich weiß, dass Mitarbeiter in Notfällen, wenn sie ihre Familie anrufen müssen, weil sie länger im Dienst bleiben oder auf einer Dienstreise den Zug verpasst haben - -

**Frank Schäffler (FDP):** Können Sie denn Ihr Handy privat nutzen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich benutze mein Handy niemals privat. Ich habe aber auch ein privates.

**Frank Schäffler (FDP):** Okay. - Aber Sie wissen nicht, ob die Mitarbeiter das auch umfassend privat nutzen dürfen. Das schließen Sie auch aus, oder?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich würde sagen, es ist keine umfassende Nutzung, aber fragen Sie Frau Freiwald dazu. Es ist eine Notfallnutzung gestattet.

**Frank Schäffler (FDP):** In Ihrem Bereich, in der Wertpapieraufsicht, ist ja ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin wegen Verdachts auf Insiderhandel angezeigt worden. Welche Abteilung war das denn?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich glaube, dazu darf ich nichts sagen, weil die Abteilung würde eine Konkretisierung der Person ermöglichen.

**Frank Schäffler (FDP):** Wie viele arbeiten denn in einer Abteilung?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Elisabeth Roegele:** „Wie viele arbeiten und machen Geschäfte?“, das ist, glaube ich, die Frage.

**Frank Schäffler (FDP):** Nee. Wie viele arbeiten in der Abteilung 2 zum Beispiel?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** 100 bis 120 round about; legen Sie mich nicht auf die Zahl fest.

**Frank Schäffler (FDP):** Warum kann man dann nicht sagen, welche Abteilung das dann ist, wenn da 120 Leute arbeiten?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aber bisher haben wir meines Erachtens - ich gucke aufs BMF - alle politischen Anfragen mit Spezifizierung - -

**Frank Schäffler (FDP):** Stimmt, aber wir sind ja hier im Untersuchungsausschuss. Deshalb frage ich das noch mal etwas detaillierter.

(RD Robert Fritz (BMF): Ja, aber wenn es um die Erkennbarkeit von Personen geht, dann müssten wir es zumindest in eingestufte Sitzung machen!)

- Wieso? Bei 120 Leuten, also ich sage mal, wie soll man da - -

(RD Robert Fritz (BMF): Das ist eine Abteilung, die Sie genannt haben, nicht?)

- Nee, ich hätte auch WA 1 nehmen können, ist ja egal. Wie viele arbeiten da?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** 100?

**Frank Schäffler (FDP):** Ja, und dann muss man doch sagen können, ob das in Abteilung 1, 2 oder 3 gewesen ist.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Dann bitte ich das BMF, das noch mal zu prüfen. Bisher ist mir nur bekannt, dass die Kleinen Anfragen diesbezüglich nicht mit der Bezeichnung der Abteilung beantwortet wurden.

(Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Auf Vorgaben des BMF! - Gegenruf von RD Robert Fritz (BMF): Es gibt keine Vorgaben des BMF!)

**Frank Schäffler (FDP):** Können wir das mal anhalten?

**RD Robert Fritz (BMF):** Die Frau Roegele ist als Zeugin geladen. Wenn sie das beantworten könnte, was ich nicht weiß, dann müsste man aber zum Schutz der Persönlichkeitsrechte dieser Personen das meines Erachtens in einem eingestuftem oder zumindest in einem nichtöffentlichen Teil machen. Das wäre meine Anregung.

(Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU): Haben Sie Absprachen mit ihr vorgenommen vorher?)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Herr Michelbach, jetzt - -

**RD Robert Fritz (BMF):** Nein. Ich habe mit Frau Roegele vorher überhaupt nicht gesprochen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich kannte Herrn Fritz noch nicht mal.

**RD Robert Fritz (BMF):** Wir haben uns heute das erste Mal gesehen, glaube ich.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wenn zum einen die Berechtigten - -

**Frank Schäffler (FDP):** Ich spreche das deshalb an, weil eine Abteilung, die Sie ja unter sich haben, auch die Insiderüberwachung ist, ja? Und wenn ein Mitarbeiter, sage ich mal, gleichzeitig dem Verdacht ausgesetzt ist, Insiderwissen rausgegeben zu haben, dann hat man irgendwie den Bock zum Gärtner gemacht. Deshalb - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich glaube aber, was aus der Kleinen Anfrage hervorgeht - und Herr Fritz, Sie korrigieren mich -, ist, dass der Mit-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

arbeiter, um den es geht, keinen bestimmungsgemäßen Zugang zu der Insiderinformation bezüglich Wirecard hatte.

**Frank Schäffler (FDP):** Gut. Okay. - Haben Sie denn die Compliance-Regeln, die intern angewandt wurden, jemals kritisiert innerhalb der BaFin, in Präsidiumssitzungen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, ich glaube - und jetzt muss ich wieder Herrn Fritz angucken -, inwieweit das vom Untersuchungsgegenstand gedeckt ist - -

**Frank Schäffler (FDP):** Natürlich ist das im - - Wer ist denn dafür zuständig innerhalb der BaFin?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Die Einheit Compliance im Geschäftsbereich Frau Freiwalds.

**Frank Schäffler (FDP):** Frau Freiwald. - Und wer hat die Anzeige an die Staatsanwaltschaft gestellt? Waren Sie das, war das Herr Hufeld, oder war das Frau Freiwald?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das ist meines Erachtens - aber ich kenne sie nicht - von der Z gestellt worden.

**Frank Schäffler (FDP):** Z ist - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Personalabteilung.

**Frank Schäffler (FDP):** Und wer ist dafür der zuständige Exekutiv- -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Frau Freiwald.

**Frank Schäffler (FDP):** Frau Freiwald. - Und hatten Sie davon Kenntnis?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich hatte einen Tag vorher Kenntnis.

**Frank Schäffler (FDP):** War das Gegenstand der Präsidiumssitzung?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Der Direktoriumssitzung.

**Frank Schäffler (FDP):** Entschuldigung. Ja, der Direktoriumssitzung.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aber noch nicht - - Da wusste ich nicht, wer es ist, erst danach.

**Frank Schäffler (FDP):** Okay.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann wäre die Zeit rum.

Ich möchte hier eine Abwägung treffen. Deswegen würde ich Kollegen Fritz bitten, das näher zu erläutern, warum er zur Ansicht gelangt, dass generell eine Konkretisierung der Person möglich wäre, weil ich für mich den Maßstab des Bundesverfassungsgerichts hier anlegen würde - das habe ich eben auch Dr. Raue mitgeteilt; das ist meine Ansicht - und einen Vergleich zulassen würde. Das Bundesverfassungsgericht hat in einer Entscheidung festgestellt - das gilt für Wahlversammlungen -, dass ab einer Personenzahl von drei sicherlich nicht mehr geheim gewählt werden kann. Das ist so eine - - Und dem gehe ich hier sicherlich auch nach. Das heißt, wenn wir eine Abteilung haben von fünf, sechs, sieben oder zehn Leuten - ich würde es sogar enger fassen als der Kollege Schäffler -, dass eine hinreichende Konkretisierung der Person alles Spekulation wäre und nicht möglich wäre. Und da muss uns als Untersuchungsausschuss schon möglich sein, zu sagen: Welche Abteilungen wären denn dann betroffen?

Insoweit, um für mich abschließend noch mal über die Zulässigkeit der Frage - -und ob in eingestufte Sitzung darüber gesprochen werden kann, würde ich Sie bitten, noch mal auszuführen, wie Sie begründen, dass entsprechend generell eine Nennung der Abteilung - so haben Sie es ja ausgedrückt - nicht möglich wäre, weil wir dann Rückschlüsse auf die etwaige betroffene Person der Ermittlungen ziehen können. Da bin ich dabei: Das darf nicht sein. Aber nochmals, meine Bewegmotive habe ich geschildert, ich würde jetzt gern Ihre hören.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**RD Robert Fritz (BMF):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Das war nicht ich, sondern die Zeugin hatte geäußert, dass nach ihrer Einschätzung bisher die parlamentarischen Anfragen zu dieser Thematik aus dem Grund so beantwortet wurden, wie sie beantwortet worden sind. Wenn die Zeugin die Befürchtungen äußert, dass die Person erkennbar wird, wenn man die Abteilung nennt, habe ich angeregt, zu prüfen, ob das dann, damit die Frage beantwortet werden kann, in nicht-öffentlicher Sitzung erfolgen kann. Ich habe damit nicht gesagt, dass ich der Meinung bin, dass es so ist. Das kann ich nicht beurteilen. Ich vermute nur, dass als nächste Frage dann kommt: „Welches Referat?“, und irgendwann ist es dann Referent, ist es Referatsleiter, ist es Sachbearbeiter.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber das ist jetzt eine Vermutung.

**RD Robert Fritz (BMF):** Ja, nur, weil Sie mich fragen, wie ich zu der Idee komme. Also, Herr Michelbach hat ja schon zu Recht gesagt, dass ich hier nichts entscheide. Das war ein Hinweis, eine Anregung, weil die Zeugin mich ja auch drum gebeten hat. Sie haben die Entscheidung nach § 25 PUAG, und zur Not müssten Sie dann abstimmen, wenn da Nichteinheitlichkeit wäre, soweit ich weiß. Aber es war von meiner Seite eine Anregung. Ich kann das nicht beurteilen. Ich weiß nicht, wer das ist, in welcher Abteilung und ob diese Person erkennbar ist. Die parlamentarischen Anfragen laufen auch nicht über mich.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein, nein. Ich möchte einfach Ihre Beweggründe hören. Die habe jetzt erfahren. Deswegen würde ich sagen: Wenn es eine Abteilung ist, die mehr als mindestens, sagen wir mal, fünf bis sechs Personen umfasst, mit dem, was das Bundesverfassungsgericht als geheim für öffentliche Wahlen und Bundestagswahlen ansetzt - was für mich ein sehr, sehr hohes Gut ist - und der Fragesteller dann vielleicht nicht die vorausseilende Befürchtung des Kollegen Fritz teilt, stelle ich anheim, wenn Sie jetzt für sich abwägen können: „Das ist sogar noch eine größere Abteilung“, dass die Abteilung

zumindest genannt wird: Wenn wir einen Rahmen haben - ich bin jetzt mal großzügig, weil es ja auch noch um Persönlichkeitsrechte und Öffentlichkeit geht -, wenn diese Abteilung unter sechs Leute hat, dann würde ich gerne, dass wir es zumindest in eingestufte Sitzung dann machen, sofern die Kollegen es dann wünschen. Ich versuche ja immer, einen Mittelweg aufzubauen. Und ich lege das jetzt mit diesen Maßstäben, die ich aufgestellt habe, damit wir die Persönlichkeitsrechte auch wahren können

(Es ertönt eine Schiffs-  
sirene)

- okay, das nehme ich jetzt als Bestätigung meiner Äußerung -, in Ihre Hände.

**Zeugin Elisabeth Roegle:** Gut. Also, ich hoffe, ich mache jetzt hier nichts - - Weil die politischen Anfragen sind, glaube ich, ohne Nennung der Abteilung bisher gelaufen, aber da bin ich nicht 100 Prozent sattelfest.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich frage auch, ob die Kollegen damit einverstanden wären, dass wir es in einer eingestuften Sitzung machen, wenn Sie jetzt Bedenken haben. Oder möchten die Kollegen, dass wir - -

**Frank Schäffler (FDP):** Nein. Also, ich meine - ich will es hier noch mal sagen -, eine Abteilung mit 100 Mitarbeitern rechtfertigt das nicht. Ich habe nicht nach dem Referat gefragt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das habe ich ja eben ausgeführt, warum ich zu dieser Ansicht gelange. Und wir müssen hier aufklären; das ist völlig klar. Und es wäre natürlich schon ein Bonmot, wenn man sagt: Die Wertpapieraufsicht oder was auch immer ist davon betroffen. Deshalb, wenn das mehr als zehn sind, dann würde ich mal sagen, können Sie ganz locker sagen: Die Abteilung ist davon betroffen. Alles andere ist ja auch Spekulation, wenn man bei zehn Mitarbeitern sagt: „Der war's, der war's, der war's“, und alle sagen: Ich war es nicht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Gut, ich nehme das jetzt auf mich, dass mich zu Hause jemand verhaue.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein. Dann sollen die mich verhaue.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aber ich sage noch mal eines: Also, dieser Mitarbeiter oder diese Mitarbeiterin - ich lasse das Geschlecht auch offen - hat keinen bestimmungsgemäßen Zugang zu der Insiderinformation gehabt. Das ist, glaube ich, auch Ihnen bekannt. Ich sage noch mal, in der Abteilung WA 2 gibt es sieben Referate: Eines ist Börsenaufsichts-/Börsenkompetenzzentrum, eines hat mit ... (akustisch unverständlich) Banking zu tun, das nächste ist das Marktmanipulationsreferat, das nächste ist das Marktanalyse-Referat, das nächste ist das Ad-hoc-Referat - - nee, das nächste ist das Directors'-Dealings-Referat, dann kommt das Ad-hoc-Referat, und dann kommt das Insiderreferat. Und es war eine Mitarbeiterin, ein Mitarbeiter aus der WA 2.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wir können auch das dritte Geschlecht hinzunehmen, dann ist es ganz neutral, okay?

(Fabio De Masi (DIE LINKE): Aus dem?)

- Aus welchem Referat jetzt oder Abteilung?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Referat war jetzt nicht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nee, Abteilung, Entschuldigung.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das war die Abteilung WA 2. Sorry, bei Referaten sind wir dann - - Da kommen wir auf Ihre Grenzen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein, Abteilung. Entschuldigung. Das habe ich doch gesagt, mein Fehler. Abteilung.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** WA 2.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** WA 2. Gut.

(Fabio De Masi (DIE LINKE): Verzeihung, Herr Vorsitzender, was sie zuletzt gesagt hat, das hat man akustisch einfach nicht verstanden!)

- Nee, ist doch in Ordnung. WA 2 ist es.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Es war eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter, nachdem ich alle Referate aufgezählt habe - -

(Fabio De Masi (DIE LINKE): Ja, in WA 2!)

Das Letzte ist das Insiderreferat. Ich kann noch mal - - Wollen Sie noch mal alle Referate hören?

(Fabio De Masi (DIE LINKE): Nein, einfach nur, welches Referat!)

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nee. Der Deal war jetzt: Ich sage, welche Abteilung.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Genau, und da bin ich auch dabei. Alles andere dann eingestuft. Ich denke, dann haben wir einen Deal. Gut. - Jetzt geht es weiter mit dem Kollegen De Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Frau Roegele, haben Sie denn Kenntnis davon, dass eins dieser Referate im Zuge dieser Ermittlungen seine Befangenheit zum Ausdruck gebracht hat?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Davon haben Sie keine Kenntnis, -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** - oder Sie wissen, dass es nicht so ist?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, ich hätte es mitbekommen, wenn jemand Befangenheit ausgedrückt hätte.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Ist es korrekt, dass Insidergeschäfte, wo es ja bestimmte Melde-, Anzeigepflichten gab in der BaFin, nachträglich gemeldet wurden?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nach meiner Kenntnis: ja. Ich habe da aber keine unmittelbare Zeugenkenntnis, ich kenne nur das, was berichtet wurde.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay, vielen Dank. - Sie haben ja vorhin ausgeführt, dass Sie die Verantwortung für das Leerverkaufsverbot tragen, letztlich auch mit der Entscheidungsgewalt dort, das aber kein Fehler war. Gleichzeitig haben Sie auf die Rolle der Staatsanwaltschaft verwiesen. Jetzt mal unabhängig davon, dass es ja Aufgabe der Finanzaufsicht ist, ein Leerverkaufsverbot zu verhängen, und nicht der Staatsanwaltschaft, oder die Staatsanwaltschaft wohl auch nicht die Kompetenz hat, einzelne aufsichtsrechtliche Maßnahmen - Handelsverbot oder Leerverkaufsverbot - zu bewerten: Jetzt haben Sie diesen Vermerk auf den Tisch bekommen. War denn in der BaFin bekannt, dass Jan Marsalek nicht Chief Compliance Officer ist?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, ob es der BaFin bekannt war, weiß ich nicht. Mir war es nicht bekannt.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber Sie kennen den Unterschied zwischen einem Chief Operating Officer und einem Chief Compliance Officer? Das ist in Ihrem Pay Grade enthalten, diese Kenntnis?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Die Kenntnis habe ich, und ich gebe auch zu, dass ich es nicht gegoogelt habe. Und ich habe jetzt auch nicht gegoogelt, ob Herr Marsalek zu dem Zeitpunkt zuständig war für Compliance.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Das heißt, da gab es keinen Faktenchecker oder so was in der BaFin, der da mal draufguckt, weil man ist ja für die Wertpapieraufsicht über einen DAX-30-Konzern zuständig. Dann kennt man ja so ein bisschen die handelnden Personen. Man muss ja

auch die Zuverlässigkeit zum Beispiel des Managements bewerten.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein, die Zuverlässigkeit prüfen wir nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nein, aber die muss man ja bewerten, oder?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein, die Zuverlässigkeit der börsennotierten Geschäftsleiter, Unternehmen bewerten wir nicht. Also, Herr Källenius, um mal einen anderen zu nennen, oder, ich glaube, Frau - - Die sind alle nicht mehr. Die -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Gut, wir lassen das mal so stehen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** - bewerten wir nicht in der Zuverlässigkeit. Wir haben kein - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Wir lassen das mal so stehen. - Sie kriegen einen Vermerk von der Staatsanwaltschaft. Darin wird Jan Marsalek als Chief Compliance Officer bezeichnet, und die deutsche Finanzaufsicht findet das nicht weiter auffällig?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ehrlich gesagt, hätte darin gestanden, der Vorstand teilt das mit, wäre es ja noch schlimmer gewesen, also hätte ja in der Bedeutung dieses Vermerks - - eher noch die Bedeutung erhöht. Zu dem Zeitpunkt wusste keiner, dass Herr Marsalek heute irgendwo der meistgesuchte Mensch ist.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Na ja, okay. - Frau Roegele, ich habe hier eine E-Mail von Ihnen vorliegen - MAT A BMF-5.15, Blatt 8 -, da führen Sie aus:

Die Formulierungen der Leerverkaufsverordnung kann man so verstehen, dass Leerverkaufsverbote nur bei Unternehmen des Finanzsektors zulässig sind.

Ich interpretiere diesen Satz jetzt mal: Und zwar unabhängig davon, ob es jetzt um Marktmanipulation oder Finanzstabilität geht. Korrekt?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das ist das, was ich gerade Frau Kiziltepe schon erklärt habe. Das kann man so verstehen. Wir sind aber der Auffassung, es ist nicht abschließend.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Sie sind der Auffassung, dass das nicht abschließend ist. Wie kommt es denn dann, dass die BaFin genau das schreibt in einem Dokument? Kann ich Ihnen gerne auch noch mal - - MAT A Bundesbank-3.02, Blatt 46:

[Entwurf einer] Allgemeinverfügung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zum Verbot der Begründung und der Vergrößerung von Netto-Leerverkaufspositionen ...

Seite 3 von 4:

Dabei handelt es sich nach der abschließenden Aufzählung in Artikel 24 Absatz 1 um Handlungen, Ergebnisse, Tatsachen ...

Soll ich Ihnen das noch mal vorlegen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das mag da drinstehen. Von wem ist das an wen?

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das ist von Frau Marie Christine Geilfus, Referat WA 25. An wen das ist, können wir nicht sehen, weil das geschwärzt ist. Aber auf jeden Fall kann ich Ihnen das gerne vorlegen, wenn Sie es noch mal in Augenschein nehmen wollen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, nach meiner Kenntnis, nach allem, was mir die Kollegen sagen, ist Artikel 24 nicht abschließend.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Ich sehe hier nur ein Dokument mit dem Briefkopf der BaFin, wo genau das Gegenteil drinsteht; aber geschenkt.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Angeblich - ich habe das jetzt nicht nachgeprüft - gibt es auch eine

Aussage der ESMA, dass Artikel 24 nicht abschließend ist.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Was ist denn Ihnen durch den Kopf gegangen, als Sie erfahren haben am 16. oder 17. Juni, dass die philippinischen Banken mitteilen, dass die Kontobelege dubios seien? Was ist Ihnen da durch den Kopf gegangen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das Erste, was mir durch den Kopf ging, war: Wann wird das Unternehmen das mal per Ad-hoc mitteilen? Also, ich bin eingefleischte Ad-hoc-Aufseherin, und für mich ist immer wichtig, dass der Kapitalmarkt unmittelbar von solchen dramatischen Dingen informiert.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und das war Ihnen so wichtig, dass der Kapitalmarkt unmittelbar informiert wird, dass es noch zwei Tage dauerte, bis die Staatsanwaltschaft das von Ihnen bekam. Korrekt?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Dem sind wir ja auch hinterhergestiegen. Das wissen Sie auch, dass wir geprüft haben, ob die Art und Weise, wie sich das Unternehmen selbst befreit hat, trägt.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber es ist doch zutreffend, dass Sie zwei Tage gebraucht haben, um diese Information der Staatsanwaltschaft zu übermitteln.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Was aber auch zulässig ist. Ein Unternehmen darf sich im Rahmen der Ad-hoc- -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ich habe ja nicht gefragt, ob es zulässig ist, sondern ob es zutreffend ist. - Dann lese ich Ihnen jetzt mal vor, was der Chef der philippinischen Bank BPI im philippinischen Fernsehen laut „Spiegel“ „amüsiert“ vorgetragen hat - Zitat -:

„Das war so klar, dass man es in einer Nanosekunde hätte erkennen können“ ... Er sei nicht mal



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sicher, ob das philippinische Bankensystem überhaupt 1,9 Milliarden Euro vorhalte.

Angesichts dieser Aussage möchte ich Sie jetzt mal fragen: Ist es zutreffend, dass die BaFin gegenüber Herrn Eichelmann zum Ausdruck gebracht hat, dass die Aussage der philippinischen Bank, dass das Geld nicht da sei, vielleicht eine Verschwörung gegen Wirecard sein könnte?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, ich bin Zeugin. Ich kann zu dieser Aussage nichts treffen, denn ich habe nicht mit Herrn Eichelmann zu irgendwas gesprochen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay, das heißt, Sie haben diese Aussage nicht getroffen. Aber hat Ihnen Herr Hufeld von einem solchen Verdacht berichtet?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Auch Herr Hufeld hat mir von so einem Verdacht nichts erzählt.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Vielen Dank. Meine Zeit ist um.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Fabio De Masi. - Als Nächstes hat das Wort Dr. Bayaz von Bündnis 90/Die Grünen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, vielen Dank. - Frau Roegele, ich wollte erst noch mal auf eine Sache eingehen. Es ist keine Frage, es ist eher von meiner Seite vielleicht eine kleine Bewertung, wenn Sie das zulassen an der Stelle, weil Sie sich ja mit Frau Kiziltepe sehr intensiv darüber unterhalten haben, was im Board of Supervisors besprochen wurde und dass da niemand dagegengestimmt hätte.

Bei mir ist so ein bisschen der Eindruck entstanden, als hätten die da jetzt alle geprüft, ob das in Ordnung sei, so wie Sie auch geprüft haben. Vor dem Hintergrund wollte ich nur mal kurz dran erinnern, dass ja die Abstimmung im Board of Supervisors ein Resultat aus der Finanzkrise gewesen ist, weil man eben verhindern möchte,

dass aufsichtliche Maßnahmen, die national entschieden werden, möglicherweise Spill-over-Effekte oder so auf andere Länder haben. Und jetzt fangen ja die portugiesische oder die spanische oder die französische Aufsicht nicht deshalb an, einen Samstag irgendwie inhaltliche Bewertungen vorzunehmen, weil in Deutschland ein Technologieunternehmen da im Fokus steht. Das war mein Verständnis. Würden Sie dem so zustimmen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein. Also, natürlich sehe ich auch immer alle Maßnahmen an oder setze auch meine Mitarbeiter drauf. Wenn ein anderes Land, eine andere NCA, National Competent Authority, eine Maßnahme notifiziert, prüfen wir natürlich diese Notifikation.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, Sie. Aber die anderen, haben die das auch geprüft?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen, ob die das geprüft haben.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das war doch eben meine Aussage. Sie haben sich dort ein Okay geholt, so nach dem Motto - ich fasse es mal in meinen Worten zusammen - : „Das ist euer Business, macht das. Für uns ist das okay“, weil das natürlich - - also Wirecard keine dramatische Bedeutung jetzt für die anderen NCAs hatte.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich habe keine Ahnung, was die anderen NCAs an dem Sonntag geprüft haben.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich auch nicht. Sie waren dabei, nicht ich. Deswegen frage ich Sie ja hier.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja, aber ehrlich gesagt - - Das endet immer, der Prozess endet immer - - Man schickt da keine großen Erklärungen, eventuell schickt man große Erklärungen, aber - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Zwei Bloomberg-Charts haben Sie geschickt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Na ja, ich habe etliches mehr geschickt, den Antrag, die Opinion etc. Aber noch mal - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Die Bundesbank-Stellungnahmen oder die Erkenntnisse, die es gab?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Die sind ja gar nie bei uns angekommen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** War das Thema Bundesbank jemals ein Thema im Rahmen der ESMA?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das kann kein Thema sein, weil es auf europäischer Ebene diese nationalen - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich weiß, weil nicht sein darf, was nicht sein kann. Aber glauben Sie, die ESMA hätte die Opinion genauso abgegeben, wenn sie darüber Bescheid gewusst hätte, wie die Bundesbank dieses Leerverkaufsverbot bewertet hat, aus Ihrer Sicht?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Na ja, die ESMA hätte dann auch sehen müssen, dass die Bundesbank Marktstabilität prüft, nicht alle Informationen hat, und hätte dann unter diesem Gesichtspunkt bewerten müssen, was diese Aussage der Bundesbank noch wert ist.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann kommen wir noch mal zu dem Ablaufschema. Der Herr De Masi hat Ihnen das gerade eben ja auch vorgelesen. Und das ist wirklich ein Dokument aus Ihrem Haus. Das wird zwar von der Bundesbank zugeliefert, aber das ist das Ablaufschema der BaFin. Es ist auch Ihr Briefkopf darauf, also Ihrer Institution. MAT A Bundesbank-3.02, Blatt 52, und da steht schwarz auf weiß: „abschließende Aufzählung in Artikel 24“. Und jetzt gibt es auch die Wahrnehmung oder bzw. die Einschätzung, dass es nicht abschließend ist.

Aber können Sie wenigstens verstehen, dass bei uns der Eindruck entsteht: Immer, wenn es eine Abbiegemöglichkeit gibt, also mit Bundesbank oder ohne Bundesbank oder abschließende Stellungnahme oder nichtabschließend, dass Sie immer den Weg genommen haben, der gerade so passt, dass Sie dieses Leerverkaufsverbot verhängen können. Wundert Sie, dass dieser Eindruck bei uns entsteht, dass man das so gebogen hat?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, gebogen hat man es nicht. Man hat, wenn man mehrere Alternativen hat, eine gewählt.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und immer die, dass Sie möglichst wenig Leute einbinden mussten - Herr Hauer hat das ja vorhin sehr schön herausgearbeitet - in Ihrer eigenen Abteilung, geschweige in anderen Institutionen, und immer auch so, dass man sich auf eine Rechtsgrundlage stützt und sagt: „Na ja, wir haben zwar hier schwarz auf weiß vorliegen, dass eine Kollegin eine abschließende Aufzählung in Artikel 24 sieht“, und Sie dann sagen, das sei gar nicht abschließend.

Das Interessante ist, Sie berufen sich ja auf den Buchstaben c. Sie berufen sich ja nicht auf irgendetwas, was da nicht steht, sondern Sie berufen sich auf Buchstabe c. Und da ist die Rede von Instituten, die bedeutend für das globale Finanzsystem sind - genau die Frage, die Sie in der E-Mail an Herrn Röseler und Herrn Hufeld ja erörtern wollen. Da haben Sie doch selbst - - Also, das spricht doch Bände. Sie haben doch da selbst rechtliche Zweifel gehabt.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich habe die Zweifel, die die ESMA genannt hat, weitergegeben und um Hilfe gefragt, aber die ESMA - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, die ESMA hatte doch Zweifel. Sie sagten ja auch vorhin, die haben sich durchgerungen. Das heißt, Sie mussten die überzeugen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ehrlich gesagt, wir mussten sie da nicht überzeugen. Die Opinion



## Nur zur dienstlichen Verwendung

kam nach meiner Kenntnis dann, ohne dass wir noch weitere Diskussionen - -

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also doch keine Zweifel.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Vonseiten der ESMA - -ESMA hat das ja sehr ausführlich und sehr gut begründet.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also doch keine Zweifel von der ESMA. Vor 30 Sekunden sagten Sie: Da gab es Zweifel. Jetzt sagen Sie: Nicht. Helfen Sie mir, da den Widerspruch aufzulösen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, sehen Sie es mir nach, das ist jetzt langsam - - Also, wir diskutieren über einen solchen Fall, und natürlich diskutieren wir sehr intensiv. Und wir klopfen mit den Kollegen von ESMA die Voraussetzungen ab, und da diskutiert man.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren die Voraussetzungen für Artikel 24 c gegeben, ja oder nein?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aus meiner Sicht waren sie gegeben, weil das nicht so abschließend ist.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann lese ich Ihnen vor. Hier ist die Rede von Instituten, die bedeutend „für das globale Finanzsystem“ sind. Sie hatten vorhin Monte dei Paschi angesprochen. Wissen Sie, wie groß die Bilanzsumme von Monte dei Paschi ist?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Keine Ahnung.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 132 Milliarden. Wissen Sie, wie groß die von der Wirecard Bank war? 1,5 Milliarden. Herr Wexeler saß auf Ihrem Platz, der CEO der Wirecard Bank. Den haben wir gefragt nach der Bedeutung für das globale Finanzsystem. Ich sage es mal nach meiner Wahrnehmung: Der hat gelacht. Der saß da und hat so gemacht: „Pff“. Das war seine Reaktion.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aber ehrlich gesagt - -

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Zielke von der Commerzbank hat das gesagt, der Aufsichtsrat Herr Eichelmann hat das gesagt. Es gibt keinen, der irgendwie annähernd behaupten würde, dass Artikel 24 c erfüllt ist - außer Ihnen. Das ist doch komisch.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Dann ist das so.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Alles klar. Reicht. - Meine Zeit ist leider abgelaufen, auch wenn jetzt fünf neue Fragen entstanden sind. Aber wir haben ja noch ein bisschen Zeit.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** So ist es.

(RA Prof. Dr. Heiko Ahlbrecht: Herr Vorsitzender, darf ich um eine technische Pause bitten?)

Wir können Gedanken lesen, wir beide. Erstens würde es korrelieren mit einer in wenigen Minuten anstehenden namentlichen Abstimmung. Zweitens wollte ich Sie fragen - weil das hier guter Brauch ist nach ungefähr zwei Runden, die intensiv sind -, ob Sie eine Pause wollen. Das haben Sie bejaht.

Dann würde ich jetzt unterbrechen bis etwa 14.25 Uhr. Wir könnten alle ganz entspannt zu der anstehenden namentlichen Abstimmungen gehen; die ist so für 14.10 Uhr geplant, die hängen ein bisschen. Dann würde ich sagen, 14.25 Uhr. Moment, Dr. Raue hat die aktuelle Zeit, 14.16 Uhr fängt der letzte Redner an. Ja, aber wir müssen ja auch erst mal hinlaufen, dann abgeben.

(Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja eben, aber deswegen kommen wir nicht um 14.20 Uhr wieder hier an!)

- Ja, wie wollen wir es machen? Wollen wir halb machen? - Gut, dann setzen wir um halb fort. Sie



## Nur zur dienstlichen Verwendung

haben jetzt eine Pause, sich entsprechend zu erfrischen, ein bisschen wieder zu Konzentration zu kommen.

(Unterbrechung von  
14.14 bis 14.35 Uhr)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann schlage ich vor, wir setzen fort. Ich sehe auch: alle soweit anwesend bis auf Kollegen Bayaz. Der ist aber auch gleich da. - Wer möchte von der CDU/CSU-Fraktion? - Der Kollege Matthias Hauer.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Herr Vorsitzender. - Frau Roegele, nächste Runde. Ich würde gern da einsetzen, wo der Kollege Dr. Bayaz gerade stehen geblieben ist, weil wir hier ja auch gut fraktionsübergreifend zusammenarbeiten. Mir geht es um die ESMA und die Kommunikation, die da erfolgt ist. Sie haben gesagt, Sie haben dann gemeinsam die Voraussetzungen abgeklopft. Habe ich das richtig verstanden? - Können Sie bitte das Mikro anmachen und da reinsprechen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Wir brauchen das Mikro, damit das auch im Streamingsaal zu verstehen ist. Okay. - Sind da auch die Bedenken und die Positionen von Bundesbank und Handelsüberwachungsstelle thematisiert worden gegenüber der ESMA?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, noch mal: Ich hätte keine Bedenken der Bundesbank thematisieren können, weil uns keine vorlagen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also, meine Frage war ja, ob die thematisiert wurden.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Gut.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Die Handelsüberwachungsstelle, soviel ich weiß, kommt ja erst am 22.02. Die Bedenken konnte man ja nicht am 15.02. oder 16.02. berücksichtigen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also, wenn man sie früher fragt, bekommt man vielleicht auch früher Bedenken mitgeteilt. Gibt es ja auch die Möglichkeit, ne?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Wenn es überhaupt Bedenken waren.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Das Thema Ansteckungsrisiken, wie sah das denn die Handelsüberwachungsstelle?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Wie gesagt, das hatte keine Relevanz für das Leerverkaufsverbot.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Klar, weil Sie die nicht gefragt haben. Aber hätten Sie die gefragt, hätten Sie dieselbe Antwort, die Sie später bekommen haben, wahrscheinlich früher bekommen. Und nämlich später war die Position der Handelsüberwachungsstelle, zu sagen: „Keine Ansteckungsrisiken“, so, -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Dazu - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - während Sie, BaFin, der Auffassung waren: Ansteckungsrisiken. Ist das richtig?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja, und dazu möchte ich noch mal eines sagen: Die Handelsüberwachungsstelle der Frankfurter Börse überwacht den Frankfurter Markt und den börslichen Markt. Sie hat keinerlei Blick auf den außerbörslichen Markt und weder auf den außerbörslichen noch börslichen Markt in London.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also waren die Ansteckungsrisiken auf dem außerbörslichen Markt.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Es war eine generelle Aussage. Aber ich kann nicht auf eine Aussage, die zudem später kam, Rücksicht - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, weil Sie nicht gefragt haben. Hätten Sie eine Frage gestellt, hätten Sie auch vorher eine Antwort bekommen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Es gibt keine Verpflichtung, die Handelsüberwachungsstelle zu fragen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, es gibt auch keine Verpflichtung, Benehmen mit der Bundesbank herzustellen, richtig?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Genau.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und deshalb haben Sie es alleine durchgezogen, und mit der ESMA - da wollte ich als Nächstes zu kommen - - Hatten Sie da ein großes Interesse daran, also dass die ESMA zustimmt?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Natürlich. Ich hatte ja vorhin schon ausgeführt, ich glaube, bei Frau Kiziltepe, dass ich das zur Bedingung gemacht habe, dass die ESMA-Opinion positiv ausfällt.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Hatten Sie da Zweifel, ob die ESMA zustimmen könnte?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Primär nicht. Nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Sie hatten ja auch gesagt, Sie haben das gemeinsam abgeklopft, die Voraussetzungen, ne?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Genau.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Weil deshalb, finde ich - - passt nicht so ganz zu einer E-Mail, die Sie geschrieben haben an Herrn Hufeld und Herrn Röseler. Ich darf jetzt auch zitieren daraus, weil sie niedriger eingestuft wurde, in „Nur für den Dienstgebrauch“. Am 16. Februar, Samstagabend, schreiben Sie:

Wir können derzeit noch nicht abschätzen, ob sich ESMA auf der Basis der aktuellen Informationen zu einer positiven Opinion durchringt.

„Durchringt“, das klingt jetzt nicht so wie „aus voller Überzeugung“ und „Wir haben bereits schon alles abgeklopft mit denen“, oder?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das zeigt ja doch sehr deutlich, dass ESMA sich eine eigene Meinung bildet. Das war doch vorhin der Kritikpunkt, dass ESMA keine - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, aber Sie haben doch gesagt, Sie haben gemeinsam das abgeklopft, die Voraussetzungen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und dann ist man ja wahrscheinlich auch zu einer gemeinsamen - - oder haben Sie nur geklopft, aber dann nicht miteinander gesprochen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Doch, wir haben sehr intensiv gesprochen, und natürlich sind das immer die Details, die man dann noch mal diskutieren muss.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und wann haben Sie die diskutiert?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Im ganzen Laufe des Samstags.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Die Mail war ja nach dem Samstag quasi, war ja Samstagabend, -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - 21.22 Uhr, glaube ich.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Und wie Sie wissen, ist die positive Opinion von ESMA irgendwo gegen 1 Uhr, 2 Uhr nachts eingekommen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Gut. - Ich gehe noch mal zu einem anderen Thema über. Wurden eigentlich irgendwelche Bedenken mal vor dem Leerverkaufsverbot diskutiert zwischen den von Ihnen benannten beteiligten Personen? Also, hatte einer Bedenken?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Was wir diskutiert haben, ist: Was ist die bessere Maßnahme: Handelsaussetzung oder Leerverkaufsverbot? Also, ich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

kann jetzt nicht sagen, dass da groß - - Das sind natürlich - - „Ist das eine besser als das andere?“, wenn Sie so wollen. Es ist natürlich immer eine Abwägung.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das glaube ich, dass Sie das genauso diskutiert haben: das eine oder das andere? Aber es gibt ja noch eine dritte Möglichkeit, nämlich man macht nichts von beiden, was jetzt, aus Nachsicht, wahrscheinlich das Beste gewesen wäre. Und aus meiner Sicht hätte man es wahrscheinlich auch damals schon feststellen müssen. Aber darüber diskutieren wir, und deshalb gibt es ja den Untersuchungsausschuss hier auch, weil eben das einer der Hauptpunkte auch war und ist.

Der Herr Kimmer hat uns gesagt, er hat Bedenken geäußert. Erinnern Sie sich daran?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, es gab eine lebhaftige Diskussion an allem. Aber wer da was - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Hat einer Bedenken geäußert?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das würde ich so nicht sagen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also würden Sie sagen: Keiner hat Bedenken geäußert.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Wir haben Pros und Kons diskutiert, aber - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Was waren denn die Kons?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** „Ist die Handelsaussetzung vielleicht, weil man sie zügiger umsetzen kann, besser?“, „Wir haben das europäische Verfahren nicht dadrin“, solche Dinge haben wir diskutiert.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Aber dass man überhaupt nichts macht, hat das auch mal einer vorgeschlagen, dass man nicht eine von beiden Maßnahmen durchführt, die ja beide sehr einschneidend sind?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Diese Option stand immer im Raum, aber, offen gestanden, muss ich nicht über eine Option „Ich tue nichts“ diskutieren; -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Finde ich erschreckend.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** - dann mache ich es einfach nicht.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Finde ich selbstverständlich, dass man darüber diskutiert.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Dann mache ich es einfach nicht.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, aber Sie müssen das doch in Erwägung ziehen. Sie müssen doch in Erwägung ziehen: -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Natürlich haben wir das in Erwägung - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): - Wir machen nichts; wir machen das eine; wir machen das andere; wir machen vielleicht noch irgendwas anderes, was es sonst noch gibt. Aber zu sagen: „Ich diskutiere da gar nicht drüber, dass man nichts machen könnte“, also, das finde ich schon verwerflich.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aber die Voraussetzungen des Nichts-Machens muss man nicht diskutieren.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, man sollte sicherlich abwägen, wenn man sich für - - Man kann sicherlich diskutieren: Was ist das Bessere: Handelsaussetzung oder Leerverkaufsverbot? Aber wenn man da zu einem Ergebnis gekommen ist, finde ich, muss man es zwingend, spätestens an der Stelle, noch mal abwägen zu der Option: Man macht gar nichts. Und das wurde offensichtlich nicht getan, weil Sie mir auch jetzt keine - - Sie können nicht sagen, wer da was Kritisches gesagt hat, und Sie können auch nicht sagen, was Kritisches gesagt wurde. Oder hat irgendeiner



## Nur zur dienstlichen Verwendung

mal gesagt: „Lass uns beide Maßnahmen nicht machen, beide Optionen“?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Daran kann ich mich nicht erinnern.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also können Sie sich auch nicht erinnern, wenn ich Ihnen sage: Herr Kimmer hat uns gesagt, er hat Bedenken geäußert. Erinnern Sie sich nicht dran?

(Die Zeugin schüttelt den Kopf)

- Gut. Also, ich muss da noch mal - tut mir jetzt leid, dass ich noch mal da nachhaken muss, aber - - Also, es ist kein Aspekt mal diskutiert worden nach dem Motto: „Das spricht dagegen, überhaupt irgendeine Maßnahme zu erlassen“?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Sagen wir es mal so - -

(Im Sitzungssaal ertönt eine Lautsprecherdurchsage)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Warten Sie, wir stoppen die Zeit. - Dann machen wir weiter.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Sagen wir mal so: Wir haben sicherlich diskutiert, aber das kann ich jetzt nur - wie soll ich sagen? - vermuten. Nichts zu machen, bedeutet natürlich auch, wenn es sich realisiert - und es hätte sich ja realisieren können, oder vielleicht hätte es sich sogar realisiert, hätten wir nichts gemacht -, nachher das Nachsehen zu haben, dass wir von der Staatsanwaltschaft vorgewarnt wurden.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Wie bitte? Was war das Letzte? Habe ich nicht verstanden.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Dass wir von der Staatsanwaltschaft Indikationen haben, dass es eine Shortselling-Attacke gibt.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Das war für Sie das Maßgebliche.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Wenn jetzt ich Sie anrufe und sage: „Ich habe da eine ganz heiße Spur. Mir hat hier der Wirecard-Anwalt irgendwas gesteckt“, was machen Sie dann? Hätten Sie dann auch ein Leerverkaufsverbot erlassen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, zum einen - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ich bin ja auch sehr vertrauenswürdig zum Beispiel. Ich bin jetzt kein Staatsanwalt, aber - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Da möchte ich jetzt keine Wertung dazu abgeben. - Satz eins. - Satz zwei: Wir haben Frau Bäumlner-Hösl gebeten, das schriftlich einzureichen. Und sie hat uns weitere schriftliche Unterlagen eingereicht, und wir haben das mit unseren Daten abgeglichen. Wenn Sie das nur so zurufen, uns das nicht schriftlich geben, uns auch keine Möglichkeit geben, das mit unseren Daten zu verifizieren, oder das, was Sie uns geben, nicht mit Daten verifizierbar ist und wenn Sie zudem dann auch noch - wie soll ich sagen? - - wenn das Ganze nicht passt in die Gesamtstory - - Aber es hat hier in die Gesamtstory gepasst: Die Leerverkaufspositionen sind in die Höhe gegangen; es gab schon eine Artikelserie - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, aber was ist Ihnen denn geschickt worden? Sie haben bekommen einen Aktenvermerk, wo keine Position der Staatsanwältin draus ersichtlich ist, aus diesem Aktenvermerk. Das haben Sie schriftlich bekommen, mit einer Räuberpistole inhaltlich; aber das will ich jetzt mal außen vor lassen. Dann haben Sie zweitens schriftlich bekommen einen Entwurf einer eidesstattlichen Versicherung, der nicht unterschrieben ist. Und sonst, haben Sie noch was schriftlich bekommen? Haben Sie eine Position der Staatsanwaltschaft, wo die Staatsanwaltschaft sagt: „Das ist ernst zu nehmen. Wir gehen der Sache nach. Wir haben Ermittlungsverfahren“? Haben Sie da was schriftlich bekommen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Soviel ich weiß, war zu diesem Zeitpunkt - - hat uns die Staatsanwalt-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

schaft erklärt, dass sie bereits ein Ermittlungsverfahren gegen unbekannt wegen Kursmanipulation führt.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Meine Frage war, ob Sie was schriftlich bekommen haben.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das habe ich nicht schriftlich bekommen, aber ich glaube, ich kann der Staatsanwältin Frau Bäumlner-Hösl trauen, wenn sie sagt, sie hat ein entsprechendes Ermittlungsverfahren eingeleitet.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ging es in dem Ermittlungsverfahren um das konkrete Thema, hier „Bloomberg“, oder ging es um das Thema, das alte Thema, „FT“-Artikel“?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich weiß ja nicht, ob das ein altes Thema ist oder ob das ein Fortsetzungsroman war.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Es ist jedenfalls schon zwei Wochen alt gewesen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Na ja, es gibt - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, es war jedenfalls nicht das, -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Die letzte Attacke - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): - was sich aus dem Aktenvermerk ergab.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Aus dem Aktenvermerk - - Da ging es um Bloomberg. Das hatte natürlich im Entferntesten auch was mit „FT“-Bezug zu tun; aber wir reden hier über unterschiedliche Ermittlungsverfahrensthemen. Das eine ist: „Da ist ein Erpressungsthema“, und das andere ist ein Thema „FT“-Berichterstattung mit Problemen vor allem im Rahmen von Wirecard“. So, meine konkrete Frage ist: Um welches Ermittlungsverfahren ging es in dem Gespräch mit der Staatsanwaltschaft?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Meines Erachtens hat die Staatsanwaltschaft - aber das müssen Sie die Staatsanwaltschaft fragen; ich kann das nur vermuten, das ist kein Wissen - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Aber Sie müssen doch - - Ich frage ja Sie, um welches Ermittlungsverfahren Sie sich da unterhalten haben.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Um das Ermittlungsverfahren, das die Staatsanwaltschaft aufgrund der „FT“-Berichterstattung in Fortsetzung - und der letzte Artikel war gerade mal eine Woche her - eingeleitet hat.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Okay. Also, halten wir fest: Es ging da nicht um den Erpressungsvorwurf, oder doch? Der Erpressungsvorwurf kam ja erst später dazu. Das war ja in dem Aktenvermerk drin.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also wenn, dann hat die Frau Bäumlner-Hösl wahrscheinlich - aber bitte, das müssen Sie die Staatsanwaltschaft fragen - ein Ermittlungsverfahren wegen Kursmanipulation eingeleitet.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ich möchte nicht wissen, welche Ermittlungsverfahren die Staatsanwaltschaft eingeleitet hat. Ich möchte von Ihnen wissen, was bei Ihnen in der Diskussion eine Rolle gespielt hat. Und Sie haben gerade gesagt: Die Staatsanwaltschaft hat uns gesagt: Es läuft ein Ermittlungsverfahren.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): So, und da möchte ich wissen, welches Ermittlungsverfahren, Sie dachten, läuft da?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ein Ermittlungsverfahren wegen Kursmanipulation aufgrund von entsprechender Berichterstattung mit Short-Attacken.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Gut. Vielen Dank, bin ich von ausgegangen, dass genau das so ist. Und da möchte ich mal festhalten, dass es eben



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht um den Erpressungsvorwurf aus dem Aktenvermerk ging, sondern es um ein anderes Ermittlungsverfahren hier sich handelte. Insofern: Umso mehr wäre das Anlass gewesen, sich mal irgendwas schriftlich geben zu lassen von der Staatsanwältin. Mir hätten Sie es ja auch nicht geglaubt. Jetzt kennen Sie vielleicht die Frau Bäumler-Hösl irgendwie länger als mich wahrscheinlich; dann glauben Sie der eher. Aber das ist ja ein grundsätzliches Thema: Lässt man sich bei so einem weltbewegenden Ereignis wie einem Leerverkaufsverbot da irgendwas schriftlich - - oder macht man das auf Zuruf? Also, hätte man sich da nicht die Akten kommen lassen müssen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich bin davon ausgegangen, dass Frau Bäumler-Hösl uns die Informationen, die sie hat, zur Verfügung gestellt hat. Die „FT“-Berichterstattung hatten wir selber. Die Daten für zu dem Leerverkaufs-

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Aber müssen Sie das nicht selbst bewerten? Sie sind doch zuständig. Sie müssen doch das selbst bewerten. Sie können sich doch nicht da blind auf jemand anderes verlassen, der Ihnen das mündlich mitteilt.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Die Daten zum Leerverkauf hatten wir auch, die ansteigenden Zahlen zum Leerverkauf. Wir hatten die Kursvolatilitäten gesehen, und es ist ja nicht die erste Leerverkaufsattacke gegen die Wirecard gewesen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Gut, ja, das muss ich jetzt erst mal sacken lassen, bevor ich mich da weiter aufrege, an der Stelle. Da mache ich dann gleich weiter.

Ich habe jetzt noch ein anderes Thema, was genauso spannend ist, und zwar die Pressekommunikation, die würde mich mal interessieren. Da gab es ja auch die Fragestellung, wie man da kommuniziert. Und ich habe den Eindruck: Wenn man das so liest, dann sind Sie selbst davon ausgegangen, Sie bei der BaFin, dass das ganze Thema Leerverkaufsverbot da auch irgendwo auf tönernem Boden stand.

Da gibt es zum Beispiel hier eine E-Mail, die ich Ihnen gerne vorlesen möchte - ich kann sie Ihnen auch zeigen dann gleich, keine Sorge -, von der Frau Schuchhardt von der BaFin an Herrn Hufeld - und Sie haben die in Kopie bekommen - von dem Sonntag des Leerverkaufsverbots, Sonntagnachmittag. Da heißt es:

Guten Abend Herr Hufeld,

wir haben im reaktiven Teil jetzt noch stärker/konkreter auf die sich erhöhenden Nettoleerverkaufspositionen in Wirecard abgestellt. Auf das zweite Argument, die Gefahr einer sich ausweitenden, generellen Marktverunsicherung (siehe unten), würden wir aber in der Pressekommunikation unbedingt verzichten wollen. Das Argument findet sich zwar in der Allgemeinverfügung, wir sollten aber die Presse auf keinen Fall mit der Nase darauf stoßen.

Viele Grüße

Anja Schuchhardt (?)

Können Sie mir das erklären, dass Sie das hier der Presse vorenthalten wollten?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das kann ich Ihnen nicht erklären. Ich kann nur spekulieren, dass wir nicht Panik erzeugen wollten, dass das jetzt noch weitere Wertpapiere erreicht.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Finden Sie also gewö- - Also, finden Sie in Ordnung, diese E-Mail oder - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Im ersten - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ich habe da ein Störgefühl bei, wenn da steht hier: Der Presse auf keinen Fall irgendwie - - die mit der Nase drauf stoßen. Das klingt eher so wie: Wir haben was zu verstecken.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein, ich glaube, es war eher zur Vermeidung von weiteren Panikerzeugungen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Na, gut, dem gehen wir auch sicherlich gleich noch mal nach. - Und zwar kommen wir dann zum nächsten Thema. Noch mal grundsätzlich: Sie haben gesagt, was so die - - Ich möchte jetzt mal hinaus auf dieses Thema „BaFin, Verhältnis zum Finanzministerium, Aufsicht, Fachaufsicht, Rechtsaufsicht“ und so. Sie haben gesagt, dieses „Tut das mal lieber nicht“, das haben Sie in Ihren sechs Jahren, war es, glaube ich, nicht erlebt. Richtig?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nicht in Form einer Aussage, die sich auf aufsichtliche Maßnahmen bezog.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, bei aufsichtlichen Maßnahmen ist das BMF da immer einheitlich gewesen mit der BaFin, bei diesen Themen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Natürlich diskutieren wir mit den Kollegen auch bei Themen, die offen sind oder schwierig sind; aber wir - - Ich kann mich nicht erinnern, dass das BMF - ich habe jetzt auch nicht alles auf dem Radar; aber ich glaube, ich hätte es mir merken können - einmal gesagt hat: Das darfst du nicht.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Okay. Ist das in Ihrem Bereich - - Sie reden jetzt von Ihrem Bereich, nehme ich an, ne?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ist das bei anderen Exekutivdirektoren der Fall gewesen? Ist Ihnen da irgendwas bekannt, dass das BMF da mal eingeschritten ist und gesagt hat: „Das dürft ihr nicht. Tut das mal lieber nicht“?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, mir ist nichts bekannt, heißt aber: Da müssen Sie die anderen Exekutivdirektoren fragen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, aber es stellt sich mir dann halt die Frage, ob da vernünftig eine Aufsicht stattfindet, wenn die immer alles zur Kenntnis nehmen und dann nicht ein Mal sagen: Das ist nicht in Ordnung. - Also, deshalb frage ich. Finde ich schon sehr erstaunlich.

Ich würde gerne noch einen Punkt Ihnen vorhalten, und zwar gibt es hier - da darf ich jetzt auch zitieren; ich bin ja ganz begeistert: schon das zweite Dokument, was mal hier Vertraulich war und jetzt heruntergestuft wurde - - Wir haben hier eine Kleine Anfrage der FDP, war das, glaube ich - ich möchte hier auch den Verfasser nennen, denn Ehre, wem Ehre gebührt; ich glaube, es war die FDP; sonst korrigiere ich das gleich noch mal -, und zwar geht es da um einen Satz, der gestrichen werden sollte. Da gab es einen Entwurf für die Antwort auf diese Kleine Anfrage, und da steht ein Satz drin, der heißt in dem Entwurf:

Bei der BaFin entstand daher der Eindruck, dass man von Seiten der StA

- also der Staatsanwaltschaft -

Handlungsbedarf sah.

So, und dann gibt es eine Mail von Ihnen an Dr. Bopp, und zwar: „Lieber Herr Bopp“ usw. Und dann steht da am Schluss:

Ich würde den Satz, der sich so anhört, als hätte uns die StA zum Handeln veranlasst, ebenfalls streichen.

Wieso?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich habe vorhin schon mehrfach gesagt: Selbstverständlich ist die Entscheidung, ob wir ein Leerverkaufsverbot oder eine Handelsaussetzung machen, in unserer Zuständigkeit.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, sehen Sie, da sind wir uns nämlich völlig einig, dass das Ihre Zuständigkeit ist und nicht die Zuständigkeit der StA. Und deshalb finde ich es auch konsequent, dass Sie sagen: „Der Satz muss da raus“, weil das tatsächlich sich so anhört, als hätte die StA irgendwas gemacht, und daraufhin haben Sie das umgesetzt, was die StA wollte, ne? Das ist, ich sage mal, die Theorie und die rechtliche Situa-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

tion. So, und jetzt sind wir in der faktischen Situation: „Was ist wirklich passiert?“. Und da erlebe ich bei der BaFin ein Fingerzeigen, egal wer da vorne sitzt, auf die Staatsanwaltschaft, und es heißt: Ja, da hat doch die angesehene Oberstaatsanwältin angerufen. - Und dann wurde da blind agiert. So, und das passt doch nicht zusammen, oder? Haben Sie da anders gehandelt, als Sie hier in der E-Mail vorgeben?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Wir haben nicht blind agiert - das ist die eine Aussage -, aber selbstverständlich nehmen wir Hinweise, und nicht nur die von Staatsanwaltschaften, sondern auch andere Hinweise ernst, insbesondere wenn sie sich mit unseren Daten decken. Und die Staatsanwaltschaft hat selbstverständlich natürlich eine gewisse Erwartung meines Erachtens mitgeliefert, dass wir etwas tun - sie hat uns aber nicht aufgefordert, dies oder jenes zu tun -, und wir haben das mit unseren Daten und unseren Mitteln abgeglichen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Wahrscheinlich hat jeder, der bei Ihnen anruft und irgendwelche Informationen weitergibt, irgendeine Erwartungshaltung. So. Und wenn ich jetzt irgendwas höre und bei Ihnen anrufe, habe ich wahrscheinlich auch irgendeine Erwartungshaltung. Nur, völlig richtig wäre ja dann, wenn Sie sagen: Was der Herr Hauer da will, was die Erwartungshaltung ist, das interessiert mich überhaupt nicht, sondern wir prüfen das sachlich, weil wir sind alleine selbst zuständig - - Und das ist auch nicht die Sache der Staatsanwaltschaft, sondern Sie können da Informationen natürlich - - Ist ja auch gut, dass Sie sich da austauschen. Ist ja auch gut, dass die Staatsanwaltschaft Ihnen Informationen weitergibt. Allerdings müssen Sie das doch kritisch prüfen. So.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Und das haben wir ja auch, und das hat sich mit unseren Daten gedeckt.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, aber das war doch abenteuerlich, was in dem Aktenvermerk stand, oder nicht? Oder haben Sie da dem Glauben geschenkt, was in dem Aktenvermerk stand, -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, ich kann - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - mit dieser Erpressung, Bloomberg und so?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich bin sechs Jahre im Geschäft, und ich habe schon vieles gesehen, so dass ich auch solche Dinge glauben kann.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Haben Sie da mal bei Bloomberg nachgefragt?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Wie gesagt - das hatte ich vorhin schon ausgeführt -: Wenn die Staatsanwaltschaft ermittelt und der Kontakt über die Staatsanwaltschaft kommt, machen wir keine parallelen Ermittlungen neben der Staatsanwaltschaft.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Aber Sie müssen doch selbst prüfen. Es ist doch Ihre alleinige Zuständigkeit.

(Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans  
Michelbach (CDU/CSU):  
Schlecht ermittelt!)

Sie sind doch nicht ihre Handlanger, um jetzt mal Ihre Begrifflichkeit zu verwenden.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aber wir würden in einem solchen Fall nicht an der Staatsanwaltschaft vorbei eigene Ermittlungen machen. Die Staatsanwaltschaft ist - und sie hatte ein Ermittlungsverfahren laufen - Herrin des Verfahrens.

(Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans  
Michelbach (CDU/CSU):  
Das war doch ein anderer  
Fall!)

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Das war ein anderer Fall. Das ruft der Kollege Dr. Michelbach hier noch mal zu Recht rein. Es ging bei den Ermittlungsverfahren eben nicht um diese Erpressung, um das noch mal klarzustellen. Das ist ja offensichtlich hier noch nicht ganz angekommen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Sie können das beides doch nicht voneinander trennen. Das Fax beinhaltet den Hinweis auf eine Short-Attacke, die möglicherweise mittels einer weiteren Zeitung erfolgt, die mitteilt, dass die - - oder bzw. das Unternehmen mitteilt, dass diese Zeitung sich an sie gewandt hat und eine negative Publikation in Aussicht stellt.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also, es ist nicht zutreffend, aber - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das gehört meines Erachtens alles zusammen. Das können Sie nicht trennen. Die Short-Attacke ist ein wesentlicher Bestandteil - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Das müssen Sie sogar trennen. Meine Zeit ist jetzt leider zu Ende, aber wir kommen heute noch mal zusammen - keine Sorge.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich würde da auch gerne im Sinne einer guten Zusammenarbeit noch mal aufsetzen. Was mir viel zu wenig thematisiert wird und auch recht merkwürdig erscheint, weil das ist so naheliegend: Hat Frau Bäumlner-Hösl Ihnen gegenüber mal gesagt, warum sie zumindest nicht wollte - so weit muss sie ja im Film sein -, dass die Deutsche Bundesbank - also nicht irgendwer, sondern die Deutsche Bundesbank - hier nicht in Kenntnis gesetzt werden darf, andererseits aber die Abstufung vorgenommen wird, dass eine ESMA in Kenntnis gesetzt werden kann? Hat Frau Bäumlner-Hösl - - weil man könnte sich ja zwei Wege vorstellen, warum das dann so drinsteht; weil offensichtlich haben Sie ja ein sehr gutes Verhältnis zu Bäumlner-Hösl.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, ich habe das Gespräch mit Frau Bäumlner-Hösl nicht geführt. Ich kann nur spekulieren. Eine Spekula- -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Na, nee, es kann ja ein Gespräch im Vorfeld stattgefunden haben.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, wir hören ja jetzt gerade: Das sollte man nicht so kommunizieren. Da kommen ja dann immer so Assoziationen, dass - - Sie haben gesagt, eine Panik zu vermeiden, in der Presseerklärung. Jetzt könnte es ja ein Gespräch mit Frau Bäumlner-Hösl gegeben haben, in dem Sie Frau Bäumlner-Hösl gesagt haben: Wenn Sie mit uns telefonieren und das machen, dann sagen Sie mal, dass das Geheim ist, damit es auf jeden Fall - - oder umgekehrt: „Bitte nicht an die Bundesbank“, weil, aus meiner Sicht, wenn es an die Bundesbank gegangen wäre - - Die hat sich ja dann irgendwann so ausgeblendet. Warum? Ich hatte auch schon den Eindruck, weil man ihr da nicht so ganz die vollen Karten auf den Tisch gelegt hat. Und da sind Sie ja nun alle Vollprofis in dem Gewerbe. Da unterstelle ich mal: Wenn die Bundesbank es denn gewusst hätte, dann wäre sie auf den Plan getreten. Das ist meine ganz persönliche Überzeugung.

Also jetzt noch mal die Frage: Hat Frau Bäumlner-Hösl Ihnen gegenüber das mal kommuniziert, warum nicht die Bundesbank - - Oder hat es seitens der BaFin Einfluss - kann ja auch sein; ist ein wechselseitiges Verhältnis - auf die Staatsanwaltschaft - - gegeben, dass eben nur die ESMA und Sie informiert werden dürften?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, meine Vermutung - ich war nicht dabei - ist, dass die Kollegen lediglich nach ESMA gefragt haben. Es gab das generelle Verbot, diesen Hinweis zu benutzen; aber für ESMA war er zwingend erforderlich, weil wir da zwingend ein formelles Verfahren haben.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber Sie versuchen schon, die Bundesbank einzubinden, aber die darf nicht informiert werden. Ich meine: Da hätte ja auch jemand aus Ihrem Hause zwingend sagen müssen: Na ja, Frau Bäumlner-Hösl, ESMA, wir, und die Bundesbank sollte es auch schon wissen. Das wäre ja so ein kollegialer Gedanke gewesen, oder?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich habe keine Ahnung, ob die Kollegen explizit nach der Bundesbank gefragt haben, also mit Frau Bäumler-Hösl über die Fragen - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das wissen Sie nicht.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das weiß ich nicht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und Sie können auch ausschließen für Ihr Haus, dass umgekehrt in anderen Gesprächen Frau Schierhorn - und andere haben ja offensichtlich sehr oft auch mit Frau Bäumler-Hösl Kontakt gehabt -, Herr Kimmer da vielleicht kommuniziert haben: Die Bundesbank lasst ihr mal schön draußen, liebe Staatsanwaltschaft München I.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, so war es sicher nicht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, dann bleibt ja eigentlich nur die dritte Möglichkeit - ich baue Ihnen mal eine Brücke -, dass Sie quasi so geschickt schachmatt gesetzt worden sind von der Staatsanwaltschaft - - Sie haben nämlich Ihren Konflikt ja eigentlich vorhin dargestellt. Ich habe dann einmal beim Kollegen Michelbach dazwischengerufen sozusagen oder noch kommentiert: Eigentlich waren Sie doch in einer Lose-lose-Situation. Das haben Sie ja hier sehr augenscheinlich - - Ich habe das nämlich einer Kollegin auch mal gesagt oder einem Kollegen aus Ihrem Haus, ich glaube, dem Herrn Kimmer. Die Lose-lose-Situation war die: Folgen Sie eventuell Ihrer inneren Überzeugung und der Meinung der Bundesbank - und die Fakten legen das jetzt ja offen -, dann hätten Sie dieses Leerverkaufsverbot nie erlassen dürfen. Andererseits macht man sich ja vielleicht auch aus marketingtechnischen oder anderen Gründen Gedanken - Sie haben es nämlich eben beschrieben -: Jetzt wäre alles gutgegangen, Wirecard ist ein Börsenstar, und es kommt raus, dass da böse, böse Spekulanten entsprechend tatsächlich mit diesen 6 Millionen durch die Gegend gerannt sind und dort eben entsprechend spekuliert haben. Wäre das rausgekommen, wären Sie auch in einer Lose-lose-Situation

gewesen. Also, ich baue Ihnen insoweit die Brücke: Haben Sie da ein bisschen fifty-fifty gespielt und sich dann nachher für die logische Variante aufgrund der Presseberichtssituation, was für ein Superunternehmen das ist und Börsenstar und in den DAX aufgenommen - war ja just, ist ja im Herbst 18 aufgenommen worden - -

(Die Zeugin berät sich mit  
ihrem Rechtsbeistand)

Was war - - Das ist ja eine Brücke, wenn Sie jetzt sagen: Ja, war so, fifty-fifty, und wir haben uns für die andere - - sind auf die andere Seite gesprungen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich muss noch mal einen Punkt erwähnen: Die Bundesbank hat auf Finanzstabilität geprüft. Das war nie unsere Begründung.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das weiß ich. Das haben Frau Buch und alle Angehörigen der Bundesbank ausgeführt; aber sie hat sich irgendwann ja auch verabschiedet. Und ich kann mir vorstellen - das habe ich auch gefragt -, dass die Bundesbank schon das, glaube ich, wenn sie die Gesamtlage und Informationslage gehabt hätte, das Selbstbewusstsein gehabt hätte, vielleicht Sie dann anzurufen oder Herrn Hufeld - ich weiß es nicht - zu sagen: Macht das bitte nicht.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das hat sie aber nicht. Das ist nur eine Hypothese.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nee, konnte sie ja auch nicht.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das ist eine reine Hypothese. Sie hat auf Finanzstabilität geprüft - das war nicht der Gegenstand hier -, sie hatte nicht das volle Bild, und sie hat von sich aus erklärt, dass damit eine Maßnahme, die sowieso juristisch nicht erforderlich ist - - damit keine Stellungnahme kommt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das ist das Erste. - Das Zweite: Wir haben nicht abgewogen, was das mit der Presse oder der Öffentlichkeit macht. Wir haben abgewogen, dass hier möglicherweise eine Störung, wenn wir das laufen lassen, für - - und der möglicherweise manipulierten Berichte, also Berichte, die in den Markt gegeben werden, wo nicht der Bericht manipuliert ist, um das richtig zu sagen, sondern möglicherweise Leute vorab von dieser Berichterstattung wissen und für sich nutzen - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Frau Roegele, Entschuldigung, mache ich immer ungerne. Aber das wissen wir alles. Aber Sie nehmen für mich das entscheidende mathematische Wort in den Mund: „möglicherweise“. Und jetzt ist ja die einfache Möglichkeit - wieder das Wort -: Möglicherweise gewichte ich diese Gerüchte so, versehe sie mit einem Faktor, und auf der anderen Seite habe ich andere gute Argumente, und die gewichte ich wieder anders. Und wenn ich jetzt sage: Ich gewichte - und das ist ja dann doch auch ein wenig Annahme; „möglicherweise“ - diese Argumente aufgrund der Informationslage stärker, dann komme ich zu Ihrer Entscheidung. Aber es ist alles „möglicherweise“, und möglicherweise - nochmals: möglicherweise - einen so markanten Eingriff mit dem, was sich hinterher dort anschließt - - Da ist doch logisch, dass ich noch mal und wir auch nachfragen: Wie ist dieser Entscheidungsprozess denn nun genau abgelaufen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** So, aus unserer Sicht war der markante Eingriff - - wäre die Handlungsaussetzung gewesen. Das deutlich Niedrigere war dieses Leerverkaufsverbot.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das haben Sie auch schon gesagt.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Und insofern war das eine Abwägung auch im Bereich der Gefahrenabwehr. Da müssen Sie entscheiden: Wollen Sie das jetzt machen und einen aus Ihrer Sicht adäquaten, angemessenen und verhältnismäßigen Eingriff machen, um ein Vertrauen in den Markt zu sichern? Und das war unsere Abwägung, das

war meine Abwägung. Deswegen haben wir diese Leerverkaufsmaßnahme gemacht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Meine Zeit ist auch rum. - Dann Kollege Dr. Zimmermann für die SPD-Fraktion.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Roegele, sorry, wenn ich da noch mal nachhake; aber nur noch mal für meine quasi Chronologie: Sie hatten an diesem Wochenende des Leerverkaufs, also Freitag, Samstag, Sonntag, mit dem BMF nur Kontakt mit Frau Wimmer, hatten Sie gesagt. Richtig?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, ich meine, dass es auch ein Telefonat auf Arbeitsebene gab.

(Matthias Hauer  
(CDU/CSU): Was?)

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay, aber, es gab auch ein Telefonat auf Arbeitsebene. Das hatten Sie vorhin gesagt. Das war, glaube ich, meinten Sie, am Freitag schon.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. Aber weil natürlich für unseren Ausschuss diese Frage schon eine wichtige Rolle spielt; deswegen war es mir wichtig, dass wir das einmal en bloc glattziehen. Also, Sie sagen, Sie wissen es nicht genau. Sie vermuten ein Telefonat auf Arbeitsebene am Freitag. Sie hatten dann am Wochenende persönlich mit Frau Wimmer - - so.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das ist definitiv.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Aber ich spreche einmal sozusagen den rosa Elefanten aus: Sie haben nicht mit Herrn Kukies, Sie haben nicht mit Herrn Schmidt und nicht mit Herrn Scholz telefoniert.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Gut.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das ist nicht mein - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Genau, also sozusagen - - Aber damit steht es im Protokoll, und dann können wir im Zweifel da bei notwendiger Gelegenheit drauf zurückkommen in anderen Sitzungen.

Andere Frage: Die ESMA ist schon erwähnt worden. Wir hatten einen Vertreter auch hier. Es gibt ja auch diesen ESMA-Report. Dieser ESMA-Report, der kommt zu dem Schluss, dass es in Deutschland eine zu große Nähe zwischen Finanzministerium und BaFin gibt, also der - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Könnte.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Geben könnte. Guter Punkt; geben könnte. Aber sozusagen jetzt rein organisatorisch mit Fach- und Rechtsaufsicht sieht das die ESMA eher kritisch, dieses Konstrukt. Sehe ich das richtig?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das ist eine generelle Thematik. Die Fach- und Rechtsaufsicht kennen andere Länder, glaube ich, nicht in diesem Thema. Wir verteidigen das immer und erklären, dass das eine Rückbindung auch an unser Parlament bietet.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Oh, jetzt kommen wir noch ins Spiel.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Nein, das - -

(Dr. Florian Toncar (FDP):  
Ist ja auch so!)

- Ja, ja, alles gut.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ist verfassungsrechtlich richtig, oder, Herr Toncar?

(Dr. Florian Toncar (FDP):  
Ich bin ein großer Fan der  
Fachaufsicht! Sie glauben  
es nicht, aber - -)

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Genau, jetzt müssen wir - - Also, ich finde das im Prinzip auch gut. Wir müssen nur mal kurz - - oder ich würde mich gerne kurz mal darüber unterhalten, was das eigentlich bedeutet, weil ich habe den Eindruck: Es gibt möglicherweise das Missverständnis hier im Raum, dass Fachaufsicht bedeutet, dass Sie quasi weisungsgebunden sind im Sinne von: Wenn Sie Leerverkaufsverbot beschließen, muss BMF zustimmen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein, das ist nicht der Fall.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das ist nicht der Fall; ganz genau. Ich würde es sogar mal anders formulieren: Wäre das nicht eigentlich eher unüblich, dass Sie eine Entscheidung treffen und das dann dem BMF hochgeben zum Absegnen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das wäre unüblich, und in der Form ist es in sechs Jahren auch nicht passiert. Jetzt bin ich natürlich mit sechs Jahren nicht die wahnsinnsstatistische Hochburg; aber ich kann das nur so bestätigen.

(Lisa Paus (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Ist aber  
auch nicht ausgeschlossen!  
sen!)

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Da wird von der anderen Seite gemurmelt, schon für die nächste Runde. Nee, natürlich ist - - Aber wäre es ausgeschlossen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Natürlich kann das nicht ausgeschlossen werden. Das ist der Sinn und Zweck der Fach- und Rechtsaufsicht.

(Lisa Paus (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Genau!)

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Genau. Das wäre aber dann wahrscheinlich der Fall, wenn sozusagen - - Da müsste man sich irgendwas konstruieren. Aber es ist Ihnen in sechs Jahren so nicht passiert, und es wäre eher ein ungewöhnlicher Vorgang. Gut. Und es ist in diesem Fall ja auch nicht vorgekommen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Wo ich noch mal gerne drauf eingehen würde: Sie hatten ja vorhin schon berichtet, dass Sie Ihr Handy haben checken lassen und SMS. Der Hintergrund war ja, dass wir mit Frau Professor Buch hier auch gesprochen haben und es um die Kommunikation ging. Und ich habe mich noch mal gefragt: Können Sie sich an eine Diskussion erinnern, sozusagen ob jetzt die Bundesbank auf eine Stellungnahme verzichtet hat oder ob eigentlich gar keine notwendig ist?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das kann ich Ihnen - - Ich meine, es fiel das Wort „nicht erforderlich“. Aber ich kann Ihnen das nicht mit letzter Sicherheit sagen. Und ich kann Ihnen auch nicht sagen, ob es noch eine Kommunikation von Frau Buch additionell zu dem Gespräch am Abend gab; das weiß ich auch nicht. Also, da können Sie mich jetzt auf den Kopf stellen - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Will ich gar nicht, will ich gar nicht.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Für mich ist das Thema abgehakt gewesen. Und, ehrlich gesagt: Ich hätte diese SMS sehr gerne gefunden, denn es ist ja davon auszugehen: Wenn Frau Buch mir eine SMS schickt, dann schreibt sie mir ja nicht, was ich tun soll oder lassen soll, sondern eher, was die Bundesbank tut oder lässt; nur mal so.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ich bin quasi da auf Ihrer Seite, was das angeht, weil das - -

(Heiterkeit - Lisa Paus  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Quasi!)

Och, also, ich glaube nicht, dass Frau Roegele bisher das Gefühl hatte, dass ich jetzt irgendwie hier die Abwehr vor ihr bilde; aber das mag jeder dann selbst für sich entscheiden. Aber ich bin eben auch nicht der Statthalter der Bundesbank hier im Ausschuss, und deswegen interessiert mich schon sehr genau, was da abgelaufen ist. Ich will Ihnen auch sagen, warum: weil uns ja interne Mails vorliegen, wo am Ende dann Frau Professor Buch sozusagen Vorschläge macht, wie man es dann am Ende quasi - - dass man noch

mal hinterher sagt, wie es gewesen ist. Also, ist Frau Professor Buch - - Können Sie sich daran erinnern, dass sie vielleicht noch mal auf Sie irgendwie zugekommen ist und so was gesagt hat, also unter dem Motto: „Wir haben eigentlich auf eine Stellungnahme verzichtet, aber wir haben uns überlegt: Könnten wir es nicht eigentlich so schriftlich fixieren, dass Sie gar keine Stellungnahme eingefordert haben?“?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, so was kann mir - - Es kann sein, dass Frau Buch - - Ich kann das nicht ausschließen, dass es noch mal eine Kommunikation von Frau Buch und mir gab. Die kann aber auch per Telefon gewesen sein. Das kann ich nicht ausschließen. Aber wenn, dann war es die Wiederholung dessen, was sie mir am Freitagabend schon gesagt hat.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Genau, weil am Sonntag gibt es eine E-Mail von Herrn Dr. Benjamin Weigert an Frau Dr. Claudia Buch hier, und da steht drin:

Liebe Claudia,

du könntest auch schreiben, dass die BaFin schließlich darauf verzichtet hat, von der Bundesbank eine Stellung einzuholen. (?)

Also, man hat genau über diese Frage in der Bundesbank diskutiert, dass es irgendwie gut wäre, wenn man das so formulieren würde, dass Sie darauf verzichtet haben. Haben Sie darauf verzichtet?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also nicht mir bewusst. Nein.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. Das heißt - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Und ich meine: Dass jemand einem eine E-Mail schreibt und sagt: „Du verzichtest auf etwas“, das ist ja auch irgendwie bemerkenswert. Normalerweise verzichtet derjenige, der es schreibt, dann auf was.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, das sehe ich nämlich irgendwie genauso, und ich habe es halt



## Nur zur dienstlichen Verwendung

auch nicht so ganz - - Ich verstehe es nicht so ganz, weil - - Also, ich drehe es jetzt mal andersrum sozusagen: Die Bundesbank war in diesen Vorgang eingebunden. Sie war über diesen Vorgang informiert, und es gab auch in der Bundesbank da Aktivitäten, wo man geprüft hat. Es gab in der Bundesbank kritische Stimmen dazu. Das haben wir vernommen. Es gab in der Bundesbank Überlegungen, was am Wochenende möglicherweise alles zu tun ist. Und ich habe mich gefragt: Was wäre denn eigentlich gewesen - das ist eine hypothetische Frage - - Aber ich habe mich gefragt: Gab es vielleicht mal die Überlegung, dass Sie gesagt hätten, als die Entscheidung dann anstand - - Sie haben, glaube ich, vorhin gesagt, Sie haben es unterschrieben am Ende. Gab es mal die Überlegung, zu sagen: Ich rufe jetzt die Frau Professor Buch an und die Frau Bäumler-Hösl, und wir machen jetzt irgendwie am Samstag, am Sonntag zu dritt eine TelKo mit unseren Leuten.

(Die Zeugin schüttelt den Kopf)

- Na ja, hätte ja sein können. Ich finde, bei so einer Entscheidung die Haupthinweisgeberin plus die Bundesbank-Vizepräsidentin, die sowieso involviert ist, die mir noch mal dazuzuholen und zu sagen: Also, Freunde der Sonne, ich habe jetzt hier den Entwurf für die Allgemeinverfügung. Die ESMA hat zugestimmt, und ich dachte mir, es wäre irgendwie sinnvoll, bevor wir so einen Schritt gehen zum ersten Mal - ist noch nie vorgekommen in Deutschland in dieser Form - - ich habe gedacht, es wäre gut, wenn wir uns da noch mal kurz dazu austauschen - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Es tut mir leid. Auch wenn das vielleicht ganz nett wäre, mit den Kolleginnen da zu sprechen - es sind ja auch alle im Finanzmarkt unterwegs -, aber das hat es nicht gegeben. Und, wie gesagt, auch wir haben diese Maßnahme entschieden - das ist das eine -, ich habe sie entschieden.

Und das Zweite ist: Die Bundesbank hat sich aus meiner Sicht bereits am Freitagabend - ich sage es jetzt mal untechnisch, und das soll keine despektierliche Aussage sein -, sie hat sich aus

dem Prozess am Freitagabend bereits verabschiedet. So, und diese Verabschiedung, das liegt daran: Wir - - Beziehungsweise ich schätze die Bundesbank immens bei den Themen der Finanzmarktstabilität. Da ist sie von unschätzbarem Wert. Aber beim Marktvertrauen, wo es um unsere Kursentwicklungen, Leerverkaufskursentwicklungen, die sie auch nicht originär hat, wo es um Informationen geht, verschiedene Informationen geht, die wir haben und die wir mit unseren Transaktionsdaten ja abgeglichen haben, Bank Öhman (?) als Beispiel, da kann uns die Bundesbank, die uns sonst von so großer Hilfe ist - - Aber in dem Fall kann sie uns nicht helfen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Aber jetzt haben Sie eben lange überlegt, haben gesagt, Sie wollen nicht despektierlich sein, und dann haben Sie was sehr Schwaches - - Wollten Sie sagen: „Die haben sich aus dem Staub gemacht am Freitagabend“?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein, nein, nein.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay, dann habe ich das nur gedacht; aber ich wollte noch mal nachfragen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Wir haben übereinstimmend festgestellt, um das mal vielleicht - - dass diese Sachverhaltsfrage nicht richtig bei der Bundesbank adressiert ist.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Können wir das so sagen, ohne dass ich jetzt irgendwie wieder neue Probleme bereite?

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Nee, nee, Moment, Stopp! Also, ein ganz wichtiger Hinweis: Sie sollen jetzt nicht überlegen, wie Sie hier irgendwas so formulieren können, dass niemand anderes irgendwie beleidigt ist oder Probleme bekommt, sondern Sie sollen einfach nur sagen, wie es war.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja, und es war so. Aus meiner Sicht hat die Bundesbank - - sind wir übereingekommen zwischen der Bundesbank



## Nur zur dienstlichen Verwendung

und uns, dass das nicht der Fall ist, zu dem die Bundesbank einen Beitrag leisten kann.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. - Dann noch mal abschließend, weil das ja - - Also, wie ich das auch gesehen habe - das ist also noch mal Stichwort ESMA und Einvernehmen der ESMA -, habe ich gesagt: Okay, wow! Sozusagen ist ja klar, dass da nicht auch die ganzen kleinen Aufsichten so ad hoc sich damit beschäftigen können. Sie hatten vorhin schon gesagt: Die Briten hatten zugestimmt. Waren noch andere Aufsichten von größeren Ländern, die grünes Licht gegeben haben, an - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich darf das wahrscheinlich nicht in öffentlicher Sitzung; -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay, dann war das vorhin - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** - aber es steht in den Akten.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay, dann war das vorhin ein Ausrutscher. Aber für mich war es schon irgendwie auch spannend, das zu sehen, sozusagen: Okay, da haben wir einen ganzen Strauß an Aufsichten, die bekommen den Fall vorgelegt, vorgetragen und erteilen oder geben aktiv ein positives Votum ab. Das fand ich zumindest jetzt sozusagen, um auch auf der Haben-seite da was einzutragen - - Ich habe das auch so gesehen, und das ist jetzt auch - - Können Sie vielleicht ganz kurz sagen, wie - - Was machen die denn da eigentlich?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, normalerweise - - Es gab ja auch ein Pre-Warning. Ich glaube, das darf ich auch sagen. Die ESMA kündigt das ja dann an, wenn sich so was abzeichnet, dass die Leute auch ihre Ressourcen über das Wochenende vorhalten. Und es ist dann schon so, also auch bei mir, dass ich die Leute, die mit Leerverkauf zu tun haben - Sie haben zum Teil die Kollegen kennengelernt -, dransetze, und sobald der Vorschlag von ESMA kommt für die Opinion, die dann zur Abstimmung gestellt wird,

ich die Kollegen darum bitte, dass wir das durchgehen und dass wir das entsprechend auch bewerten und dass sie mir ein Votum abgeben, ob man dem zustimmen kann oder nicht; weil es hat ja gerade für Deutschland immer auch Auswirkungen, also jetzt die Leerverkaufsmaßnahmen, die wir im Frühjahr gesehen haben. Ich glaube, das ist öffentlich bekannt. Wir hatten einen Heidenpaß, weil natürlich die ganzen Titel, die die Kollegen unter Artikel 20 der Leerverkaufsverordnung im Übrigen - - haben die ja ihre ganzen Aktienmärkte ausgesetzt und nicht nur die Finanztitel. Die sind ja reihenweise in irgendwelchen Indizes und Derivaten, die bei der Eurex gehandelt werden. Da hatten wir einen ziemlichen Spaß, wer eigentlich über die Aussetzung des Derivats dann mitbestimmt. Und es kann ja immer sein, dass Titel, die in einem Land dann von einer Behörde ausgesetzt werden wollen - - dass wir Zertifikate darauf haben, dass bei uns ein Marketmaker tätig ist, der das dort macht. Also, Sie sehen, ich habe da viel Herzblut drin.

Aber das ist der Prozess, und den nehmen wir natürlich sehr ernst. Das ist sicherlich nicht in jedem Land so, aber Sie können davon ausgehen, dass die großen Länder - sorry, wenn ich das jetzt so despektierlich sage; die kleinen sind nicht weniger wichtig -, aber die großen Länder, die insbesondere auch Derivatebörsen haben, sich solche Leerverkaufsmaßnahmen natürlich sehr genau angucken und wie weitreichend das jeweilige Land mit dann der Opinion der ESMA diese Maßnahmen formuliert.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Zimmermann. - Als Nächstes hat das Wort Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Danke schön. - Frau Roegele, hatten Sie im Untersuchungszeitraum persönlich Kontakt zu Mitarbeitern oder Organmitgliedern der Wirecard AG?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nicht dass ich wüsste. Das kann natürlich immer mal sein, dass die auf irgendeiner Veranstaltung waren.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Nein, okay, das - - in der Tat, verstanden. - Wissen Sie von Ihnen unterstellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ob da Kontakt zu entsprechenden Mitarbeitern oder Organmitgliedern der Wirecard AG bestanden hat?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Auch nicht dass ich wüsste. Das wäre für den Wertpapieraufsichtsbereich - und Sie meinen ja jetzt den Wertpapieraufsichtsbereich - sehr unüblich. Das gibt es mal, wenn ein Unternehmen jetzt zum Beispiel im Rahmen der Ad-hoc-Publizität permanent negativ auffällt, dass er mal einen Hausbesuch von uns bekommt oder dass ich permanent - - Klar, wenn es jetzt zum Beispiel Themen gibt, dass mal Wirecard angerufen hat: „Wie mache ich die Ad-hoc-Mitteilung?“ oder „Muss ich die jetzt schon machen?“ oder „Wie mache ich die Stimmrechtsmitteilung?“, dann kann es das gegeben haben, Director's Dealings - - \*

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Nein, aber die Frage ist ja: Hat es das gegeben, oder ist Ihnen das erinnerlich?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, ich weiß es nicht. Das kann es aber durchaus im Tagesgeschäft gegeben haben, wenn Wirecard sich dann eher an uns wendet und Fragen hat: „Wie mache ich die Stimmrechtsmitteilung?“ - als Beispiel.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Okay. - Sie haben das Leerverkaufsverbot gestützt auf Informationen, die Ihnen schriftlich und wohl auch mündlich, übers Telefon, von der Staatsanwaltschaft München übermittelt wurden. Nun ist es aber ein Verwaltungsakt der BaFin, die ein anderes Aufgabenprofil hat als die Staatsanwaltschaft. Die BaFin ist im Bereich der Leerverkaufsüberwachung überwiegend präventiv unterwegs - Bußgelder waren hier kein Thema, sondern es ging um Gefahrenabwehr -, und die Staatsanwaltschaft ist repressiv unterwegs. Insofern müssen Sie ja eine eigene Beurteilung treffen. Warum haben Sie nicht bei Rechtsanwalt Enderle, bei der Wirecard AG, bei dem namentlich in dem Vermerk genannten Compliance Officer Jan Marsalek angerufen, um den Sachverhalt so befriedigend

aufzuklären, dass Sie ein eigenes Urteil treffen können?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das hatte ich auch schon verschiedentlich gesagt. Das ist nicht unsere Vorgehensweise, wenn uns ein Staatsanwalt einen Sachverhalt vorlegt. Dann gehen die ganzen Kommunikationswege - -

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Dass Sie es nicht gemacht haben, verstehe ich. Aber Sie dürfen das, und in dem Fall ist doch der Belastungszeuge erkennbar das Unternehmen selbst gewesen, und zwar als Einziges. Die Gegenseite ist nicht zu Wort gekommen in dem Vermerk. Bloomberg ist nicht zu Wort gekommen. Es ist Herr Enderle zu Wort gekommen, es ist Herr Marsalek indirekt zitiert worden. Eine ganz einseitige Schilderung des Geschehens, die Sie zur Grundlage Ihrer Entscheidung gemacht haben. Die andere Seite - könnte man auch mal darüber reden - - Aber haben Sie - - Ich meine, man muss doch überlegen: Wenn man eine eigene Verwaltungsentscheidung trifft und da steht, von wem die Information kommt - das war ja völlig klar: Marsalek, Enderle -, muss man doch überlegen, ob man mit denen mal spricht und sagt: „Können wir ein paar mehr Details haben vielleicht?“ oder „Ich brauche das, weil wir da auch handeln wollen“ oder wie auch immer. Haben Sie das nicht erwogen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das haben wir nicht erwogen, und wenn, dann hätte ich es nur über die Staatsanwaltschaft gemacht.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Okay. - Sie haben gesagt, Sie haben das schärfere Mittel der kompletten Handelsaussetzung nicht weiterverfolgt, und nicht handeln wollten Sie irgendwie auch nicht. Es gäbe ja auch noch viele andere, mildere Mittel, um eine Gefahr abzuwenden, von der wir hier reden, zum Beispiel den Chefredakteur von Bloomberg zu verständigen und zu sagen: „Bitte, pass auf, dass da nichts berichtet wird“, oder anderes. Also, man muss ja nicht gleich sozusagen mit dem ganz großen Holzhammer kommen, wie es passiert ist.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Hätte das die Short-Attacke abgewendet? Wir wollten - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ich frage Sie, ob das erwogen worden ist, mildere Mittel, weil Sie müssen ja Verhältnismäßigkeitsprüfung machen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aber ich muss die Verhältnismäßigkeitsprüfung daraufhin machen, ob ich den gleichen Zweck erreiche, nämlich die Vermeidung der nächsten Short-Attacke.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Vielen Dank für die Aufklärung. - Wer hat denn in Ihrem Bereich die Verhältnismäßigkeitsprüfung vorgenommen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich würde sagen, wir alle zusammen, und letztlich war auch die Rechtsabteilung eingebunden.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ich kann Ihnen sagen, dass alle Mitarbeiter aus der Wertpapieraufsicht, die wir bisher hier vernommen haben, gesagt haben, dass es sie nicht waren, also für sich genommen. Sie sagen jetzt: Es waren alle. Okay.

Kommen wir noch mal zum Thema Rajah & Tann-Bericht. Sehen Sie eigentlich einen Ad-hoc-Verstoß der Wirecard AG darin, dass sie die Singapur-Thematik, die die „Financial Times“ berichtet hat, nicht von sich aus offenlegt hat?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Jetzt müssten wir gucken, welchen Rajah & Tann-Bericht Sie meinen. Wir haben ja drei.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Eigentlich meine ich den Sachverhalt, der sich in Singapur abgespielt hat. Wir haben Ende Januar und Anfang Februar dazu Berichte gehabt. Die Kursausschläge sind, glaube ich, selbsterklärend. Kursrelevanz ist gegeben. Es ist eine Insiderinformation, völlig klar, sonst hätten Sie ja gar nicht wegen Marktmanipulation oder Insiderhandel weiterermitteln können. Also, Insiderinformationen: gegeben, Kursrelevanz: gegeben. Warum haben Sie nicht gegen Wirecard wegen einer unterbliebenen Ad-hoc ermittelt?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Darf ich zwei Dinge unterscheiden: Also, zum einen haben wir, wenn ich das richtig weiß, das unter Ad-hoc-Gesichtspunkten geprüft. Das müssten - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Genau, aber ohne Sanktionen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Und wir haben festgestellt, dass die Vorwürfe, die in Rajah & Tann erhoben werden, keine materiellen Auswirkungen, selbst wenn sie schlagend geworden wären, auf das Unternehmen Wirecard gehabt hätten und damit keine Kursrelevanz.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Damit hätten Sie aber auch keine Insidervorwürfe gegen Shortseller erheben dürfen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Sorry, wir haben Insidervorwürfe aufgrund der „FT“-Berichterstattung, die ja - wie soll ich sagen? - über das hinausgeht, was Rajah & Tann berichtet.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ach so, und das war der Unterschied, aber - - Das schaue ich mir noch mal an, was da der Unterschied war, weil, ich meine, der Sachverhalt Singapur, Dokumentenfälschung, Unregelmäßigkeiten ist eigentlich der gleiche. Und das ist eine reine Vermutung, glaube ich, dass das von der Kursrelevanz her einen Unterschied gemacht hätte. Aber wann haben Sie denn eingestellt?

Also, wann haben Sie denn für sich gesagt: „Nee, ad-hoc-technisch hat sich die Wirecard AG diesbezüglich korrekt verhalten“?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Muss ich Ihnen nachliefern.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Dann hat Herr Zimmermann ja gerade noch mal gefragt zum Thema Fachaufsicht. Sie haben, wenn ich es richtig verstanden habe, doch ans BMF den Entwurf der Allgemeinverfügung vorab hingeschickt.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Mhm.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Das ist ja letzten Endes doch ein hoher Grad an Detail. Also, man könnte sagen: Vorabinformation, wir arbeiten da an was. Aber Sie haben da sogar den Entwurf hingeschickt. Ist das nicht eher ein Hinweis oder ein Angebot dafür, auch über das Thema zu reden?

**Zeugin Elisabeth Roegele**: Also, wir reden immer, wenn das BMF Gesprächsbedarf hat, mit dem BMF. Was anderes können wir uns gar nicht vorstellen. So, und wir haben natürlich, -

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Wir auch nicht.

**Zeugin Elisabeth Roegele**: -, wenn das BMF dazu Gesprächsbedarf hat, mit dem BMF darüber gesprochen. Aber ich kann nur sagen: Dazu muss das BMF ja auch mal irgendeine Basis haben, auf der sie diskutieren kann, wie das - -

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Total richtig. Ich finde, dass das richtig war, dem BMF den Entwurf zu schicken. Und ich bin übrigens auch der Meinung, dass Fachaufsicht bedeutet, dass bei besonders außergewöhnlichen und auch schwerwiegenden Eingriffen in den Markt - und das war hier der Fall - auch in der Tat die Fachaufsicht ausgeübt werden muss und vielleicht bei einem Fit & Proper-Test irgendeines Vorstands halt nicht. Also, es hängt ja auch von der Schwere des Eingriffs ab, wie weit man da hochgehen muss. Insofern fand ich, dass ich Ihnen manches zum Vorwurf mache, aber nicht, dass Sie dem BMF den Entwurf zugeschickt haben. - Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Kay Gottschalk**: Die Zeit.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Leider ist die Zeit schon wieder abgelaufen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk**: Aber wir können ja noch, oder? Der 13.04. steht ja auch noch aus. - So, dann haben wir den Kollegen Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Vielen Dank. - Frau Roegele, Sie haben vorhin, glaube ich, angemerkt, dass die Handlungsüberwachungsstelle ja nur

den börslichen und nicht den außerbörslichen Handel auswerten könne. Korrekt? Habe ich das richtig erfasst?

**Zeugin Elisabeth Roegele**: Da ist eine zweite Einschränkung: nur den Frankfurter oder - -

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Okay, genau. - Und jetzt möchte ich Sie mal fragen: Welche außerbörslichen Dinge haben Sie denn in Ihre Analysen mit einfließen lassen?

**Zeugin Elisabeth Roegele**: Also, wenn Sie gucken: Auch bei unserer Anzeige, da laufen natürlich über verschiedene Handelsplattformen in London die ganzen Transaktionen.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Moment, ich - - Verzeihung, können wir kurz mal die Zeit anhalten? Hallo, Herr Raue? Guten Morgen! Können wir kurz mal die Zeit anhalten? Danke. - Ich verstehe Ihre Antwort nicht. Könnten Sie die wiederholen? - Danke.

**Zeugin Elisabeth Roegele**: Also, wenn Sie die Anzeige angucken: Die Themen, die wir analysiert haben, und die Transaktionen, die wir analysiert haben und die wir dann auch zur Anzeige gebracht haben, sind meines Erachtens überwiegend auf dem Londoner Markt für CFDs, für andere Transaktionen. Das ist kein - - Das ist, glaube ich, noch nicht mal ein regulierter Markt in London.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Und was war da die besondere Auffälligkeit, die Sie festgestellt haben?

**Zeugin Elisabeth Roegele**: Also, zum einen haben wir verschiedene Transaktionen, verschiedene Stores\* bekommen von den Kollegen. Und da gibt es natürlich zum einen auch den Hinweis, den Sie kennen, dass sich auch ein Händler, war es, glaube ich, gemeldet hat, der berichtet hat, dass die „FT“-Berichte vorab im Markt bekannt waren. Wir haben einzelne Transaktionen, die sehr auffällig sind, von - - Also, was wir immer machen, um das mal zu sagen, und auch die Kol-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

legen in London und in allen anderen europäischen Ländern machen, ist: Sie haben ein sehr auffälliges Handelsverhalten; irgendjemand hat noch nie in diesem Papier gehandelt, hat vielleicht auch noch nie Short-Positionen gemacht und macht just einen Tag, bevor eine negative Berichterstattung kommt, eine Short-Position und verdient sechsstellig.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und das war hier so.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich meine, dass es solche Sachverhalte in der Anzeige gibt.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Interessant ist ja, dass momentan - so scheint es ja zu sein - die Hinweise eher darauf hindeuten, dass die Information vielleicht aus dem Unternehmen selbst kam, aus Wirecard selbst. Haben Sie denn auch entsprechende Gesichtspunkte gewürdigt?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ganz ehrlich: Wenn Sie mir vor Juni 2020 erzählt hätten, dass ein Unternehmen Shortseller auf seinen eigenen Kurs ansetzt, um den Aktienkurs niederzuprügeln, dann hätte ich - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das ist ja nicht zwingend, das können ja auch - - Das ist ja gar nicht zwingend. Aber gut, meine Oma hat immer gesagt: Sachen gibt's, die gibt's gar nicht, -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Genau.

(Matthias Hauer  
(CDU/CSU): Meine auch!)

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** - aber zwingend ist das ja nicht, dass das Unternehmen die angesetzt hat. Es geht ja nur um die Frage, woher diese Information stammt. Und wir wissen ja heute: Ein Vorhalt war, die „Financial Times“ würde um 13 Uhr mit einem Artikel herausgehen, und das war aber nur eine redaktionsinterne Deadline, die an Wirecard kommuniziert wurde. Aber lassen wir das mal beiseite.

Ich komme noch mal zurück auf Ihre Kommunikation, wo es auch um die rechtlichen Zweifel an

dem Leerverkaufsverbot ging, wo Sie offenbar gar nicht die Tatbestandsvoraussetzung geprüft haben, sondern geguckt haben, wie Sie zu dem gewünschten Ergebnis kommen. Und da steht ja - - fragen Sie:

Jetzt habe ich die Hoffnung, dass vielleicht die AG selbst irgendeinen KWG-Status hat ...

Das ist MAT A BMF-5.15, Blatt 8. - Und dann sagen Sie:

(Finanzholding oder ähnliches).

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also, Ihnen war nicht bewusst, dass die BaFin bis dato immer gesagt hat: „Die Wirecard AG ist keine Finanzholding“ und genau damit begründet hat, dass sie nicht zuständig war unmittelbar für die Bilanzkontrolle und für die Geldwäscheaufsicht.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja. Die E-Mail geht an, soviel ich weiß, Herrn Hufeld und Herrn Röseler. Zu dem Zeitpunkt wusste ich das nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das habe ich nicht gefragt, sondern ich habe gefragt - - Sie wussten das nicht.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Zu dem Zeitpunkt wusste ich das nicht. Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Interessant.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das ist ja jetzt auch nicht was - - Wir tauschen uns ja jetzt auch nicht permanent über alle - ich weiß nicht wie viele Tausend Unternehmen Herr Röseler hat - aus.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Na ja, ein DAX-30-Unternehmen, ich dachte, das ist irgendwie schon - - Das weiß man als Exekutivdirektorin bei der BaFin, wo man da zuständig ist.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich will noch mal auf einen Artikel eingehen, der heute auf „Capital“ erschienen ist. Er ist überschrieben mit: „Was tun wir, um Wirecard zur Aufklärung zu verpflichten?“ Da geht es um die Kommunikation mit Herrn Kukies. Und ich zitiere jetzt mal aus dem Artikel - ich kann Ihnen den auch gerne vorlegen -:

Obwohl sich die Entwicklungen bei Wirecard im Frühjahr 2020 überschlugen, blieb die Finanzaufsicht auch bei einem anderen Vorgang bei ihrem Tempo. Anfang Mai liquidierte der Konzern seine nach Gewinn wichtigste Tochterfirma Card Systems Middle East in Dubai. Zeitgleich wurde auch Wirecards wichtiger Geschäftspartner Al Alam abgewickelt - eine der drei Firmen, über die das angeblich so lukrative Geschäft mit externen Drittkunden lief. Dass ein Dax-Konzern mal eben seine wichtigste Tochter liquidiert, kommt sicher nicht häufig vor. Allerdings verzichtete Wirecard darauf, die Börse per Pflichtmitteilung darüber zu informieren, sondern versteckte die Angabe in einem Anleiheprospekt. Mitte Mai schlug eine Anwaltskanzlei im Auftrag eines Londoner Hedgefonds deshalb Alarm - in Schreiben an Bafin-Exekutivdirektorin Roegele und die Münchner Oberstaatsanwältin Hildegard Bäuml-Hösl, über die Capital bereits im Februar berichtete.

Haben Sie sich denn über dieses Schreiben ausgetauscht mit Frau Bäuml-Hösl?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein. Was ich getan habe, ist, meinen Kollegen das Schreiben weiterzuleiten mit der Bitte um Prüfung.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Und wir wissen ja auch, was dann passierte: Die BaFin kam zu dem Ergebnis, dass sich keine bedeutsamen Auswirkungen für Wirecard ergeben:

Dem Konzern entstehe „nach eigener Aussage“ keine Beeinträchtigung bei den Transaktionsvolumina.

Haben Sie sich immer nur auf die Aussagen des betreffenden Unternehmens verlassen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich bin mir nicht sicher, ob damit die Untersuchung abgeschlossen war. Haben wir nicht sogar noch dazu - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich arbeite nicht bei der BaFin.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, dann werden Sie das in den Ordnern finden. Ich glaube, damit ist die Untersuchung nicht abgeschlossen gewesen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Na ja, was ist denn Ihre Kenntnis über den Vorgang?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich meine, dass wir uns sogar mit den - - Aufsichtsbehörden dort vor Ort gebeten haben, uns über Al Alam entsprechende Informationen zu geben. Jetzt muss ich aber gucken, weil ich, glaube ich, im vertraulichen Fahrwasser bin.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Reichen Sie uns das doch gerne nach.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das ist in den Unterlagen, die Sie bekommen haben.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, aber ich will die Information von Ihnen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Okay.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ich will Ihre Kenntnis darüber, und wenn Sie das hier nicht machen können, weil Sie meinen, das sei eine eingestufte Information, dann können wir das unter VS behandeln. Aber ich habe mich ja hier auf einen öffentlich zugänglichen Artikel bezogen.

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, wir nehmen das mit und prüfen das noch mal zusammen mit den Kollegen vom BMF.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nicht mit nach Hause nehmen, sondern uns heute vor der vertraulichen Sitzung noch mal mitteilen, weil wir werden ja hier noch länger zusammensitzen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, ob ich das heute klären kann - - Da brauche ich die Akten zu.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das können wir sicher organisieren.

(Die Zeugin berät sich mit  
ihrem Rechtsbeistand)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut, dann machen wir weiter. Kollegin Paus für Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön.

(RD Robert Fritz (BMF):  
Verzeihung, Herr Vorsit-  
zender, ich bitte kurz um  
das Wort!)

- Ja, Moment! Herr Fritz.

**RD Robert Fritz (BMF):** Die Akten liegen Ihnen ja vor. Und wenn es jetzt um Al Alam geht und auch um eine Auskunft von einer ausländischen Aufsicht und es ist eingestuft, was soll die Zeugin jetzt da ermitteln, heute noch? Sie kann ja nur für ihre Wahrnehmung sprechen. Wenn sie sich nicht mehr erinnern kann, dann müssen Sie halt in die Akten gucken. Ich meine - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Sie hat ja nicht gesagt, dass sie sich nicht erinnern kann, sondern sie hat gesagt, dass das in den Akten stehen müsste. Und ich habe aber nicht danach gefragt, ob das in den Akten steht, sondern woran sie sich erinnert. Wenn sie mir sagt, sie erinnert sich nicht daran, dann ist das ja eine Aussage. Die habe ich aber nicht gehört.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Dann erinnere ich mich nicht dran, -

(Heiterkeit)

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay, vielen Dank.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** - aber ich denke, es steht in den Akten.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann ist das geklärt. Der rote Teppich war ausgerollt.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Gut. Dass Sie sich aber nicht daran erinnern, entbindet mich ja nicht der Möglichkeit, dass ich trotzdem was dazu in den Akten finde und Ihrer Erinnerung noch mal helfe dann.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut. - Zweiter Versuch mit uns, Frau Paus. Sie haben das Wort. Bitte schön.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich wollte noch mal auf das Gespräch zwischen Ihnen und der Bundesbank bzw. Herrn Seiler zurückkommen. Sie hatten ja eben, sozusagen am Ende, cursorisch noch mal gesagt, nach Ihrer Wahrnehmung sind Sie am Ende übereingekommen, dass die Bundesbank zu diesem Fall keinen Beitrag leisten kann an diesem Freitag. Sie haben ja auch gesagt: Die Bundesbank hat sich am Freitag verabschiedet. So. Ich wollte einfach noch mal fragen: Wie kam es denn eigentlich zu dem Gespräch zwischen Ihnen und Herrn Seiler? Warum haben Sie denn Herrn Seiler durchstellen lassen zu sich?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich glaube nicht, dass ich ihn zu mir habe durchstellen lassen, sondern dass die Kollegen ihn zu mir durchgestellt haben, meine internen Kollegen, mit der Aussage: Die Bundesbank-Kollegen sind nicht glücklich damit, dass wir nicht deutlich genug gemacht haben, dass wir gar nicht die Finanzstabilität im Blick haben, sondern nur das Marktvertrauen, -

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** - und „Könnten Sie das dem Herrn Seiler noch mal sagen?“. - Ich glaube, das war die Zielsetzung.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - So, dann trotzdem noch mal die Frage: Das wäre ja jetzt auch kein Schaden gewesen, wenn die Bundesbank trotzdem ihre Stellungnahme, wie es in dem gemeinsam vereinbarten Ablaufplan vorgesehen ist, Ihnen zugeschickt hätte. Wenn Sie sagen, Sie haben entschieden: „Das ist eben kein Fall für die Finanzstabilität, sondern eine fürs Marktvertrauen. Dazu kann die Bundesbank keinen Beitrag leisten“, dann hätte diese Stellungnahme ja gar nicht großartig geschadet. Von daher ist ja die Frage, warum Sie aktiv mit diesem Gespräch auch verhindert haben, dass die Stellungnahme abgegeben wurde. Und hatten Sie nicht den Eindruck, dass es aktiv war?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Insoweit: Es war ja vorher immer das Thema, dass die Staatsanwaltschaft Ihnen gesagt hat, dass Sie sehr vertraulich mit der Information umgehen müssen, dass es da eine Bedrohungslage gibt und dass die da präventiv vorgehen müssen. Und vorher wusste die Bundesbank ja auch gar nicht, vor Ihrem Telefonat mit Herrn Seiler - ist doch nach Aktenlage richtig -, dass die Staatsanwaltschaft diese Bedrohungslage sozusagen Ihnen mitgeteilt hat und Sie aufgefordert, präventiv tätig zu werden. Und erst durch das Telefonat zwischen Ihnen und Herrn Seiler hat ja die Bundesbank davon Kenntnis erhalten, obwohl das ja eigentlich eine vertrauliche Information war. Und daraufhin hat dann ja die Bundesbank gesagt: Okay, dann machen wir keine Stellungnahme. - Also, es ist ja schon das Resultat des Gespräches zwischen Ihnen und Herrn Seiler.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aber ich habe nicht Herrn Seiler aufgefordert, keine Stellungnahme abzugeben. Nach meiner Erinnerung habe ich erst mal Herrn Seiler den gesamten Sachverhalt geschildert: Wir prüfen Marktvertrauen und nicht Finanzstabilität, und es gibt noch Hintergrundinformationen, die ich Ihnen nicht geben darf. - So, und dann ist meines Erachtens ein weiteres Telefonat von Frau Buch gekommen, in dem sie mir vorschlägt, deswegen dann auf die Stellungnahme zu verzichten. Aber das war nicht meine

Initiative, sondern aus meiner Sicht war das ein Vorschlag von Frau Buch.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie würden jetzt schon sagen: Das ist zustande gekommen durch die zusätzlich - - Sie hatten sozusagen von Ihren Mitarbeiterinnen den Auftrag, mitzuteilen an Herrn Seiler: Es ist nicht Finanzstabilität, sondern Marktvertrauen. Und das Zweite ist, dass Sie eben zusätzlich in diesem Telefonat - - haben Sie nicht nur gesagt: „Es gibt Informationen, die ich Ihnen nicht sagen kann“, sondern: „Es gibt Informationen von der Staatsanwaltschaft.“

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Was ich Herrn Seiler gesagt habe und was ich Frau Buch dann konkret gesagt habe, kann ich Ihnen jetzt nicht mehr sagen. Ob ich Herrn Seiler schon über das Fax erzählt habe oder erst Frau Buch, das weiß ich, ehrlich gesagt, nicht.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber dass Sie das dann mitgeteilt haben, daran können Sie sich schon erinnern.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja, aber nicht über den Inhalt des Faxes. Ich habe Frau Buch gesagt: „Wir haben weitere Informationen, die ich Ihnen nicht zur Verfügung geben kann, von der Staatsanwaltschaft“ - nach meiner Erinnerung.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn die Stellungnahme gekommen - - Also, Sie haben jetzt gesagt, Sie haben nicht aktiv irgendwie dafür gesorgt, dass die Stellungnahme der Bundesbank nicht kommt, sondern das ist dann irgendwie so passiert. Vorher war die Stellungnahme fertig, und dann - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ob sie da schon fertig war, das entzieht sich meiner Kenntnis.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Aber jedenfalls sagen Sie, das war für Sie nicht relevant. Ob es eine Stellungnahme der Bundesbank gibt oder nicht, das fanden Sie jetzt nicht weiter schlimm. Wenn es sie gegeben hätte, dann hätten Sie sie einfach mit reingepackt in die



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Unterlagen an die ESMA; aber es war ja nicht relevant.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Dann hätte ich sie zur Akte verfügt. Ob ich die auch an die ESMA gegeben hätte, ist noch eine andere Frage, weil sie prüft das falsche Thema. Ich schicke ja der ESMA nicht Prüfungen, die gar nix mit dem Sachverhalt zu tun haben.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also war es am Anfang ein Fehler, überhaupt die Bundesbank zu informieren?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, ehrlich gesagt, man hätte der Bundesbank von Anfang an sicherlich sehr deutlich sagen müssen: Es geht hier um Marktvertrauen und nicht um das, was ihr eigentlich prüft: Finanzstabilität. Und das ist, glaube ich, nicht deutlich genug gesagt worden.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und warum haben Sie die Bundesbank dann informiert und um Stellungnahme gebeten?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich glaube, weil man schlicht und ergreifend - aber das ist jetzt nicht meine Wahrnehmung - dass die Kollegen einfach den Prozess eingehalten haben, wie er im Prozesshandbuch stand, dann aber diese wesentliche Information nicht klar genug kommuniziert haben.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** So. Aber ansonsten hätten Sie die Stellungnahme entgegengenommen, abgeheftet.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Dass es nicht Finanzstabilität ist, war uns auch klar, auch ohne Stellungnahme der Bundesbank.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Dann habe ich noch eine andere Frage. In der Opinion der ESMA, da steht ja noch mal drin, dass es „potential contagion risk“ gibt, und dann auch, dass sie Sorge haben,

regarding an appropriate price determination extending to other issues, including DAX issuers and financial institutions.

Dass es eben sozusagen zusätzliche Wirkung gibt beim Preisbildungsmechanismus auch auf andere entsprechende Marktteilnehmer. Und deswegen einfach noch mal meine Frage: Gab es bei anderen, bei vorherigen Short-Attacken eigentlich bereits DAX-Emittenten, die sich bei Ihnen gemeldet haben, weil sie besorgt gewesen sind wegen Spill-over-Effekten?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, was mir spontan einfällt, wäre - - Gegenstand von Short-Attacken, dann war es Ströer, das meines Erachtens, glaube ich, - Ströer, -

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ströer.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** S - T - R - Ö - E - R, glaube ich -, -

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, ja, genau.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** - ein MDAX-Emittent - - Wir hatten Aurelius. Und jetzt löchern Sie mich nicht weiter. Also, es gab immer wieder mal Emittenten, die Gegenstand von Short-Attacken waren.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Im Zusammenhang mit - - sozusagen im Umfeld mit Short-Attacken auf Wirecard? - Das ist die eine Frage. - Die zweite Frage - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein, nicht im Umfeld von Short-Attacken von Wirecard, sondern es sind ja jedes Mal, für sich genommen, eigene Short-Attacken.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, aber es ging ja darum, sozusagen inwieweit es die Gefahr gibt, dass es eben durch eine Short-Attacke auf Wirecard zusätzliche Irritationen in einem Preisbildungsprozess für andere Marktteilnehmer gibt. Und deswegen da noch mal meine Frage.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Und das, was Sie jetzt gerade benannt haben, waren alles keine DAX-30-Unternehmen, richtig?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja. Aber ich möchte nur mal eines sagen: Wenn gerade bei einem DAX-30-Unternehmen die Anleger damit rechnen müssen, dass die Preisbildung nicht mehr anständig zustande kommt, weil jemand Vorauswissen hat, eine Short-Attacke macht - und noch mal: eine Short-Attacke heißt: ich habe Insiderwissen und benutze es -, dann ist es doch eine Beeinträchtigung des Marktvertrauens, das auch um sich greifen kann. Ich weiß nicht - -

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber hatten Sie Indizien dafür -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Frau Paus.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - aufgrund von vorherigen Fällen -, dass es tatsächlich eine realistische Gefahr ist?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, dass die Anleger das verunsichert, das können Sie uns glauben.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Alles klar.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Zeit ist um.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nächste Runde. - Gut, dann schaue ich: Matthias Hauer für die Union.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Herr Vorsitzender. - Frau Roegele, ich möchte noch mal auf Ihren Rückzug aus der BaFin zu sprechen kommen. Da hatten wir ja vorhin so ein bisschen eine Hängepartie, weil Sie da nicht so richtig was zu gesagt haben. Und ich frage Sie einfach mal, ob Ihr Rückzug aus der BaFin etwas mit Wirecard zu tun hat.

(Die Zeugin berät sich mit  
ihrem Rechtsbeistand)

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass meines Erachtens diese

Aussage nicht Gegenstand des Untersuchungsausschusses ist.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das sehe ich nämlich völlig anders, denn wenn Ihr Rückzug nichts mit Wirecard zu tun hätte, dann dürften Sie hier sagen: Ich sage nix. Aber wenn er mit Wirecard etwas zu tun hat, dann müssen Sie auch da was zu sagen. Ich meine, wir haben hier einen Untersuchungsausschuss zu Wirecard, und Sie müssen uns hier Auskunft geben zu den Punkten, die mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun haben. Und Ihr Rücktritt: Da stellt sich zum Beispiel auch die Frage, ob der erfolgt ist, weil Sie 2019 eine falsche Entscheidung im Zusammenhang mit dem Leerverkaufsverbot getroffen haben, und das hat sehr viel mit dem Untersuchungsausschuss zu tun und mit Wirecard. Insofern meine Frage: War Ihr Rücktritt im Zusammenhang mit Wirecard?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** So, dann bitte ich jetzt den Vorsitzenden und das BMF: Nach meiner Kenntnis sind diese Fragen nicht vom Untersuchungsauftrag - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Dann sollten wir das jetzt klären. Ich habe diese rechtliche Auffassung geäußert, dass es ganz klar vom Untersuchungsgegenstand umfasst ist. Dann bitte ich jetzt, zu unterbrechen, und dann sollte das intern geklärt werden.

(Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans  
Michelbach (CDU/CSU):  
Dann machen wir hier  
nicht weiter, wenn wir vor-  
geführt werden!)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut, dann unterbrechen wir kurz an der Stelle. Ich berate mich zunächst mal mit Dr. Raue. Wie wollen wir es machen? Zur Not eine Beratungs- -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Bitte die Zeit stoppen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Die Zeit, klar. Gibt dann noch einen Bonus.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(RD Robert Fritz (BMF):  
Herr Vorsitzender, darf ich  
noch vorher was sagen, be-  
vor Sie sich beraten? Viel-  
leicht kann das noch mit  
einfließen!)

- Ja, bitte.

**RD Robert Fritz (BMF):** Ich bin der Meinung:  
Selbst wenn es untersuchungsgegenständlich  
wäre - was ich nicht glaube, dass es ist : Das ist  
nicht mehr der Untersuchungszeitraum, definitiv  
nicht, weil der 01.10.2020, 12.55 Uhr ist das  
Ende des Untersuchungszeitraums. Und dann,  
selbst wenn beides gegeben wäre, Untersu-  
chungsgegenstand und Untersuchungszeitraum,  
was meines Erachtens nicht der Fall ist - zumin-  
dest bei Letzterem ist es ganz eindeutig - ,sind  
hier ganz massive Persönlichkeitsrechte, indivi-  
duelle Vorgänge der Zeugin betroffen, was dann  
auch nach der Aussagegenehmigung ein Aus-  
schlussgrund ist. Aber dazu wird vielleicht auch  
der Anwalt dann noch was sagen. Aber das  
möchte ich auch bitte mitberücksichtigt wissen.

(Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans  
Michelbach (CDU/CSU):  
Warum mauern denn Sie  
schon wieder?)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dr. Michelbach. -  
Möchte der Anwalt zunächst - -

(Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans  
Michelbach (CDU/CSU):  
Ich möchte dazu was sa-  
gen!)

**RA Prof. Dr. Heiko Ahlbrecht:** Also, erstens: Es  
ist vollkommen richtig, dass es vom Unter-  
suchungszeitraum nicht gedeckt ist. Deswegen  
fällt es schon rein zeitlich raus.

Der zweite Grund ist tatsächlich auch der Um-  
fang der Aussagegenehmigung. Das passt hier  
auch nicht dazu.

Und drittens, last, but not least, selbst wenn das  
hilfsweise auch nur eine Erwägung wäre, sind

das die Persönlichkeitsrechte meiner Mandantin.  
Das ist ein Thema, was hier so oder so nicht zum  
Thema kommen wird. Ich bin sehr gerne bereit,  
darüber zu streiten - bis zum Ende. Das sage ich  
Ihnen in aller Offenheit.

(Abg. Matthias Hauer  
(CDU/CSU) und Fabio De  
Masi (DIE LINKE) melden  
sich zu Wort)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann hatte ich  
jetzt Wortmeldungen, Matthias Hauer und dann  
Fabio De Masi.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Wir können Sie na-  
türlich nicht zwingen, sich hier zu äußern. Ich  
weise Sie darauf hin, dass es meine Rechtsauffas-  
sung ist - und ich glaube, die ist auch richtig -,  
dass Sie dazu etwas sagen müssen, weil es eben  
vom Untersuchungsgegenstand und Unter-  
suchungszeitraum sehr wohl umfasst ist. Es ist ja  
die direkte Folge offensichtlich von Themen, die  
passiert sind während des Untersuchungsgegen-  
standes, mit ganz klarem Bezug zu Wirecard.  
Und wie man da auch nur ansatzweise auf die  
Idee kommen kann - - Wir haben uns hier auch  
noch mal intern rückversichert bei unserem Refe-  
renten, was das Rechtliche angeht. Aber es gibt  
nun mal im rechtlichen Bereich auch unter-  
schiedliche Rechtsauffassungen. Sie haben eine  
Rechtsauffassung, die ich für nicht vertretbar  
halte. Ich finde es auch ein bisschen hanebüchen,  
muss ich sagen, dass da tatsächlich die Aussage-  
genehmigung eine Rolle spielt, die dann wieder-  
um Bezug nimmt auf die Persönlichkeitsrechte  
der Mandantschaft. Also, das finde ich schon ei-  
nen Zirkelschluss, der sehr weit hergeholt ist.

Aber ich nehme jetzt erst einmal zur Kenntnis,  
dass Sie sich hier verweigern, was diese Antwort  
angeht, und würde jetzt die Befragung fortsetzen,  
wenn der Vorsitzende - - Sie dürfen auch die Uhr  
wieder aktivieren, leider.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ganz kurz.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Bitte sehr, Sie kön-  
nen gerne - - natürlich.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Vorsitzende berät sich  
mit RD Dr. Frank Raue  
(BT))

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, ich tue mich  
da selbst ganz - -

(Zuruf des Abg. Dr. Jens  
Zimmermann (SPD))

- Ja, aber bitte: Wir haben jetzt die Diskussion,  
und billigen Sie dann auch dem Vorsitzenden,  
der sich hier, glaube ich, mehr als quält, die rich-  
tige Entscheidung zu treffen - - Das ist auch in  
Ordnung.

Ich bin hier tatsächlich der Ansicht - - Wir hatten  
hier schon mal einen ähnlichen Fall, da bin ich  
der Auffassung vom Kollegen Hauer gefolgt. Da  
ging es um Akten, die Bezug nahmen, aber auch  
danach sozusagen auftauchten. Da hatten wir ja  
auch - - Das hatten Sie - -

(Zuruf des Abg. Dr. h. c.  
(Univ Kyiv) Hans Michel-  
bach (CDU/CSU))

Aber hier handelt es sich tatsächlich um ein sin-  
guläres Ereignis. Ich würde es der Zeugin zubilli-  
gen. Ich würde es tatsächlich aber verneinen - da  
bin ich beim Kollegen Hauer -, dass das jetzt  
dann, wenn es so wäre, mit der Aussagegenehmi-  
gung zu tun hat, sondern ich stelle es hier wirk-  
lich in das Ermessen der Zeugin, zu sagen: Es ist  
außerhalb des Untersuchungszeitraums. Selbst-  
verständlich ist es freiwillig, dass Sie hier alles  
sagen. Da kann ich nur appellieren. Aber ich  
würde auch ganz klar sagen: Das ist jetzt nicht  
mehr von der Aussagegenehmigung gedeckt, weil  
es dann eben - da würde ich es sogar umkehren -  
ein privater - - auch sicherlich Ihren privaten Be-  
reich angeht. Aber das lege ich jetzt in Ihr Finger-  
spitzengefühl an dieser Stelle, auf den Kollegen  
Hauer zu antworten oder eben zu sagen: Nicht.  
Das ist meine Auffassung, auch im Gespräch jetzt  
mit Herrn Raue. Und, wie gesagt, zwei Juristen,  
drei Meinungen; das kennen wir ja auch. Also,  
insoweit ist das sicherlich wieder so ein Fall, der  
auf der Grenze liegt.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Vielen Dank, Herr Vor-  
sitzender. - Und ich würde ja sagen: Wenn wir  
das alles mal hinter uns haben und Sie mir alle  
ganz furchtbar sympathisch werden, erzähle ich  
Ihnen das vielleicht, aber nicht hier und heute.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also, finde ich eine  
Frechheit, die Antwort, muss ich ganz ehrlich sa-  
gen.

(Zuruf des Abg. Dr. h. c.  
(Univ Kyiv) Hans Michel-  
bach - Fritz Güntzler  
(CDU/CSU): Unglaublich!)

Aber wir sehen uns ja noch mal am 13.04., könn-  
en Sie sich schon mal fest in den Kalender ein-  
tragen, insofern - - Ich bin einmal mehr scho-  
ckiert über Ihre Ausführungen.

(Fritz Güntzler (CDU/CSU):  
Man wundert sich gar nicht  
mehr, was da passiert ist! -  
Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans  
Michelbach (CDU/CSU):  
Und über das BMF wund-  
ere ich mich auch nicht  
mehr! Warum mauern Sie  
denn, Herr Fritz? - Heiter-  
keit)

Also, 13.04. diskutieren wir dieses Thema defini-  
tiv auch weiter. - Und jetzt komme ich zum  
nächsten Thema. Da können die Emotionen ein  
bisschen runterkochen, auch wenn ich die nach-  
vollziehen kann.

Hatten Sie, Frau Roegele, oder jemand anderes in  
Ihrem Hause der BaFin, im Zuge der DPR-Prü-  
fung vorher oder dabei irgendwann mal Zweifel  
daran, dass die DPR da einen guten Job macht?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich glaube, ich gehöre  
zu denjenigen, auf die Sie ansprechen. Ich bin  
diejenige, die durchaus mal Zweifel hatte im Mai  
2020. Aber wie Sie auch wissen, brauchen Sie er-  
hebliche Zweifel an dem, was die DPR macht,  
und diese Schwelle haben meine Zweifel auch  
nicht übersprungen. Das haben wir geprüft. Die  
DPR hat nach ihrer Verfahrensordnung geprüft;



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sie hat Prüfungshandlungen vorgenommen. Und ich kann nicht sagen, dass wir die Schwelle der erheblichen Zweifel übersprungen haben, sodass wir diese Prüfung hätten an uns ziehen hätten können.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, Sie können ja nahezu Gedanken lesen. Ich meinte tatsächlich Sie und meinte den Mai - der 8. war es sogar, den ich meinte, der 8. Mai 2020 - - eine E-Mail von Ihnen an Herrn Hufeld, also ganz oben angehängt. Da schreiben Sie:

Lieber Herr Hufeld,

wir haben gestern auf mehrfache Nachfrage von Herrn Prof. Ernst (bislang nur mündlich) erfahren, dass die DPR auf unsere Mitte Februar 2019 beauftragte Prüfung des Halbjahresabschlusses 2018 der Wirecard AG praktisch voraussichtlich seit Juni (?) 2019 inhaltlich nichts mehr gemacht hat.

Und so weiter. - Also, Sie stellen im Mai 2020 fest, dass die DPR „seit Juni (?) 2019 inhaltlich nichts mehr gemacht hat“. Also, ein Jahr fast hat die DPR nichts mehr gemacht. Und das hat Sie nicht veranlasst, da das Ruder zu übernehmen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das war ja dann nicht zutreffend.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Sondern? Korrigieren Sie das gerne.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das war die erste Information, die wir von Herrn Professor Ernst bekommen haben. Ich habe dann mit den Kollegen abgestimmt, dass - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also noch mal zur Info: Der Herr Professor Ernst hat Ihnen gesagt: „Wir haben seit Juni nichts mehr gemacht“, oder was?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Er hat es Frau Lausch gesagt, die Sie ja auch noch hier treffen werden. Er hat es meines Erachtens Frau Lausch gesagt,

oder bei Frau Lausch ist der Eindruck entstanden, dass das so ist. Herr Ernst war aber wahrscheinlich nicht wirklich im Sachverhalt. So. Wir haben dann intern diskutiert, was jetzt zu tun ist, weil es ist nicht wirklich ganz klar in den §§ 107 ff. WPHG geregelt, ob die DPR bei einem laufenden Verfahren uns Auskunft geben muss. Wir haben dann ein Auskunftersuchen an die DPR geschickt, was ihre Prüfungsschritte sind. Und Sie kennen wahrscheinlich auch die Antwort der DPR. Die DPR sagt dann sehr deutlich, dass sie dahingestellt sein lässt, ob wir überhaupt einen Auskunftsanspruch haben, legt uns aber dann sehr deutlich offen, welche einzelnen Prüfungsschritte sie gemacht hat, auch im Juni, auch im September. Insofern sind damit die erheblichen Zweifel nicht mehr vorhanden gewesen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Die - - Nicht mehr vorhanden. Also, vorher waren sie vorhanden.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein, ich korrigiere mich: Damit hatten wir keine Grundlage für erhebliche Zweifel.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Die DPR hat ja die Prüfungstätigkeit jetzt im Laufe der KPMG-Prüfung, ich sage mal, weitgehend eingestellt und auf KPMG, auf das Ergebnis gewartet. Würden Sie das teilen, diese Auffassung?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, ich denke, es ist sicherlich nachvollziehbar, dass die DPR die Prüfungen, die KPMG mit einem erheblichen Aufwand von 40 Mitarbeitern, soviel ich weiß, und 10 Millionen Budget durchführt, berücksichtigt und in ihre Stellungnahme aufnimmt und auch in ihrer Prüfung mit berücksichtigt. Also, dass die DPR die Prüfung beendet, bevor sie auf diese Prüfungen der KPMG Zugriff hat, das wäre auch nicht wirklich sinnvoll gewesen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das war aber nicht meine Frage. Meine Frage war, ob die DPR weitert gemacht hat oder auf KPMG gewartet hat. Haben die geprüft, selbst, während dieses Zeitraums?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nach dem, was ich gesehen habe in den Unterlagen, hat die DPR durchaus das eine oder andere - es gab noch verschiedene Prüfungssitzungen etc. - weiterverfolgt.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Wie passt diese Aussage zusammen mit der E-Mail, die ich gerade erwähnt habe, 8. Mai 2020, wo Sie schreiben an Herrn Hufeld, unter anderem:

KPMG ist m.E. kein Grund, dass die DPR die Hände in den Schoß legt.

Da schwingt doch ein Vorwurf mit: Die legen bisher die Hände in den Schoß, weil sie auf KPMG warten.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Es war ja aber dann nicht so. Als ich die E-Mail am 8. Mai geschrieben habe, kannte ich noch nicht, was die DPR antwortet. Und die Antwort der DPR ist irgendwie Mitte Mai.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Können Sie das zusammenfassen, was die dann geantwortet haben?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, als ich am 8. Mai diese E-Mail geschrieben habe, haben wir eine rein mündliche Information gehabt von Professor Ernst. Daraufhin haben wir intern geprüft, wie wir jetzt Sicherheit bekommen können, was die DPR eigentlich tatsächlich gemacht hat. Daraufhin haben wir der DPR ein Auskunftersuchen geschickt, einen Verwaltungsakt. Den hat die DPR beantwortet, und in dieser Antwort waren durchaus Prüfungsschritte seitens der DPR enthalten. Die Aussage von Professor Ernst uns gegenüber war in dem Sinne nicht richtig, damit natürlich auch meine Aussage gegenüber Herrn Hufeld überholt.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay. - Hat denn die DPR aus Ihrer Sicht dann da richtig gearbeitet?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Die DPR hat uns dann ja im Mai, soviel ich weiß, durchaus in Aussicht gestellt, dass sie das - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also, meine Frage war, ob die DPR aus Ihrer Sicht richtig gearbeitet hat. Hat die da einen guten Job gemacht? Oder hat die im Rahmen der Vereinbarungen, die mit der DPR bestehen - - ist sie denen nachgekommen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich kann nur sagen: Im Rahmen der Verfahrensordnung ist sie ihren Pflichten nachgekommen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Gut. Sie hatten also nichts, was Sie da kritisieren konnten an der DPR-Arbeit.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Und schon gar nicht, nachdem die DPR gesagt hat, dass sie im Juli voraussichtlich die Ergebnisse vorlegen wird.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Es gibt auch nichts, wo Sie sagen: „Das hätten die besser machen können bei der DPR“, was Ihnen aufgefallen ist?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, ich bin ein Mensch, der der Auffassung ist, dass man immer etwas besser machen kann. Und sicher hätte die DPR auch - - Aber da bin ich nicht nahe genug am Prozess.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und meine Position ist: Vor allem hätte die BaFin Einiges besser machen können, zum Beispiel diese DPR-Beauftragung, die Veranlassensprüfung, überhaupt erst mal hinterfragen, ob die DPR in der Lage ist, das, was Sie der DPR da mit auf den Weg geben, nämlich zu prüfen, ob zum Beispiel auch gefälschte Unterlagen eine Rolle gespielt haben, was die gar nicht können, weil sie eben nicht forensisch arbeiten können - - dass sie das gar nicht rausfinden können. Das hat uns auch der Herr Professor Ernst gesagt.

Ich würde noch mal gerne zur Verhältnismäßigkeit kommen. Da haben wir ja vorhin schon mal drüber gesprochen. Dieses Thema prüft man



## Nur zur dienstlichen Verwendung

auch, ob ein Nichthandeln bei dem Leerverkaufsverbot, ob da auch Nichthandeln eine Option ist. Also, ist das nicht auch eine Frage der Verhältnismäßigkeit, dass man prüft: „Was ist das Verhältnismäßigste?“ und in diesem Zuge auch prüft: „Ist ein Nichthandeln da die richtige Wahl?“?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Selbstverständlich, aber angesichts der von uns festgestellten Bedrohung des Marktvertrauens und damit auch der Anleger wäre im Gegensatz zum Leerverkaufsverbot ein Nichthandeln nicht verhältnismäßig gewesen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also, vorhin haben Sie gesagt, Sie haben es nicht geprüft. Mir kam das eher so vor - - Das ist so: Wenn man einen Hammer hat, dann sieht alles aus wie ein Nagel, und dann will man da auch draufhauen. Und dann gab es die Möglichkeiten Leerverkaufsverbot oder Handlungsaussetzung. Deshalb hat man das gar nicht erst in Erwägung gezogen. - Wie war denn die Kommunikation dazu mit dem Herrn Hufeld?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Zum Leerverkaufsverbot?

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Wie gesagt - ich hatte das vorhin schon erläutert -: Um 18 Uhr gab es ein Telefonat zwischen - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Freitag, 18 Uhr.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Freitag, 15.02., 18. Uhr.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Genau. Können Sie das einmal noch mal beschreiben, bitte? Vielleicht war ich da grad kurz draußen, habe ich das nicht mitbekommen. Kann sein, das kommt ja schon mal vor.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, ich habe mit Herrn Hufeld telefoniert; das Telefonat war ausgemacht. Wir haben kurz über diesen Sachverhalt

gesprochen. Ich habe ihm das vorgestellt, habe ihm auch, meine ich, das Fax vorgelesen, aber würde ich jetzt keine 100 Prozent - - aber zumindest inhaltlich das Fax und dann unsere diversen Überprüfungen, die wir anhand der Daten haben, dass sich das auch widerspiegelt in unseren Daten und dass unser Vorschlag hier wäre oder unsere Vorgehensweise, die wir wählen wollen, das Leerverkaufsverbot ist. Und dem hat er zugestimmt.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Dem hat er zugestimmt. Habe ich richtig ver- -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay. - Haben Sie mit dem Herrn Hufeld über die Kommunikation dann noch mal gesprochen, wie man da jetzt vorgeht, ob man das dem BMF irgendwie mitteilt zum Beispiel oder wie die einbezogen sind? Ist das Thema gewesen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Kann ich nicht sagen. Aber mit Sicherheit ist Herr Hufeld davon ausgegangen, dass ich das BMF unterrichte oder dass wir das BMF unterrichten.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, ich bin auch davon ausgegangen, dass Sie es unterrichten; aber das haben ja dann Ihre Mitarbeiter, wie Sie sagen - - haben das gemacht.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Na ja, mit Frau Wimmer habe schon ich gesprochen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, aber erst später, einen Tag später, ne? In dem Moment hatte ja erst mal ein Arbeitsebenentelefonat, hatten Sie gesagt, stattgefunden.

Wissen Sie denn, wie das dann im BMF mit der Informationssituation weitergelaufen ist? Also, zumindest der Herr Kukies hat ja davon erfahren. Wissen Sie das, dass der Herr Kukies davon wusste?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das weiß ich jetzt aus einer Kleinen Anfrage oder wie auch immer; aber ich weiß davon nichts originär als Zeugin.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Twitter. Twitter kann ich auch immer empfehlen. Nicht nur Kollege De Masi ist da immer eine sehr gute Quelle, sondern zum Beispiel auch der Wolfgang Schmidt. Da erfahren wir auch manchmal Dinge, die wir hier aus dem Untersuchungsausschuss gar nicht erfahren. Die erfahren wir dann da auf Twitter, zum Beispiel, dass der Herr Kukies da eingebunden war. Aber da wissen Sie nicht, wie da irgendwer im BMF informiert war, ne?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, ich habe keine Anschauung dazu.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay, schade. - Ich möchte noch mal zurück zu dem Bundesbank-Kontakt. Sie haben ja vorhin gesagt: Die haben sich verabschiedet an dem Freitag. Das war Ihr Wort: „verabschiedet“. Habe ich das richtig verstanden, dass das so gemeint war, dass Sie beide dann telefonisch, Sie mit der Frau Buch, übereingekommen sind, dass es, da Sie es ja auf das Marktvertrauen stützen - - dass dann quasi das Thema Finanzstabilität da jetzt nicht so relevant ist, weil es ja eben - - die wollen es ja auf das andere stützen, und deshalb ist es einfach nicht erforderlich, eine Stellungnahme - - und dass das quasi eine gemeinsame Entscheidung war, jetzt mal dahingestellt, wer da jetzt wen zuerst veranlasst hat, aber es war irgendwie - - Man hat sich darauf verständigt. Kann man das so sagen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das kann man so sagen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** So habe ich Sie nämlich auch da verstanden. - Was ich aber immer noch nicht da ganz verstanden habe, ist, wenn Sie es doch aufs Marktvertrauen stützen wollten und die Bundesbank doch nur die Finanzstabilität beurteilen kann und das Marktvertrauen überhaupt nicht, wieso man die Bundesbank dann da überhaupt fragt. War doch irrelevant.

(Die Zeugin nickt)

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ganz ehrlich: Diese Differenzierung ist in der Arbeitsvorgabe nicht drin. Das hat sich tatsächlich an dem Fall herauskristallisiert, dass das noch mal spezifiziert werden sollte.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay, das habe ich jetzt nicht verstanden. Können Sie mir das noch mal konkreter erklären, -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das war in der Arbeitsanweisung - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - wann sich da was herauskristallisiert hat?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das war in der Arbeitsanweisung - war. Bisher sind die beiden Begriffe „Marktvertrauen“ und „Finanzstabilität“. Die früheren Leerverkaufsmaßnahmen hatten immer Finanzstabilität als Thema. Da hat man nie drüber nachgedacht: Wie ist das eigentlich? Kann die Bundesbank „Marktvertrauen“ sagen? Und das hat sich eigentlich tatsächlich an dem Fall herauskristallisiert.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Wäre Ihnen das lieber gewesen, wenn die Bundesbank gesagt hätte „Finanzstabilität“? Dann hätten Sie ja, wie Sie sagten, auch gerade bei anderen Fällen - - hätten Sie es ja auf Finanzstabilität - - hätten Sie auch die Bundesbank noch mit im Boot gehabt. Das wäre ja schöner gewesen, ne?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, bei uns war von vornherein klar: Finanzstabilität ist es nicht. Darum haben wir es auch nie auf das aufgebaut.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Na gut. - Dann habe ich eine letzte Frage, bevor ich an den Kollegen Dr. Michelbach weitergebe. Wer ist eigentlich auf die Idee gekommen, dass die Frau Linden nicht im Haus ist?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ehrlich gesagt: Ich habe das nicht überprüft. Ich habe durch das,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dass Frau Schierhorn mich direkt angesprochen - - bin ich davon ausgegangen, dass Frau Linden nicht da ist.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Sie haben sie auch nicht gefragt, ne? Sie haben das quasi daraus, dass sie mit Ihnen spricht, geschlussfolgert, -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): - dass ihre Chefin nicht da ist.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Genau.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): So läuft das, also dass man - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** So ist es auch üblich, ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Wenn also der - - aus dem Referat jemand Sie persönlich anspricht, dann heißt das im Umkehrschluss zwingend, dass die Ebenen dazwischen nicht da sind.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Weil die Erwartungshaltung ist, dass, wenn die Ebene dazwischen da ist, der Referatsleiter zuerst mal die Ebene dazwischen einbindet.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, da hat die Frau Schierhorn falsch gehandelt aus Ihrer Sicht.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das kann man jetzt auch nicht sagen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das ist der Umkehrschluss aus Ihren Erklärungen, weil die hätte ja dann Ihre Chefin fragen müssen und die hätte dann Sie fragen müssen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Genau, so ist eigentlich der Ablauf.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also hat die falsch gehandelt aus Ihrer Sicht.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ob das falsch war, ob das der Aufregung geschuldet war - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Entspricht aber nicht den Regelungen bei Ihnen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein, das entspricht nicht der üblichen Vorgehensweise. Ob das daran lag, dass Frau Linden möglicherweise nur interimistisch im Amt war, das kann ich heute nicht nachvollziehen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Na, war ja schon ein paar Monate.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich habe sie auf jeden Fall - - Wäre Frau Linden - - Wäre mir bewusst gewesen, dass Frau Linden da ist, hätte ich sie eingebunden.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das heißt: Auch wenn sie jetzt zum Beispiel unterwegs ist - - Ich meine, Sie sind ja alle auch viel unterwegs. Sie sind ja auch mit dem Flugzeug da irgendwo gerade angekommen, einen Tag vorher oder so, hatten Sie ja auch erzählt. Ist ja auch klar, wenn man so eine wichtige Funktion hat, dass man da auch viel unterwegs ist. Also, wenn jetzt die Abteilungsleiterin nicht im Haus ist, kann das ja auch sein, dass die einfach gerade woanders ist, also jetzt nicht krank oder so oder Urlaub, sondern einfach räumlich woanders.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Mhm.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und da bezieht man die dann nicht mit ein.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, es ist jetzt nicht an mir - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Sie hätten die ja auch anrufen können, wollte ich damit sagen. Also, es kann ja sein, dass die Frau Schierhorn zu Ihnen kommt, weil die Dame, die dazwischen ist in der Hierarchie, gerade in einer anderen Stadt ist. Dann können Sie die doch anrufen, die Vorgesetzte, oder? Also, mich stört einfach, dass Sie an der zuständigen Abteilungsleiterin vorbei das



## Nur zur dienstlichen Verwendung

durchgeboxt haben, ohne die zu beteiligen. Sie haben sich noch nicht mal die Frage gestellt, ob die krank ist, im Urlaub oder sonst wo oder vielleicht sogar im Haus - was sie ja war. Die war nicht beteiligt, die Stellvertreterin nicht, der Referatsleiter nicht, also - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Moment, Moment, sorry.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Können wir gerne im Einzelnen durchgehen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Frau Linden war nur Stellvertreterin. Also, die Abteilungsleiterin war sowieso nicht im Haus. Die Frau Linden war Stellvertreterin. Und ich wusste nicht, dass sie im Haus ist, und ich habe sie nicht ausbremsen wollen. Ich kriege normalerweise E-Mails dann auch von den Kollegen, da setzen die eigentlich alle ihre anwesenden und greifbaren Vorgesetzten drauf, und ich antworte auf diese E-Mails.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay, also, Sie haben gedacht, die ist am Freitag nicht da. Habe ich verstanden. Am Samstag ist ja keiner da, ne?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Da war aber das Team ja schon gestanden, das ich - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ach so, weil am Wochenende hätten Sie sie ja auch anrufen können, ne? Haben Sie auch nicht gemacht. Na gut - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Hätte auch Frau Schierhorn sie am Wochenende anrufen können.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, aber Sie sind die Chefin. Und Sie sollten nicht die Verantwortung nach unten abwälzen, sondern sich die Frage stellen, ob Sie richtig gehandelt haben. - Jetzt fragt Herr Dr. Michelbach weiter.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Frau Roegele, haben Sie Ihre Aussagen vorher mit dem Bundesfinanzministerium oder Vertretern des Ministeriums abgesprochen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Können Sie sich vorstellen, dass wir mit dem Aufklärungswillen, der uns hier vonseiten der BaFin wie aber auch des Bundesfinanzministeriums versprochen wurde, nicht einverstanden sind?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das ist, glaube ich, keine Frage an eine Zeugin.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Doch, Sie vertreten doch die BaFin, oder nicht?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aber ob ich mir etwas vorstellen kann, hat ja nix mit dem Sachverhalt zu tun, zu dem ich aussagen soll.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. Sie sagen ja auch nicht, dass Wirecard die Grundlage war für Ihr Ausscheiden aus der BaFin. Das sollten Sie doch noch mal beantworten. Ich meine, der zeitliche Zusammenhang ist doch so klar, dass man, wenn man Aufklärungswillen hat, dazu eigentlich eine Aussage treffen kann.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich sehe jetzt den Zusammenhang nicht.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. Also, ich stelle jetzt nur mal fest, dass wir nach wie vor eine sehr beschränkte Bereitschaft haben, dem Aufklärungsauftrag des Untersuchungsausschusses nachzukommen. Und ich stelle fest, dass wir nach wie vor natürlich niemanden haben, der mit einer Selbstkritik auch diesen Fall Wirecard und das damit in Verbindung stehende Leerverkaufsverbot letzten Endes - - Selbstkritik oder auch Verantwortung übernehmen will. Sie sehen sich nach wie vor nicht verantwortlich für diese Entscheidung.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich nehme die Verantwortung für das Leerverkaufsverbot - das habe ich heute Morgen schon gesagt -, selbstverständlich. Und ich habe auch gesagt, was die Lessons Learned sind aus dieser Maßnahme. Ich denke, auch im Enforcement-Bereich haben wir mit dem



## Nur zur dienstlichen Verwendung

FISG - - decken wir etliche Lessons Learned ab. Da kann ich noch etliches dazu sagen, was deutlich besser wird, nämlich zum Beispiel die sehr eingeschränkten Möglichkeiten der DPR künftig und die deutlich wachsende Position der BaFin. Das sind sehr viele Lessons Learned aus dem Wirecard-Fall. Ich kann die auch gerne noch mal wiederholen.

Heute Morgen habe ich schon gesagt: Wir müssen deutlicher kommunizieren bei einem Leerverkaufsverbot, dass das keine Inschutznahme eines Unternehmens ist. Ich habe weiter gesagt: Es ist gut, dass wir künftig beim FISG die Möglichkeit haben, auch frühzeitig Enforcement-Verfahren publik zu machen, sodass die Anleger davon Kenntnis haben. Ich finde es auch gut, dass die BaFin künftig im Enforcement-Verfahren die Möglichkeit hat, deutlich mehr das Heft in der Hand zu halten und nicht mehr die DPR als primäre Bilanzpolizei ausgestaltet ist.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Frau Roegele, Originalton haben wir vom Minister so auch schon gehört. Nur geht es uns nicht um die Zukunft, die notwendig zu Verbesserungen natürlich Anlass gibt, sondern es geht um die Aufklärung in der Vergangenheit, und Sie haben keine Übernahme von Verantwortung dargelegt. Aber es gab doch genug Hinweise für Sie, dass Wirecard nicht das schützenswerte Unternehmen auf dem Finanzmarkt ist, das Sie angenommen haben, von den Medien, von der Börsenaufsicht, von der Handelsüberwachungsstelle, von der Bundesbank. Sie haben sich eine eigene Welt zusammengedacht und eine Entscheidung getroffen, und die war ein Fehler. Und damit haben viele Anleger viel Geld verloren.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das ist Ihre Sichtweise. Meine ist naturgemäß eine andere. Meine ist - -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Welche Sichtweise ist denn Ihre?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Meine Sichtweise ist, dass wir sehr früh die Berichterstattung in der

„FT“ ernst genommen haben und die DPR beauftragt haben, dass wir bereits die Berichterstattung im Jahr 2016, 2017 so ernst genommen haben, die DPR darum gebeten haben, diese Dinge in ihrer Berichterstattung oder in ihrer Prüfung mit zu berücksichtigen. Insofern: Wir haben bereits am 01.02.2019 eine Ermittlung eingeleitet, auch gegen die Wirecard.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ja, aber Sie wussten doch, dass die DPR überhaupt keine Möglichkeit, eine forensische Prüfung vorzunehmen, die Sie scheinbar so in Anspruch nehmen wollten - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, zum einen hat weder die DPR noch haben wir wirklich forensische Möglichkeiten. Das kommt jetzt erst mit dem neuen Gesetz.

Das Zweite: Die DPR hat auch nie beanstandet, dass sie diese Prüfung nie durchführen kann. Und die Vorwürfe, die wir im Januar, Februar 2019 sehen, sind Vorwürfe bei Tochtergesellschaften. Die konnte die DPR durchaus aufklären.

Ich möchte noch auf eins hinweisen: Die DPR ist durchaus auch zu einem Ergebnis gekommen. Die DPR hat die Prüfung zu Ende geführt und durchaus mit einem sehr ansehnlichen Ergebnis. Daraufhin hat aber das Unternehmen nicht zugestimmt. Also, insofern zeigt der Fall, dass die DPR durchaus in der Lage war, diese Enforcement-Prüfung durchzuführen, bis zum bitteren Ende, -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dr. Michelbach.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ja.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** - sogar als Wirecard zugegeben hat, dass es einen massiven Bilanzbetrug gibt, sogar als Wirecard zugegeben hat, dass es insolvent ist.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Frau Roegele, ich habe eine abschließende



3. Untersuchungsausschuss

## Nur zur dienstlichen Verwendung

Frage: Was sage ich als Abgeordneter, der im Finanzausschuss 27 Jahre arbeitet, den vielen Hundert E-Mails, die mir sagen: „Das Leerverkaufsverbot hat mich in die falsche Richtung geführt. Ich habe viel, viel Geld verloren, meine Altersvorsorge“? Was sagen Sie denen?

**Zeugin Elisabeth Roegle:** Dass das Leerverkaufsverbot diesbezüglich keine Aussage getroffen hat und Investitionsanreize bieten wollte und zu keinem Zeitpunkt die BaFin mit dem Leerverkaufsverbot eine Aussage über die Bonität oder Validität dieses Emittenten getroffen hat.

(Abg. Dr. Jens Zimmermann (SPD) meldet sich zur Geschäftsordnung)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut. - Dann habe ich zunächst einen Geschäftsordnungsantrag von Dr. Zimmermann. Bitte schön.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Der Kollege Hauer hat ja vorhin darauf hingewiesen, dass man auf Twitter interessante Dinge lesen kann, meist bei Fabio De Masi, aber offenbar auch auf dem Twitter-Account des russischen Außenministeriums. Angesichts der Tatsache, dass wir heute Morgen hier einen intensiven Austausch hatten zur Frage Jan Marsalek, seines Aufenthaltsortes und Russland, hat - - Also, sozusagen ich möchte jetzt - - Das war bestimmt Fabio De Masi, der im Visier ist. Das wissen wir ja vom österreichischen Geheimdienst.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ui.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Aber Cansel Kiziltepe liest auch die Seiten des russischen Außenministeriums; deswegen hat sie es auch entdeckt.

(Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Kannst du Russisch?)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Chapeau.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Aber Spaß beiseite. Offenbar hat sich ein Sprecher/eine Sprecherin

des russischen Außenministeriums heute, vor zwei Stunden, geäußert:

Investigation into the 2020 bankruptcy of #Wirecard is ongoing in #Germany.

We are puzzled by the allegations of Wirecard COO Jan Marsalek's close ties with Russian security services. We call on #Germany to stop politicising this matter.

Ich vermute mal, die meinen uns.

(Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir sind aber wichtig!)

Und jetzt sind wir nicht der Auswärtige Ausschuss, und man muss das jetzt auch nicht irgendwie überdramatisieren, aber angesichts der Episode, die wir heute Morgen in der Beratungssitzung hatten, dem jetzt un- - Nichtwollen der - - Das Kanzleramt hatte ja irgendein Problem, mit uns darüber zu sprechen. Und der Tatsache, dass sich das russische Außenministerium jetzt dazu geneigt fühlt, so was rauszuhauen, würde ich doch - ich weiß, es ist Freitagnachmittag - aber irgendwie die Bundesregierung bitten, ob man dem Ausschuss nicht vielleicht doch irgendetwas mitzuteilen hat.

(Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):  
Wir müssten Herrn Maas hier vorführen! - Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Heiko Maas! - Fabio De Masi (DIE LINKE) meldet sich zu Wort)

- Im Zweifelsfall kann auch der Herr Maas vorbeikommen, aber der Herr Maas hat nicht die Aufsicht über die Geheimdienste. Das haben andere. - Also, meine Bitte wäre einfach nur an die Bundesregierung gerichtet - vielleicht können Sie, Herr Fritz, das auch an die Kollegen vom Kanzleramt weitergeben -, ob man nicht diesem Ausschuss irgendetwas mitzuteilen hat, weil ich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wüsste gerne, warum das russischen Außenministerium meint, etwas uns mitteilen zu müssen. - Vielen Dank.

(Abg. Matthias Hauer  
(CDU/CSU) und Dr. h. c.  
(Univ Kyiv) Hans Michelbach  
(CDU/CSU) melden  
sich zu Wort)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Herr De Masi war vor dem Kollegen Hauer. Bitte schön.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also, ich finde es auf jeden Fall notwendig, die - - Ich weiß nicht, ob wir das jetzt hier in diesem Rahmen so fortsetzen, aber ich finde - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich denke, wenn wir das jetzt - - Wir sollten - wir haben eben das schon abweichend getan - - Wir müssten in eine Beratungssitzung gehen.

(Dr. Florian Toncar (FDP):  
Ich finde, dass wir nach der  
Zeugin darüber eine Beratungssitzung durchführen!)

- Das sehe ich genauso.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay, dann machen wir das so. Dann würde ich bitten, meine Wortmeldung schon mal für die Beratungssitzung aufzunehmen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann sind Sie als erster auf meiner Top-List. Okay, das ist versprochen. - Und dann kündige ich hiermit eine Beratungssitzung nach der Zeugeneinvernahme an.

(Dr. Jens Zimmermann  
(SPD): Ja, hätte ich beantragen sollen! Sorry, war mein Fehler!)

- Nein, alles gut, alles gut. Erst mal muss ich ja hören, was Sie sagen, und dann lasse ich das wirken.

Gut. - Dann machen wir jetzt weiter mit mir. Okay, machen wir das. - Also, ich wollte jetzt doch noch mal diese - - Wir spielen da ja Pingpong, aber Dr. Toncar hat den Ball jetzt schon auf den Elfmeterpunkt gelegt. Also, ich möchte mich da - -

(Der Vorsitzende hält  
Unterlagen hoch)

Nochmals, Herr Zimmermann, ich zitiere ja nur von der BaFin-Seite, und zwar „Grundsätze für die Ausübung der Rechts- und Fachaufsicht des BMF“. Ich habe mich dem auch in der knappen Zeit langsam angenähert. Ich habe auch gesagt, dass § 2 ganz klar aussagt: Für die Rechts- und Fachaufsicht ist das BMF, das für die Tätigkeit der BaFin auch die politische Verantwortung trägt - - Das steht auf den Seiten der BaFin.

Jetzt haben Sie gesagt: Na ja, ist ja informiert worden, und ist ja alles in Ordnung. - Ich zitiere jetzt aus IV dessen, was auf der BaFin selbst draufsteht, der „Erlass von Rechtsverordnung und anderen bedeutenden Allgemeinverfügungen“. Frau Roegele hat vorhin klar gesagt: Das war eine bedeutende Allgemeinverfügung. So, und dann steht da ganz klar:

Rechtsverordnungen auf Grund  
einschlägiger Aufsichtsgesetze,  
welche die BaFin zu erlassen ermächtigt ist, werden dem BMF

- nicht können, möchten, sollten, ist empfohlen -

vorab zur Kenntnis vorgelegt.

Also, es ist hier kein Ermessensspielraum.

Sofern es sich um umfangreichere  
Texte handelt oder die Inhalte  
überwiegend technischer Art sind,

- ich habe es mal unterstrichen; technisch werden sie gewesen sein, weil Leerverkaufsverordnung, BaFin und so viele Betrachtungen, Kovarianzen etc. -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

erläutert die BaFin die wesentlichen Gesichtspunkte in einer Zusammenfassung.

Also, erste Frage: Gab es eine solche Erläuterung nebst Zusammenfassung? - Zweitens:

Bei der Ausarbeitung neuer Rechtsverordnungen

- ich muss das ausführen -

oder bei Änderungen und Ergänzungen bestehender Rechtsverordnungen der BaFin wird das BMF frühzeitig über die geplanten Schritte unterrichtet. Entwürfe, welche die BaFin an das Finanzgewerbe zur Stellungnahme verschickt, erhält das BMF vorab. Zu Anhörungen des Finanzgewerbes ...

Das lasse ich jetzt weg. - Jetzt kommt aber der entscheidende Satz:

Protokolle über die Ergebnisse der Anhörungen und Besprechungen leitet die BaFin dem BMF zeitnah zu. Bei Rundschreiben und Allgemeinverfügungen,

- hier sogar eine bedeutende -

welche im Hinblick auf die materiellen Regelungen und Auswirkungen mit Rechtsverordnungen vergleichbar sind, wird entsprechend verfahren.

Das ist abschließend geregelt auf Ihren eigenen Seiten. Jetzt ist meine Frage nochmals: War das Gespräch mit Frau Wimmer das, was ich hier vorgetragen habe? Weil dann ist Frau Wimmer natürlich tierisch interessant, weil dann muss sie ja, weil „politische Verantwortung“ steht ja auch klar, entsprechend das Bundesfinanzministerium so gebrieft haben, dass es zumindest, wenn wir es denn in dem kurzen Fall als „frühzeitig“ bezeichnen, innerhalb von ein paar Stunden noch reagieren kann.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, aus meiner Sicht haben wir alle wesentlichen Informationen dem BMF zur Verfügung gestellt, die wir auch selber hatten.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nee, meine Frage, Frau Roegele - - Das erregt mich jetzt auch mal. Ich bin normalerweise als Norddeutscher ja etwas gelassener. Also, ich habe gefragt: War dieses Gespräch mit Frau Wimmer genau das, wozu Sie sich selbst auf Ihren Seiten zur Rechtsaufsicht und zur Fachaufsicht committen?

(Der Vorsitzende hält  
Unterlagen hoch)

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das war es sicher nicht, sondern die da vorgelagerten Informationen, die uns - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wer, wann?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Am 15. sind die Unterlagen ans BMF gegangen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Am 15.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Zum Leerverkaufsverbot.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Genau. Wir haben meines Wissens einen Draftsenden\* nebst Begründung dem BMF zur Verfügung gestellt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut. - Dann würde ich hier jetzt zunächst erst einmal noch mal bei der DPR ansetzen. Was ich immer nicht verstanden habe: Warum - gibt ja auch, typisch, mehrere Meinungen dazu - - Aber Ihnen wird sicherlich der Aufsatz von Herrn Klöhn bekannt sein, der sagt: Dieses ganze Brimborium, die DPR - - und der Kollege Hauer hat es gesagt; die Kollegen der Union haben es gesagt -, Forensik, all das, was da dran ist - - Ich führe da mal aus:

Ob die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) frühzeitig verpflichtet war, wegen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

des Vorwurfs der Marktmanipulation gegen Wirecard vorzugehen, hängt davon ab, ob die Bundesanstalt auf ihre allgemeinen Ermittlungsbefugnisse nach § 6 WpHG zurückgreifen durfte, obwohl die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung (DPR) die Wirecard-Bilanzen prüfte. Die BaFin vertritt die Ansicht, dieser Rückgriff habe ihr nicht offen gestanden, sie hätte auf den Abschluss der DPR-Prüfungen warten müssen.

Und das ist der entscheidende Punkt: „warten müssen“. Ich bin der Auffassung nicht.

Diese Rechtsauffassung ist kürzlich in einem Aufsatz Uwe H. Schneiders bestätigt worden. Der vorliegende Beitrag zeigt, dass diese Auffassung falsch

sei usw. Es wäre nur richtig,

hätte der deutsche Gesetzgeber mit dem Bilanzkontrollgesetz 2004 das vermutlich zynischste Wirtschaftsgesetz der Nachkriegsgeschichte erlassen - ein Gesetz, das vorgibt, die Bilanzkontrolle zu verbessern, tatsächlich aber die Kompetenz der BaFin zur eigenständigen Aufklärung, Verhinderung und Beendigung bilanzgestützter Marktmanipulation weitgehend beseitigt, und zwar zugunsten einer privaten Prüfstelle ohne Hoheitsbefugnisse. Natürlich kann der Bundestag kein solches Gesetz erlassen.

So, und dazu gibt es ja diesen Aufsatz von Herrn Klöhn, der dann im Endergebnis ausführt:

Die BaFin kann auf Grundlage

- und zwar nicht sollte möglicherweise, sondern „kann auf Grundlage“ -

von § 6 WPHG kein Bilanzkontrollverfahren im Sinne ... durchführen, also ein Verfahren, das seine Wirkung ...

- usw. -

normalisiert. (?)

Und gleich kommt:

Insoweit sind die § 106 Wertpapier abschließend speziell. Die BaFin hat jedoch die Kompetenz, in Untersuchung wegen Marktmissbrauch Abschlüsse und Finanzberichte gemäß § 6 Wertpapierhandelsgesetz eigenständig zu kontrollieren und dabei insbesondere externe Wirtschaftsprüfer heranzuziehen (§ 6 Absatz 17 WpHG) (?)

Daher meine Frage: Warum haben Sie das nicht getan?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Weil es aus unserer Sicht nicht geht. §§ 106 ff. sind Lex specialis zu § 6. Das ist so - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Was ist - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Lex specialis heißt: Das ist eine Spezialgesetzesmaterie, die Vorrang hat vor der Lex generalis. § 6 ist Lex generalis. Das ist ein alter Juristengrundsatz: Lex specialis sticht Lex generalis. Dieses Bilanzkontrollrecht wurde 2004, 2005 in die - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Genau, das heißt, Sie sagen also: Das war ein Bilanzkontrollverschlechterungsgesetz, um - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein, vorher hatten wir ja gar nix. Also, insofern war es auf jeden Fall eine deutliche Verbesserung. Man sah in der DPR auch die deutliche Verbesserung. In dem zweistufigen Verfahren sah man die deutliche Verbesserung. Man hat die DPR beauftragt, und - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das war doch bequem. Wahrscheinlich ist es das. Ich bitte Sie! Also, ich kann jetzt - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Die BaFin wollte das nicht. Sorry. Das ist ein durchaus von der Industrie gewolltes Thema gewesen, nach dem Motto: Wir sind auf Augenhöhe mit der DPR.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ist das die offizielle BaFin-Meinung, die Sie hier vertreten?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich glaube, das ergibt sich ja aus dem Gesetz.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, ist die offizielle BaFin-Meinung.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein, es ist keine offizielle BaFin-Meinung. Es ist das, was wir aus dem Gesetz lesen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich habe Ihnen doch eben von vielen Rechtsvertretern und in der Literatur das vorgelesen. Ich finde den Punkt schlagend. Also, Sie wollen mir nicht erzählen: „Es wird ein Verbesserungsgesetz erlassen“ - ich habe es eben aufgeführt -, und man beschneidet die BaFin dahin gehend, dass sie eben diesen § 6 entsprechend nicht mehr Absatz 17 nutzen kann, um bei diesen genau von mir zitierten Grundsätzen dann eigenständig zu prüfen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Darf ich noch mal fragen: Wir haben jetzt eine Rechtsdiskussion, die ich total superspannend finde - da habe ich eine total wahnsinnsgute Meinung dazu, und die könnte ich jetzt eine Stunde lang führen -, warum das als Lex specialis ausgestaltet ist.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nee, das wollte ich gar nicht. Ich wollte einfach nur wissen - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Was ist mein Zeugenbeitrag zu diesem Thema?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ihr Zeugenbeitrag ist insoweit der, dass Sie dann sehr frühzeitig als BaFin hätten in die Bilanzen der Wirecard AG

hineingehen können. Und ich glaube, dann wäre vielen, vielen Anlegern viel Leid erspart geblieben, und dann wären Sie Ihren Aufgaben richtig nachgekommen, und dann würden wir nicht gerade so fürchterlich traurig über den deutschen Finanzstandort nachdenken.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das ist Ihre Rechtsauffassung.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber gut, das können wir ausführen. Vielleicht nimmt ein Kollege den Ball noch auf, aber mir stehen gerade die Haare zu Berge, was Sie hier juristisch ausgeführt haben. - Gut, meine Zeit ist um. - Damit ist die SPD dran. Wer möchte? Cansel Kiziltepe, bitte schön.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Wir wollen mit diesem Untersuchungsausschuss keine diplomatische Krise auslösen, sondern es geht uns um Aufarbeitung, um Aufklärung. Und ich habe auch noch einige Fragezeichen, um nicht zu sagen: viele Fragezeichen, in meinem Kopf.

Die letzten Tage und die letzten Zeugenvernehmungen zeigen für mich auch so ein bisschen, was für ein Trauerspiel das eigentlich ist. Man erlebt das Flüchten in Zuständigkeiten. Wir haben jetzt auch gestern zum Beispiel erlebt: Das ist die Abteilung soundso, und das ist meine Zuständigkeit. Dann sagt der andere: Das ist meine Zuständigkeit; da mische ich mich gar nicht ein. - Aber so ein etwas übergreifendes, pragmatisches Denken fehlt so ein bisschen, habe ich den Eindruck. Und damit ist auch die Kritik mit der Kultur in Deutschland gemeint, und darauf wollen wir auch mit dem Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetz hinaus. Wir wollen ja auch einen Kulturwandel in Deutschland in der Frage haben.

Meine Fragen werden sich richten auf die sogenannte Bilanzpolizei. Frau Roegele, vielleicht können Sie da noch mal helfen, darzulegen, wie der ganze Prozess eigentlich abläuft. Ich meine, die Bilanzpolizei gibt es schon seit Längerem in Deutschland. Mir wäre auch nicht aufgefallen, dass sie einen Bilanzbetrug mal aufgedeckt hätte.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber wir hatten ja letzten Sommer auch Professor Ernst in einer der Sondersitzungen im Finanzausschuss und auch hier vor einigen Wochen im Rahmen einer Zeugenvernehmung. Und er hat uns immer wieder gesagt, die DPR, die sei gar nicht darauf ausgesetzt, solche Prüfungen zu machen; die Instrumente habe die DPR gar nicht usw. usf.

Und ich wollte wissen: Die BaFin hat ja schon einige Male die DPR, die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung, zu Prüfungen aufgefordert mit bestimmten Informationen - das war 2014, also mit dem Zatarra-Bericht, mit einer Whistleblower-Information, aber auch wieder mit der Presseberichterstattung durch die „Financial Times“, „FT Alphaville“, Projekt „Ring“ -, dann aber auch darauf hingewiesen auf die Vorwürfe im „manager magazin“ im Jahr 2017. Können Sie sagen, ob die BaFin diese Informationen zeitgerecht an die DPR weitergeleitet hat, damit die DPR da mal einen kritischen Blick drauf wirft?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Sehr gerne. Also, noch mal: Zum einen: Die DPR ist unabhängig von uns. Sie hat eine Verfahrensordnung, die vom BMJ und dem BMF abgestimmt wird. Wir haben keine Möglichkeit, der DPR vorzugeben, wie sie ein Verfahren macht, ob sie das schneller macht oder wie sie das konkret im Innenverhältnis ausgestaltet. Insofern: Die DPR macht ihre Verfahren unabhängig.

Es gibt in Deutschland ein aus meiner Sicht unumgängliches zweistufiges Verfahren: Zunächst ist immer auf erster Stufe die DPR zuständig. Die DPR hat mehrere Anlässe, warum sie prüft. Zum einen hat sie eine Stichprobenkontrolle, die sie durchführt. Zum Zweiten hat sie selber Anlassprüfungen, wenn sie feststellt in der Presse, dass irgendetwas ist - - und macht dann Anlassprüfungen. Und die dritte Variante sind Verlangensprüfungen seitens der BaFin. Dann schickt die BaFin, was sie ja auch im Frühjahr 2019 gemacht hat, der DPR einen Verwaltungsakt und bittet sie um Prüfung.

Die Wirecard wurde auch 2015 13 Monate lang oder noch länger geprüft von der DPR im Rahmen, soviel ich weiß, einer Stichprobenkontrolle. Und in diesem Zeitraum erschienen ja auch Artikel - der „Spiegel“-Artikel erschien; der „manager magazin“-Artikel erschien -, und wir haben die DPR, von der wir ja wussten, dass sie gerade aktuell eine Stichprobenkontrolle durchführt, gebeten, das bei ihrer Stichprobenkontrolle zu berücksichtigen und uns auch, im Falle des „manager magazin“-Artikels - der ist einen Monat oder zwei Monate nach dem Abschluss der DPR-Prüfung, die mit „Fehlerfrei“ geendet hat - - Die DPR hat nichts festgestellt, hat nicht festgestellt, dass die Buchführung möglicherweise nicht in Ordnung oder ähnliche Dinge, die ja vielleicht doch auch weiter gehende Möglichkeiten eröffnet hätten. Nein, sie hat „Fehlerfrei“ festgestellt, und wir haben im Anschluss an diese Prüfung noch mal gebeten, auf der Basis der „manager magazin“-Artikel, dass die DPR noch mal eine Aussage dazu trifft, inwieweit ihre Feststellungen mit dem, was man im „manager magazin“ lesen kann, übereinstimmt. Und die DPR hat uns versichert, dass alles in Ordnung sei. Das war 2017.

Dann kamen die Vorwürfe in 2019, die „FT“-Artikel, die drei Stück. Die haben wir sehr ernst genommen; habe ich schon mehrfach gesagt. Und wir haben die DPR, was nicht üblich ist, mit der Prüfung des Halbjahresabschlusses 2018 beauftragt. Normalerweise prüfen die Kollegen besser, weil das auch einer prüferischen Durchsicht oder einer Prüfung durch den Wirtschaftsprüfer unterzogen wurde, eher gerne die Jahresabschlüsse auf den 31.12.

So, die DPR hat jetzt die Prüfung eröffnet und hat auch die „FT“-Vorwürfe entsprechend bei ihrer Prüfung berücksichtigt. Sie hat dann - - Als neue Vorwürfe aufkamen - im Oktober kam ja dann das, was wirklich schlagend geworden ist; denn die Vorwürfe in der „FT“ im Januar, Februar sind ja nicht die wirklich schlagenden geworden, sondern es sind ja erst die, die dann im Oktober wirklich auftauchen -, haben wir gemeinsam den Prüfungsauftrag neu justiert mit der DPR, und die DPR ist in die Prüfung eingestiegen. Da kam na-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

türlich dazu, dass dann die KPMG-Prüfung seitens des Aufsichtsrats bei der Wirecard ebenfalls angestoßen wurde und die DPR sich dahin gehend entschieden hat, diese Ergebnisse auch in ihrer Prüfung mit zu berücksichtigen.

Wir haben sämtliche Informationen, die wir laufend bekommen haben, an die DPR weitergeleitet; das waren auch verschiedene Research-Berichte. Insofern haben wir die DPR eigentlich immer auf dem Laufenden gehalten, was im Markt über Wirecard berichtet wird, um der DPR eine möglichst umfassende Prüfung zu ermöglichen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Hat die DPR dann auch mal aufgezeigt, wie sie diese Vorwürfe geprüft hat anhand der Informationen, die Sie der DPR zugeschickt haben?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja, nachdem wir ein Auskunftersuchen im Mai 2020 an die DPR geschickt haben - wie gesagt, das ist rechtlich durchaus diskutierbar, ob die DPR, wenn Sie den Wortlaut lesen, eine Auskunft erteilen muss, bevor eine Prüfung abgeschlossen ist -, hat die DPR uns daraufhin Auskunft gegeben, wie sie mit diesen Prüfungen umgegangen ist, was sie gemacht hat. Das war aus unserer Sicht alles nachvollziehbar. Die DPR - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Aber, Frau Roegele, ich meine, Sie sind die Behörde; die DPR ist ein Verein, -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** - ein privatrechtlicher Verein. Ich verstehe nicht, warum die DPR keine Auskunft rausgeben möchte.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Die DPR ist unabhängig von uns. Also, wir sind - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ein unabhängiger Verein?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ein unabhängig von uns - - Ob der Verein unabhängig ist, das will ich nicht diskutieren.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Der ist auch nicht so ganz unabhängig.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aber er ist unabhängig von der BaFin; das ist ganz klar so geregelt. Die BaFin gibt weder vor, wie ein Verfahren durchgeführt wird, noch gibt sie die Verfahrensordnung. Insofern ist dieser Verein oder ist die DPR tatsächlich unabhängig.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Okay. Aber wir werden das ja auch ändern mit dem FISG, -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Was sehr zu begrüßen ist.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** - genau - noch vor dem Sommer. - Wir hatten auch Herrn Ernst hier, und der Herr Ernst hat gesagt, sie können weder Forensik machen, noch hätten sie auch ausreichende Leute dafür, es gebe bei der DPR 15 Wirtschaftsprüfer/-innen, soweit ich mich erinnere, usw. - Hat die DPR oder Professor Dr. Ernst jemals in dieser ganzen Zeit mal ausgeführt, dass sie als sogenannte Bilanzpolizei überhaupt gar nicht in der Lage ist, Bilanzbetrug aufzudecken, geschweige denn das Personal dafür hat? Wurde das mal beanstandet?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, sagen wir es mal so: Es gab, glaube ich, Diskussionen zwischen den Kollegen: „Wie weit kommen wir eigentlich in einem Bilanzbetrugsfall?“, völlig losgelöst von Wirecard. Da gab es durchaus Diskussionen, und da haben beide Seiten, BaFin und DPR, festgestellt: Für echte Hardcore-Bilanzmanipulationen sind wir nicht ausgerüstet. - Ich glaube, dem begegnet der Gesetzgeber jetzt ja durchaus mit dem FISG.

Das Zweite, was man sagen muss - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Aber der Sonderprüfer Geschonneck - der hier auch war als Sachverständiger - hat gesagt, man braucht keinerlei Forensik, um das überprüfen zu können.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das wollte ich auch sagen. Das hatte ich heute Morgen auch schon gesagt, dass natürlich, wenn ich in ein Unternehmen komme und dort prüfe und ich keine Buchhaltung, keine ordnungsgemäße Buchhaltung finde, dann brauche ich keine Forensik, um festzustellen, dass in dem Unternehmen möglicherweise etwas schief läuft. So. Und da ist die DPR natürlich diejenige gewesen, die im Unternehmen war, die das durchaus vielleicht auch ein bisschen früher hätte feststellen können. Aber wir sind nicht in das Unternehmen reingegangen.

Und dann möchte ich noch mal eines sagen: Die DPR hat durchaus eine auskömmliche Personalausstattung. Die Personalausstattung der BaFin ist deutlich geringer an dieser Stelle.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Fünf Wirtschaftsprüfer/-innen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja, in Summe; aber in dem Bereich „Enforcement“ sind es drei.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Das wird in Zukunft auch hoffentlich mehr, Frau Roegele. - Aber wie kann es denn sein, dass man keine ordentliche Buchhaltung hat? Ich meine, in Deutschland ist alles geregelt, alles ist bürokratisch. Wie kann das sein?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das müssen Sie jetzt, ganz ehrlich - - Also, da hat sicher Herr Ernst, der ja nun in diesem Unternehmen die Buchhaltung mal angeguckt hat, ein besseres Wissen, wie das sein konnte, dass da keine ordnungsgemäße Buchhaltung ist.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Wer muss denn ein Auge darauf haben?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, ehrlich gesagt: zunächst der Vorstand, dann natürlich auch der Aufsichtsrat und dann ganz sicher der Wirtschaftsprüfer. Wie hat denn ein Wirtschaftsprüfer geprüft ohne ordnungsgemäße Buchhaltung?

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Also, Sie haben gesagt, es gibt keine ordnungsgemäße Buchhaltung. Aber die Testate waren ja lupenrein, oder?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Wie lange? Über zehn Jahre lupenrein, -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Zehn Jahre.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** - lupenrein, lupenrein? Okay. - Also die Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfer müssen eigentlich dafür Sorge tragen, dass in einem Unternehmen ordentlich buchhalterisch alles aufgestellt wird und auch geprüft wird?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja, davor eigentlich auch noch der Vorstand und der Aufsichtsrat; die haben durchaus auch noch eine Rolle.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Genau, bei der kriminellen Bande - - Ja, genau. Aber der Wirtschaftsprüfer, der ja ein Testat erteilt -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** - in dem Fall, muss das ja alles im Blick haben und auch durchschauen können, müssen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja. Aber noch mal eines, ich will noch mal eines sagen: Die DPR war unabhängig oder ist derzeit noch unabhängig von uns. Die ganzen Schritte, die jetzt im FISG vorgesehen sind - es gibt ja die Hoffnung, dass es sogar das einstufige Verfahren wird und das ganz in die Hände der BaFin kommt -, sind richtig gute Schritte für eine effektive Bilanzkontrolle in Deutschland in der Zukunft.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja, okay. - Dann wollte ich noch mal fragen, ob Sie auch Kontakt zu den Wirtschaftsprüfern hatten, jetzt nicht im Zuge des Leerverkaufsverbotes oder so, sondern in den letzten Jahren. Also, es gab ja viele Vorwürfe seit 2014. Haben Sie überhaupt die Möglichkeit, zu



## Nur zur dienstlichen Verwendung

der testierenden Prüfungsgesellschaft Kontakt aufzunehmen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, wir haben keine Möglichkeit, solange das Verfahren bei der DPR läuft; erst wenn das auf zweiter Stufe ist.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Mhm. - Wissen Sie - vielleicht haben wir das Sie auch schon gefragt; aber wir haben so viele Befragungen gehabt, vielleicht habe ich es auch schon vergessen -, ob die DPR mal Kontakt aufgenommen hatte zur Prüfungsgesellschaft? Hat sie das irgendwie berichtet, als sie über die Vorwürfe mit Ihnen, mit der BaFin, diskutiert hat?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Kann ich Ihnen, ehrlich gesagt, nicht sagen. Das müsste ich nachprüfen, ob sich aus den Unterlagen, die wir von der DPR jetzt bekommen haben, dann, nachdem das Unternehmen der Fehlerfeststellung, die die DPR durchaus gemacht hat für zwei Abschlüsse, nicht zugestimmt hat - die DPR hat ja ihr Verfahren in dem Sinn zu Ende geführt - - ob in diesem Verfahren Kontakte zu Ernst & Young existiert haben. Das kann ich nicht sagen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Okay. - Dann können wir festhalten: Das Enforcement ist bei der BaFin am besten aufgehoben, und für die ordentliche Buchhaltung sind die testierenden Prüfungsgesellschaften zuallererst zuständig.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Neben Vorstand und Aufsichtsräten.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Die wollen wir nicht ganz außen vor lassen, glaube ich.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Frau Kiziltepe. - Als Nächstes hat das Wort Dr. Florian Toncar von der FDP-Fraktion.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ob die Feststellung, Frau Kiziltepe, die Sie gerade insinuiert haben,

das Ergebnis der letzten sechs Stunden ist, dass das Enforcement bei der BaFin jetzt zwingend am besten aufgehoben sei, das will ich mal dahingestellt lassen. Aber das nur fürs Protokoll. - Frau Roegele, haben Sie denn den „Financial Times“-Artikel vom Oktober 2019 auch im Hinblick auf Marktmissbrauch untersuchen lassen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Soviel ich weiß, ist der ebenfalls in die Marktmissbrauchsuntersuchung, die lief, eingeflossen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Und zwar in die Untersuchung gegen Shortseller oder gegen Wirecard?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Gegen Wirecard.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Gegen Wirecard. - Welche Maßnahmen wurden denn dann getroffen, um möglichen Marktmissbrauch in dem Kontext aufzuklären? Was haben Sie denn da gemacht?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Wir haben - - Wie Sie wissen, bin ich der Überzeugung, dass wir ein Lex-specialis-Verhältnis haben.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Wir haben diese neuen Vorwürfe der DPR, die ja am Prüfen war, übermittelt mit der Bitte, diese ebenfalls zu berücksichtigen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, allerdings: Ich bin ganz anderer Meinung, was die Lex specialis angeht. Ich finde die Art der Lex specialis auch erst in den Akten, als man eine Erklärung dafür brauchte, warum man bei Wirecard nix gefunden hat, also nach der Insolvenz. Das haben Sie erst hinterher gefunden, meines Erachtens. Ich finde jedenfalls in den Akten das Wort „Lex specialis“ nicht früher; aber sei dahingestellt.

Es war aber ja so, dass dieser Artikel nicht nur von falschen Bilanzen geschrieben hat, sondern eben auch andere Dinge in den Raum gestellt hat, zum Beispiel, dass Kunden nicht existieren, dass



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wir Scheinfirmen haben. Und darauf hat die Wirecard AG am 16.10. mit einem harten Dementi und auch mit Fakten reagiert, die sie dargegengestellt hat. Und da reden wir nicht mehr über reine Bilanzierungsthemen, da reden wir auch über Themen, die korrekte Kapitalmarktkommunikation betreffen. Und da ist auch „Lex specialis“ von vornherein eigentlich nicht richtig. Deswegen: Haben Sie im Oktober 2019 noch andere Dinge gemacht, als Informationen an die DPR weiterzugeben?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nein. Genau, okay. - Kannten - - Wann haben Sie davon gehört, dass es im Februar 2019 - just in der Woche, in der die DPR-Prüfung veranlasst wurde und auch das Leerverkaufsverbot vorbereitet worden ist - eine Geldwäscheverdachtsmeldung gegeben hat, die die FIU, und zwar der stellvertretende Leiter der Behörde, an die BaFin, dort an den Geldwäscherebereich, der Herrn Pötzsch untersteht, weitergeleitet hat mit Bezug auf private Transaktionen in erheblichem Umfang zwischen Herrn Dr. Braun und Herrn Marsalek? Wann haben Sie denn von diesem Sachverhalt zum ersten Mal gehört?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, mit Sicherheit nicht zu dem Zeitpunkt, wo sie bei uns eingegangen ist. Wann ich sie jetzt im Nachgang gehört habe, kann ich Ihnen nicht sagen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Vor oder nach der Insolvenz?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Wahrscheinlich nach der Insolvenz; aber legen Sie mich nicht fest.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ich nehme mal an, im Direktorium der BaFin war Wirecard wiederholt Thema. Davon gehe ich mal aus.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja, aber - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja. - Hat Herr Pötzsch jemals aus einer Geldwäscheperspektive, aus dem, was in seinen Abteilungen angefallen ist,

Informationen in die Diskussion im Direktorium eingebracht?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Mit Sicherheit. Aber ob dieser konkrete Hinweis dort besprochen worden ist, kann ich Ihnen nicht sagen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Sie haben im August 2020 ein Schreiben an die APAS gerichtet, -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** - in dem Sie um Informationen gebeten haben in Bezug auf berufsaufsichtliche Maßnahmen gegen den Prüfer EY mit der Begründung, das könne auch im Rahmen der Institutsaufsicht für die BaFin wichtig sein. Haben Sie in Ihrem Bereich Institutsaufsicht?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Welche - - Sie machen die Wertpapierdienstleister, oder?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Die Finanzdienstleister -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** - und in dem Sinn, wenn Sie so weit gehen wollen - das sind keine Institute mehr -, die Kapitalverwaltungsgesellschaften.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Haben Sie diesen Brief abgestimmt im Direktorium? Denn - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja. Mit den relevanten Direktoriumsmitgliedern, ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nur interessehalber: Warum fiel da sozusagen die Wahl darauf, dass Sie das machen? Ich meine, es gibt Direktoren, die haben, glaube ich, wenn man an die Bankenaufsicht denkt, noch mehr Institutsaufsicht, auch im Schwerpunkt. Warum haben Sie das übernommen?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Weil es meine Idee war -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Aha, okay. - Und - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** - und jeder froh war, wenn - - Das war ja auch ein guter Gedanke: Den Kontakt zu der APAS hatten sicher wir am meisten, und es waren sicherlich noch die Kollegen in der zentralen Rechtsabteilung; die sind auch Schnittstelle zur APAS. - Aber für uns, für mich war das - - Ich habe da - wie soll ich sagen? - die Idee oder Federführung übernommen, zu sagen: Wir müssen uns mal erkundigen bei der APAS, ob gegen EY grundlegende - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. Aber es war Ihre Idee speziell.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Haben Sie über diese Idee mal mit Vertretern des Bundesfinanzministeriums gesprochen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein, nicht dass ich wüsste.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Wurde denn die Antwort der APAS, die ja aus sozusagen einem Doppelschreiben bestand, an das Finanzministerium weitergeleitet?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Wenn ich mich recht entsinne, war es so. Und wir kommen jetzt aber in einen Zeitraum - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Das war noch im September; aber ich weiß, was Sie - - Aber diese Antworten waren am 28. und 29. September. Deswegen haben wir den Untersuchungsausschuss ja einfach noch ein bisschen nach hinten geschoben und erst im Oktober eingesetzt.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, dann - - Ich habe die Antwort, soviel ich weiß, am 30. September bekommen und habe dann die Antworten weitergegeben.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aber dann wird es kritisch, weil wir dann jetzt sehr stark in den 1. Oktober - -

(Zuruf von RD Robert Fritz  
(BMF))

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Wann lag Ihnen denn der Rajah & Tann-Bericht, der Draft Report aus 2018, der sogenannte „Tiger“-Report, vor, 48 Seiten unter Nennung aller Namen? Wann lag der in der BaFin vor unter - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ende Januar 2019.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Januar 2019.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ende Januar 2019. Kam über die Hinweisgeberstelle, soviel ich weiß.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nun wird in diesem „Tiger“-Report ja der Vorstand Marsalek 19-mal erwähnt, und es gibt den Zeugen Edo, der auch sagt, bestimmte gefälschte Dokumente habe er von ihm bekommen, rückdatierte Verträge und andere Dinge. Gleichzeitig sagt der Report: „Es wurde nur singapurisches Recht geprüft, und wir empfehlen dringend, Herrn Marsalek noch mal zu befragen“, weil das gar nicht passiert war. Hat das irgendwelche aufsichtliche Relevanz gehabt, was da über Herrn Marsalek in dem Report drinstand?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aus meiner Sicht nicht. Herr Marsalek war meines Erachtens nicht Zugehöriger eines Instituts; er hat, glaube ich, keine Funktion bei einem Institut gehabt. Wir haben kein Fit & Proper bei börsengehandelten Unternehmen. Und da muss man auch immer wissen: Soviel ich weiß, hat das Unternehmen sehr schnell kommuniziert, dass der Abschlussbericht in Kürze vorgelegt wird.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nun war der Herr Marsalek, der ja in dem Ihnen im Januar vorliegenden Bericht erwähnt wird im Zusammenhang



## Nur zur dienstlichen Verwendung

mit, sagen wir mal, sehr fragwürdigen - - wahrscheinlich auch sozusagen mit dem Vorwurf von illegalen Handlungen rund um die Fälschung von Dokumenten - - Nun war besagter Herr Marsalek ja zwei Wochen später der Belastungszeuge im Vermerk der Staatsanwaltschaft.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aber ich wusste das nicht, dass der da in diesem Bericht auftaucht.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Wann hatten Sie Kenntnis von dieser Berichtsversion, die da im Januar kam?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich würde sagen, nachdem das Unternehmen insolvent war.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** So spät? Okay. - Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Toncar. - Dann als Nächstes Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Frau Roegele, Sie haben ja vorhin ausgeführt, dass Sie ein dienstliches und ein privates Handy besitzen. In dem Untersuchungszeitraum: Was für ein dienstliches Gerät haben Sie denn genutzt, was ist das denn für ein Modell?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ein Blackberry.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Ein Blackberry-10-Smartphone, korrekt?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Weiß ich nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ein Blackberry-10-Smartphone?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich weiß, dass es ein Blackberry ist.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Alles klar.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Alle weiteren technischen Fragen dürfen Sie mir nicht stellen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nee, nee. Also, ich wollte Ihnen jetzt auch kein neues Handy verkaufen,

(Heiterkeit der Abg.  
Matthias Hauer (CDU/CSU)  
und Dr. Jens Zimmermann  
(SPD))

sondern Sachverhaltsaufklärung betreiben. Ich habe keine Nebeneinkünfte neben dem Mandat. - Es gibt hier eine E-Mail von Ihnen an Herrn Hufeld vom 25. Oktober 2019, MAT A BMF-5.15, Blatt 224:

Lieber Herr Hufeld,

Christopher habe ich Ihre Handy-Nummer zugesandt und hoffe, dass es jetzt klappt.

In Sachen Wirecard haben wir keine Info, wie lange die DPR brauchen wird, aber voraussichtlich wird das noch einige Zeit dauern.

Erst mal die Frage: Wer ist Christopher?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das ist ein Kollege aus einer ausländischen Aufsichtsbehörde. Hat mit dem Sachverhalt gar nichts zu tun.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Hat mit Wirecard nichts zu tun in dem Zusammenhang. Okay. - Und das heißt, Ihnen war schon bewusst: Die DPR, die braucht ein Weilchen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und dass das so lange dauern würde, haben Sie das auch erwartet?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Sorry, darf ich noch mal fragen, von wann die E-Mail war, weil - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja. 25. Oktober 2019.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, die DPR braucht bei Fehlerfeststellungen im Durchschnitt 13 Monate, -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** - nur um das mal zu sagen. Das ist also nichts Ungewöhnliches, zumal wir im Oktober den Prüfungsauftrag ändern. Zunächst hatten wir die auf das, was die „FT“ im Januar und Februar berichtet, gesetzt, und im Oktober berichtet die „FT“ ja dann über das Third-Party-Geschäft, und da ändern wir den Auftrag. Da kann ich ja jetzt nicht sagen: Ich ändere dir gerade mal den Auftrag, und morgen bist du fertig.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nee, das habe ja auch gar nicht gesagt. Aber ich sage mal so: Ihnen war ja klar, da brennt ein bisschen die Hütte angesichts der Berichterstattung. Und das heißt, Ihnen war auch klar, die DPR wird da jetzt nicht besonders schnell mit fertig. Und darum ging es mir, ob wir da das ähnlich wahrnehmen. - Es gab dann ein weiteres Dokument, MAT A BMF-5.15, Blatt 225. Da schreiben Sie wenige Tage später, am 27. Oktober 2019, an Frau Schuchhardt, die, glaube ich, in Ihrer Pressestelle arbeitet, -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Mhm.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** - wenn ich das richtig sehe:

Liebe Frau Schuchhardt,

Vielen Dank, dass Sie die Anfrage schon einmal weitergeleitet haben.

Die Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft finde ich auch sehr gut.

Da wir voraussichtlich eh auf eine vorgefertigte Meinung der Journalisten treffen, waere m.E. Eine eher kurze Rueckmeldung besser. Ein Hintergrundgespräch duerfte die Positionierung erfahrungsgemaess auch nicht verändern, daher wuerde ich davon absehen.

Und vorher schreibt Ihnen die Frau Schuchhardt am 26. Oktober:

Liebe Frau Roegele, lieber Herr Hufeld,

... Wir klären am Montagmorgen sofort mit der Pressesprecherin der StA,

- Staatsanwaltschaft -

ob dort auch eine entsprechende Anfrage vorliegt.

Und sie bezieht sich hier darauf:

Insgesamt werden wir uns nach der Berichterstattung darauf vorbereiten müssen, dass die Vorwürfe an die BaFin (Positionierung pro Wirecard, Angriff Pressefreiheit, vorschnelle Anzeige) erneut ein großes mediales Thema werden dürften.

Waren Sie intern der Auffassung, dass Sie sich pro Wirecard positioniert haben, dass Sie die Pressefreiheit angegriffen haben und dass Ihre Anzeige gegen Dan McCrum vorschnell war?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein, weder das eine noch das andere noch das Dritte.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Zum einen ist die Pressefreiheit ein hohes Gut, das ich sehr schätze. Und wir haben, wie gesagt, die Artikel in der „FT“ durchaus ernst genommen und auch die DPR - - Wir haben sie so ernst genommen, die DPR damit zu beauftragen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Aber die Frau Schuchhardt, Ihre Pressesprecherin, die hat das so wahrgenommen offenbar.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Die Frage ist ja nur der Perzeption - heißt das so? - in der Außenwelt. Das heißt ja gerade nicht, dass das unsere Auffassung ist, sondern die Befürchtung, -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Also, die vorge-

**Zeugin Elisabeth Roegele:** - dass fälschlicherweise das so gewertet werden kann.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Also, das ist dann diese vorgefertigte Meinung der Journalisten, die dort angesprochen ist?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Der Auslöser war meines Erachtens etwas, was wir nicht so schön fanden: -

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Okay.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** - dass offensichtlich die Akte zu der Presse gelangt ist.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Sind Sie denn der Auffassung aus heutiger Sicht, dass diese Journalisten, die Ihnen da unterstellt haben, dass Sie zu sehr die Interessen Wirecards wahrgenommen haben, dass die Pressefreiheit vielleicht eingeschränkt wurde, dass die Anzeige gegen Dan McCrum falsch war, für die sich ja mittlerweile, glaube ich, auch Ihr Dienstherr, der Finanzminister, mehr oder minder entschuldigt hat in einer Laudatio, dass diese Journalisten falsch gelegen haben damals, dass sie eine vorgefertigte Meinung hatten?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Wir haben die Aussagen der Journalisten so ernst genommen, dass wir die DPR beauftragt haben.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Nein, das habe ich aber nicht gefragt. Sondern ich habe gefragt, ob Sie die Auffassung der Journalisten - immer aus heutiger Sicht - immer noch als eine falsche oder vorgefertigte Meinung - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Wir haben sie schon damals nicht als falsche und vorgefertigte Meinung angenommen, weil - -

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Das haben Sie doch aber selber hier geschrieben.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das habe nicht ich geschrieben.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Doch. Soll ich es Ihnen noch mal vorlesen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Dann lesen Sie noch mal vor.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE):

Liebe Frau Schuchhardt,

Vielen Dank, dass Sie die Anfrage schon einmal weitergeleitet haben. ...

Da wir voraussichtlich eh auf eine vorgefertigte Meinung der Journalisten treffen ...

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja, die der Journalisten, nicht meine.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Ja, „eine vorgefertigte Meinung der Journalisten“.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Der heutige darüber berichtenden Journalisten.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Der Journalisten, die damals der Auffassung waren, dass Sie sich zu nah an Wirecard -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): - orientiert haben, dass es ein Angriff auf die Pressefreiheit war.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja, aber das waren ja nicht gerade die „FT“-Journalisten, sondern es waren auch viele andere Journalisten.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Okay. - Und sind Sie der Meinung, dass diese anderen Journalisten - wer, ist mir völlig egal - aus heutiger Sicht eine vorgefertigte Meinung hatten -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Die Journalisten - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** - oder dass sie eine falsche Meinung hatten vom Sachverhalt?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Die Journalisten - - Wir haben immer wieder betont: Wir haben kein Schutz- oder Gütesiegel für Wirecard ausgesprochen. - Und das ist auch so.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, aber Sie haben doch gesagt, die Journalisten haben eine vorgefertigte Meinung. Und was haben Sie denn gemeint damit? Also, welcher Journalist hatte eine vorgefertigte Meinung, und sind Sie heute immer noch der Auffassung, dass diese Journalisten eine vorgefertigte Meinung haben? Das müssen Sie doch irgendwie in der Lage sein zu beantworten.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich denke - - Also, erstens mal: Ich weiß nicht, ob das noch - - Was ich heute denke, ist, glaube ich, nicht zeugenthematisch.

(Die Zeugin berät sich mit  
ihrem Rechtsbeistand)

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, gut, aber das fällt doch jetzt in den Untersuchungszeitraum, oder müssen wir dafür jetzt wieder juristische Fachliteratur bemühen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Jetzt versuche ich es noch mal. Wir haben die Journalisten der „FT“ sehr ernst genommen; wir haben die DPR beauftragt.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das ist nicht meine Frage.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aber dann lassen Sie mich kurz die Ableitung treffen. - Wir haben ein Leerverkaufsverbot gemacht, mit dem wir zu keinem Zeitpunkt ein Gütesiegel für Wirecard abgeben wollten. Gleichwohl haben etliche Journalisten das so bewertet. Und es ist uns nicht gelungen - da machen wir heute auch Lessons Learned draus - - Das müssen wir künftig anders machen. Wir müssen das besser kommunizieren, dass ein Leerverkaufsverbot kein Schutz- oder Gütesiegel

für dieses Unternehmen ist. Und das war die vorgefertigte Meinung der Journalisten - es ist ein Schutz- und Gütesiegel -, aber nicht der „FT“-Journalisten.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Aber die vorgefertigte Meinung bezog sich doch auch auf eine vorschnelle Anzeige. Sind Sie aus heutiger Sicht der Auffassung, dass die Anzeige gegen Dan McCrum vorschnell war?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein, das kann ich so auch nicht sagen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also, die war richtig?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Wir haben das gemacht, was wir nach bestem Wissen und Gewissen machen, und das ist die Regelung in § 11 WpHG, dass wir unmittelbar bei Verdachtsmomenten die Staatsanwaltschaft involvieren.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Meine Fresse! - Entschuldigung, das ist unparlamentarisch. - Meine Zeit ist um.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke schön. - Dann Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, vielen Dank. - Das Wort „Lessons Learned“ habe ich gehört. Ob wir wirklich schon damit angefangen haben, das so aufzuarbeiten, dass man Learnings draus zieht, habe ich noch ein bisschen Zweifel.

Frau Roegele, ich würde gerne mit Ihnen noch mal über den Zatarra Report sprechen. Sehen Sie es mir nach: Ich war vorhin mal zu einer Debatte draußen. Vielleicht wurde irgendwie eine ähnliche Frage schon mal gestellt; dann tut es mir leid, dass ich sie noch mal stelle. - Wie waren Sie damals involviert in den - - also nicht in den Zatarra Report, sondern den Umgang mit dem Zatarra Report?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ist schwierig für mich, ist jetzt das Jahr 2016. Kann ich nicht mehr sagen. Aber das Thema Leerverkauf war damals natürlich ein großes Thema, und Zatarra war ja auch etwas, was mit Leerverkaufsmaßnahmen zu tun hatte. Ich selber habe damals den Zatarra Report nicht gelesen; ich habe ihn jetzt gelesen. Ich weiß, dass die Kollegen damals auch eine Anzeige gegenüber der Staatsanwaltschaft gemacht haben. Zatarra war ja auch eine Homepage, die kurzfristig entstanden ist, aber keinen wirklichen Hinweis auf denjenigen, der dahintersteckt, hatte. Das waren alles Themen, die uns damals veranlasst haben, den Sachverhalt Zatarra unter Short-Attacke gegenüber der Staatsanwaltschaft anzuzeigen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Haben Sie sich - Sie sagen, Sie haben sich den Report angeschaut; jetzt im Vorfeld der Vorbereitung hier, nehme ich mal an - auch den Vermerk angeschaut, den Ihr Haus dazu angefertigt hat?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Da muss ich jetzt passen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sagt Ihnen nichts?

(Die Zeugin schüttelt den Kopf)

Also, Ihr Haus hat einen Vermerk für das BMF angefertigt, wo man sozusagen den Zatarra Report eingeordnet hat, bewertet hat.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Okay. Ich glaube, das ist ein BMF-Bericht. Den könnte ich kennen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Den könnten Sie kennen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich lese Ihnen mal eine Stelle daraus vor. Da heißt es - Zitat -:

Auffällig ist, dass die Verdächtigen Personen,

- Herr Vorsitzender, entschuldigen Sie; das ist MAT A BMF-4.04, Blatt 268 -

(darunter neben natürlichen Personen auch anglo-amerikanische „Hedge Fonds“) dem Anschein nach einen recht einheitlichen kulturellen Hintergrund haben - überwiegend israelische und britische Staatsangehörige.

Klingelt da was bei Ihnen? Kommt Ihnen der Teil bekannt vor?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Der Teil kommt mir natürlich bekannt vor. Wir haben uns dafür auch entschuldigt, dass diese Formulierung, diese missverständliche Formulierung, hier verwendet wurde. Und ich kann Ihnen persönlich - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wann haben Sie sich dafür entschuldigt?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Jetzt aktuell, vor einigen Wochen war das.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau. - Also fünf Jahre lag das erst mal unbenutzt rum, -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - und da sah man offenbar keine Notwendigkeit zur Entschuldigung?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ist, glaube ich, jetzt erst heute überhaupt wahrgenommen worden, dass das dadrin ist. Ich kann Ihnen persönlich versichern - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber der ist ja durch ein paar Hände gegangen, also sowohl bei Ihnen im Haus als auch im BMF.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war auch noch die alte Regierung. Der ist ja durch ein paar Hände gegangen; ist ja jetzt nicht so, dass das unentdeckt irgendwo rumlag.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aber es hat ihm keiner Bedeutung geschenkt, -

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** - diesem Hinweis.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, bis es dann mediale Wellen - zu Recht, wie ich finde - geschlagen hat. - Ist denn bei der Anfertigung des Reports das über Ihren Tisch gegangen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein. - Und ich kann Ihnen versichern: Ich spreche Hebräisch, ich lerne Hebräisch, und ich liebe Israel. Sie dürften keine Sorge haben, dass ich - -

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja gut, dass Sie das noch mal klar gemacht haben. Ich habe jetzt auch erst mal keine Anschuldigung getätigt; aber es gab ja da draußen Resonanz.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und ich glaube, wenn man das liest - da würden Sie mir, glaube ich, zustimmen, Frau Roegele -, braucht man sich nicht wundern, dass möglicherweise auch diese Anschuldigungen getätigt werden.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** עברית מדברת אני. Ich kann Ihnen das nur sagen: Ich bin - -

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Akustisch habe ich es nicht verstanden, Entschuldigung.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** „Ich spreche Hebräisch“ war das auf Hebräisch.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich hoffe, das beruhigt Sie, was meine Person angeht.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich finde das ja auch richtig, das auch einfach klarzustellen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich spreche aber auch ein bisschen Arabisch.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch super. Ich kann nur mit Türkisch dienen; -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nicht dass ich zu einseitig - -

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - aber dann kriege ich ein Problem mit dem Vorsitzenden. Aber das ist ein anderes Thema.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wieso kriegen Sie Probleme mit mir?

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, weil im Bundestag Deutsch gesprochen wird; ich glaube, das ist hier so die Hausordnung.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Sie können es ja mal versuchen.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber wir wollen ja zur Aufklärung hier beitragen, und außer Frau Kiziltepe könnten dann, glaube ich, hier wenige Leute folgen. - Herr Vorsitzender, lassen Sie uns weitermachen in der Befragung. - Kennen Sie die Marktberichte der Bundesbank?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die haben eine eigene Market-Intelligence-Abteilung, und die informiert die Bundesregierung zweimal am Tag in Marktberichten über das Geschehen an den Finanzmärkten. Das heißt, diese Marktberichte bekommen Sie nicht?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Vielleicht bekommt es irgendjemand im Haus, aber nicht ich.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich frage das deswegen, weil ich noch mal zu dem Ablaufschema für das Leerverkaufsverbot kommen möchte. Ich habe jetzt richtig verstanden, dass da zwar drinsteht, dass die Bundesbank immer eine Stellungnahme abgeben soll. Aber am 15. Februar 2019 hat sich herausgestellt, weil man sich den Sachverhalt genauer angeschaut hat, dass die Bundesbank eigentlich bei Fragen, wo es um das Marktvertrauen geht, gar nix beisteuern kann, richtig?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Oder nichts Umfassendes beisteuern kann. „Gar nichts“ würde ich nie sagen; die Bundesbank hat so gute Abteilungen, dass sie immer was beisteuern - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, Sie wissen, wie ich es meine. Genau, so habe ich Sie auch vorhin verstanden. - Die EU-Leerverkaufsverordnung, die gibt es ja jetzt schon länger, die gibt es seit 2012. Und hätte die BaFin Ihrer Kenntnis nach schon vorher Leerverkäufe untersagen können?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, ich habe 2015 bei der BaFin angefangen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich weiß, dass es davor nationale Leerverkaufsmaßnahmen gab.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau, geregelt in § 14 WpHG. Sagt Ihnen das was?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Alt, alter Fassung.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau, alte Fassung. Ich lese kurz mal vor:

Die Bundesanstalt kann im Benehmen mit der Deutschen Bundes-

bank Anordnungen treffen, die geeignet und erforderlich sind, Missstände, die Nachteile für die Stabilität der Finanzmärkte bewirken oder das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte erschüttern können ...

Also, hier geht es um „Nachteile für die Stabilität der Finanzmärkte“, Finanzmarktstabilität, „Funktionsfähigkeit“. Das klingt ja alles so nach Marktvertrauen. Das heißt, hätte die BaFin 2011 ein Leerverkaufsverbot erlassen wollen, hätte sie auch die Bundesbank bei Fragen des Marktvertrauens ins Benehmen setzen müssen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also frage ich Sie: War das alte WpHG hier eigentlich auch falsch?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein. Das ist die alte Rechtslage, und wir haben mit der EU-Verordnung eine neue Rechtslage, und da gibt es kein Benehmen der Bundesbank. Und die neue Rechtslage ist unmittelbar geltendes Recht.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber - letzte Frage, Herr Vorsitzender, wenn ich darf -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gerne.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - dann komme ich zurück: Dann kann doch die Bundesbank, die ja tagtäglich Marktberichte schreibt - deswegen war das meine Eingangsfrage - und auch eine eigene Market Intelligence Unit unterhält, vielleicht auch was zum Marktvertrauen beisteuern, auch zu der Frage?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aber ihr fehlen Daten, die wir haben: Ihnen fehlen die Stores\*, ihnen fehlen meines Erachtens auch die Leerverkaufsangaben, die wir haben, ihnen fehlen Hinweise aus der Bevölkerung, die wir bekommen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es geht ja um Beisteuern. Es geht ja nicht darum, -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - das einzig und allein bewerten zu können, sondern beizusteuern. Und nach der Logik würde ich zu dem Ergebnis kommen, dass die Bundesbank auch in der neuen Welt da was beisteuern kann, auch unter Marktvertrauensgesichtspunkten.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Wenn ich das noch mal sagen darf: Wir haben bei dem konkreten Fall Informationen gehabt, die wir nicht mit der Bundesbank teilen konnten. Und deswegen sind wir übereingekommen, dass deswegen eine Stellungnahme nicht erforderlich ist.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gerne. - So, wir hätten jetzt die nächste Runde. Aber wir haben wieder zwei Runden rum. Deshalb frage ich wie immer: Ist eine Pause notwendig bei der Zeugin oder beim Rechtsbeistand, oder wollen wir weitermachen?

(Die Zeugin und ihr Rechtsbeistand nicken)

- Okay. Dann habe ich gefragt. - Und es hat sich Matthias Hauer gemeldet. Bitte schön.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Herr Vorsitzender. - Frau Hufeld - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Frau Hufeld?

(Heiterkeit)

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Oh, das war ein freud- - Ich war - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nicht dass da Gerüchte entstehen!

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Da sehen wir - - Nee, Gerüchte will ich nicht streuen. Und es hängt ja alles mit allem zusammen, und auch Ihre Vernehmung hängt ja mit der von Herrn Hufeld zusammen; aber - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Und ich verstehe mich auch gut mit ihm, aber es hat Grenzen. Keine Heirat.

(Vereinzelt Heiterkeit)

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, ist schön, dass wir das noch mal hier klargestellt haben. Ich finde auch gut, wenn Sie eng zusammenarbeiten. - Frau Roegele, ich möchte Ihnen zur DPR noch mal eine Frage stellen. Also, Sie haben ja vorhin gesagt, ich sage mal so: Im Wesentlichen haben die das ordentlich gemacht. - Kann man das so zusammenfassen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Man kann es sicher schöner machen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Wenn wir es gemacht hätten, hätten wir es anders gemacht.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Okay. War jetzt auch nur meine Einleitung. - Und dann hatten Sie gesagt - ich glaube, sogar wörtlich -: Die BaFin gibt das Verfahren nicht vor. - Das ist richtig, ne?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja, das ist richtig.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Die DPR - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Eine Verfahrensordnung, die vom BMJ und BMF abgestimmt wurde.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Mhm. - Aber da gibt es ja ohnehin - - Ich meine, die DPR ist ja so angesiedelt, dass es einen Anerkennungsvertrag gibt. Der stammt vom Bundesjustizminister, damals unterschrieben von Frau Zypries, die jetzt



## Nur zur dienstlichen Verwendung

interessanterweise EY berät; aber das ist ein anderes Thema.

(Zurufe der Abg. Dr. Jens  
Zimmermann (SPD) und  
Dr. Florian Toncar (FDP):  
Mit Theo Waigel!)

- Mit Theo Waigel; aber der hat nicht den Anerkennungsvertrag unterschrieben. - In diesem Anerkennungsvertrag ist ja einiges geregelt. Und ich würde einfach gerne mal wissen - Sie haben gesagt, die BaFin gibt das Verfahren da nicht vor -: Setzt sich denn die DPR mit der BaFin zu organisatorischen und inhaltlichen Fragen ins Benehmen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** In der Regel nicht. In Ausnahmefällen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Das habe ich befürchtet, weil das nämlich genau zu Ihrer Aussage passte, die BaFin gibt das Verfahren nicht vor. Und jetzt lese ich Ihnen mal was vor, was in § 3 des Anerkennungsvertrages steht:

### § 3 Zusammenarbeit zwischen der DPR und der BaFin

Die DPR setzt sich mit der BaFin in allen organisatorischen und inhaltlichen Fragen ins Benehmen, um eine effektive und reibungslose Zusammenarbeit im Rahmen der gesetzlich vorgesehenen zweistufigen Enforcement-Konzeption zu gewährleisten.

Das ist der Satz 1 dort. - Sie haben gerade gesagt, Sie setzen sich in der Regel da nicht mit auseinander; widerspricht dem Anerkennungsvertrag. Ich glaube es Ihnen sogar, dass Sie das nicht machen. Es widerspricht aber eben nun mal den Regelungen, die hier getroffen sind in dem Anerkennungsvertrag zwischen dem Justizministerium und der DPR. Das wollte ich erst mal festhalten, dass da entsprechend - - Unabhängig davon, dass die Regelungen, die da getroffen sind, auch ansonsten sehr dünn sind. Dieser Anerkennungsvertrag hat vier Seiten, ganz groß bedruckt; hätte man wahrscheinlich auf zwei Seiten auch

quetschen können. Und die Regelungen, die weiter gehend sind, sind dann noch mal drei Seiten mit der ähnlichen Schriftgröße. Also, festhalten, dass da ein Widerspruch zu dem besteht, was Sie gerade gesagt haben.

Und dann, weiter zur DPR, würde ich Ihnen gern mal ein Dokument zeigen, und zwar müssen wir das hier mit einem stillen Vorhalt machen, weil das leider, wie so viele Ordner, eingestuft ist mit VS-Vertraulich - amtlich eheimgehalten. - Würden Sie schon mal stoppen?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Genau, braucht sowieso nicht die ganze Zeit. - Da geht es einmal um einen internen Bericht, DIS . Das ist ja intern, ne? DIS?

(Die Zeugin nickt)

Und einmal ist es der gleiche Bericht, der an das BMF gegangen ist, Einzelbericht an das BMF. So, und da würde ich Ihnen gerne mal das vorhalten.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Genau, wir machen das immer, Frau Roegele und an den Rechtsbeistand, unter dem Rang; dann kann niemand von oben auch einsehen. Das heißt, wenn Sie sich kurz zu der Kollegin begeben, dann schauen Sie dort rein. Und aus einem stillen Vorhalt dürfen Sie natürlich jetzt nicht zitieren, Namen nennen. Sie können nur mit „Ja“, „Nein“, „Sehe ich auch so“, „Sehe ich anders“, wie auch immer, beurteilen. Gucken Sie sich das in Ruhe erst mal an; schauen Sie es sich ganz in Ruhe an.

(Der Zeugin werden am  
Rande des Sitzungssaales  
Unterlagen vorgelegt - Die  
Zeugin und ihr Rechts-  
beistand lesen in diesen  
Unterlagen)

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Hatten Sie Gelegenheit, sich das vernünftig anzuschauen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Da fehlt ja ein Satz, ne? Also, es ist ein Satz mehr in dem internen Teil, und der ist dann verschwunden in dem Teil, der ans BMF gegangen ist. Da sind wir uns einig, ne?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.\*

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Können Sie das erklären, wie das passiert ist?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein. Mit Sicherheit gab es keinen Grund, diesen Satz nicht dem BMF gegenüber auch mitzuteilen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja. - Aber ist ja jetzt nicht irgendein Satz verschwunden, ne? Sondern es ist ja - - Da hat ja nicht einer aus Versehen auf „Delete“ gedrückt oder so, -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das weiß ich nicht.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): - sondern da ist ja am selben Tag - ist ja vom selben Tag - quasi ein Satz mehr intern berichtet worden als jetzt ans BMF.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich kann Ihnen nicht sagen, warum.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Mhm. - Aber Sie haben es verfasst, ne?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nee, verfassen tue ich die Dinger dann doch nicht. Ich habe es abgezeichnet.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, okay. Sie haben es abgezeichnet. - Haben Sie - - Gucken Sie sich die Berichte denn an, bevor Sie abzeichnen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, normalerweise gucke ich mir die an. Aber ich gucke mir immer nur den - - Wenn die Kollegen mir sagen: „Das ist identisch“, gucke ich mir immer nur einen an, weil ich lese ja nicht das Gleiche zweimal.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Mhm. - Was haben die gesagt? „Ist identisch“?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich weiß es nicht, ob die mir das damals gesagt haben; aber ich gehe mal davon aus.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Sonst hätten Sie es sich ja angeguckt, haben Sie ja gerade gesagt. Sie gucken sich den ja nur nicht an - - Ich meine, finde ich ja nachvollziehbar; ich würde mir auch nicht was, was ich mir schon einmal angeguckt habe, noch mal komplett durchlesen, wenn mir einer sagt: „Das ist identisch“, der mein Mitarbeiter ist und dem ich da vertraue. Aber wenn der sagt: „ist nicht identisch“, dann gucke ich halt -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): - oder sage mir: Wo ist denn der Unterschied?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Und wenn ich schon im Schriftbild sehe, es ist nicht identisch, gucke ich mir natürlich auch beide an.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja. - Also, ist ja eine Zeile mehr in dem Absatz in dem Fall, ne? Der Seitenumbruch ist ja auch ein anderer unten. Also kann man schon erkennen, dass das ein Unterschied ist.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Tut mir leid.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Aber Sie haben gedacht, es ist derselbe Bericht?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja. Er ist ja auch ein bisschen länger.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, aber wenn er ein bisschen länger - - Ach so, Sie meinen, der ist *lang*, der Bericht.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, aber ist natürlich - - Auch wenn man sich das Ende anguckt, sieht es halt völlig anders aus als jetzt - - Also, man hätte es auch am Ende merken können, dass es nicht derselbe Inhalt sein kann. Und dann ist natürlich erstaunlich, wenn da so ein Satz fehlt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Können Sie uns zu dem Satz selbst denn was sagen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Der Satz hieß, glaube ich: „Es steht noch - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Sie dürfen den Satz leider, auch wenn es uns alle interessiert - also, ich weiß es ja -, jetzt nicht zitieren.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Aber es geht um das Ende der DPR-Prüfung. So viel kann man, glaube ich, verraten, ohne dass man diesen Satz jetzt vorliest.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Es gibt keinen mir einleuchtenden Grund, warum der nicht da drin stand.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Mhm. - Gut, wird - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also keinen, der mir jetzt spontan einfällt. Und normalerweise machen wir eine umfassende Information des BMF.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja. Es gibt Zufälle, die erstaunen einen, -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Gibt auch Büroversehen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - dass dann genau der Satz, um den wir jetzt hier ringen, dann da plötzlich fehlt. - Ich möchte auch noch mal zu dem kommen, was Sie mir vorhin berichtet haben zur DPR. Da hatten wir ja so schön diskutiert über die Frage - - Ich hatte Sie ja konfrontiert mit Ihren eigenen Worten, Stichwort: dass DPR die Hände in den Schoß gelegt hat, solange das mit KPMG läuft. Jetzt will ich Ihnen noch mal ein Dokument vorlegen, leider wieder VS-Vertraulich - amtlich geheimgehalten -, vom BMF eingestuft. Und zwar geht es darum - das ist so eine Aufstellung von der DPR -, was gemacht wurde. So die einzelnen Verfahrensschritte der DPR ergeben sich daraus. Sie müssen sich das jetzt nicht komplett angucken; es reicht, wenn Sie schauen

ab dem Zeitpunkt Beauftragung KPMG-Sonderbericht. Da interessiert mich, was danach passiert ist. Ich kann so viel schon mal verraten: Es dürfte schnell gehen, sich das anzugucken.

(Der Zeugin werden am Rande des Sitzungssaales Unterlagen vorgelegt - Die Zeugin und ihr Rechtsbeistand lesen in diesen Unterlagen)

Können Sie uns sagen, wenn man jetzt mal von internen Berichterstattungen absieht und von Themen, die direkten Bezug zu diesem KPMG-Bericht haben, ob da eine relevante Handlung der DPR noch zu erkennen ist?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das kann ich so nicht beurteilen. Also, zum einen finde ich das wichtig, was sie gemacht hat, was die Dokumentationslage angeht. Und es kommt natürlich dann ganz erheblich auf den Inhalt der folgenden Maßnahmen an; sie hat ja dann noch mal eine Sitzung, wenn ich das richtig in Erinnerung habe. Da müssen Sie die DPR fragen - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Wann war die Sitzung?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Weiß ich nicht, kann ich jetzt nicht mehr sagen. Aber ich - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also wollen Sie sagen, dass aus dem, was Sie wissen, und aus dem, was Sie gerade noch mal gesehen haben - - dass die DPR da relevante Prüfungshandlungen nach Beginn des KPMG-Berichts vorgenommen hat? Ich erkenne das daraus nämlich nicht.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, ich kann - - Ich muss schon sagen, dass es wichtig ist, mal zu wissen, was die einen prüfen, um zu erkennen, wo man möglicherweise noch ein Delta hat. Also, die Anforderung der Dokumentation finde ich schon mal einen ersten wichtigen Schritt. Da kann ich jetzt nicht sagen, dass sie nichts gemacht hat, und ich kann auch nicht sagen, dass ich bei dieser Ausgangslage erhebliche Zweifel



## Nur zur dienstlichen Verwendung

an der Durchführung der Prüfung durch die DPR haben müsste.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Mhm. - Ich halte mal fest: Das, was Sie jetzt als relevante Prüfungsleistung sehen, ist, dass DPR geguckt hat, was KPMG macht, und intern dokumentiert hat.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Und, soviel ich weiß, drüber gesprochen hat.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das ist jetzt die relevante Tätigkeit seit Einleiten des KPMG-Berichts? Okay.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das kann - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Darauf wollte ich auch hinaus, dass Sie das genau so feststellen. Hätte jetzt die Bewertung etwas anders mir gewünscht; aber man kann sich ja bekanntermaßen nicht wünschen, was die Zeugen sagen. Aber ich hätte schon ein bisschen Selbstkritik erwartet, dass man sagt: Da ist quasi seitdem nichts mehr passiert. Die haben die Hände in den Schoß gelegt bei der DPR. - Also, quasi das, was Sie genau auch Herrn Hufeld mitgeteilt haben in Ihrer Mail, hätte ich auch - - Wenn Sie es jetzt gesagt hätten, hätte ich Ihnen zugestimmt. Haben Sie leider jetzt anders festgestellt. Hängt natürlich damit zusammen - das ist jetzt meine persönliche Bewertung -, dass Sie einfach da jetzt nicht einsehen wollen, dass Sie als BaFin da hätten das Ruder übernehmen müssen, nachdem Sie erkannt haben, die DPR ist da in den Tiefschlaf verfallen oder hat die Hände in den Schoß gelegt.

Ich möchte zu dem Zatarra-Bericht noch mal kommen. Habe ich Sie da richtig verstanden vorhin, dass Sie deshalb der Sache da nicht so tief nachgegangen sind, weil Sie ja nicht wussten, wer dahintersteckt bei dem Zatarra-Bericht?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein. Die Kollegen haben ja schon versucht, zu erforschen, wer hinter Zatarra steckt, und haben eine Anzeige an die Staatsanwaltschaft formuliert. Und meines Wissens hat die Staatsanwaltschaft dieses Verfahren auch weiterverfolgt und hat zumindest - ich weiß

jetzt nicht, mit welcher Form - da auch eine - - Ich will jetzt nicht „Verurteilung“ sagen, aber da hat es einen Strafbefehl oder irgendwas anderes gegeben.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, gegen Herrn Earl.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein. Aber das weiß ich jetzt nicht, ob ich das offen sagen kann. Gegen die anderen Personen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Gut, darum ging es mir auch jetzt nicht. Mir ging es nämlich darum: Sie haben nach dem Zatarra-Bericht jetzt kein Leerverkaufsverbot zum Beispiel erlassen, ne? Da sind wir uns ja einig.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Da haben wir es auch erst später erfahren. Da war der Zatarra-Bericht draußen und das Unglück passiert.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, aber Sie haben da auch nicht intern noch weiter Forschungen oder Analysen vorgenommen. Und Sie haben eben anders agiert zum Beispiel bei diesem Aktenvermerk. Da stehen dann Dinge drin; manche haben Sie als ernsthaft eingeschätzt, andere sagen, das ist eine Räuberpistole. Aber das haben Sie zumindest - Sie, BaFin - zum Anlass genommen, da intern noch mal auch Prüfungen durchzuführen, haben Sie ja gesagt. Sie haben ja Analysen dann durchgeführt.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Genau.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und das wundert mich halt. Da wussten Sie ja auch nicht, wer jetzt dahintersteckt, wer denn diese Leute bei Bloomberg angeblich, diese dubiosen Erpresser, da sind, die dann irgendwas - - Also, bei dem einen, da haben Sie dann geprüft, und bei dem anderen nicht. Aber Sie sehen da jetzt kein widersprüchliches Verhalten?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Bei dem einen sind wir - sorry - vor dem Thema informiert worden. Da gab es die Short-Attacke nicht; es gab welche davor. Und bei dem anderen sind wir ex post unterwegs.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Mhm, okay. - Ich übergebe an den Kollegen Dr. Michelbach.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ja, Frau Roegele, Folgendes: Der Dr. Bayaz hat Sie gefragt - - Wo haben Sie geantwortet: „Wir hatten Informationen, die wir nicht der Bundesbank mitteilen konnten“? Warum konnten Sie Infos dort nicht mitteilen? Und was für ein Hintergrund war das gegen - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Es war das Fax, und wir hatten keine Erlaubnis der Staatsanwaltschaft, das mit der Bundesbank zu teilen. Jetzt ist die Frage: Haben wir danach gefragt? - Das weiß ich nicht. Wir haben explizit nach der Möglichkeit gefragt, das mit ESMA zu teilen, und dazu hatten wir eine Erlaubnis. Ansonsten hat die Bundesbank\* darum gebeten, dieses Fax streng vertraulich zu behandeln.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut. Aber, ich sage mal, in Form von mündlichen Erklärungen hat dieser Vermerk des Anrufs des Wirecard-Anwalts ja trotzdem die Runde gemacht. Das heißt, Sie haben zwar das Papier nicht aus der Hand gegeben, aber es wurde mehrfach gegenüber auch der Bundesbank und anderen verlautbart, dass das im Raum steht, ein solcher Vermerk.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich musste ja auch der Bundesbank erklären, dass es noch Informationen gibt, die ich ihr nicht im Detail geben darf.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Also, Sie haben nicht das Schriftstück, aber haben einfach - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich habe auch nicht den konkreten Inhalt gesagt. Ich habe das wahrscheinlich - -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Aber angedeutet haben Sie es?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** High Level eine Aussage getroffen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Sie haben eine Aussage getroffen. - Sie haben mehrfach Aussagen getroffen, die mich etwas verwundern. Die Entscheidung zum Leerverkaufsverbot haben Sie laut der Aussage heute begründet: „Wir haben gehört, dass andere Aufsichtsbehörden Hinweise auf verdächtige Marktbewegungen gegeben haben“; das haben Sie vorher verlautbart. Welche Behörden waren das im Einzelnen, und was haben die im Einzelnen gemeldet zu den Marktbewegungen?

(Die Zeugin wendet sich an  
RD Robert Fritz (BMF))

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, ich glaube, das würde jetzt nur in der Vertraulichkeitsvariante gehen. Ich kann die - - Die Behörden haben meines Erachtens dem nicht zugestimmt. Das finden Sie in den Akten; das sind die sogenannten Stores\*.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Und Sie brauchen nicht zu dem Herrn Fritz schauen; ich bin der, der fragt.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja, aber ich - -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ich darf jetzt - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Bei dem Thema Vertraulichkeit hat das BMF ja dann doch noch ein Wort mitzureden.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ja, gut, aber Sie können doch sagen, welche Behörden Sie im Einzelnen Hinweise über verdächtige Marktbewegungen - -

(Die Zeugin berät sich mit  
ihrem Rechtsbeistand)

denn das ist ja ein Punkt - - Das ist Ihr Alleinstellungsmerkmal, weil es gibt keine Behörden, die eine ähnliche Einschätzung hatten wie Sie.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Woher wissen Sie das?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ja, ich lese Ihnen mal Folgendes vor zum Beispiel. Die Handelsüberwachungsstelle ist Ihnen ja wohl bekannt, wenn Sie Marktversagen anstellen, was ja wahrscheinlich geändert wurde, nachdem die Finanzstabilitätsfrage nicht lief. Da wird Folgendes geschrieben:

Sehr geehrte Frau Roegele,

am 22. Februar 2019 hat die Handelsüberwachungsstelle der Börse einen Bericht über Marktauffälligkeiten beim Handel der Wirecard-Aktien gefertigt. Dieser Bericht wurde im Anschluss übersandt. Die Handelsüberwachungsstelle kommt dabei zu folgendem Ergebnis: (?)

Ich zitiere wörtlich:

Im Vorfeld der Veröffentlichung sind keine Transaktionen bezogen auf die Handelsvolumen der Teilnehmer erkennbar, die vom „üblichen“ Handelsvolumen abweichend sind.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Zum einen ist dieser Bericht vom 22.02., also nach Erlass des Leerverkaufsverbots.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Nein, weil Sie vorher ja dort nicht gefragt haben, haben die Ihnen quasi rückwirkend am 22. diese Antwort gegeben.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja. - Und das Zweite - ich hatte es vorhin schon erläutert -: Die Sachverhalte haben auch in der Regel nicht auf deutschem Boden gespielt.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ja, aber Sie hätten doch bei so einer wichtigen Aussage eigentlich die Notbremse ziehen müssen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Inwiefern?

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Na ja, gut, Sie hätten doch nach einer solchen Aussage einfach sagen müssen: Ich habe wohl vielleicht doch falsch gelesen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Noch mal: Wenn mir eine Handelsüberwachungsstelle Informationen liefert, die einen Markt betreffen, an dem nichts stattgefunden hat, ich aber Informationen von einer anderen Behörde habe - - an der etwas stattgefunden hat, wieso soll ich dann eine Notbremse ziehen?

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut, weil einfach viel im Raum stand, das letzten Endes finanzmarktrelevant und schadensrelevant für den Finanzmarkt war. - Ich kann Ihnen jetzt noch mal, wenn Sie die Handelsüberwachungsstelle zu ignorierend gesehen haben, den Referatsleiter der Börsenaufsicht im hessischen Wirtschaftsministerium, Herrn Hiestermann, vorhalten. Der hat also folgendes Zitat - ich zitiere -:

... teilten mir Mitarbeiter der BaFin am Rande einer dortigen Sitzung mit, dass die BaFin von der Staatsanwaltschaft München informiert worden sei, dass dort wegen des Vorwurfs einer Erpressung durch Dritte zum Nachteil der Wirecard AG ermittelt würde. ... Die Mitteilung wurde mit der Frage verbunden, ob dies Grund für eine Handelsaussetzung der Aktie der Wirecard AG sein könnte, was ich ... verneinte.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja. Das waren wir uns ja auch einig; wir wollten keine Handelsaussetzung machen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ja, ja, gut. Aber der hat ja erstens mal Bescheid gewusst, was die Staatsanwaltschaft, wo Sie sich ja zur Verschwiegenheit erklärt haben - - voll Bescheid gewusst.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Na ja, -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Das geht ja aus dem Zitat hervor.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** - ob er da wirklich voll Bescheid gewusst hat oder ob wir ihm das nur berichtet haben, damit er das einordnen kann - - weil Handelsaussetzung hätte er mitmachen müssen. Und das war ja nun doch auch etwas, was wir mit der Staatsanwaltschaft besprochen haben, ob das eine der Möglichkeiten sein könnte.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Frau Roegele, es geht nicht nur um die Handelsaussetzung, sondern es geht darum, dass Sie erstens gesagt haben, dass Sie die staatsanwaltschaftliche - - diesen Vermerk dieser Räuberpistole des Wirecard-Anwalts nicht weitergegeben haben. Sie haben es weitergegeben; das wird daraus ganz sichtbar.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, ich habe die Information vielleicht weitergegeben, aber ich habe das Fax nicht weitergeleitet.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Fax haben Sie nicht weitergeleitet, aber den Sachstand haben Sie weitergeleitet. Das wird ja aus dem Zitat - - Oder sagen Sie, der Herr Hiestermann lügt?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein. Ich kann Ihnen aber nicht sagen, was und wie viel er von dieser Information bekommen hat.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ja, aber er zitiert - - Ich habe Ihnen das Zitat wörtlich vorgetragen. Und da muss ich feststellen, dass Sie hier zwei verschiedene Antworten versuchen zu geben. Und da ist ganz klar, dass er das Tun, Ihre Verantwortung, die Sie nicht übernehmen wollen, für den Schaden durch das Leerverkaufsverbot oder eine Handelsaussetzung, klar verneint hat. Können Sie das wenigstens einräumen, dass er das klar verneint hat?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich habe Ihre Frage nicht verstanden.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Herr Hiestermann hat verneint, dass es letzten Endes praktisch eine Problemlage an der Börsenaufsicht und der Börse in Frankfurt gibt mit Wirecard.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein, das sehe ich nicht so. Mit der Aussage, die er da getroffen hat - - ist nur: Eine Handelsaussetzung ist vor diesem Hintergrund nicht das richtige Mittel.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut. Weil er für die Handelsaussetzung befragt wurde; aber er hat sich natürlich auch dann nicht für ein Leerverkaufsverbot ausgesprochen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das ist auch nicht seine Zuständigkeit.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ja, ja, gut. Aber Sie haben ja viele Zuständigkeiten hinterfragt, indem Sie Rückversicherungen von allen möglichen anderen Stellen wollten. Aber die haben Sie ja, ich denke mal, ignoriert oder nicht ernst genommen. Also, der Schaden ist leider entstanden. - Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke, Dr. Michelbach. - Ja, ich würde gerne noch mal dieses DPR-Thema aufnehmen, weil das lässt mich irgendwie nicht los. Ich würde zunächst mal in Fortsetzung wissen wollen: Wer vertritt denn - - bzw. auf welche Rechtsmeinung stützen Sie denn in Ihrem Hause - - Man kann ja jetzt nicht einfach sagen: Wir sind der Meinung. - Oder haben Sie die Meinung vorgegeben bekommen, dass Sie nach § 6 eben entsprechend keine Kompetenz mehr bei Untersuchungen wegen Marktmissbrauchs haben? Oder gab es da eine Vorgabe aus dem BMF? Oder wer hat denn bei Ihnen im Hause sozusagen diese Rechtsauffassung als herrschende Meinung im Hause - nennen wir es - durchgesetzt?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, wir haben nach § 6 natürlich die Aufgabe nach Marktmissbrauch. Aber wir haben nach § 6 nicht die Aufgabe, Bilanzbetrug zu entdecken, sondern das ist etwas, was § 106 ff., die Bilanzkontrolle, beinhaltet. Dort hat man 2004, 2005 ein System geschaffen,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

bei dem eine Zweistufigkeit vorgesehen ist, damit die Unternehmen - ein Angebot an die Wirtschaft und die Unternehmen sollte dies sein - auf gleicher Augenhöhe mit der DPR Bilanz- und Bilanzkontrollfragen klären. Es ist dort vorgesehen - spezielle Kostenregelungen sind das eine, die wir in § 6 nicht haben -, dass nur zwei Abschlüsse - bis 2015 nur ein Abschluss - rückwirkend überhaupt von der DPR und dann von der BaFin auf zweiter Stufe angesehen werden können, was eindeutig zeigt, wie hoch das Rechtsgut -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** - der Rechtssicherheit da ist. Und das heißt, wir können dann nicht kommen und § 6 benutzen und die Bilanzen des Unternehmens unter dem Aspekt Marktmissbrauch der letzten drei, vier, fünf Jahre aufmachen und dann auch noch mit einer Kostenfolge. Im § 106 ff., verbunden mit dem FinDAG, ist geregelt: Wenn ein Unternehmen dann tatsächlich Fehler hat, kommt es für die Kosten auf. - In § 6 müsste die Allgemeinheit für eine solche Bilanzkontrolle aufkommen. Insofern haben wir ganz klar - - Und der § 106 ff. wurde nie „eingemeindet“ - in Anführungsstrichen - in die anderen Regelungen - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber wer hat diese Rechtsauffassung - - Wie gesagt, ich habe Ihnen ja eben - - Wir könnten jetzt das Gutachten austauschen -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - von Herrn Klöhn; das werden Sie sicherlich kennen. Und er schreibt relativ klar, die BaFin war daher gemäß § 6 dafür zuständig, die Wirecard-Bilanzen eigenständig zu prüfen. Ich bin auch der Meinung: Wenn das nicht Marktmissbrauch war, was Wirecard gemacht hat, -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Es ist eine ... (akustisch unverständlich)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - weiß ich nicht, was Marktmissbrauch ist. Und deswegen ist ja

meine klare Frage - die muss ja relativ einfach - - Ist es eine Meinung, die eben entsprechend im Hause groß geworden ist, leiten Sie die von anderen Größen oder Gutachtern oder Professoren im Bereich, hier zum Kommentar Wertpapierhandelsgesetz, ab? Woher kommt diese Meinung, die Sie da äußern?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das war immer schon unsere Meinung, das Verhältnis. Wir haben das doch - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, aber die bildet sich ja. Das ist ja genau der gleiche Punkt, dass auf einmal eine Meinung sich im Hause bei Ihnen änderte, was „ins Benehmen setzen mit der Bundesbank“ heißt bei Finanzmarktstabilität oder eben entsprechend Marktvertrauen. Denn da herrschte ja fast bis unmittelbar vor dem Akt dieses einmaligen Leerverkaufsverbots - ich bleibe dabei - so ein bisschen die Meinung - - und die Bundesbank war fast so ein bisschen der Meinung, und man rückversicherte sich dann, und dann hat wohl das BMF klargestellt: Nein, es soll die EU-Leerverkaufsverordnung gelten.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nee, das war die - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und dann ist es nicht mehr ins Benehmen oder in Austausch setzen. Und jetzt sagen Sie - deswegen frage ich: wo kommt das her? -: Wir sind da für § 6 überhaupt nicht zuständig, und dann müsste die Allgemeinheit das zahlen. - Na ja, die 20 Milliarden - im Minimum - Marktschaden zahlt jetzt auch die Allgemeinheit. Also, nochmals: Wer hat das festgelegt? Wo kommt das her, oder auf welche herrschende Meinung, Lehrmeinung berufen Sie sich, diese Aussage zu tätigen, die Sie da gerade tätigen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Noch mal: Es ist unsere Meinung, und wir müssen natürlich die Regelungen auslegen. Wir haben immer gesagt - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, das ist der Punkt. Dann sagen Sie doch einfach: Es ist die Auslegung der BaFin.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Und die ist gestützt durch Professor Schneider und meines Erachtens zum Teil durch Professor Böcking.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Da haben wir es doch. Das wollte ich doch nur wissen; ist doch gar nicht so schwer. - Gut, also Professor Schneider, und der stützt Ihre Meinung.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Professor Dr. h. c. Uwe H. Schneider.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Genau. Den habe ich ja auch eingangs zitiert, denn der wird da ja auch in den Abhandlungen dann eben entsprechend immer genannt. Und hier wird Herr Uwe H. Schneider entsprechend widerlegt. Aber gut.

Was hat Sie denn veranlasst, auch DPR zu sagen: „Das ist in guten Händen bei der DPR“? Also, die Kollegen haben es dann so ausgedrückt: Ja, das war ein bisschen bummelig, ein bisschen langsam. - Was hat Sie denn ganz persönlich dazu stimuliert, hier zu sagen: „Im Untersuchungszeitraum, da war das schon gut bei der DPR aufgehoben“?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich glaube, das ist nicht die Frage. Die DPR ist und war zuständig zu diesem Zeitpunkt, bis das Unternehmen erklärt hat, dass es nicht mehr - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut, da sind wir ja anderer - - Also, akzeptieren Sie meine Meinung, -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - weil ich gehe da mit Professor Klöhn. Ihre Rechtsauffassung stützen Sie auf Herrn Professor Schneider. Das wird vielleicht irgendwann geklärt werden, welche Rechtsauffassung denn da die richtige ist. Ich glaube, das ist schleunigst zu klären, auch durch eine Klarstellung meinestwegen des Ministeriums;

denn das ist ein entscheidender Punkt, glaube ich. Das haben wir schon in der ersten Anhörung - - Da war es, glaube ich, Kollege Schäffler, der da aus dem Sattel damals ging, nämlich auch den § 6 Wertpapierhandelsgesetz aus meiner Erinnerung zitierte. Also, das sollte geklärt werden.

Aber nochmals: Ihre konkrete Veranlassung war einfach: Weil die zuständig sind, ist es da gut aufgehoben bei der DPR.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Weil es so im Gesetz steht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Hm?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Meine Auffassung ist: Weil es so im Gesetz steht nach unserer Lesart.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Sagen wir mal: -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Sinn und Zweck - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - Weil Herr Professor Schneider Ihre Auffassung stützt, waren Sie der Meinung, weil Sie ja gar nicht anders konnten, wenn Sie das so interpretieren, dass das bei der DPR, obwohl die Kollegen ja gerade das Gegenteil sagen, gut aufgehoben ist?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich weiß nicht mehr, wie ich das noch mal formulieren soll. Wir haben eine klare Gesetzeslage, und die haben wir interpretiert und im Einklang mit Professor Schneider - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wenn sie klar ist, müssten Sie die nicht interpretieren.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aus unserer Sicht, ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Frau Roegele, wenn die Gesetzeslage so klar wäre, müssten wir sie nicht interpretieren. Dann würde ich Ihnen ja auch nicht gerade hier Professor Klöhn entgegenhalten. Also, da drehen wir uns im Kreise. - Kön-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nen Sie mir denn beantworten: Im Untersuchungszeitraum, wie viele Tochterunternehmen hatte die Wirecard AG?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Sie haben das Organigramm drin; ich kann Ihnen das nicht sagen.

(Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Michelbach hat es immer dabei! - Heiterkeit der Abg. Cansel Kiziltepe (SPD))

Also, ehrlich gesagt - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, aber es waren so ungefähr 57. Und das ist ja dann immer mal eine ganz gute Zahl, um zu beurteilen: Kann die DPR das entsprechend leisten? - Aber gut, meine Zeit ist auch schon wieder rum. Dann gucke ich zur SPD rüber. - Dr. Zimmermann.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Herr Vorsitzender, wir haben in dieser Runde jetzt erst mal keine weiteren Fragen mehr an Frau Roegele. Wir sparen unsere Energie für Herrn Hufeld.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, danke. - Dann gucke ich zu Dr. Toncar von der FDP-Fraktion.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Vielen Dank. - Gab es, Frau Roegele, nach dem Februar 2019 noch weitere Informationen der Staatsanwalt- - München zu einer vermeintlich bevorstehenden Short-Attacke?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich weiß nicht, „der Staatsanwaltschaft München“, und es ist vielleicht falsch gesagt; aber Sie wissen, dass es im Juli 2019 die Übersendung eines Tapes gab, auf dem eine weitere Short-Attacke angesprochen wird, eine - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Wer hat das übersendet?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Hm?

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Wer hat das übersendet, das Tape?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das weiß ich, ehrlich gesagt, nicht mehr. Ich glaube, wir haben es von der Staatsanwaltschaft bekommen oder von der Polizei.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Wer hat den Fall sozusagen oder diesen Sachverhalt im Juli bearbeitet?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Bei mir -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, ja.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** - oder bei der Staatsanwaltschaft?

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nee, auf jeden Fall bei Ihnen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Auch Herr Kimmer.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Auch Herr Kimmer. Und da wurde ein Tonband übermittelt.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Es ist ja kein weiteres Leerverkaufsverbot gekommen, und mir ist auch keine weitere Maßnahme bekannt.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Wie war denn sozusagen da der Entscheidungsverlauf, wenn Sie ein Tonband bekommen haben und letztlich ja ein ähnlicher Verdacht in den Raum gestellt war, auch von der Staatsanwaltschaft, wie im Februar? Wie war denn dann der Entscheidungsweg, und warum führte das Ganze zu einem anderen Ergebnis als im Februar?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Soviel ich weiß, hatten wir gar keine Chance, zu entscheiden, weil das Unternehmen dieses Tonband selber publik gemacht hat. Und damit ist ja natürlich eine Leerverkaufsmaßnahme nicht mehr erforderlich. Es müsste ja jetzt jeder gewarnt sein.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Das war der Grund, okay. - Noch mal eine andere - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aber legen Sie mich nicht fest, ob es das Unternehmen war. Aber soviel ich weiß, gab es dann ganz kurzfristig danach einen „Handelsblatt“-Artikel zu diesem Thema.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Aber wissen Sie, ob seitens der Staatsanwaltschaft sozusagen da in ähnlicher Weise, ich sage jetzt mal, Gefahr im Verzug, Handlungsbedarf, Präventionsbedarf kommuniziert wurde, bevor das Tape dann in die Öffentlichkeit kam? Gab es da eine ähnliche Wertung, wenn ich das so ausdrücken darf, wie im Februar?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich habe da keine eigene Wahrnehmung. Wie gesagt, das hat sich überstürzt bei mir in der Wahrnehmung. Bis zu dem Zeitpunkt, wo ich von diesem Tape Kenntnis hatte, war, glaube ich, auch die Publikation draußen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Mhm, okay. - Ich würde gern noch mal aus einer E-Mail zitieren, MAT A BMF-4.22, Blatt 149. Können wir gerne auch vorlegen; es ist auch kein stiller Vorhalt, kann so vorgelegt werden. Da wurde im Juli 2020, als es dann sozusagen um die Aufarbeitung der Insolvenz ging und die Berichterstattung gegenüber den Medien und auch dem Parlament, innerhalb der BaFin in einem Kreis mit Frau Geilfus, Frau Schlothauer, Herrn Bußalb, Herrn Kimmer, Frau Rensch, Frau Schuchhardt und anderen - auch Sie sind teilweise Teil der Kommunikation gewesen - diskutiert, wie man denn das Leerverkaufsverbot begründen kann, auch mit Blick auf Netto-Leerverkaufspositionen. Da schrieb Frau Schlothauer an einen Verteiler am 16. Juli:

Frau Schuchhardt bittet **bis morgen** um Klärung, inwieweit die Entwicklungen der Netto-Leerverkaufspositionen vor Veröffentlichung der jeweiligen Berichte Einfluss auf die Entscheidungen der BaFin hatten. D.h. ...

- zweiter Spiegelstrich -

- inwieweit wurde die vorangegangene Entwicklung der NLP-Position in die Entscheidung mit einbezogen, die Leerverkaufsmaßnahme vom 18.02.19 zu erlassen.

(Der Zeugin werden Dokumente auf einem Notebook gezeigt - Die Zeugin und ihr Rechtsbeistand lesen in diesen Dokumenten)

Das war die Anfrage, also: Bitte die Relevanz von Leerverkaufspositionen vor Veröffentlichung der Berichte für unser Leerverkaufsverbot erarbeiten.

Daraufhin antwortete Frau Geilfus kurz darauf:

Alleine aus den NLP lässt sich kein Eingreifen aus Leerverkaufsicht begründen. Daher ist die angedachte Visualisierung schwierig. Auch weil in 2019 die Anstiege der NLP gerade nicht vor dem Bericht, sondern danach waren. Dies sieht man aus dem Chart.

Und so wurde es dann auch an Frau Schuchhardt weitergegeben durch Frau Schlothauer.

Seit wann ist Ihnen bekannt, dass die Netto-Leerverkaufspositionen 2019 - Zitat Ihrer eigenen Mitarbeiterin - „gerade nicht vor dem Bericht, sondern danach waren“?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aber noch mal: Wir haben einen weiteren Bericht erwartet. Und nach dem Bericht, vom 30.01. bis 07., sind die auch angestiegen. Es gab die Erwartung: Es gibt einen weiteren Bericht.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Also das war die Schlussfolgerung: Es gab zwei Berichte, und dann gab es nach den Berichten Leerverkaufspositionen, die - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, das ist meine Vermutung, warum - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Das ist ja unglaublich.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aber wir standen - - Unsere Vermutung war ja: Wir stehen vor der nächsten Short-Attacke.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, aber das setzt doch voraus, dass es vorher schon eine Short-Attacke - - Also, wenn Sie von der nächsten sprechen oder einer abermaligen - und diese Formulierung höre ich ja die ganze Zeit -, dann setzt das ja voraus, dass es vorher eine gegeben hat. Und - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** War denn aus Ihrer Sicht Zatarra eine Short-Attacke?

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Das will ich nicht beurteilen. Aber wenn wir im zeitlichen Kontext Januar/Februar 2019 waren, dann bin ich, Frau Roegele, nach sechs, sieben Monaten Untersuchungsausschuss der Meinung, dass es keine Short-Attacke gegeben hat, und zwar nach langer Beschäftigung mit dem Thema. Zatarra: -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Jetzt - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** - Will ich mir kein Urteil anmaßen. Hier bin ich der Meinung: zu keinem Zeitpunkt, persönlich.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aber „nach langer Beschäftigung“. Und wir hatten keine lange Beschäftigung; wir waren im Rahmen der Gefahrenabwehr dafür zuständig.

(Die Zeugin berät sich mit  
ihrem Rechtsbeistand)

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, aber Sie sind natürlich letztlich begründungspflichtig für das Vorliegen einer Gefahr, die Sie dann abwenden wollen.

Okay, ich wollte ja nur noch mal rausarbeiten, dass der BaFin bewusst war, dass die Anstiege der Netto-Leerverkaufspositionen damals, zum Jahresbeginn 2019, gerade nicht vor dem Bericht,

sondern danach waren. Das, glaube ich, ist sehr, sehr deutlich aus der Aktenlage ersichtlich.

(Die Zeugin berät sich mit  
ihrem Rechtsbeistand)

Das andere ist Spekulation über künftige Verläufe, die jedenfalls nicht aufgrund des Faktums der Verkaufspositionen selber begründet werden konnten.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann wäre als Nächstes an der Reihe Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Vielen Dank. - Frau Roegele, ich glaube, der Artikel wurde heute schon mal angesprochen, von Peter Mülbert und Elke Gurlit - er ist Professor für Wirtschaftsrecht an der Universität Mainz, sie ist Professorin für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Mainz -, aus der „Börsen-Zeitung“ vom 10. März: „Die BaFin braucht mehr Selbstbewusstsein“. Und hier steht drin:

Die BaFin untersteht der Rechts- und Fachaufsicht des BMF ... Als Aufsichtsinstrument ist ausdrücklich ein „Erlaubnisvorbehalt“ unter anderem für bedeutsame Allgemeinverfügungen der BaFin vorgesehen. Für das Leerverkaufsverbot, das wohl als Allgemeinverfügung von beträchtlicher Bedeutung anzusehen ist, findet sich in den BaFin-Akten freilich keine ministerielle Erlaubnis. Die für Leerverkäufe zuständige BaFin-Referentin verneinte im Untersuchungsausschuss sogar die Kenntnis der Spitze des BMF vom geplanten Verbot.

Jetzt mein Einschub: Das verneinte auch das BMF als Antwort auf eine schriftliche Anfrage von uns.

Erst im Nachgang dazu

- das ist jetzt wieder der Artikel -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

stellte Finanzstaatssekretär Schmidt via Twitter klar, dass der zuständige Staatssekretär Jörg Kukies sehr wohl vorab vom geplanten Leerverkaufsverbot Kenntnis erhalten hatte.

Gab es denn jetzt eine ministerielle Erlaubnis oder nicht?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein, es tut mir leid; es gab keine ministerielle Erlaubnis. Es gab eine ministerielle - - Also, „ministerielle“ weiß ich noch nicht mal; aber es gab eine Kenntnis des BMF.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Und bewerten Sie das Leerverkaufsverbot als eine Allgemeinverfügung von beträchtlicher Bedeutung?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ehrlich gesagt, müsste ich jetzt, bevor ich da was Falsches sage, noch mal prüfen, was unter diesen Begriff fällt.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay, dann prüfen Sie das doch, und geben Sie uns heute dazu noch mal Auskunft. Das wäre sehr nett.

Und dann würde ich gerne aus dem Artikel von „Capital“, den ich vorhin schon mal angesprochen habe - „Was tun wir, um Wirecard zur Aufklärung zu verpflichten?“ -, zitieren. Dort geht es einmal um eine Kommunikation, wo - -

Die zuständige Abteilung in der Bankenaufsicht habe seit einem kritischen Bericht über die Wirecard Bank 2017 „doch gepennt“.

„Doch gepennt“ ist das Zitat. Das ist eine Aussage einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters aus der BaFin. Haben Sie davon Kenntnis bekommen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Auch nicht von dieser Kommunikation?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein, kenne ich nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Können wir ja noch mal prüfen, vielleicht in einem entsprechenden Ordner, weil das ist jetzt eingestuft. Deswegen könnte ich das nur im stillen Vorhalt jetzt klären, ob Sie davon doch Kenntnis hatten.

Aus einem Artikel darf ich aber zitieren. Hier steht auch, dass eine Referentin oder ein Referent des BMF die BaFin kontaktiert habe bezüglich „Defizite & Vorgehen Wirecard“, und:

Die zuständige Abteilungsleiterin aus dem Finanzministerium habe ihn gerade angerufen

- mit „ihn“ ist wohl Herr Hufeld gemeint -

und ihm mitgeteilt, dass sie diese Mail „für die Aktenlage“ schreiben müsse.

Haben Sie von diesem Vorgang Kenntnis: „für die Aktenlage“?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Können Sie mir einen Zeitraum sagen, wann das passiert ist?

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, am 23. Juni. Also:

Am 23. Juni schickte Bafin-Chef Hufeld eine Mail an seine drei Direktorkollegen Roegele, Rösel und Thorsten Pötzsch. Betreffzeile: „Defizite & Vorgehen Wirecard“. Die zuständige Abteilungsleiterin aus dem Finanzministerium habe ihn gerade angerufen und ihm mitgeteilt, dass sie diese Mail „für die Aktenlage“ schreiben müsse.

Also sie hat wohl eine Mail geschrieben, wo sie quasi kritische Fragen an die BaFin gestellt hat.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich glaube, das war im Nachgang von Herrn Hufelds Äußerungen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Welchen Äußerungen?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das kann ich jetzt nicht wiedergeben, bevor ich jetzt was Falsches sage. Aber das waren seine Äußerungen, glaube ich, und er hat dann und wir haben dann durchaus auch die Nachfrage vom BMF bekommen - berechtigterweise -, welche Defizite es denn gibt. Und wir haben diese Defizite auch meines Erachtens zusammengetragen und der Abteilungsleiterin im BMF auch zur Verfügung gestellt.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Unter anderem habe ich angemerkt - drum bin ich heute sehr dankbar -, dass wir über Enforcement-Möglichkeiten zügiger berichten müssen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Und wie haben Sie denn diesen Hinweis, diese E-Mail müsse jetzt „für die Aktenlage“ geschrieben werden, verstanden?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, da müssen Sie den Autor dieser Frage fragen. Da kann ich nicht - - Ich habe das ernst genommen und habe die Dinge, die aus meiner Sicht erste Lessons Learned waren, durchaus auch adressiert.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Weil ich interpretiere so eine Formulierung wie „für die Aktenlage“: Wir schreiben das mal, damit wir jetzt hier irgendwie ein paar kritische Anmerkungen übermittelt haben.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, dass es nicht nur für die Aktenlage war, das erkenne ich daran, dass einige der Punkte, die ich aufgegriffen habe, heute im Gesetzgebungsverfahren sind.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Gut. - Das wird jetzt wieder sportlich. Ich komme hierdrauf gleich zurück.

Also, dann gibt es hier eine Kommunikation vom 12. Dezember 2019, MAT A BMF-5.15, Blatt 230. Da gibt es eine Kommunikation von einem Herrn Andreas Seiltz mit Felix Hufeld; Sie werden da aber drin genannt. Da steht:

Beigefügtes Schreiben ist hier als Kurier-Sendung eingegangen. Die umfanglichen Anlagen habe ich nicht gescannt. Das Schreiben liegt Frau Roegele ebenfalls vor ...

Es steht der Vorwurf im Raum, dass die BaFin unerlaubterweise Informationen nach draußen weitergegeben haben könnte.

Es geht dabei um eine Beschwerde von einer Kanzlei Heuking Kühn Lüer Wojtek, die sich im Auftrag ihrer Mandantin Greenvale Capital beschwert, dass Greenvale Capital wohl einen „Verdacht der Marktmanipulation gegen die Wirecard AG“ der BaFin übermittelt habe, und das taucht dann in einem „Spiegel“-Artikel später auf. - Können Sie denn zu diesem Sachverhalt etwas sagen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja. Also, ja, tatsächlich, dieses Schreiben hat es gegeben. Ich habe dieses Schreiben erhalten. Da meine Mitarbeiter da selber im Verdacht stehen, dass sie diese Information nach draußen gegeben haben, habe ich die Rechtsabteilung gebeten, dieses Schreiben zu beantworten und meine Mitarbeiter zu befragen, ob sie diese Information nach draußen gegeben haben. Dieses Schreiben ist aber meines Wissens auch noch an andere Institutionen, zumindest eine andere Institution, gegangen, sodass die Frage, wer das nach draußen gegeben hat, zum „Spiegel“ gegeben hat, nicht zwingend bei der BaFin - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Dieses Schreiben ist auch an das BMF gegangen, korrekt?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein, das war nicht das BMF.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** An die Staatsanwaltschaft?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, legen Sie mich nicht fest. Sie müssten es ja finden in den Akten; es ist in meinen Akten.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, ich wollte jetzt Zeit sparen, weil sonst muss ich wieder eine neue Runde machen. Aber ich bin da ganz entspannt. Ich habe oft früher lange durchgefeiert, ich kriege das hin - bleiben Sie halt länger. Sie können es mir jetzt aber auch einfach sagen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Soviel ich weiß - und bitte unter Vorbehalt -, ist es an die Staatsanwaltschaft gegangen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Bitte?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Soviel ich weiß, ist es auch an die Staatsanwaltschaft - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** An die Staatsanwaltschaft, okay.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aber bitte mit Vorbehalt - soweit ich mich erinnern kann.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Das heißt, dieses Schreiben kann nach Lage der Dinge nur - das ist meine letzte Bemerkung und meine letzte Frage - aus der BaFin oder aus der Staatsanwaltschaft an den „Spiegel“ gelangt sein.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Oder von dem Mandanten oder aus der Kanzlei.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber der Mandant beschwert sich doch, -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** - dass sein Schreiben an den „Spiegel“ gelangt ist. Aber das ist so Strategie, so ganz clevere Strategie?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich kann es nicht sagen. Ich kann nur sagen, dass wir es versucht haben aufzuklären und dass ich das sogar abgegeben habe, damit da auch kein Interessenkonflikt steht\*, und dass wir keine Indikation haben, dass das aus der BaFin heraus weitergegeben wurde.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Gut, ich glaube, ich muss jetzt auf die nächste Runde warten.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Alles klar. - Dann habe ich Dr. Bayaz von Bündnis 90/Die Grünen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, vielen Dank. - Frau Roegele, Sie hatten vorhin selbst Lessons Learned angesprochen. Ich wollte mal fragen: Waren Sie irgendwie involviert in eine Evaluierung der Verhängung des Leerverkaufsverbotes? Das beschäftigt uns ja alle sehr, Sie sicherlich auch. Was hat dazu in Ihrer Behörde stattgefunden?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Es hat in dem Sinn keine Evaluierung gegeben.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber wäre das nicht angemessen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Es lief aus, und der Sachverhalt hatte sich ja entspannt. Meinen Sie jetzt, dass wir es verlängern hätten sollen?

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, das ist die eine Frage. Aber wir kreisen ja jetzt sehr intensiv um das Thema, und ich meine, es gibt ja anscheinend viele sehr berechtigte Fragen, an unterschiedliche Akteure übrigens selbstverständlich. Ist es da nicht normal im Sinne von Fehlerkultur, sich des Themas noch mal anzunehmen? Also, ich hätte jetzt gedacht, spätestens jetzt, spätestens mit dem Beginn des Ausschusses.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich meine, die Leerverkaufsverbotsmaßnahme ist eine Maßnahme, die steht im Gesetz, und der nächste Fall ist ein anderer.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, genau, „im Gesetz“. Und manchmal fragt man sich ja, muss man zum Beispiel noch mal klarziehen, die Bundesbank zum Beispiel immer ins Benehmen zu setzen - no matter what - oder darüber mal ein Verständnis zu haben, weil es gibt



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ja offenbar immer noch kein gemeinsames Verständnis: Ist eigentlich Artikel 24 jetzt abschließend oder nicht? - Das sind ja Dinge einfach mit Blick nach vorne, die man jetzt auch hätte klären können, und dazu gehört ja im ersten Schritt eine Analyse. Da stelle ich jetzt fest: Die hat nicht stattgefunden.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Die Artikel-24-Frage ist eine, die wir auf europäischer Ebene klären müssten; das kann die BaFin nicht alleine.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, aber das kann man ja anschieben. Sie haben ja -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das ist meine - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - gute Connections zu den ESMA-Buddys, wo Sie ja regelmäßig über solche Dinge sprechen. Da wäre das ja mal ein gutes Gremium, darüber zu sprechen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Da ist es meines Erachtens ins Review auch schon eingeflossen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und da liegt ja auch der Ball bei Ihnen, also bei Ihnen als Behörde.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Und das Artikel-24-Thema ist meines Erachtens auch schon in dem SSR-Review ein Thema, was da auf der Agenda steht.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut, auch eine Lesson Learned, für mich. - Ich möchte noch mal fragen: Wie häufig tagt eigentlich das Direktorium?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Alle 14 Tage in der Regel, wenn nicht gerade Urlaubs- oder - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und das ist dann so eine Briefing-Session, die dauert - weiß ich nicht - ein, zwei Stunden, -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - wo jeder aus seinem Ressort berichtet, oder wie muss ich mir das vorstellen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Mindestens vier Stunden.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Mindestens vier?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Vier Stunden.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, da kann man auch in Details reingehen. Können Sie sich mal erinnern - jetzt wirklich Größenordnungen, Ballpark -, in wie vielen dieser Sitzungen das Thema „Wirecard“ eine Rolle gespielt hat, und zwar vor dem Juni 2020 und danach?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich kann das nicht sagen. Ich weiß, es hat zuvor auch eine Rolle gespielt; aber wie häufig - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und zwar wann?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Und danach hat es - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und zwar wann, ungefähr?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das weiß ich nicht. Sorry, das kann ich Ihnen nicht wiedergeben; aber ich weiß, dass wir darüber gesprochen haben. Wir haben über das Leerverkaufsthema gesprochen. Und ab - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nur in dem Kontext, oder gab es darüber hinaus noch - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Und ich glaube, es gab auch noch mal Diskussionen zum Thema „KPMG-Bericht“, als der kam. Aber sehen Sie es mir nach: Da habe ich keine Zahl, und es gibt auch immer wieder Gespräche zwischen Herrn Röseler und mir und Herrn Hufeld als den haupt-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

betroffenen Direktoren, wo man das auch bilateral bespricht, auch außerhalb der Direktorenrunde.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich frage deswegen da nach, weil ich auch verstehen möchte, wie die Drähte - - und wie der Informationsaustausch stattfindet. Denn offenbar ist es ja so: Wir hatten an verschiedenen Stellen Hinweise, sie hatten mit Marktmanipulation zu tun, Herr Röseler hatte ein Bankenaufsichtsthema, Ihr Kollege Herr Pötzsch, der hier auch da war, Geldwäscheverdachtsmomente. Die Frage ist: Wo wird eigentlich dieses Wissen, was jede Information, jeder Vorfall für sich isoliert - - erst mal vielleicht wie eine Kleinigkeit aussieht, aber in der Summe irgendwie sagt: Da ist immer wieder ein Unternehmen bei uns auf dem Fokus. - Da möchte ich verstehen: Wo wird diese Information kanalisiert, dass es dann auch auf politischer Ebene bei Ihnen im Direktorium vielleicht mal mehr Raum einnehmen würde?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das tut es im Direktorium. Aber es ist sicherlich so, dass es ja auch nicht reicht, wenn die Direktoriumsmitglieder sich darüber austauschen. Drum begrüße ich auch die -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nein, das reicht nicht; aber es wäre der erste Schritt, um auch mal von oben - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** - Möglichkeiten - „Fokus auf Sicht\*“ ist ja auch ein Thema, was das Finanzministerium angestoßen hat -, jetzt extra Zuständigkeiten für eine fokussierte Aufsicht in solchen Fällen zu adressieren, die das dann auch im Tagesgeschäft übernimmt.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Alles klar, vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Bayaz. - Dann schaue ich zur CDU/CSU, zur SPD, schaue mich an. - Nein. Und FDP? - Nein. Bitte schön, Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also, nach Lage der Dinge können wir auf eine eingestufte Sitzung verzichten.

Ich will jetzt noch mal anknüpfen eben an den Sachverhalt auch mit dem mutmaßlichen Herauspielen von Informationen aus BaFin oder Staatsanwaltschaft, Verdachtsanzeige zur Marktmanipulation. Gab es denn in diesem Zusammenhang jemals Ermittlungen gegen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter der BaFin?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, soviel ich weiß - aber da müssten Sie jetzt Frau Freiwald fragen, weil, wie gesagt, ich habe das bewusst abgegeben. Ich möchte so was bewusst interessenkonfliktfrei gehandhabt haben, dass eine andere Abteilung als meine oder mein Geschäftsbereich sich das anguckt - - haben, soviel ich weiß, die Kollegen aufgefordert, dazu Stellung zu nehmen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Wurden Sie denn in diesem Zusammenhang auch überprüft?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich bin mir auch nicht sicher, ob ich die Information hatte.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Und - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das Schreiben habe ich natürlich bekommen, aber da war das Kind ja schon in den Brunnen gefallen. Das ging ja um die davorliegende Information.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Und gab es in dem Zusammenhang mit anderen Dingen - also, ich sage mal: Austausch, Beziehungen zu Wirecard - gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BaFin Ermittlungen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, was ja -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Interessenkonflikte, potenzielle?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Elisabeth Roegele:** - das Thema war, ist Mitarbeitergeschäfte; das ist ja sicherlich ein Hort von Interessenkonflikten. Was sicher etwas ist, wo wir besser werden können, ist, dass wir - und das hat uns ja auch die ESMA ins Stammbuch geschrieben - eigentlich den Bestand unserer Mitarbeiter in Aktien oder in Unternehmen, die börsennotierte Aktien haben oder überwachte Institute sind, überprüfen müssen. Wir haben zwar die Aufforderung, das bei Beginn der Arbeitstätigkeit offenzulegen, und wir haben auch die Aufforderung, dass natürlich jeder Mitarbeiter sagen muss - - Also, wenn ich der 5-Prozent-Aktionär von Daimler bin, dann müsste ich mal sagen, wenn ich jetzt gegen Daimler ermitteln soll, dass das vielleicht nicht ganz so interessenkonfliktfrei - - Das ergibt sich aus § 21 Verwaltungsverfahrensgesetz - legen Sie mich nicht ganz fest, aber in der Ecke -, dass der Mitarbeiter aufgefordert ist, das per se zu machen. Aber das ist etwas - - Ich glaube, wir müssen künftig so eine Art - - bei Eintritt und dann auch regelmäßig, kontinuierlich abfragen: „Was hältst du von Unternehmen mit Aufsichtsbezug?“, sage ich jetzt mal, also börsenzugelassen, Institute.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Aber gab es in anderen Kontexten als, sage ich jetzt mal, nur In- - also, vielleicht auch in Verbindung mit Insiderhandel, aber dass es, sage ich mal, persönliche Beziehungen oder Ähnliches zu Wirecard gab von Mitarbeiterinnen, Mitarbeitern, die - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Auch das wäre offenkundig, wenn ich das habe, weil § 21 Verwaltungsverfahrensgesetz - nageln Sie mich nicht fest; vielleicht kann das mal kurz einer googeln, ob das § 21 Verwaltungsverfahrensgesetz ist - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das ist nicht so - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Okay.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das ist was für die juristischen Feinschmecker.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Okay. Und das Nächste ist: Wir haben - zumindest ist mir ein

Fall bewusst - auch Bewerbungen von diesem Unternehmen gekriegt, also von Mitarbeitern, und damit sind wir sehr sensibel umgegangen, dass wir so jemand natürlich möglichst weit weg von Wirecard einsetzen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Aber Sie haben Leute aus Wirecard, also die vorher bei Wirecard gearbeitet haben, die bei der BaFin arbeiten?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, ich kenne nur einen Fall, und ich weiß nicht, ob es wirklich zur Einstellung gekommen ist.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Aber es gab keine Ermittlungen sonstiger Natur gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Zusammenhang mit Wirecard?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, ich glaube, da würde uns auch das Werkzeug dazu fehlen. Das ist ja nun doch noch etwas - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Bitte? Können Sie das noch mal - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Da würde uns auch das Werkzeug fehlen. Sie müssen ja bei solchen Ermittlungen dann natürlich auch sensibel abwägen die Rechte der Beschäftigten und Datenschutzthemen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, kann ja auch sein, weiß ich nicht, Staatsanwaltschaft oder irgendjemand anders hat ermittelt bei Ihnen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aber jetzt nicht konkret gegen Mitarbeiter.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Sondern?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja, Sie wissen alle, dass in der Presse Vorermittlungen angekündigt wurden von der Staatsanwaltschaft.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Können Sie das noch mal ausführen? Welche?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich weiß nur, was in der Presse steht.

(Die Zeugin wendet sich an  
RD Robert Fritz (BMF) - Die  
Zeugin berät sich mit ihrem  
Rechtsbeistand)

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, dann sagen Sie das doch noch mal. Ich lese so viel, aber ich - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, ich hoffe jetzt nicht - ich gucke - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, wenn es in der Presse stand, dann ist es doch - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** BMF ist entspannt, im Zen-Modus sozusagen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, nach meinem Wissen hat es ein Auskunftersuchen der Staatsanwaltschaft gegeben an die BaFin.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Das - -

(Die Zeugin wendet sich an  
RD Robert Fritz (BMF))

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich hoffe, ich habe jetzt nichts furchtbar Vertrauliches gesagt.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nee.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aber ich glaube, das stand in der Presse.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber das betraf auch nicht Sie, ne?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Es ist nicht gegen konkrete - -

(Die Zeugin berät sich mit  
ihrem Rechtsbeistand)

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Gut. - Dann habe ich nur noch - - Also, ich habe jetzt noch

fünf Sekunden auf der Uhr, aber ich ziehe das jetzt durch, wenn die Kollegen sich nicht beschweren.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Alles gut.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Wir hatten ja vorher schon mal über Al Alam gesprochen. Und da haben Sie gesagt: Eigentlich geht das nur eingestuft. - Jetzt habe ich aber festgestellt, das brauchen wir gar nicht, weil Sie hatten zu Recht angefügt, dass - - Nachdem die BaFin festgestellt hat, dass diese Liquidation da und das alles keine bedeutsamen Auswirkungen für Wirecard gehabt hätte, steht jetzt hier in dem Artikel - da war ich nicht aufmerksam genug -:

Im Fall Al Alam prüfte die BaFin dann tatsächlich, ob es Wirecard möglicherweise versäumt hat, die Investoren per Pflichtmitteilung für die Börse über die Liquidationen in Dubai zu informieren. Dazu versandten die Aufseher auch ein Anhörungsschreiben

- das ist wahrscheinlich das, was Sie meinten; das haben Sie danach gemacht,

(Die Zeugin nickt)

genau -

mit Fragen an das Unternehmen

...

Und wissen Sie noch, wann das war?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Al Alam ist - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also, ungefähr?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, Sommer, Sommer 2020. Al Alam - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Genau, am 24. Juni, einen Tag vor der Insolvenz.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Tut mir leid.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Ja, herzlichen Glückwunsch. - Dann würde ich jetzt nur noch gerne fragen wollen: Sie haben ja am Anfang gesagt, dass Sie Deka- - da so einen Fonds haben und da keinen Einfluss nehmen auf die Zusammensetzung dieses Fonds. Aber könnte nicht ein möglicher Inter- - Also, werden Sie nicht in Kenntnis gesetzt über die Einzelwerte in Ihrem Fonds?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, soviel ich weiß, kriege ich irgend- - also von der Deka wahrscheinlich noch nichts. Und von der Vermögensverwaltung kriege ich immer nachträglich Berichte, was sie so gemacht haben. Also - -

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Aber da können Sie nicht draus entnehmen, ob die zum Beispiel in Wirecard-Aktien mal investiert haben?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich müsste es nachgucken. Also, sicher gibt es irgendwo öffentliche Publikationen, wie der Fonds sich zusammensetzt. Aber - -

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Okay. - Könnten Sie uns diese Information noch mal nachliefern?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Kann ich sehr gerne machen. Aber, wie gesagt, sehen Sie es mir nach: Ich dürfte, selbst wenn ich jetzt gedacht hätte: „Wirecard ist jetzt eklig“ - - Ich habe jegliche Einflussnahme schriftlich ausgeschlossen, ich habe sogar die Wahrnehmung von Stimmrechten schriftlich ausgeschlossen.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Ja, ja, das ist ja bei so - - Ja. Aber trotzdem: Man wird ja informiert, und, ich sage mal, auch dadurch - - Also, es gibt ja zum Beispiel - bei Prüfern weiß ich das; das gibt es selbst bei Fondsinvestments teilweise - schärfere Regeln, was Compliance angeht. Aber das will ich jetzt hier gar nicht thematisieren. Sie haben uns zugesagt, dass Sie das nachliefern, und das reicht jetzt. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Fabio De Masi. - Der guten Ordnung halber schaue ich noch mal zu Dr. Bayaz rüber.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Passe.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke schön. - Ja, dann schaue ich noch mal in die Gesamtrunde. Ich habe eben auch vernommen, dass wohl kein Bedarf besteht, noch mal im nichtöffentlichen Sitzungsmodus zu tagen, schaue da noch mal zu den Kollegen der Koa. - Okay. Schaue hier noch mal hin. - Nein, das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass keine Fraktion noch Fragen hat.

Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden. Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Vielmehr wird Ihnen noch das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann bis zu zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren oder Ihre Aussage gegebenenfalls richtigzustellen oder zu ergänzen. Erst danach würde der Ausschuss über den Abschluss Ihrer Vernehmung entsprechend befinden.

Des Weiteren haben wir vorhin beschlossen, dass ich Sie, bevor ich Sie in das verdiente Wochenende entlasse, schon mal mündlich als Zeugin nochmals für den 13.04. vorlade. Die Zeit des Beginns dieser Vernehmung haben wir hier noch nicht eingeteilt; da werden Sie gesondert von uns dann natürlich auch noch schriftlich informiert.

Bevor ich Sie nun ganz ins Wochenende entlasse, müssen wir noch ein Schweigegebot machen. Ich habe jetzt gar nicht mehr mitgezählt; aus dem Kopf waren es, glaube ich, zwei stille Vorhalte, die gemacht worden sind. Deswegen, Frau Roegele, Herr Rechtsanwalt Professor Dr. Ahlbrecht: Sie hatten Einblick in VS-Vertraulich eingestufte Unterlagen. Sie müssen daher entsprechend § 174 Absatz 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes zur Verschwiegenheit verpflichtet werden. Ich stelle ein solches Schweigegebot zur Abstimmung. - Ich stelle fest: Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Daher stelle ich fest: Der Ausschuss macht der Zeugin Roegele und ihrem Rechtsbeistand Professor Dr. Ahlbrecht die Geheimhaltung der als Geheim, Vertraulich eingestuften Tatsachen zur



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Pflicht, die ihnen durch die Vernehmung hier zur Kenntnis gelangt sind. Ich mache darauf aufmerksam, sowohl den Zeugen als auch den Rechtsbeistand, dass derjenige, der gegen auferlegte Schweigepflichten verstößt, sich strafbar machen kann.

(Die Zeugin und ihr Rechtsbeistand nicken)

- So weit auch das.

Und jetzt kommen wir tatsächlich, für Sie zumindest, zum wohlverdienten Wochenende. Ich darf mich bei Ihnen bedanken, dass Sie hier so lange mit uns die Zeit verbracht haben, wünsche Ihnen jetzt einen schönen und guten Feierabend, ein gutes Wochenende. Und ich sage das allen Zeugen nebst Rechtsbeistand: Bleiben Sie in dieser schwierigen Zeit gesund. In einer Woche ist Karfreitag; insoweit wünsche ich dann auch schon mal frohe Ostern. - Vielen Dank.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ihnen auch gesegnete Ostern, und bleiben Sie auch gesund.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke sehr. - Gut. Dann hatten wir eben besprochen, dass wir nach der Zeugenvernehmung, bevor wir also in die Zeugenvernehmung von Felix Hufeld eintreten, eine Beratungssitzung durchführen. Da ging es, denke ich, um den Tweet auf jeden Fall, der jetzt ja überall in aller Munde ist und die Runde macht. Deshalb muss ich darum bitten, dass Herr Fleischer und unser Technikteam kurz die Nichtöffentlichkeit herstellen. Das heißt, hier im Saal dürfen nur noch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen bzw. der MdBs sowie die Vertreter des Bundesrates und der Bundesregierung als auch selbstverständlich des Sekretariats sein. Alle anderen bitte ich, den Saal hier zu verlassen. Und ich warte dann auf die Bestätigung, bevor wir eintreten in die Beratungssitzung, dass wir auch in den Streaming-Sälen nicht mehr zu sehen und zu hören sind.

(Unterbrechung des  
Sitzungsteils Zeugen-  
vernehmung, Öffentlich:

18.14 Uhr - Folgt  
Beratungssitzung)

## Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der  
Zeugin Elisabeth Roegele

**Beiblatt mit Ergänzungsanmerkungen**  
**Zum Stenografischen Protokoll der 34. Sitzung**  
**- Vorläufige Fassung -**

**3. Untersuchungsausschuss**  
**Öffentliche Zeugenvernehmung Seite 9 ff.**

**(Frau Roegele)**

**Ergänzungsanmerkungen:**

**Ergänzungsanmerkung 1 (Seite 16):**

Der Geschehensablauf stellt sich nach Durchsicht der Akten wie folgt dar:

Am 08.02.2019, 9.00 Uhr fand eine Besprechung in Form der Abteilungsleiterrunde statt, in der die Presseberichterstattung zu Wirecard thematisiert wurde und auf ein Gespräch am 12.02.2019 mit den betroffenen Fachbereichen verwiesen wurde. An dieser Abteilungsleiterrunde nahm die stellvertretende Abteilungsleiterin WA 2, Frau Linden, nicht teil, wurde jedoch durch einen Referatsleiter aus WA 2 vertreten.

Am 12.02.2019, 08.30 Uhr, fand nach dem Terminkalender von Frau Roegele eine Besprechung zum Thema Wirecard statt, an der u.a. Vertreter von WA 23 - Referat für Marktmanipulationsverfolgung und WA 15 – Referat für Bilanzkontrolle teilnahmen. Frau Schierhorn nahm nach Aktenlage nicht teil, sondern wurde anschließend referatsintern über das Ergebnis der Besprechung unterrichtet.

In dieser Besprechung wurde vereinbart, dass vorbehaltlich einer Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft München I die DPR mit der Prüfung des Halbjahresabschlusses 2018 der Wirecard AG beauftragt werden soll.

Am 12.02.2019, 14.30 Uhr fand eine weitere Abteilungsleiterrunde statt. In dieser Besprechung wurde ebenfalls die Presseberichterstattung zu Wirecard thematisiert und darauf hingewiesen, dass eine Prüfung des Unternehmens durch die DPR erfolgen soll. Frau Linden hat auch an dieser Besprechung nicht teilgenommen. Sie wurde jedoch auch in dieser Besprechung durch einen Referatsleiter aus der WA 2 vertreten.

**Ergänzungsanmerkung 2 (Seite 57):**

Es müsste in Zeile 5 richtig „Wirecard AG“ heißen.

**Ergänzungsanmerkung 3 (Seite 83):**

Nach Aktenlage hatten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wertpapieraufsicht Kontakt zu Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wirecard AG auf Arbeitsebene um u.a. technische Fragestellungen (z. B. Fristen) zu klären.

#### **Ergänzungsanmerkung 4 (Seite 121)**

Der vom Vorzimmer von Frau Roegele am 29.04.2020, 18.07 Uhr, versandte BMF-Bericht enthält den fraglichen Satz und ist insoweit identisch mit der internen DIS-Meldung. Da von Seiten MdB Matthias Hauer keine Fundstelle angegeben wurde, kann nicht mehr nachvollzogen werden, auf welche Fassung er sich bezog. Die finale und versandte Fassung enthält jedoch den angesprochenen Satz.

#### **Ergänzungsanmerkung 5 (S. 124, Zeile 17)**

Es müsste statt „Bundesbank“ richtig „Staatsanwaltschaft“ heißen.

#### **Hinweis zu Seite 136:**

Das Wort heißt „Fokusaufsicht“.



# Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

## Stenografisches Protokoll der 34. Sitzung - vorläufige Fassung\* -

**3. Untersuchungsausschuss**  
Berlin, den 26. März 2021, 9.00 Uhr  
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1  
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)

Vorsitz: Kay Gottschalk, MdB

## Tagesordnung - Beweisaufnahme

### Einzigster Punkt der Tagesordnung

Seite

#### Öffentliche Zeugenvernehmung

**Elisabeth Roegele**  
(Beweisbeschluss Z-25)

9

**Felix Hufeld**  
(Beweisbeschluss Z-7)

siehe Stenografisches Protokoll 19/34 Teil 2

**Sandra Schuster**  
(Beweisbeschluss Z-113)

---

#### \* Hinweis:

Die Stenografischen Protokolle über die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen werden grundsätzlich weder vom Ausschuss noch von den jeweiligen Zeugen oder Sachverständigen redigiert bzw. korrigiert. Zeugen und Sachverständigen wird das Stenografische Protokoll über ihre Vernehmung regelmäßig mit der Bemerkung zugesandt, dass sie Gelegenheit haben, binnen zwei Wochen dem Ausschusssekretariat Korrekturen und Ergänzungen mitzuteilen. Etwaige Korrekturen und Ergänzungen werden sodann dem endgültigen Protokoll beigelegt.



3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

wurde uns dargestellt, nicht im Hause war - nicht mit eingebunden worden? Es ist irgendwie auch klar geworden, dass andere Fachfrauen und Fachleute, Fachmänner da nicht eingebunden worden sind in diesen Entscheidungsprozess und es auf uns den Eindruck gemacht hat, man hat gar nicht auf die vorhandene Fachkompetenz in den einzelnen Referaten zugegriffen.

Also, können Sie das noch mal schildern? Wie war das? Haben Sie alle zusammengetrommelt, oder haben Sie am Ende des Tages die Entscheidung, nachdem Sie die erst mal - ich nenne es mal eher - informiert haben, getroffen? Weil so recht haben alle gesagt: „Wir haben die eigentlich nicht getroffen“, und: „Wir haben aber doch auch auf die ESMA gewartet“, und: „Die Bundesbank hat sich weggeduckt“. So war der Eindruck, wie er geschildert wurde. Wie war das aus Ihrer Wahrnehmung, diese drei markanten Tage von Freitag bis einschließlich Sonntag? Dann kam ja irgendwann, glaube ich, die Nachricht der ESMA: Ja, Sie können dieses Leerverkaufsverbot erlassen, diese Allgemeinverfügung. - Können Sie das mal darstellen, wie diese drei schicksalhaften Tage aus Ihrer Sicht waren und warum vor allem Herr Bußalb, Frau Linden und Frau Schierhorn irgendwie nicht eingebunden worden sind in den Prozess?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja. - Also, nach meiner Erinnerung - und da muss ich jetzt sagen, das ist natürlich auch zwei Jahre her; ich versuche es - und auch nach meinem Terminkalender gab es bereits am Dienstag, dem 12., um 8.30 Uhr ein erstes Gespräch zu Wirecard, an dem die beiden Einheiten, also Frau Schierhorn und Herr Kimmer, nach Terminkalender - das kann ich nicht mehr erinnern, aber nach Terminkalender - und ein Vertreter der WA 15 - das ist das Enforcement-Referat - teilgenommen haben. Nach meiner Erinnerung ist in dieser Besprechung diese Maßnahme „Wir machen eine Enforcement-Prüfung auf der Basis des Halbjahresabschlusses 2018“ geboren worden.

*Ergänzungsanmerkung 1 (s. Beiblatt)*

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, das war das Geburtsdatum, der 12.02.2019. Das ist eine neue Erkenntnis.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das ist meine Erinnerung.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das ist meine Erinnerung. Und wenn Sie meinen Terminkalender anschauen, auch von der Zusammensetzung: Da muss darüber gesprochen worden sein. Ob das schon eine finale Entscheidung war - - Aber wir wissen ja auch, dass wir schon am 14.02. dem BMF darüber berichten, und mit Postlauf ist am 15.02. die Maßnahme ja gegenüber der DPR - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Stimmen Sie mir zu, dass dann ein Märchen - ich sage das mal so -, dass ich bis eben noch geglaubt habe, dass da so eine Entscheidung - und dann billige ich ja zu: unter Zeitdruck; auch das Volkswirtschaftslehre oder einfachste Methodik - - natürlich eine Entscheidung unter Ungewissheit und unter Zeitdruck immer eine andere ist, als wenn ich sechs Monate, fünf Monate Zeit hätte, wie auch immer, weil unsere Darstellung von allen, auch von Herrn Kimmer, von allen Zeugen der BaFin, die wir hier hatten, war: Wir standen unter enormem Zeitdruck. Wir mussten von Freitag bis Sonntag im Prinzip alles vorbereitet haben, dann mussten wir noch die ESMA haben. - Die Bundesbank ist dann an dem Freitag - - Die Bundesbank hat das sehr anschaulich geschildert. Die waren unter Zeitdruck. Und jetzt - das muss ich jetzt mal sacken lassen - sagen Sie: Am 12. war das Kind in der Welt. Warum haben Sie dann am 12. nicht schon die Bundesbank mal mit ins Benehmen genommen, weil die hätte doch dann eine ganz andere Reaktionszeit gehabt?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Da muss ich noch mal was klarstellen. Wir haben zwei Maßnahmen: die Beauftragung der DPR mit der Enforcement-Prüfung. Ich rede noch nicht vom Leerverkaufsverbot. Der Zeitdruck ist im Leerverkaufsverbot.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, richtig.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Und am 12. reden wir erst mal von der Enforcement-Prüfung, die wir durchführen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

es geht. Ich glaube, Bank oder Finanzinstitut, irgendwas steht dadrin. Und über diese Hürde: Da hat ESMA halt gefragt: Ist das tatsächlich ein Finanzinstitut, -unternehmen? - Und da gab es Diskussionen, weil die Wirecard Bank selber hat ja keine Lizenz, aber diverse lizenzierte Unternehmen.

*Ergänzungsanmerkung 2 (s. Beiblatt)*

Zum Schluss - dann auch ohne, dass wir noch was weiter geliefert haben - hat sich die ESMA durchgerungen, die Voraussetzung als erfüllt anzusehen. Wie gesagt, wohlgemerkt, die Frage ist: Müssen diese Voraussetzungen überhaupt jetzt - Sind die abschließend? Kann ich es nur machen, wenn es eins wäre, oder ist das gar nicht abschließend? Und damit haben wir eine positive Opinion von der ESMA bekommen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Mhm. Das heißt, am Ende konnte dieses Leerverkaufsverbot erlassen werden, die Allgemeinverfügung, mit dieser positiven Opinion der ESMA.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Okay.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, meine Bedingung ist eingetreten. Ich wollte eine positive Opinion der ESMA. Ich habe eine positive Opinion der ESMA mit einer breiten Zustimmung bekommen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Frau Kiziltepe. - Und als Nächstes hat das Wort der Kollege Dr. Florian Toncar von der FDP-Fraktion.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nein, Kollege Schäffler, bitte.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Kollege Schäffler, wunderbar. Kollege Schäffler für die FDP-Fraktion.

**Frank Schäffler (FDP):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Roegele, seit wann wissen Sie von

Mitarbeitergeschäften mit Bezug Wirecard bei der BaFin?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Meinen Sie jetzt das eine Geschäft, was wir zur Anzeige gebracht haben?

**Frank Schäffler (FDP):** Nee, generell. Gab ja 510 bislang bekannte Wertpapiergeschäfte mit Bezug Wirecard bei der BaFin.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das war irgendwann im Sommer, als Kleine Anfragen von Ihrer Seite, glaube ich, dazu aufkamen und man noch mal untersucht hat, dann auch bei mir nachgefragt hat, wie weit Mitarbeiter - -

**Frank Schäffler (FDP):** War das die schriftliche Frage vom Kollegen Bayaz am 01.09.?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Kann ich beim besten Willen nicht mehr sagen, aber irgendwann im Sommer.

**Frank Schäffler (FDP):** Und was haben Sie dann unternommen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Es ist nicht meine Zuständigkeit, da irgendwas zu unternehmen. Es tut mir leid, das ist Frau Freiwalds Zuständigkeit.

**Frank Schäffler (FDP):** Aber Sie sind ja auch Exekutivdirektorin für Ihren Bereich, und das sind ja Ihre Mitarbeiter. Das ist ja durchaus ein sensibler Bereich, sage ich mal.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja, und ich habe durchaus in mehreren Abteilungsleiterrunden meinen Unmut geäußert, wenn Leute in Einzeltiteln handeln. Aber es war ja gestattet.

**Frank Schäffler (FDP):** Jetzt haben ja sicherlich Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Ihnen auch Diensthandys und -rechner, mit denen sie auch Zugang zum Internet haben. Dürfen sie diese auch privat nutzen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, ich glaube, es ist eine eingeschränkte private Nutzung gestattet,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nein, okay, das -- in der Tat, verstanden. - Wissen Sie von Ihnen unterstellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ob da Kontakt zu entsprechenden Mitarbeitern oder Organmitgliedern der Wirecard AG bestanden hat?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Auch nicht dass ich wüsste. Das wäre für den Wertpapieraufsichtsbereich - und Sie meinen ja jetzt den Wertpapieraufsichtsbereich - sehr unüblich. Das gibt es mal, wenn ein Unternehmen jetzt zum Beispiel im Rahmen der Ad-hoc-Publizität permanent negativ auffällt, dass er mal einen Hausbesuch von uns bekommt oder dass ich permanent -- Klar, wenn es jetzt zum Beispiel Themen gibt, dass mal Wirecard angerufen hat: „Wie mache ich die Ad-hoc-Mitteilung?“ oder „Muss ich die jetzt schon machen?“ oder „Wie mache ich die Stimmrechtsmitteilung?“, dann kann es das gegeben haben, Director's Dealings --

*Ergänzungsaussage 3 (s. Beiblatt)*

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nein, aber die Frage ist ja: Hat es das gegeben, oder ist Ihnen das erinnerlich?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, ich weiß es nicht. Das kann es aber durchaus im Tagesgeschäft gegeben haben, wenn Wirecard sich dann eher an uns wendet und Fragen hat: „Wie mache ich die Stimmrechtsmitteilung?“ - als Beispiel.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Sie haben das Leerverkaufsverbot gestützt auf Informationen, die Ihnen schriftlich und wohl auch mündlich, übers Telefon, von der Staatsanwaltschaft München übermittelt wurden. Nun ist es aber ein Verwaltungsakt der BaFin, die ein anderes Aufgabenprofil hat als die Staatsanwaltschaft. Die BaFin ist im Bereich der Leerverkaufsüberwachung überwiegend präventiv unterwegs - Bußgelder waren hier kein Thema, sondern es ging um Gefahrenabwehr -, und die Staatsanwaltschaft ist repressiv unterwegs. Insofern müssen Sie ja eine eigene Beurteilung treffen. Warum haben Sie nicht bei Rechtsanwalt Enderle, bei der Wirecard AG, bei dem namentlich in dem Vermerk genannten Compliance Officer Jan Marsalek angerufen, um den Sachverhalt so befriedigend

aufzuklären, dass Sie ein eigenes Urteil treffen können?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das hatte ich auch schon verschiedentlich gesagt. Das ist nicht unsere Vorgehensweise, wenn uns ein Staatsanwalt einen Sachverhalt vorlegt. Dann gehen die ganzen Kommunikationswege --

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Dass Sie es nicht gemacht haben, verstehe ich. Aber Sie dürfen das, und in dem Fall ist doch der Belastungszeuge erkennbar das Unternehmen selbst gewesen, und zwar als Einziges. Die Gegenseite ist nicht zu Wort gekommen in dem Vermerk. Bloomberg ist nicht zu Wort gekommen. Es ist Herr Enderle zu Wort gekommen, es ist Herr Marsalek indirekt zitiert worden. Eine ganz einseitige Schilderung des Geschehens, die Sie zur Grundlage Ihrer Entscheidung gemacht haben. Die andere Seite - könnte man auch mal darüber reden -- Aber haben Sie -- Ich meine, man muss doch überlegen: Wenn man eine eigene Verwaltungsentscheidung trifft und da steht, von wem die Information kommt - das war ja völlig klar: Marsalek, Enderle -, muss man doch überlegen, ob man mit denen mal spricht und sagt: „Können wir ein paar mehr Details haben vielleicht?“ oder „Ich brauche das, weil wir da auch handeln wollen“ oder wie auch immer. Haben Sie das nicht erwogen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das haben wir nicht erwogen, und wenn, dann hätte ich es nur über die Staatsanwaltschaft gemacht.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Sie haben gesagt, Sie haben das schärfere Mittel der kompletten Handelsaussetzung nicht weiterverfolgt, und nicht handeln wollten Sie irgendwie auch nicht. Es gäbe ja auch noch viele andere, mildere Mittel, um eine Gefahr abzuwenden, von der wir hier reden, zum Beispiel den Chefredakteur von Bloomberg zu verständigen und zu sagen: „Bitte, pass auf, dass da nichts berichtet wird“, oder anderes. Also, man muss ja nicht gleich sozusagen mit dem ganz großen Holzhammer kommen, wie es passiert ist.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Das ist ja letzten Endes doch ein hoher Grad an Detail. Also, man könnte sagen: Vorabinformation, wir arbeiten da an was. Aber Sie haben da sogar den Entwurf hingeschickt. Ist das nicht eher ein Hinweis oder ein Angebot dafür, auch über das Thema zu reden?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, wir reden immer, wenn das BMF Gesprächsbedarf hat, mit dem BMF. Was anderes können wir uns gar nicht vorstellen. So, und wir haben natürlich, -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Wir auch nicht.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** -, wenn das BMF dazu Gesprächsbedarf hat, mit dem BMF darüber gesprochen. Aber ich kann nur sagen: Dazu muss das BMF ja auch mal irgendeine Basis haben, auf der sie diskutieren kann, wie das - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Total richtig. Ich finde, dass das richtig war, dem BMF den Entwurf zu schicken. Und ich bin übrigens auch der Meinung, dass Fachaufsicht bedeutet, dass bei besonders außergewöhnlichen und auch schwerwiegenden Eingriffen in den Markt - und das war hier der Fall - auch in der Tat die Fachaufsicht ausgeübt werden muss und vielleicht bei einem Fit & Proper-Test irgendeines Vorstands halt nicht. Also, es hängt ja auch von der Schwere des Eingriffs ab, wie weit man da hochgehen muss. Insofern fand ich, dass ich Ihnen manches zum Vorwurf mache, aber nicht, dass Sie dem BMF den Entwurf zugeschickt haben. - Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Die Zeit.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Leider ist die Zeit schon wieder abgelaufen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber wir können ja noch, oder? Der 13.04. steht ja auch noch aus. - So, dann haben wir den Kollegen Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Vielen Dank. - Frau Roegele, Sie haben vorhin, glaube ich, angemerkt, dass die Handlungsüberwachungsstelle ja nur

den börslichen und nicht den außerbörslichen Handel auswerten könne. Korrekt? Habe ich das richtig erfasst?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Da ist eine zweite Einschränkung: nur den Frankfurter oder - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay, genau. - Und jetzt möchte ich Sie mal fragen: Welche außerbörslichen Dinge haben Sie denn in Ihre Analysen mit einfließen lassen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, wenn Sie gucken: Auch bei unserer Anzeige, da laufen natürlich über verschiedene Handelsplattformen in London die ganzen Transaktionen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Moment, ich - - Verzeihung, können wir kurz mal die Zeit anhalten? Hallo, Herr Raue? Guten Morgen! Können wir kurz mal die Zeit anhalten? Danke. - Ich verstehe Ihre Antwort nicht. Könnten Sie die wiederholen? - Danke.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, wenn Sie die Anzeige angucken: Die Themen, die wir analysiert haben, und die Transaktionen, die wir analysiert haben und die wir dann auch zur Anzeige gebracht haben, sind meines Erachtens überwiegend auf dem Londoner Markt für CFDs, für andere Transaktionen. Das ist kein - - Das ist, glaube ich, noch nicht mal ein regulierter Markt in London.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und was war da die besondere Auffälligkeit, die Sie festgestellt haben?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, zum einen haben wir verschiedene Transaktionen, verschiedene ~~Stor~~ <sup>HTOR</sup> bekommen von den Kollegen. Und da gibt es natürlich zum einen auch den Hinweis, den Sie kennen, dass sich auch ein Händler, war es, glaube ich, gemeldet hat, der berichtet hat, dass die „FT“-Berichte vorab im Markt bekannt waren. Wir haben einzelne Transaktionen, die sehr auffällig sind, von - - Also, was wir immer machen, um das mal zu sagen, und auch die Kollegen in



## Nur zur dienstlichen Verwendung

erläutert die BaFin die wesentlichen Gesichtspunkte in einer Zusammenfassung.

Also, erste Frage: Gab es eine solche Erläuterung nebst Zusammenfassung? - Zweitens:

Bei der Ausarbeitung neuer Rechtsverordnungen

- ich muss das ausführen -

oder bei Änderungen und Ergänzungen bestehender Rechtsverordnungen der BaFin wird das BMF frühzeitig über die geplanten Schritte unterrichtet. Entwürfe, welche die BaFin an das Finanzgewerbe zur Stellungnahme verschickt, erhält das BMF vorab. Zu Anhörungen des Finanzgewerbes ...

Das lasse ich jetzt weg. - Jetzt kommt aber der entscheidende Satz:

Protokolle über die Ergebnisse der Anhörungen und Besprechungen leitet die BaFin dem BMF zeitnah zu. Bei Rundschreiben und Allgemeinverfügungen,

- hier sogar eine bedeutende -

welche im Hinblick auf die materiellen Regelungen und Auswirkungen mit Rechtsverordnungen vergleichbar sind, wird entsprechend verfahren.

Das ist abschließend geregelt auf Ihren eigenen Seiten. Jetzt ist meine Frage nochmals: War das Gespräch mit Frau Wimmer das, was ich hier vorgetragen habe? Weil dann ist Frau Wimmer natürlich tierisch interessant, weil dann muss sie ja, weil „politische Verantwortung“ steht ja auch klar, entsprechend das Bundesfinanzministerium so gebrieft haben, dass es zumindest, wenn wir es denn in dem kurzen Fall als „frühzeitig“ bezeichnen, innerhalb von ein paar Stunden noch reagieren kann.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, aus meiner Sicht haben wir alle wesentlichen Informationen dem BMF zur Verfügung gestellt, die wir auch selber hatten.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nee, meine Frage, Frau Roegele - - Das erregt mich jetzt auch mal. Ich bin normalerweise als Norddeutscher ja etwas gelassener. Also, ich habe gefragt: War dieses Gespräch mit Frau Wimmer genau das, wozu Sie sich selbst auf Ihren Seiten zur Rechtsaufsicht und zur Fachaufsicht committen?

(Der Vorsitzende hält  
Unterlagen hoch)

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das war es sicher nicht, sondern die da vorgelagerten Informationen, die uns - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wer, wann?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Am 15. sind die Unterlagen ans BMF gegangen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Am 15.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Zum Leerverkaufsverbot.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Genau. Wir haben meines Wissens einen ~~Draft~~ <sup>Handwritten</sup> nebst Begründung dem BMF zur Verfügung gestellt. H19

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut. - Dann würde ich hier jetzt zunächst erst einmal noch mal bei der DPR ansetzen. Was ich immer nicht verstanden habe: Warum - gibt ja auch, typisch, mehrere Meinungen dazu - - Aber Ihnen wird sicherlich der Aufsatz von Herrn Klöhn bekannt sein, der sagt: Dieses ganze Brimborium, die DPR - - und der Kollege Hauer hat es gesagt; die Kollegen der Union haben es gesagt -, Forensik, all das, was da dran ist - - Ich führe da mal aus:

Ob die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) frühzeitig verpflichtet war, wegen



3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Vielleicht bekommt es irgendjemand im Haus, aber nicht ich.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich frage das deswegen, weil ich noch mal zu dem Ablaufschema für das Leerverkaufsverbot kommen möchte. Ich habe jetzt richtig verstanden, dass da zwar drinsteht, dass die Bundesbank immer eine Stellungnahme abgeben soll. Aber am 15. Februar 2019 hat sich herausgestellt, weil man sich den Sachverhalt genauer angeschaut hat, dass die Bundesbank eigentlich bei Fragen, wo es um das Marktvertrauen geht, gar nix beisteuern kann, richtig?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Oder nichts Umfassendes beisteuern kann. „Gar nichts“ würde ich nie sagen; die Bundesbank hat so gute Abteilungen, dass sie immer was beisteuern - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, Sie wissen, wie ich es meine. Genau, so habe ich Sie auch vorhin verstanden. - Die EU-Leerverkaufsverordnung, die gibt es ja jetzt schon länger, die gibt es seit 2012. Und hätte die BaFin Ihrer Kenntnis nach schon vorher Leerverkäufe untersagen können?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, ich habe 2015 bei der BaFin angefangen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich weiß, dass es davor nationale Leerverkaufsmaßnahmen gab.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau, geregelt in § 14 WpHG. Sagt Ihnen das was?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Alt, alter Fassung.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau, alte Fassung. Ich lese kurz mal vor:

Die Bundesanstalt kann im Benehmen mit der Deutschen Bundes-

bank Anordnungen treffen, die geeignet und erforderlich sind, Missstände, die Nachteile für die Stabilität der Finanzmärkte bewirken oder das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte erschüttern können ...

Also, hier geht es um „Nachteile für die Stabilität der Finanzmärkte“, Finanzmarktstabilität, „Funktionsfähigkeit“. Das klingt ja alles so nach Marktvertrauen. Das heißt, hätte die BaFin 2011 ein Leerverkaufsverbot erlassen wollen, hätte sie auch die Bundesbank bei Fragen des Marktvertrauens ins Benehmen setzen müssen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also frage ich Sie: War das alte WpHG hier eigentlich auch falsch?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein. Das ist die alte Rechtslage, und wir haben mit der EU-Verordnung eine neue Rechtslage, und da gibt es kein Benehmen der Bundesbank. Und die neue Rechtslage ist unmittelbar geltendes Recht.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber - letzte Frage, Herr Vorsitzender, wenn ich darf -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gerne.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - dann komme ich zurück: Dann kann doch die Bundesbank, die ja tagtäglich Marktberichte schreibt - deswegen war das meine Eingangsfrage - und auch eine eigene Market Intelligence Unit unterhält, vielleicht auch was zum Marktvertrauen beisteuern, auch zu der Frage?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aber ihr fehlen Daten, die wir haben: Ihnen fehlen die ~~Stops~~ <sup>Stops</sup>, ihnen fehlen meines Erachtens auch die Leerverkaufsangaben, die wir haben, ihnen fehlen Hinweise aus der Bevölkerung, die wir bekommen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Da fehlt ja ein Satz, ne? Also, es ist ein Satz mehr in dem internen Teil, und der ist dann verschwunden in dem Teil, der ans BMF gegangen ist. Da sind wir uns einig, ne?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.  
*Eigenschaftsannonierung 4 (s. Beiblatt)*  
**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Können Sie das erklären, wie das passiert ist?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein. Mit Sicherheit gab es keinen Grund, diesen Satz nicht dem BMF gegenüber auch mitzuteilen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja. - Aber ist ja jetzt nicht irgendein Satz verschwunden, ne? Sondern es ist ja - - Da hat ja nicht einer aus Versehen auf „Delete“ gedrückt oder so, -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das weiß ich nicht.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - sondern da ist ja am selben Tag - ist ja vom selben Tag - quasi ein Satz mehr intern berichtet worden als jetzt ans BMF.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich kann Ihnen nicht sagen, warum.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Mhm. - Aber Sie haben es verfasst, ne?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nee, verfassen tue ich die Dinger dann doch nicht. Ich habe es abgezeichnet.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, okay. Sie haben es abgezeichnet. - Haben Sie - - Gucken Sie sich die Berichte denn an, bevor Sie abzeichnen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, normalerweise gucke ich mir die an. Aber ich gucke mir immer nur den - - Wenn die Kollegen mir sagen: „Das ist identisch“, gucke ich mir immer nur einen an, weil ich lese ja nicht das Gleiche zweimal.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Mhm. - Was haben die gesagt? „Ist identisch“?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich weiß es nicht, ob die mir das damals gesagt haben; aber ich gehe mal davon aus.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Sonst hätten Sie es sich ja angeguckt, haben Sie ja gerade gesagt. Sie gucken sich den ja nur nicht an - - Ich meine, finde ich ja nachvollziehbar; ich würde mir auch nicht was, was ich mir schon einmal angeguckt habe, noch mal komplett durchlesen, wenn mir einer sagt: „Das ist identisch“, der mein Mitarbeiter ist und dem ich da vertraue. Aber wenn der sagt: „ist nicht identisch“, dann gucke ich halt -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - oder sage mir: Wo ist denn der Unterschied?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Und wenn ich schon im Schriftbild sehe, es ist nicht identisch, gucke ich mir natürlich auch beide an.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja. - Also, ist ja eine Zeile mehr in dem Absatz in dem Fall, ne? Der Seitenumbruch ist ja auch ein anderer unten. Also kann man schon erkennen, dass das ein Unterschied ist.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Tut mir leid.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Aber Sie haben gedacht, es ist derselbe Bericht?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja. Er ist ja auch ein bisschen länger.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, aber wenn er ein bisschen länger - - Ach so, Sie meinen, der ist lang, der Bericht.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, aber ist natürlich - - Auch wenn man sich das Ende angeguckt, sieht es halt völlig anders aus als jetzt - - Also, man hätte es auch am Ende merken können, dass es nicht derselbe Inhalt sein kann. Und dann ist natürlich erstaunlich, wenn da so ein Satz fehlt.



3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Mhm, okay. - Ich übergebe an den Kollegen Dr. Michelbach.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ja, Frau Roegele, Folgendes: Der Dr. Bayaz hat Sie gefragt - - Wo haben Sie geantwortet: „Wir hatten Informationen, die wir nicht der Bundesbank mitteilen konnten“? Warum konnten Sie Infos dort nicht mitteilen? Und was für ein Hintergrund war das genau - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Es war das Fax, und wir hatten keine Erlaubnis der Staatsanwaltschaft, das mit der Bundesbank zu teilen. Jetzt ist die Frage: Haben wir danach gefragt? - Das weiß ich nicht. Wir haben explizit nach der Möglichkeit gefragt, das mit ESMA zu teilen, und dazu hatten wir eine Erlaubnis. Ansonsten hat die Bundesbank darum gebeten, dieses Fax streng vertraulich zu behandeln.

*Ergänzungsanmerkung 5 (s. Beiblatt)*

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut. Aber, ich sage mal, in Form von mündlichen Erklärungen hat dieser Vermerk des Anrufs des Wirecard-Anwalts ja trotzdem die Runde gemacht. Das heißt, Sie haben zwar das Papier nicht aus der Hand gegeben, aber es wurde mehrfach gegenüber auch der Bundesbank und anderen verlautbart, dass das im Raum steht, ein solcher Vermerk.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich musste ja auch der Bundesbank erklären, dass es noch Informationen gibt, die ich ihr nicht im Detail geben darf.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Also, Sie haben nicht das Schriftstück, aber haben einfach - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich habe auch nicht den konkreten Inhalt gesagt. Ich habe das wahrscheinlich - -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Aber angedeutet haben Sie es?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** High Level eine Aussage getroffen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Sie haben eine Aussage getroffen. - Sie haben mehrfach Aussagen getroffen, die mich etwas verwundern. Die Entscheidung zum Leerverkaufsverbot haben Sie laut der Aussage heute begründet: „Wir haben gehört, dass andere Aufsichtsbehörden Hinweise auf verdächtige Marktbewegungen gegeben haben“; das haben Sie vorher verlautbart. Welche Behörden waren das im Einzelnen, und was haben die im Einzelnen gemeldet zu den Marktbewegungen?

(Die Zeugin wendet sich an  
RD Robert Fritz (BMF))

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, ich glaube, das würde jetzt nur in der Vertraulichkeitsvariante gehen. Ich kann die - - Die Behörden haben meines Erachtens dem nicht zugestimmt. Das finden Sie in den Akten; das sind die sogenannten **HTOR** **Storfs**.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Und Sie brauchen nicht zu dem Herrn Fritz schauen; ich bin der, der fragt.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja, aber ich - -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ich darf jetzt - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Bei dem Thema Vertraulichkeit hat das BMF ja dann doch noch ein Wort mitzureden.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ja, gut, aber Sie können doch sagen, welche Behörden Sie im Einzelnen Hinweise über verdächtige Marktbewegungen - -

(Die Zeugin berät sich mit  
ihrem Rechtsbeistand)

denn das ist ja ein Punkt - - Das ist Ihr Alleinstellungsmerkmal, weil es gibt keine Behörden, die eine ähnliche Einschätzung hatten wie Sie.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Woher wissen Sie das?



3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, ich wollte jetzt Zeit sparen, weil sonst muss ich wieder eine neue Runde machen. Aber ich bin da ganz entspannt. Ich habe oft früher lange durchgefeiert, ich kriege das hin - bleiben Sie halt länger. Sie können es mir jetzt aber auch einfach sagen.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Soviel ich weiß - und bitte unter Vorbehalt -, ist es an die Staatsanwaltschaft gegangen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Bitte?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Soviel ich weiß, ist es auch an die Staatsanwaltschaft - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** An die Staatsanwaltschaft, okay.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Aber bitte mit Vorbehalt - soweit ich mich erinnern kann.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Das heißt, dieses Schreiben kann nach Lage der Dinge nur das ist meine letzte Bemerkung und meine letzte Frage - aus der BaFin oder aus der Staatsanwaltschaft an den „Spiegel“ gelangt sein.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Oder von dem Mandanten oder aus der Kanzlei.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber der Mandant beschwert sich doch, -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** - dass sein Schreiben an den „Spiegel“ gelangt ist. Aber das ist so Strategie, so ganz clevere Strategie?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich kann es nicht sagen. Ich kann nur sagen, dass wir es versucht haben aufzuklären und dass ich das sogar abgegeben habe, damit da auch kein Interessenkonflikt steht, und dass wir keine Indikation haben, dass das aus der BaFin heraus weitergegeben wurde.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Gut, ich glaube, ich muss jetzt auf die nächste Runde warten.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Alles klar. - Dann habe ich Dr. Bayaz von Bündnis 90/Die Grünen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, vielen Dank. - Frau Roegele, Sie hatten vorhin selbst Lessons Learned angesprochen. Ich wollte mal fragen: Waren Sie irgendwie involviert in eine Evaluierung der Verhängung des Leerverkaufsverbotes? Das beschäftigt uns ja alle sehr, Sie sicherlich auch. Was hat dazu in Ihrer Behörde stattgefunden?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Es hat in dem Sinn keine Evaluierung gegeben.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber wäre das nicht angemessen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Es lief aus, und der Sachverhalt hatte sich ja entspannt. Meinen Sie jetzt, dass wir es verlängern hätten sollen?

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, das ist die eine Frage. Aber wir kreisen ja jetzt sehr intensiv um das Thema, und ich meine, es gibt ja anscheinend viele sehr berechtigte Fragen, an unterschiedliche Akteure übrigens selbstverständlich. Ist es da nicht normal im Sinne von Fehlerkultur, sich des Themas noch mal anzunehmen? Also, ich hätte jetzt gedacht, spätestens jetzt, spätestens mit dem Beginn des Ausschusses.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich meine, die Leerverkaufsverbotsmaßnahme ist eine Maßnahme, die steht im Gesetz, und der nächste Fall ist ein anderer.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, genau, „im Gesetz“. Und manchmal fragt man sich ja, muss man zum Beispiel noch mal klarziehen, die Bundesbank zum Beispiel immer ins Benehmen zu setzen - no matter what - oder darüber mal ein Verständnis zu haben, weil es gibt



3. Untersuchungsausschuss

Nur zur dienstlichen Verwendung

betroffenen Direktoren, wo man das auch bilateral bespricht, auch außerhalb der Direktorenrunde.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich frage deswegen da nach, weil ich auch verstehen möchte, wie die Drähte - - und wie der Informationsaustausch stattfindet. Denn offenbar ist es ja so: Wir hatten an verschiedenen Stellen Hinweise, sie hatten mit Marktmanipulation zu tun, Herr Röseler hatte ein Bankenaufsichtsthema, Ihr Kollege Herr Pöttsch, der hier auch da war, Geldwäscheverdachtsmomente. Die Frage ist: Wo wird eigentlich dieses Wissen, was jede Information, jeder Vorfall für sich isoliert - - erst mal vielleicht wie eine Kleinigkeit aussieht, aber in der Summe irgendwie sagt: Da ist immer wieder ein Unternehmen bei uns auf dem Fokus. - Da möchte ich verstehen: Wo wird diese Information kanalisiert, dass es dann auch auf politischer Ebene bei Ihnen im Direktorium vielleicht mal mehr Raum einnehmen würde?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das tut es im Direktorium. Aber es ist sicherlich so, dass es ja auch nicht reicht, wenn die Direktoriumsmitglieder sich darüber austauschen. Drum begrüße ich auch die -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nein, das reicht nicht; aber es wäre der erste Schritt, um auch mal von oben - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** - Möglichkeiten - „Fokus auf Sicht“ ist ja auch ein Thema, was das Finanzministerium angestoßen hat -, jetzt extra Zuständigkeiten für eine fokussierte Aufsicht in solchen Fällen zu adressieren, die das dann auch im Tagesgeschäft übernimmt.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Alles klar, vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Bayaz. - Dann schaue ich zur CDU/CSU, zur SPD, schaue mich an. - Nein. Und FDP? - Nein. Bitte schön, Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also, nach Lage der Dinge können wir auf eine eingestufte Sitzung verzichten.

Ich will jetzt noch mal anknüpfen eben an den Sachverhalt auch mit dem mutmaßlichen Herausspielen von Informationen aus BaFin oder Staatsanwaltschaft, Verdachtsanzeige zur Marktmanipulation. Gab es denn in diesem Zusammenhang jemals Ermittlungen gegen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter der BaFin?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, soviel ich weiß - aber da müssten Sie jetzt Frau Freiwald fragen, weil, wie gesagt, ich habe das bewusst abgegeben. Ich möchte so was bewusst interessenkonfliktfrei gehandhabt haben, dass eine andere Abteilung als meine oder mein Geschäftsbereich sich das anguckt - - haben, soviel ich weiß, die Kollegen aufgefordert, dazu Stellung zu nehmen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Wurden Sie denn in diesem Zusammenhang auch überprüft?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay.

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Ich bin mir auch nicht sicher, ob ich die Information hatte.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Und - -

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Das Schreiben habe ich natürlich bekommen, aber da war das Kind ja schon in den Brunnen gefallen. Das ging ja um die davorliegende Information.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Und gab es in dem Zusammenhang mit anderen Dingen - also, ich sage mal: Austausch, Beziehungen zu Wirecard - gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BaFin Ermittlungen?

**Zeugin Elisabeth Roegele:** Also, was ja -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Interessenkonflikte, potenzielle?